

**Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
am 21. September 2019 in Bochum**



Antragsbuch I

**Leitanträge des
Landesvorstandes der NRWSPD
und weitere Anträge aus den
Gliederungen u.a.**

Antragskommission

zum außerordentlichen Landesparteitag
der NRWSPD am 21. September 2019 in Bochum

Dogan, Aylin	Landesparteirat
Gebhard, Heike	Landesparteirat
Heitkamp, Micha	Landesparteirat
Kammerevert, Petra	Landesvorstand
Kämmerling, Stefan	Landesparteirat
Kampmann, Christina	Landesparteirat
Kapteinat, Lisa-Kristin	Landesparteirat
Lemmen, Veith	Landesparteirat
Lüders, Nadja	Landesvorstand
Ott, Jochen	Landesparteirat
Rimkus, Andreas	Landesparteirat
Rosenthal, Jessica	Landesparteirat
Stinka, André	Landesvorstand

Sprecherin der Antragskommission: Nadja Lüders

Inhaltsverzeichnis

Antragsbereich 01: Satzungsändernde Anträge (Sä)		1
Sä-01	Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD	
Satzungsändernder Antrag zu §15 (4) Satzung NRWSPD		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme</i>		1
Antragsbereich 02: Leitantrag (L)		3
L-01	Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD	
Unser Weg in NRW: Rot Pur! Eine neue Idee für Nordrhein-Westfalen. Das bessere Morgen solidarisch gestalten		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		3
L-02	Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD	
Soziale Sicherheit im Alter und Zusammenhalt zwischen den Generationen – Mit vereinten Kräften für eine gute Rente		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		47
L-03	Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD	
Handlungsfähigkeit stärken – Solidarität erneuern: Für einen starken solidarischen Staat!		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		59
L-04	Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD	
Aufstiegchancen durch Bildung. Beste Bildung NRW – ein Leben lang!		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		65
L-05	Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD	
Wohnen ist ein soziales Menschenrecht und schafft Heimat für Alle – Darum: Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		87
L-06	Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD	
Kommunen in Nordrhein-Westfalen stärken – So wollen wir in Zukunft leben!		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		105
Antragsbereich 03: Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K)		117
K-01	Antragsteller: STV Dinslaken; UB Oberhausen	
Hochverschuldete Kommunen dürfen nicht im Stich gelassen werden – Kommunaler Entschuldungsfonds jetzt		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>		117
K-02	Antragsteller: UB Coesfeld	
Abschaffung der Straßen(ausbau)beiträge		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme</i>		118
K-03	Antragsteller: KV Lippe	
Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme</i>		120
K-04	Antragsteller: UB Steinfurt	
Kommunen		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
<i>Annahme</i>		122

K-05	Antragsteller: AG Selbst Aktiv NRWSPD
Kommunale Interessenvertretung u.a. für Menschen mit Behinderungen – Änderung des § 27a der Gemeindeordnung	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Überweisung an: SPD-Landtagsfraktion NRW</i>	123
K-06	Antragsteller: UB Borken
ÖPNV in allen Kommunen	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Überweisung an: SPD-Landtagsfraktion NRW</i>	124
K-07	Antragsteller: UB Mönchengladbach
Wohnen und Bauen im Sinne der Menschen	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Erledigt</i>	124
K-08	Antragsteller: KV Viersen
Aktionsplan gegen Wohnungsnot	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Erledigt</i>	127
K-09	Antragsteller: AG 60plus NRW
Mehr Wohnungspolitischer Einfluss des Staates	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Erledigt</i>	127
K-10	Antragsteller: UB Düsseldorf
Wie wir wohnen wollen: 15 Vorschläge, damit unsere Städte für alle bezahlbar bleiben.	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Überweisung an: SPD-Landtagsfraktion NRW und SGK NRW</i>	128
K-11	Antragsteller: UB Borken
Sozialen Wohnungsbau fördern	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Erledigt</i>	136
K-12	Antragsteller: OV Bonn-Nord
Wohnungspolitik gestalten	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Erledigt</i>	137
K-13	Antragsteller: UB Borken
Bezahlbarer Wohnraum für Alle	
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>	
<i>Erledigt</i>	140

Antragsbereich 01: Satzungsändernde Anträge (Sä)

1 **Sä-01**
2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Satzungsändernder Antrag zu §15 (4) Satzung NRWSPD**
7
8 Die Landessatzung der NRWSPD wird im §15 (4) wie folgt
9 geändert:
10
11 *Kandidaten und Kandidatinnen für die Bezirksvertre-*
12 *tungen der kreisfreien Städte werden in gesonderten*
13 *Versammlungen für jeden Stadtbezirk aufgestellt. Orga-*
14 *nisatorisch zuständig ist der Unterbezirk.*
15
16 **Begründung**
17 Die Satzung der NRWSPD widerspricht in §15 (4)
18 Aufstellung von KandidatInnen (für die Bezirksvertre-19 tungen (BV)) dem Kommunalwahlgesetz und muss
20 entsprechend geändert werden.
21
22 Bisher lautet §15 (4):
23 *Kandidaten und Kandidatinnen für die Bezirksvertretun-*
24 *gen der kreisfreien Städte werden durch die gleiche Ver-*
25 *sammlung wie die Ratskandidat/inn/en aufgestellt. Ab-*
26 *weichend kann, soweit Stadtbezirke nach § 2 Abs. 3 ge-*
27 *bildet worden sind, durch Unterbezirkssatzung festge-*
28 *legt werden, dass die Aufstellung für jeden Stadtbezirk in*
29 *gesonderten Versammlungen geschieht. Organisatorisch*
30 *zuständig ist der Unterbezirk.*
31
32 Der Landeswahlleiter hat schon 2014 darauf hingewie-
33 sen, dass für jede BV eine eigenständige Versammlung
34 durchgeführt werden muss. Er weist darauf hin, dass
35 stimmberechtigt nur diejenigen Mitglieder sein kön-
36 nen, die am Tag der Versammlung im Gebiet der jewei-
37 ligen BV wohnen.
38
39 Die geänderte Satzung soll unmittelbar nach Beschluss-
40 fassung durch den a.o. Landesparteitag in Kraft treten.

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme

Antragsbereich 02: Leitantrag (L)

1 L-01
2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**

3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5
6 **Unser Weg in NRW: Rot Pur! Eine neue Idee für**
7 **Nordrhein-Westfalen. Das bessere Morgen solidarisch**
8 **gestalten**

9
10 **1. Einleitung**

11
12 Das Ziel der Sozialdemokratie war immer: Das besse-
13 re Morgen. Wir wollen den Fortschritt gestalten. Einen
14 Fortschritt, der nicht mehr Macht oder mehr Reichtum
15 für Wenige bedeuten darf, sondern zu sozialem Fort-
16 schritt für alle werden muss. Diesem Anspruch wollen
17 wir neu gerecht werden. Eine grundlegende, begrün-
18 dete Zuversicht für die eigene Zukunft ist aber Bedin-
19 gung dafür, Veränderungen nicht zu fürchten, sondern
20 sie zu begrüßen. Die zweite Bedingung dafür, Verände-
21 rungen offen gegenüberzustehen, ist das Vertrauen in
22 die handelnden politischen Akteure, dass sie notwendi-
23 gen Wandel im Interesse der Menschen gestalten. Hier-
24 für müssen wir erkennbar machen, dass wir diese In-
25 teressen wahrnehmen, verstehen und ernstnehmen, in-
26 dem wir sie aktiv vertreten.

27
28 Die Sozialdemokratische Partei ist als Partei der Arbeit
29 in Zeiten paralleler Umbrüche doppelt gefordert. Zum
30 einen ist „die Arbeit“, als Schlüssel zu einem guten, ge-
31 lingenden und vor allem selbstbestimmten Leben in
32 den vergangenen Jahrzehnten einem massiven Um-
33 bruch unterworfen. Neue Beschäftigungsformen, mehr
34 Befristungen, Wandel des Erwerbslebens, Veränderun-
35 gen der zeitlichen Souveränität vieler Beschäftigten an-
36 gesichts hoher Überstundenzahlen und digitaler Ar-
37 beitsformen auf der einen Seite. Aber auch die Verschie-
38 bung politischer Gewichte auf der Welt hin zu China
39 oder wenigen digitalen Megakonzernen in den USA, die
40 weltweiten Auswirkungen der Digitalisierung – all dies
41 beschleunigt den Umbruch und erzeugt nicht nur Zu-
42 versicht, sondern auch neue Fragen und löst Ängste aus.

43
44 Gerade jetzt heißt es für die SPD, den gleichen, gerech-
45 ten Zugang zur Arbeit für alle Menschen sicherzustel-
46 len und durch die Stärkung des Gedankens der Solidari-
47 tät neue Sicherheit im Wandel zu geben. Wir sind über-
48 zeugt: Neue Sicherheit im Wandel entsteht durch mehr
49 Solidarität aller. Mehr Solidarität entsteht durch massi-
50 ve Investitionen in den gesellschaftlichen, sozialen Zu-
51 sammenhalt, die Stärkung solidarischer Sicherungssys-
52 teme in Rente, Gesundheit und Arbeit.

53
54 Die Sozialdemokratie leitet der Gedanke eines zukunfts-

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme in der Fassung der Antragskommission

55 zuversichtlichen Blicks auf die kommende Welt. Wir
56 wissen, dass Herausforderungen durch Fortschritt zu lö-
57 sen sind und anstehende Veränderungen der Welt Ver-
58 besserungen bedeuten können. Doch hierfür müssen
59 wir etwas tun, gemeinsam und solidarisch streiten. Wir
60 dürfen das Feld nicht länger den anderen überlassen.
61 Für die SPD in Deutschland geht es um viel. Wir haben
62 mit dem Europawahlergebnis vom Mai mit 15,8 Prozent
63 von den Wählerinnen und Wählern aufgezeigt bekom-
64 men, dass ein „Weiter so“ den Abschied von der Volks-
65 partei SPD bedeutet. Neben einer missglückten Kampa-
66 gne zur Europawahl liegen die Probleme sehr viel tief-
67 greifender. Es ist an der Zeit für die SPD zu entscheiden,
68 welche Interessen sie vertritt.

69
70 Im Juni 2019 haben wir zwei Stichwahlen und somit die
71 Bürgermeisterwahlen sowohl in Lage als auch in Stoll-
72 berg gewonnen. Das zeigt, da wo sich die SPD um die
73 täglichen Dinge der Menschen vor Ort kümmert, stellt
74 sich auch der Erfolg wieder ein. Deswegen gehen wir
75 selbstbewusst in die Kommunalwahl 2020.

76
77 Und selten war eine starke Sozialdemokratie auf dem
78 Platz wichtiger als heute. Doch wir brauchen die Klä-
79 rung grundlegender inhaltlicher Fragen, dies haben wir
80 auch bei der verlorenen Landtagswahl 2017 gemerkt.
81 Daher haben wir uns auf dem letzten Landesparteitag
82 auf den Weg gemacht, um mit unserem Prozess Rot-Pur
83 den zukünftigen Weg der NRWSPD zu beschreiben und
84 klare inhaltliche Positionen zu entwerfen. Denn in der
85 Gesellschaft ist etwas ins Rutschen gekommen:

86
87 In Nordrhein-Westfalen müssen auch heute noch zu
88 viele Menschen um ihre soziale Zukunft bangen, wäh-
89 rend wenige durch hohe Einkommen und Vermögen
90 umfassend abgesichert sind. Vielen fehlt es an be-
91 zahlbarem Wohnraum, während wenige sich luxuriö-
92 ses Wohnen überall leisten können. Vielen fehlt Zeit
93 für Familie und Erholung, weil sie für niedrige Einkom-
94 men viel und unter schlechten Bedingungen arbeiten
95 müssen. Vielen fehlt eine sichere Rente, während nur
96 wenige gelassen einem Alter im Überfluss entgegen-
97 sehen können. Zu viele Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
98 nehmer leiden unter niedrigen und unsicheren Löhnen,
99 während wenige hochbezahlt werden. Viele leiden un-
100 ter den Umweltproblemen, denen sich wenige durch
101 ihre finanziellen Möglichkeiten entziehen können. Und
102 nicht zuletzt sehen sich die Vielen, die jeden Tag hart für
103 sich und ihre Familien arbeiten oder das gern täten, bei
104 ihren Anstrengungen nicht gewürdigt und respektiert.
105 Die Zukunftsängste vieler Bürgerinnen und Bürger neh-
106 men stetig zu und sind Auslöser für Abstiegsangst.
107 „Hoffentlich geht es meinen Kindern mal besser“ wur-
108 de abgelöst durch „Hoffentlich wird es meinen Kindern
109 nicht schlechter gehen.“

110
111 Und das alles in einer Lage, in der es Deutschland wirt-
112 schaftlich gut geht. Genauer muss man sagen, Deutsch-
113 land geht es im Durchschnitt gut. Allerdings mit zu-

114 nehmend ungleichen Voraussetzungen. Denn mit dem
115 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwan-
116 del werden die Wirkungen von Globalisierung, Digita-
117 lisierung und demografischem Wandel immer offen-
118 sichtlicher. In vielen Regionen NRWs verdichten sich
119 mittlerweile wirtschaftliche, soziale und demografische
120 Schieflagen zu einem Bündel von Problemen, während
121 andere Regionen prosperieren.

122
123 Wir sind fest davon überzeugt, dass die Bekämpfung
124 der sozialen Ungleichheit der Schlüssel zu einer lebens-
125 werteren Gesellschaft ist. Gleichere Gesellschaften füh-
126 ren zu mehr Lebenszufriedenheit, geringeren Zukunfts-
127 ängsten, weniger Kriminalität, einer gesünderen Bevöl-
128 kerung, besseren Bildungschancen, geringerer Arbeits-
129 losigkeit und größerem wirtschaftlichen Erfolg.

130
131 Doch der Zweck eines modernen Sozialstaats ist nicht
132 in erster Linie, Reichtum umzuverteilen. Sein Zweck ist
133 es, jedem Menschen soziale Rechte zu verleihen und Zu-
134 gang zu öffentlichen (Dienst-)Leistungen zu verschaf-
135 fen, die es ihm ermöglichen, ein selbstbestimmtes Le-
136 ben zu führen.

137
138 Selbstbestimmung ist die Fähigkeit, das Leben in die ei-
139 genen Hände zu nehmen.

140 Selbstbestimmung ist die höchste Form der Freiheit und
141 steht dabei in klarer Abgrenzung zum aktuellen Begriff
142 der „Eigenverantwortung“, die das Leben von Menschen
143 allein der Logik des Marktes unterwirft. Wer jedes Risiko
144 fürchten muss, weil jeder Fehler und jedes Unglück zu
145 einer existenziellen Bedrohung werden, kann weder fle-
146 xibel sein noch seine individuellen Möglichkeiten nut-
147 zen. Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn es aus-
148 reichend soziale Sicherheit gibt, die es erlaubt, etwas zu
149 wagen, Initiative zu ergreifen.

150
151 Das ist der Grund, warum wir von einem starken soli-
152 darischen Sozialstaat sprechen, nicht aus Selbstzweck,
153 sondern zur Realisierung der Selbstbestimmung von
154 Vielen und nicht nur der Wenigen.

155
156 Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialde-
157 mokraten immer die liberale Idee der Freiheit mit sozia-
158 ler Emanzipation verbunden. Und dazu müssen wir uns
159 den großen Fragen der Zeit zuwenden.

160
161 Wir erneuern unsere Zukunftsversprechen – Aufstieg
162 durch Bildung, Arbeit, die sich lohnt, Absicherung im
163 Alter. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
164 treten ein für den inneren und äußeren Frieden.

165
166 Und wir lassen nicht zu, dass Herkunft mehr über die
167 Zukunft des Einzelnen aussagt als seine Persönlichkeit.
168 Wir lassen nicht zu, dass gute Bildung von der Kita bis
169 zur (Hoch-) Schule vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

170
171 Lohnt sich harte Arbeit heute noch, wenn wir feststel-
172 len, dass die Reallöhne nicht in dem Maße wachsen

173 wie die Mietpreise, dass Befristungen zunehmen, Leih-
 174 arbeit und Werkverträge Geschäftsmodelle geworden
 175 sind? Bietet unser Sozialsystem noch eine tatsächliche
 176 Absicherung im Alter, in Notlagen oder im Krankheits-
 177 fall oder ist es mittlerweile statt eines Absicherungsver-
 178 sprechens zu einem Abstiegsgespenst verkommen?
 179

180 Wir sind überzeugt, dass wir neue Antworten geben
 181 müssen, damit unsere Zukunftsversprechen in einer
 182 veränderten Welt wieder gelten. Dazu müssen sich
 183 nicht unsere Versprechen ändern, sondern wir müssen
 184 die Verhältnisse verändern.
 185

186 Dafür müssen wir auch mit falschen Glaubenssätzen
 187 brechen, die die Sozialdemokratie von anderen über-
 188 nahmen, die darum aber nicht richtiger wurden – im
 189 Gegenteil. Es war der falsche Glaube an den Markt,
 190 der es schon richten wird und es war die Übertreibung
 191 der Eigenverantwortung des Einzelnen in einer Zeit der
 192 Umbrüche, die am Ende Menschen alleingelassen hat.
 193 Die Ökonomisierung immer weiterer Lebensbereiche
 194 nimmt immer mehr zu. Wohnen – das wird der Markt
 195 schon richten. Wie er es richtet, können wir aktuell be-
 196 obachten: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger können
 197 sich ihre Wohnung nicht mehr leisten, aber die Rendi-
 198 te stimmt. Die Arbeitslosenquote sinkt seit Jahren, aber
 199 immer mehr Menschen sind in prekärer Beschäftigung
 200 gefangen.
 201

202 Daher müssen wir als erstes dafür sorgen, dass der soli-
 203 darische Staat wieder das gewährleistet, was wir Men-
 204 schen für ein würdevolles Leben brauchen: Bezahlbares
 205 Wohnen, Mobilität in Stadt und Land, bezahlbare Ge-
 206 sundheitsversorgung und gute Bildung, Sicherheit für
 207 alle, faire Arbeit zu fairen Bedingungen.
 208

209 Erkennbar wird aber eine Vision nicht aus der Summe
 210 der Einzelteile und auch nicht in der Summe der Einzel-
 211 maßnahmen von Regierungshandeln. Regierungshan-
 212 deln und das Treffen notwendiger Kompromisse ist le-
 213 bensnotwendig für unsere Demokratie. Aber vor einem
 214 Kompromiss steht die Artikulation der eigenen Inter-
 215 essen, genauer die Klarstellung, welche Interessen wir
 216 im Blick haben und nicht der vorab getroffene Kompro-
 217 miss. Wir sprechen über die Bedürftigkeitsprüfung, aber
 218 eigentlich wollen wir doch eine Rente, die die Lebens-
 219 risiken eines jeden einzelnen absichert. Wir wollen die
 220 zahlreichen Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems
 221 wirksam bekämpfen und insbesondere die Umvertei-
 222 lung von unten nach oben stoppen, aber wir reden da-
 223 von, dass der Soli für die oberen 10 Prozent nicht ab-
 224 geschafft wird. Die Aneinanderreihung von einzelnen
 225 Maßnahmen ergibt noch kein Konzept, sondern wirkt
 226 wie Stückwerk ohne Ziel.
 227

228 Wir in Nordrhein-Westfalen haben uns daher beim letz-
 229 ten Parteitag im Juni 2018 auf den Weg gemacht. Wir
 230 entwickeln eine neue Idee für unser Land und ein ech-
 231 tes sozialdemokratisches Angebot für die Wählerinnen

232 und Wähler, dieses Land voranzubringen, indem je-
233 der die Solidarität des Gemeinwohls erlebt, nicht den
234 kalten Staat, der sich nicht zuständig fühlt. Wir wol-
235 len den starken vorsorgenden Sozialstaat, der es mit
236 den egoistischen Auswüchsen des Kapitalismus auf-
237 nehmen kann und keinen neoliberalen, kaputtgespar-
238 ten Zwergenstaat. Wir wollen bedingungslose soziale
239 Sicherheit für alle, damit Not nicht zum Ende indivi-
240 dueller Träume führt. Wir wollen den proaktiven Staat,
241 der eingreift, bevor das Kind in den Brunnen gefallen
242 ist: Arbeitsversicherung statt Arbeitslosenversicherung,
243 proaktive Stadtentwicklung für den sozialen Frieden
244 und die Umsetzung unseres sozialdemokratischen Auf-
245 stiegsversprechens.

246
247 In den vier Zukunftsdebatten *Zukunft der Arbeit, Auf-*
248 *stiegschancen, Soziale Sicherheit* und *Solidarische Ge-*
249 *sellschaft* haben wir gemeinsam mit dem ganzen Lan-
250 desvorstand, der Landtagsfraktion und der Landesgrup-
251 pe, den Unterbezirken und Ortsvereinen, mit Gewerk-
252 schaften, der Wirtschaft und anderen gesellschaftli-
253 chen Gruppen einen Dialog begonnen. In den Unterbe-
254 zirken wurde über die wichtigen Fragen unserer Zeit dis-
255 kutiert und um Lösungen gerungen. Wir sind die Hälfte
256 der Strecke gegangen, in einigen Punkten sind wir schon
257 sehr weit, andere müssen weiter ausformuliert werden.
258 Hier wollen wir als NRWSPD auf dem Landesparteitag
259 wichtige Weichenstellungen für die weitere Diskussion
260 vornehmen. Auf diesem Wege schaffen wir das Funda-
261 ment für unser Wahlprogramm 2022 mit einem klaren
262 Profil für unsere NRWSPD.

263
264 Daneben haben zwei Kommissionen an Lösungen für
265 die drängenden Probleme unserer Zeit gearbeitet: die
266 Wohnungspolitische Kommission und die Rentenpoliti-
267 sche Kommission. Außerdem haben wir unsere Vorstel-
268 lungen eines gerechten Steuersystems in Deutschland
269 gezeichnet.

270
271 Und die AG „*Beste Bildung NRW – ein Leben lang*“ hat
272 ihre Arbeit fortgesetzt und ein grundlegend neues Bil-
273 dungskonzept für NRW vorgelegt, das wir nun gemein-
274 sam debattieren wollen.

275
276 Nicht zuletzt hat die Kommunalkampa ihre inhaltlichen
277 und organisatorischen Vorstellungen zur Vorbereitung
278 auf die Kommunalwahlen im September 2020 in den
279 letzten Monaten konkretisiert.

280
281 Sie hat zum letzten Parteitag mit den Kernthesen sozial-
282 demokratischer Kommunalpolitik wertvolle Impulse für
283 die kommunalpolitische Arbeit vor Ort geliefert und die-
284 se unter anderem in vier regionalen Veranstaltungen
285 diskutiert und weiterentwickelt. Dies hilft den Kommu-
286 nalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern konkret vor
287 Ort bei der Programmerstellung.

288
289 Organisatorisch schafft der Landesverband gemeinsam
290 mit den Unterbezirken und Kreisverbänden die Voraus-

291 setzungen dafür, dass die Kommunalwahlen erfolgreich
 292 sein werden. In der Landesgeschäftsstelle wird über ei-
 293 ne Stabsstelle die Kommunalwahl der zentrale Arbeits-
 294 schwerpunkt der kommenden Monate werden und von
 295 den Unterbezirken kann im Verbund mit dem Land
 296 ebenfalls zusätzliches Personal eingestellt werden. Dar-
 297 über hinaus hat der Landesvorstand bereits im Dezem-
 298 ber 2018 zur Vorbereitung der Kommunalwahl weitere
 299 Beschlüsse gefasst, deren Umsetzung jetzt bis zum Lan-
 300 desparteitag vorbereitet wird.

301
 302 Unser Ziel ist, die Kommunalwahlen 2020 als stärkste
 303 Kraft zu gewinnen. Platz 2 ist uns nicht genug!

304
 305 Unser Weg lautet: Mehr Gemeinwohl, mehr Solidarität,
 306 Zeit für einen handlungsfähigen Sozialstaat, Zeit für Rot
 307 Pur!

308
 309 **1.1. Handlungsfähigkeit stärken – Solidarität erneuern:**
 310 **Für einen starken solidarischen Staat!**

311
 312 Die gerechte Finanzierung unseres Gemeinwohls ist
 313 die notwendige Bedingung für die Gestaltung der Zu-
 314 kunft der Arbeit, von Aufstiegschancen, sozialer Sicher-
 315 heit und einer solidarischen Gesellschaft. Deshalb stel-
 316 len wir unsere Vorstellung einer gerechten Steuerpolitik
 317 voran:

318
 319 Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der nicht
 320 immer mehr öffentliche Aufgaben zum Privatvergnü-
 321 gen von wenigen Privilegierten umetikettiert, die sich
 322 Normalsterbliche nicht leisten können. Die Aussetzung
 323 der Vermögenssteuer und die drastische Senkung des
 324 Spitzensteuersatzes haben die wirklich Reichen entlas-
 325 tet. Die Einnahmehausfälle hat die große Mehrheit der
 326 Klein- und Mittelverdiener mit der erhöhten Mehrwert-
 327 steuer aufgefangen. Mega-Erbschaften sind dagegen
 328 praktisch von der Erbschaftsteuer befreit. Diese Privile-
 329 gierung von Vermögenserwerb ohne eigene Leistung ist
 330 ein Schlag ins Gesicht für Millionen von Erwerbstätigen,
 331 die sich für den Lohn ihrer Arbeit abmühen und Steuern
 332 zahlen.

333
 334 Dazu kommt, dass jedes Jahr ein dreistelliger Milliar-
 335 denbetrag ins Ausland geschleust oder hier im Land
 336 selbst abgezweigt wird. Im Ergebnis zahlen auch hier
 337 die Normalverdienenden für einen kleinen Kreis von be-
 338 sonders Wohlhabenden mit. Damit muss Schluss sein!

339
 340 Die SPD steht schon lange ein für die konsequen-
 341 te Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermei-
 342 dung: Deshalb haben wir konkrete Schritte entwickelt,
 343 um Schlupflöcher zu schließen und Steuerbetrug wirk-
 344 sam zu bekämpfen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben
 345 in unserer Regierungszeit bewiesen, dass vieles geht,
 346 wenn man es nur anpackt.

347
 348 Wir wollen die Konservativen und Liberalen mit ihrem
 349 Mantra von der „Leistung, die sich wieder lohnen muss“

350 künftig noch konsequenter beim Wort nehmen und
351 darüber streiten, wer alles zu den Leistungsträgern in
352 unserem Land gehört – von der Pflegekraft über das
353 Lehrpersonal bis zur Industriearbeiterin, vom Software-
354 Entwickler bis zur Firmenchefin. Wir wollen aber auch
355 für alle die Voraussetzungen schaffen, dass sie auch
356 morgen ihre Leistung erbringen können und dafür fair
357 bezahlt und fair besteuert werden.

358
359 Dazu brauchen wir dringend eine Neujustierung der
360 geltenden Steuerregeln, auch jener, die wir einmal in
361 bester Absicht mit auf den Weg gebracht haben. Zur
362 Glaubwürdigkeit der Politik gehört auch die Fähigkeit
363 zur Kurskorrektur in sich ändernden Zeiten. Wir stehen
364 für die Rückgewinnung eines handlungsfähigen Staa-
365 tes, für die Investition in die Zukunft:

- 366
- 367 • Wir stehen ein für ein gerechtes Steuersystem.
- 368 Steuern sind kein Selbstzweck, sondern die Basis für
- 369 einen handlungsfähigen Staat. Gerechtigkeit be-
- 370 ginnt nicht beim Verteilen von Geldern, sondern bei
- 371 den Einnahmen durch eine gerechte Steuer- und Fi-
- 372 nanzpolitik.
- 373 • Wir wollen, dass der Grundsatz wieder gilt: Star-
- 374 ke Schultern tragen mehr als schwache. Die Aus-
- 375 setzung der Vermögenssteuer und die drastische
- 376 Senkung des Spitzensteuersatzes haben die wirk-
- 377 lich Reichen entlastet. Die Einnahmehäufung hat
- 378 die große Mehrheit der Klein- und Mittelverdie-
- 379 ner mit der erhöhten Mehrwertsteuer aufgefan-
- 380 gen: Wir stehen für eine Erhöhung des Steuersat-
- 381 zes für sehr hohe Einkommen, für eine substanziel-
- 382 le Erbschaftsteuer für besonders hohe Erbschaften
- 383 und eine wirkliche Entlastung der unteren und mitt-
- 384 leren Einkommen und effektive Maßnahmen gegen
- 385 den Steuerbetrug und Steuerumgehung. Wir be-
- 386 kräftigen unsere Forderung nach einer Digitalsteu-
- 387 er und einer Finanztransaktionssteuer. Unseren Im-
- 388 puls für den Umbau des Steuersystems haben wir
- 389 gemeinsam mit der SPD Hessen entwickelt, diesen
- 390 schicken wir euch anbei.

391
392 **Wie wir uns diese Kursneubestimmung konkret vorstel-**
393 **len, seht ihr in unserem Antrag L03 Handlungsfähigkeit**
394 **stärken – Solidarität erneuern: Für einen starken solida-**
395 **rischen Staat!**

396

397 **1.2 Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum für alle** 398 **Menschen in Nordrhein-Westfalen**

399
400 Das aus unserer Sicht derzeit drängendste Problem, für
401 das es politischer Antworten bedarf, ist ein völlig über-
402 fordertes Wohnungsmarkt, der offensichtlich nicht in
403 der Lage ist, das menschliche Bedürfnis nach einem
404 bezahlbaren Zuhause zu erfüllen. Unter der Annahme,
405 dass Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres verfüg-
406 baren Einkommens für Wohnen ausgeben sollen, feh-
407 len in NRW je nach Untersuchungen bis zu 550.000 be-
408 zahlbare Wohnungen, das Wohnungsproblem ist in der

409 Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Wegen der
410 Dringlichkeit dieser Problemlage, behandeln wir sie in
411 einem gesonderten Antrag und greifen sie hier auf:

412
413 Die NRWSPD steht für einen Kurswechsel in der Woh-
414 nungspolitik. Hin zu einer Gemeinwohlorientierung vor
415 Renditeinteressen. Daher stehen wir für:

- 416
- 417 • eine neue Säule in der Wohnungsförderung, die
- 418 dem Gemeinwohl dient.
- 419 • die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbau-
- 420 gesellschaft.
- 421 • den Aufbau von Boden- und Infrastrukturfonds für
- 422 die Kommunen mit Hilfe des Landes und des Bun-
- 423 des.
- 424 • das Erbbaurecht als Regelfall, also der Vergabe kom-
- 425 munaler Nutzungsrechte anstelle eines Verkaufs
- 426 von Boden.

427
428 Wir stehen für einen Bruch mit falschen Glaubenssät-
429 zen, um wieder eine Sozialdemokratische Politik für die
430 vielen der solidarischen, ehrlichen und fleißigen Men-
431 schen in unserem Land umsetzen zu können. Darum be-
432 greifen wir den Staat als Akteur und zentrale Ebene zur
433 Umsetzung unserer Ziele.

434
435 In den Mittelpunkt unserer Politik stellen wir daher die
436 wirklichen Probleme der Menschen und stellen uns da-
437 her den Ursachen der Probleme, nicht nur den Folgen.
438 Das soziale Grundrecht auf bezahlbares Wohnen ist die
439 soziale Frage des Jahrzehnts, die wir lösen werden.

440
441 **Wie wir uns diese Kursneubestimmung konkret vorstel-**
442 **len, seht ihr in unserem Antrag L05 „Wohnen ist ein so-**
443 **ziales Menschenrecht und schafft Heimat für alle – Dar-**
444 **um: Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum für alle**
445 **Menschen in Nordrhein-Westfalen“**

446
447 **2. Die Zukunft gemeinsam gewinnen. NRWSPD anders**
448 **bessermachen. Rot Pur! – Unsere Debatten für die Zu-**
449 **kunft**

450
451 Mit dem beschlossenen Leitantrag beim Landespartei-
452 tag im Juni 2018 in Bochum haben wir uns darauf ver-
453 ständigt, die NRWSPD programmatisch auf die Höhe
454 der Zeit zu bringen. Dabei wollen wir aus NRW her-
455 aus mit eigenen inhaltlichen Impulsen Motor und Takt-
456 geber auch für den bundespolitischen Erneuerungspro-
457 zess werden. Wenn wir in Wahlen wieder erfolgreich
458 sein wollen, dürfen wir uns nicht von Umfragen und
459 hektischen Tagesparolen treiben lassen, sondern müs-
460 sen ein klares, unverwechselbares Angebot entwerfen,
461 das einen guten Weg in die Zukunft beschreibt. Wir
462 müssen diejenigen sein, die die Antworten geben und
463 die konsequent handeln. Wir müssen Schluss machen
464 mit dem Gemischtwarenladen und uns auf sozialdemo-
465 kratische Politik für die arbeitende, soziale Mitte in die-
466 sem Land konzentrieren. Kurz: „Rot Pur!“. Rot Pur!“ ist
467 ein Prozess, der alle Ebenen der Partei erfassen soll. Es

468 geht um inhaltliche Klärungen, Schaffung neuen Selbst-
469 vertrauens der Sozialdemokratie und um eine Kursklä-
470 rung. Und dies alles haben wir gemeinsam mit euch
471 im sogenannten „Gegenstromprinzip“ entwickelt. Das
472 Ziel ist die weitere Verdichtung zu einem Zukunftsbild
473 NRWs und einer lebenswerten Gesellschaft. Hier unse-
474 re Impulse aus den vier Zukunftsdebatten in folgender
475 Reihenfolge. Das ist nicht das Ende der Diskussion, son-
476 dern wir führen sie weiter. Denn wir wissen, die Summe
477 der Einzelteile ergibt noch kein Gesamtbild. Ausgangs-
478 punkt unserer Überlegungen war:

479
480 ZUKUNFT DER ARBEIT – Wie verändern sich Wirtschaft
481 und Arbeit und was sind unsere sozialdemokratischen
482 Antworten darauf?

483
484 AUFSTIEGSCHANCEN – Wie schaffen wir beste Bildung
485 und machen das Aufstiegsversprechen wieder wahr?

486
487 SOZIALE SICHERHEIT – Wie schaffen wir den solida-
488 rischen Sozialstaat, der den Menschen in den Mittel-
489 punkt seines Handelns stellt?

490
491 SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT – Wie organisieren wir
492 das Zusammenleben in unserem Staat?

493 494 **2.1 Zukunft der Arbeit**

495
496 *Unser Leitmotiv: Zukunft gestalten*

497 *Unser Versprechen: Wachstum und Wohlstand*

498 *Unsere Ziele: Nachhaltige Wirtschaft und Humane Arbeit*

499

500 **Den wirtschaftlichen Strukturwandel gesellschaftlich ge-** 501 **stalten, damit die Wirtschaft für den Menschen da ist**

502

503 Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich mitten in ei-
504 ner radikalen Umbruchphase. Digitalisierung und die
505 Energiewende verändern das Wirtschaften grundle-
506 gend – ob sie es verbessern werden, liegt an uns. Der
507 Strukturwandel der Digitalisierung und Dekarbonisie-
508 rung beschränkt sich nicht auf eine Region oder eine
509 Branche. Er wird alle Bereiche des Wirtschaftens und Le-
510 bens erreichen.

511

512 **Nachhaltiges Wachstum und Wohlstand für die Vielen**

513

514 Digitalisierung und Energiewende bergen das Potenzi-
515 al eines Zuwachses an nachhaltiger Produktivität und
516 Wohlstand für viele in unserem Land und darüber hin-
517 aus. Ein Selbstläufer ist das nicht: Die Entwicklung der
518 letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass Wachstum nicht
519 gleich Wohlstand ist. Nicht nur der Klimawandel und
520 die übermäßige Inanspruchnahme natürlicher Ressour-
521 cen, sondern auch die sich vertiefende soziale und ge-
522 sellschaftliche Spaltung der letzten zwanzig Jahre sind
523 ein Beleg dafür, dass die herkömmliche Weise des Wirt-
524 schaftens längst an ihre sozialen und ökologischen
525 Grenzen stößt. Sie richtet sich gegen die vitalen Inter-
526 essen der großen Mehrheit der Menschen in unserem

527 Land und auf diesem Planeten.

528

529 Wir haben heute die technischen Möglichkeiten, un-
530 ser Land mit sauberer Energie zu versorgen. Digita-
531 le Anwendungen revolutionieren Produktionsprozesse
532 und Geschäftsmodelle; sie können monotone und kör-
533 perlich beanspruchende Tätigkeiten ersetzen, räumlich
534 und zeitlich flexible Arbeit ermöglichen und sind in der
535 Lage einen neuen dynamischen Wachstumspfad zu be-
536 schreiben. In der Realität jedoch droht die Energiewen-
537 de im herkömmlichen System stecken zu bleiben. Die
538 Digitalisierung ihrerseits erhöht vor allem das Tempo
539 des weltweiten Finanzkapitalismus in geradezu irrwit-
540 ziger Weise und verhilft mit der Macht der Konzerne
541 über Algorithmen Wenigen zu unermesslichem Reich-
542 tum, während Viele die Entgrenzung ihrer Arbeit und
543 übermäßigen Stress verkraften müssen. Um technische
544 Möglichkeiten umfassend für wirtschaftliche, soziale
545 und ökologische Innovation nutzbar zu machen, bedarf
546 es also der politischen Gestaltung des Strukturwandels
547 unserer Zeit.

548

549 Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit ist längst ein
550 wesentlicher Grund für die Blockade von nachhalti-
551 gem Wachstum und gesellschaftlichem Wohlstand. Oh-
552 ne die gerechte wirtschaftliche Beteiligung derjenigen,
553 die mit ihrer Hände und Köpfe Arbeit unser aller Wohl-
554 stand wesentlich schaffen, bleibt am Ende nur eine Frei-
555 heit für Wenige. Die Freiheit der Vielen setzt voraus,
556 dass Selbstbestimmtheit eine sichere ökonomische Ba-
557 sis hat. In einer Gesellschaft, in der die Wirtschaft für
558 den Menschen da ist und nicht umgekehrt, sind eine
559 wirksame demokratische Regulierung von wirtschaft-
560 lichen Prozessen und öffentliche Investitionen in In-
561 frastruktur, nachhaltiges Wirtschaften und soziale Da-
562 seinsvorsorge unverzichtbar. Nur so kann eine Wirt-
563 schaftsordnung auf Dauer stabil und erfolgreich sein.

564

565 Unser Ziel ist sozialer, ökologischer und wirtschaft-
566 lich nachhaltiger Wohlstand für die Vielen statt immer
567 mehr Reichtum für die Wenigen. Wir wollen, dass die ar-
568 beitenden Menschen die Anerkennung erhalten, die sie
569 verdienen. Den technologischen Fortschritt durch die
570 Digitalisierung und die Energiewende wollen wir nut-
571 zen, damit es der großen Mehrheit der Menschen besser
572 geht.

573

574 Dieser Fortschritt für ein besseres Leben kommt nicht
575 von allein, und er kommt nicht durch den Markt, durch
576 Verzicht oder das „richtige“ Verhalten des Einzelnen zu-
577 stande, sondern durch gemeinsames, solidarisches En-
578 gagement und die demokratische Gestaltung des Struk-
579 turwandels durch staatliche Investition und Regulie-
580 rung, damit er gelingt und die Menschen mitnimmt. Die
581 Akteure in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Gewerk-
582 schaften müssen dafür in ihrer Verantwortung gestärkt
583 werden.

584

585 **Die Potenziale der Digitalisierung für Wohlstand und**

586 **gute Arbeit heben**

587

588 Die hohe Produktivität der digitalisierten Wirtschaft
 589 bietet nicht nur die Möglichkeit einer Erhöhung der
 590 Lohnneinkommen in Produktion und Handel. Sie ist auch
 591 die Grundlage für eine auskömmliche Finanzierung von
 592 guter Arbeit im Bildungs- und Sozialwesen, wenn im
 593 Rahmen einer intersektoralen Umverteilung diese Ren-
 594 dite der gesamten Wirtschaft zugutekommt. Entspre-
 595 chend wirksame regulatorische und steuerliche Maß-
 596 nahmen beruhen auf dem Prinzip der Besteuerung am
 597 Ort der Leistungserbringung sowie darauf, die digitale
 598 Rendite bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit
 599 deutlich höher zu besteuern.

600

601 Der digitale Kapitalismus bringt, getrieben durch Netz-
 602 werkeffekte und Big Data, eine zunehmende Monopo-
 603 lisierung und Machtanhäufung neuer, in nie gekannter
 604 Weise global operierender „Mega-Firmen“ und mächtiger
 605 Finanzfonds hervor. Notwendig ist eine regulatori-
 606 sche Einhegung dieser Monopolmacht, um dem Primat
 607 der Politik wieder Geltung zu verschaffen. Dabei spie-
 608 len die Wiedererlangung und Sicherstellung der Souve-
 609 ränität über die eigenen Daten auch ökonomisch eine
 610 entscheidende Rolle. Die staatliche Verantwortung für
 611 den gleichberechtigten Zugang zu digitaler Infrastruk-
 612 tur als neuer Form der Daseinsvorsorge darf nicht durch
 613 den technologischen Vorsprung privater Konzerne au-
 614 ßer Kraft gesetzt werden. Auch dort wo private Konzerne
 615 in den Infrastruktur-Auf- und Ausbau eingebunden
 616 werden, muss der staatliche Einfluss wieder durchge-
 617 setzt werden.

618

619 Auch digitale Plattformen dürfen sich der demokrati-
 620 schen Kontrolle nicht entziehen. Hierzu schlagen wir
 621 die Einrichtung von Nutzerräten vor. Dort, wo es sich
 622 um „virtuelle öffentliche Infrastruktur mit Rahmenset-
 623 zungskompetenz“ handelt (virtuelle Marktplätze, Such-
 624 maschinen u.ä.), sind strenge Transparenz- und Öff-
 625 nungsregeln für den Zugang oder aber die Organisati-
 626 on in öffentlicher Eigentümerschaft geboten. Darüber
 627 hinaus sind die Stärkung öffentlicher und genossen-
 628 schaftlicher Unternehmen sowie die Monopolbekämp-
 629 fung z.B. durch Aufteilung, Fusionskontrolle oder staat-
 630 lich garantierten Zugang zu den wesentlichen Produkti-
 631 onsmitteln (z.B. Daten) Maßnahmen zur Demokratisie-
 632 rung des Netzes.

633

634 Die Digitalisierung bewirkt aber auch an vielen Stel-
 635 len die Dezentralisierung ökonomischer Prozesse und
 636 die Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch Transparenz.
 637 Sie bietet die technische Grundlage für ganz neue For-
 638 men kooperativer Wirtschaftsweisen, wie etwa open
 639 source basierte Software, Ansätze von open production
 640 und open innovation und sharing economy. Mit der För-
 641 derung gemeinnützig und genossenschaftlich organi-
 642 sierter digitaler Plattformen können neue Teilhabemög-
 643 lichkeiten in der digitalen Wirtschaft und der digitalen
 644 Kommunikation entstehen.

645

646 **Auf Innovation setzen – besser werden, nicht billiger**

647

648 Wettbewerb endlich wieder um die besten Lösungen!
 649 Wir setzen auf Innovationen bei Produkten und Dienst-
 650 leistungen und die Menschen, die diese als Wissen-
 651 schaftlerinnen und Wissenschaftler und Fachkräfte ent-
 652 wickeln. Deshalb fördern wir die Innovationskraft und
 653 geben dem Wettbewerb neue Regeln sowie soziale und
 654 ökologische Standards (Fairtrade-Zertifizierungen, ILO-
 655 Normen, CO2-Bepreisungen), die ihn international, eu-
 656 ropäisch und auf nationaler Ebene zivilisieren und der
 657 Realwirtschaft wieder Vorrang vor der Finanzwirtschaft
 658 einräumen.

659

660 Ein solcher neuer Rahmen für einen Wettbewerb um
 661 die besten Lösungen und nicht um die billigste Produk-
 662 tion und die schnellste Rendite ist unsere Antwort auf
 663 den neoliberalen unregulierten Finanzkapitalismus. Wir
 664 überlassen die Zukunft nicht anonymen Märkten. Im
 665 Mittelpunkt der notwendige Wende hin zu einer nach-
 666 haltigen Wirtschafts- und Lebensweise steht für uns
 667 nicht ein Verzicht, sondern ein Gewinn an Lebensqua-
 668 lität für die Vielen.

669

670 **Soziale und ökologische Innovationen voranbringen**

671

672 Die umfassende soziale und ökologische Regulierung
 673 von Märkten hilft, bisherige Pfade zu verlassen und
 674 technische Potenziale gesellschaftlich sinnvoll zu nut-
 675 zen. Die Grundlagen für die notwendigen Innovationen
 676 liegen in der öffentlich verantworteten und finanzier-
 677 ten Bildung und Forschung, deren Anwendung durch
 678 öffentliche, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaft-
 679 liche Akteure Innovationen hervorbringt. Eine gesell-
 680 schaftlich gelungene Innovationsförderung berücksich-
 681 tigt immer dieses Wechselspiel. Motivation, Kreativität
 682 und Gestaltungswille gibt es dafür sowohl bei gewinn-
 683 orientierten, sozial-ökologisch orientierten zivilgesell-
 684 schaftlichen oder öffentlichen Unternehmerinnen und
 685 Unternehmern. Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die
 686 die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und der
 687 planetarischen Ökosysteme anerkennt und als Antrieb
 688 für Innovation und gesellschaftliche Lösungen versteht.
 689 Individuelles Verhalten und Können sind dabei wichtig,
 690 werden aber nur durch kollektive, gesellschaftlich ver-
 691 ankerte Lösungen wirksam für alle.

692

693 Der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäf-
 694 tigung“ kommt das Verdienst zu, den Umstieg von der
 695 Kohleverstromung auf eine regenerative Energieversor-
 696 gung als ein solches ökonomisches und soziales Dek-
 697 adenprojekt definiert zu haben. Sie ist damit Vorlage für
 698 ähnliche sektorale Herausforderungen in anderen Wirt-
 699 schaftsbereichen. Ergänzend dazu ist eine übergreifen-
 700 de sozial-ökologische Industriepolitik notwendig, die
 701 die dynamische Bestandsentwicklung der bestehenden
 702 industriellen Kerne und den Aufbau neuer industriell-
 703 er Kerne in wesentlichen Leitmärkten zum Ziel hat. Ei-

704 ne solche Leitmarktstrategie ist unterlegt mit Wissens-
 705 und Technologietransfers, staatlichen und privaten In-
 706 vestitionsfonds, Förderungen und Anschubfinanzierun-
 707 gen, die eine eigenständige Entwicklung und Fortfüh-
 708 rung ermöglichen.

709
 710 **Der Globalisierung durch transnationale Regeln begegnen**
 711

712
 713 Die von Populisten propagierte Rückkehr zur Beherr-
 714 schung der Märkte durch die nur vermeintlich star-
 715 ken Nationalstaaten ist die falsche Antwort auf die
 716 Herausforderungen der Globalisierung. Die Institutio-
 717 nen, die geschaffen wurden, um Märkte und Handel
 718 zu liberalisieren, sind vielmehr auch der Ausgangspunkt
 719 für die Regulierung von Märkten. Beispiele dafür sind
 720 die EU-Finanztransaktionssteuer oder das Pariser Kli-
 721 maschutzabkommen. Auch multilaterale Handelsab-
 722 kommen sind geeignet, zu einer stärkeren Regulierung
 723 des Welthandels beizutragen – entscheidend ist, wel-
 724 che Vereinbarungen die Partnerinnen und Partner als
 725 Grundlage für den barrierefreien gemeinsamen Handel
 726 treffen. Deutschland muss gemeinsam mit Frankreich
 727 und anderen Partnerinnen und Partnern seinen Einfluss
 728 in der Europäischen Union nutzen, um diese zu einem
 729 Motor für einen fairen Welthandel und die Zurückdrän-
 730 gung der Macht der transnationalen Konzerne, digita-
 731 ler Monopolstrukturen und internationaler Finanzspe-
 732 kulanten zu machen.

733
 734 Wir wollen eine gemeinwohlorientierte Regulierung
 735 von Finanzmärkten und die deutlich höhere Besteue-
 736 rung leistungsloser Kapitaleinkommen zur Umvertei-
 737 lung der Innovationsrenditen zugunsten der Gesell-
 738 schaft, die diese Innovation erst möglich gemacht hat.
 739 Investmentfonds sind immer noch nicht reguliert. Mit
 740 12 Bio. Euro (2017) entsprechen ihre Engagements im
 741 Euroraum ca. 120 Prozent des Euro-BIP. Sie können bei
 742 Finanzkrisen erheblichen Schaden für die Volkswirt-
 743 schaften anrichten und müssen deshalb dringend eben-
 744 so reguliert werden wie Banken und an den europäi-
 745 schen Krisenmechanismen finanziell beteiligt werden.
 746 Wir sind davon überzeugt, dass die breitere und gerech-
 747 tere Verteilung des Wohlstandes sich nicht nur logisch
 748 aus der Tatsache ableitet, dass unser Wohlstand we-
 749 sentlich auf menschlicher Arbeit beruht, sondern dass
 750 sich dadurch auch gesellschaftlich sinnvolle Innovati-
 751 on und wirtschaftliche Dynamik nachhaltiger entwi-
 752 ckeln. Die Jagd nach quartalsweiser Renditeoptimie-
 753 rung zugunsten privater Spekulanten produziert nicht
 754 nur Ungerechtigkeit, sondern für die Wirtschaft insge-
 755 samt selbstzerstörerische Finanz- und Wirtschaftskri-
 756 sen.

757
 758 Auf globaler Ebene treten wir für einen regelbasierten
 759 Multilateralismus ein, der sich – wie in Europa auch –
 760 heute jedoch fragen muss, welche Bündnispartner die-
 761 sen Regeln noch folgen wollen. Hier dürfen wir nicht
 762 darauf warten, dass der Wind sich dreht, sondern müs-

763 sen die Koalition der Willigen im Rahmen der Institu-
 764 tionen suchen, sei es bei der Finanzmarktregulierung,
 765 regionaler Konfliktlösung oder des Klimaschutzes, um
 766 durch eigens Handeln voranzugehen. Freihandelsab-
 767 kommen müssen eine Machtgleichheit zwischen den
 768 Interessen von Beschäftigten, der öffentlichen Hand,
 769 der Umwelt und den Unternehmen sicherstellen, wir
 770 setzen auf die rechtsstaatlichen Systeme der beteiligten
 771 Länder; wo darüber hinaus Schlichtung nötig ist, müs-
 772 sen Arbeitnehmer und Staaten die gleichen Rechte wie
 773 Unternehmen bekommen.

774
 775 In Europa kommt der deutschen Politik eine zentra-
 776 le Rolle zu. Die egoistische Dominanz einer deutschen
 777 Wirtschaftspolitik, die der Sicherung der deutschen Ex-
 778 portüberschüsse und der Durchsetzung der Sparpoli-
 779 tik zulasten von Investitionen, Löhnen und Renten Vor-
 780 rang gegeben hat, ersetzen wir durch eine politische
 781 Pionierrolle Deutschlands, die dem Zusammenhalt Eu-
 782 ropas und einem sozial gerechten und ökologisch ver-
 783 träglichen wirtschaftlichen Fortschritt in ganz Euro-
 784 pa durch Bündelung der gemeinsamen Interessen Vor-
 785 rang gibt. Um die von den Finanzmärkten selbst aus-
 786 gehenden Risiken für die europäischen Volkswirtschaf-
 787 ten zu begrenzen, sind in Europa weitere Regulierun-
 788 gen notwendig. Die Kosten der nächsten Krise der Fi-
 789 nanzmärkte müssen von den Verursachern direkt getra-
 790 gen werden. Die Macht systemrelevanter Akteure muss
 791 begrenzt werden. Das Trennbankensystem muss ein-
 792 geführt werden, um die Spareinlagen vor spekulativen
 793 Geschäften zu sichern. Darüber hinaus muss der Euro-
 794 päische Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem hand-
 795 lungsfähigen Europäischen Währungsfonds im Rahmen
 796 der EU-Verträge und mit demokratischer Kontrolle aus-
 797 gebaut werden. Die Europäische Union verfügt mit ih-
 798 rer eigenen Währung über die notwendige regulatori-
 799 sche Schlagkraft, um die im globalen Markt herrschen-
 800 den Dynamiken wirksam zu beeinflussen.

801

802 **Die Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten gestalten –** 803 **Teilhabe ermöglichen**

804

805 Die menschliche Arbeit bleibt neben der Natur die Quel-
 806 le allen Wohlstands. Den Menschen, welche die für un-
 807 seren gesellschaftlichen Wohlstand notwendige Arbeit
 808 leisten, steht ein gerechter Anteil am Haben und Sagen
 809 zu.

810

811 **Es ist Zeit für eine Humanisierung der Arbeitswelt.**

812

813 Wenig beschäftigt die Menschen mehr als gute Arbeit.
 814 Sie legt die wesentliche Grundlage des Menschen –
 815 unabhängig von Geschlecht oder Herkunft – für das
 816 gleichberechtigte selbstbestimmte Leben in der Ge-
 817 meinschaft. Die Art, wie wir wirtschaften und arbei-
 818 ten, entscheidet in einem hohen Maße über unser Le-
 819 ben. Gute Arbeit zu einem fairen Lohn bleibt für die Vie-
 820 len die Grundlage für ein gelingendes Leben. Arbeits-
 821 zufriedenheit, die Balance zwischen Arbeit und Freizeit

822 wie auch die Selbstverwirklichung in der Arbeit erhal-
823 ten zu Recht einen immer höheren Stellenwert. Mehr
824 noch: Reicht der Lohn der täglichen Arbeit nicht aus, ist
825 Wohnen nicht nur im Ballungsraum eine unzumutbare
826 finanzielle Belastung und die Angst vor der Zukunft der
827 alltägliche Begleiter. Reicht der Lohn für die Altersvor-
828 sorge nicht aus, ist Altersarmut vorprogrammiert.

829
830 Ein gutes Auskommen und gleichzeitig Anerkennung,
831 Sinnstiftung und die Erfüllung eines selbstbestimmten,
832 glücklichen Lebens sind für uns untrennbare Bestand-
833 teile der Arbeit. Arbeit ist Teil der Würde des Menschen.
834 Sie ermöglicht Teilhabe, Fortkommen und Aufstieg. Der
835 Mensch steht für die Sozialdemokratie mit seinen Fä-
836 higkeiten und Rechten im Mittelpunkt. Darum treten
837 wir dafür ein, dass aus technischem Fortschritt auch
838 sozialer Fortschritt entsteht und deshalb ist Gute Ar-
839 beit zu fairen Löhnen für uns Maßstab einer erfolgrei-
840 chen Wirtschaftspolitik. Durch staatliches und tarifpo-
841 litisches Handeln lässt sich dieser Maßstab umsetzen
842 und damit der Wandel der Arbeitsgesellschaft für eine
843 Humanisierung der Arbeitswelt nutzen.

844
845 **Digitalisierung und Energiewende. Herausforderungen**
846 **für die Arbeitswelt.**

847
848 Zusätzlich zum globalen Wettbewerb stellen die Digi-
849 talisierung und die Energiewende, die Arbeitswelt vor
850 immense Herausforderungen. Nicht nur die Art, wie wir
851 Wirtschaften, sondern auch die Art wie und wo wir ar-
852 beiten, wird sich rasant wandeln. Qualifikationen, Be-
853 rufsbilder, ja ganze Branchen stehen unter erheblichem
854 Veränderungsdruck. Die Anpassungsleistung, die in frü-
855 heren Zeiten an der Grenze zu einer neuen Beschäf-
856 tigtengeneration realisiert werden musste, ist heute
857 mitten in den aktiven Belegschaften notwendig. Die-
858 ses Tempo der notwendigen Veränderungen setzt die
859 Beschäftigten unter Stress. Die Aussicht, dass die eige-
860 ne Qualifikation entwertet werden könnte, macht vie-
861 len, insbesondere älteren Arbeitnehmerinnen und Ar-
862 beitnehmern Angst. Der dramatische Strukturwandel in
863 bislang bestimmenden Branchen droht das Selbstwert-
864 gefühl der dort Beschäftigten zu untergraben. Um die
865 Menschen im Wandel mitzunehmen, bedarf es mehr als
866 nur der materiellen Absicherung. Notwendig ist, dass
867 sie in die Lage versetzt werden, den Wandel als Chance
868 auch für ihre eigene Berufsbiographie zu gestalten. Ge-
869 rade in der Energiewende gilt: Da wo neue regenerative
870 Technologien an die Stelle von bisherigen fossilen Tech-
871 nologien treten, bauen diese auf der über Generationen
872 gewachsenen Kompetenz und Wertschöpfung auf. Oh-
873 ne diese Wirtschaftskraft wären wir nicht in der Lage die
874 Energiewende zu meistern.

875
876 Auch die Gestalt der Arbeit selbst wandelt sich. Nicht
877 nur die schon seit Jahren zu beobachtende Spaltung in
878 Kern- und Randbelegschaften, sondern auch die immer
879 weiter verschwimmende Grenze zwischen selbststän-
880 digen und nichtselbstständiger Arbeit erfordern eine

881 neue staatliche und tarifpolitische Gestaltung. Durch
 882 die Auflösung sozialstaatlicher und betrieblicher Struk-
 883 turen werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
 884 selbst in die Rolle eines Unternehmers der eigenen Ar-
 885 beitskraft gedrängt und müssen diese ungeschützt am
 886 Markt verkaufen. Neue Formen der digitalen Tagelöhne-
 887 rei wie Crowd- und Clickworking, das Anwachsen pre-
 888 kärer Arbeitsverhältnisse im Onlinehandel und zuneh-
 889 mende Möglichkeiten der Überwachung von Beschäf-
 890 tigten stellen besonders negative Auswüchse der di-
 891 gitalen Arbeitswelt dar. Entgrenzung der Arbeit durch
 892 das Verschwimmen von Arbeit und freier Zeit, Arbeits-
 893 verdichtung, dauerhafte Erreichbarkeit und steigender
 894 Stress haben inzwischen fast alle Arbeitsbereiche er-
 895 fasst.

896
 897 Auf der anderen Seite ermöglicht die Digitalisierung
 898 für immer mehr Menschen durch weitgehend zeit- und
 899 ortsunabhängiges Arbeiten neue Flexibilität und pass-
 900 genaue Arrangements. Die Vereinbarkeit von Familie
 901 und Beruf, die Selbstverwirklichung in der Arbeit und
 902 die eigenverantwortliche Gestaltung der beruflichen
 903 Tätigkeit bedeuten für viele eine Verbesserung ihrer in-
 904 dividuellen Arbeitsbedingungen. Der Ersatz von wieder-
 905 kehrenden stupiden auf der einen und körperlich über-
 906 mäßig stark beanspruchenden Tätigkeiten auf der an-
 907 deren Seite stellt einen positiven Effekt der aktuellen
 908 Entwicklung dar.

909
 910 **Flexibilität, Sicherheit und Teilhabechancen verbinden.**

911
 912 Neben neuen Chancen treten neue existentielle
 913 Unsicherheiten. Die ambivalent, zeitverzögert in
 914 unterschiedlichen Branchen und teilweise sogar wi-
 915 dersprüchlich verlaufende Entwicklung droht die
 916 Arbeitsgesellschaft in ihrer Mitte auseinanderzureißen.
 917 Diejenigen, die von der Modernisierung profitieren
 918 können, und diejenigen, deren berufliche Situation
 919 dadurch unter Druck gerät, stehen sich in ihrer Bewer-
 920 tung zunehmend kritisch gegenüber. Eine Politik des
 921 sozialen Fortschritts zeichnet sich dadurch aus, dass sie
 922 die neue Flexibilität mit neuer Sicherheit und neuen
 923 Teilhabechancen verbindet.

924
 925 Unser Ziel ist eine solidarische Arbeitsgesellschaft. Die
 926 Maßnahmen zur neuen Ordnung am Arbeitsmarkt, die
 927 Begrenzung der Möglichkeiten der befristeten Beschäf-
 928 tigung, die Eingrenzung der Leih- und Zeitarbeit, das
 929 Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit stellen erste wich-
 930 tige Schritte dar. Um der geforderten und gewünsch-
 931 ten Flexibilität Absicherung und Teilhabechancen an die
 932 Seite zu stellen, derer ein selbstbestimmtes Arbeiten
 933 bedarf, sind darüber hinaus ein gesetzlicher und tarifli-
 934 cher Rahmen für variable Arbeitszeitmodelle, das Recht
 935 auf Nichterreichbarkeit sowie Regelungen für das mo-
 936 bile Arbeiten notwendig. Der Gesundheits- und Arbeits-
 937 schutz für die Beschäftigten muss auf die neuen Gege-
 938 benheiten wirksam angepasst werden.
 939

940 Den neuen Arbeitsrealitäten tragen wir durch die Wei-
941 terentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer
942 Arbeitsversicherung Rechnung. Sie verbindet Absiche-
943 rung mit Selbstbestimmung sowie einem Recht auf
944 finanziell unterstützte Qualifizierung und Weiterbil-
945 dung. Den Beschäftigten wollen wir ein Stück Autono-
946 mie über ihre eigene Erwerbsbiografie zurückgeben, in-
947 dem wir den Schutz vor Arbeitslosigkeit mit einer vor-
948 ausschauenden Qualifizierung des Einzelnen koppeln –
949 nicht erst im Falle der Arbeitslosigkeit, sondern als Aner-
950 kennung der Qualifizierungsbedarfe im laufenden Job.
951 Auch den Mutterschutz, Eltern- und Pflegezeiten wol-
952 len wir in eine solche Arbeitsversicherung als staatliche
953 Leistungen integrieren. Den Zugang zu Weiterbildung
954 und Qualifizierung werden wir erweitern und gemein-
955 sam mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Ge-
956 werkschaften ein positives Klima hierfür schaffen.

957
958 Mehr Selbstbestimmung durch flexible Arbeitszeiten ist
959 durch die Nutzung moderner Technologien für eine hö-
960 here Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten entlang
961 ihrer Bedürfnisse und Fähigkeiten erreichbar. Eine kurze
962 Vollzeit für Familienphasen, wie sie die IG Metall jüngst
963 durchgesetzt hat und tariflich geregelte Überstunden,
964 die Arbeitszeitkonten füllen, für die, die sich z.B. nach
965 dem Berufseinstieg beweisen wollen, sind hierfür kon-
966 krete Beispiele.

967
968 Aber nicht alle gesellschaftlichen Notwendigkeiten las-
969 sen sich durch mehr individuelle Flexibilität lösen. In ei-
970 ner älter werdenden Gesellschaft steigt der Bedarf an
971 sozialen Dienstleistungen. Gleichzeitig verlieren die tra-
972 dierten Geschlechterrollen an Bedeutung. Immer mehr
973 Frauen und Männer wünschen sich eine gleichberech-
974 tigte Aufteilung von familiären Aufgaben und Erwerbs-
975 arbeit. Wo soziale Dienstleistungen nicht zur Verfügung
976 stehen, wird das Leben im Alltag oft zur Zerreißprobe. Es
977 ist daher ein Gebot der Vernunft, die bisher oft verkann-
978 ten Leistungsträger und vor allem Leistungsträgerin-
979 nen in Gesundheits- und Sorgeberufen aufzuwerten. Es
980 bedarf flächendeckend einheitlicher Mindeststandards
981 für die Personalbemessung und eine spürbar höhere
982 Entlohnung in den sogenannten SAHGE-Berufen, den
983 Berufen in der Sozialen Arbeit, Haushaltsnahen Dienst-
984 leistungen und der Gesundheits- und Erziehungsbran-
985 che.

986
987 **Gerechte Teilhabe der Vielen am Haben und Sagen**
988

989 Dank jahrzehntelanger Steigerung von Produktivität
990 und der hohen Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ist
991 heute mit weniger Arbeit mehr Wohlstand möglich als
992 jemals zuvor. Die Effizienzsteigerung der letzten Jahr-
993 zehnte hat aber in aller Regel dazu geführt, die Ge-
994 winnspanne derjenigen zu maximieren, die über die
995 Produktionsmittel verfügen. Es ist dabei ein Gebot der
996 Leistungsgerechtigkeit, das endlich auch die Beschäftig-
997 ten ihren gerechten Anteil am gemeinschaftlich Erwirt-
998 schafteten erhalten.

999

1000 Angesichts der hohen Produktivität besteht das Poten-
 1001 zial für kräftige Reallohnsteigerungen im tariflichen Be-
 1002 reich und eine Anhebung des Mindestlohns auf min-
 1003 destens 12 Euro. Um Beschäftigte darüber hinaus an
 1004 der steigenden Produktivität teilhaben zu lassen, so-
 1005 wie ihren gesundheitlichen Schutz zu verbessern, be-
 1006 steht außerdem das Potenzial, die Regelarbeitszeit von
 1007 40 Std./Woche nach unten zu korrigieren. Wir können
 1008 und wollen daher weniger arbeiten und mehr freie Zeit
 1009 haben, um Gutes für uns und die Gesellschaft zu tun.
 1010 Wer weniger arbeitet, hat auch mehr Kraft für seine
 1011 Nächsten, mehr Raum für Kreativität, auch mehr Re-
 1012 serven für Flexibilität und mehr Neugierde auf Neu-
 1013 es. Darüber hinaus gibt es mit fast 12 Prozent der Er-
 1014 werbstätigen Millionen von Menschen, die heute dau-
 1015 erhaft in schlecht bezahlter Teilzeit oder Soloselbstän-
 1016 digkeit festhängen und die mehr verdienen müssen und
 1017 möchten. Nur ein Bündnis zwischen der zunehmend ge-
 1018 stressten Arbeitnehmermitte und den sich abrackern-
 1019 den Niedriglöhnern für die gerechte Verteilung von Ar-
 1020 beitszeit und Einkommen, kann wirklichen Wohlstand
 1021 für die große Mehrheit in unserem Land erreichen.

1022

1023 Alle Beschäftigten müssen die Chance haben, in der Ar-
 1024 beitswelt und der Gesellschaft gleichberechtigt teilzu-
 1025 haben. Egal ob am Band, am Krankenbett oder in der
 1026 Cloud. Gute Arbeit bedeutet für die meisten Menschen
 1027 zuerst Absicherung des eigenen Lebens und ihrer Fa-
 1028 milien. In der Arbeit können sich Menschen verwirk-
 1029 lichen, ihre Talente entfalten, Anerkennung erfahren
 1030 und Wohlstand erreichen. Teilhabechancen am Arbeits-
 1031 markt gibt es nicht ohne diskriminierungsfreien Zu-
 1032 gang. Deshalb fordern wir anonymisierte Bewerbungs-
 1033 verfahren ohne Hinweis auf Alter, Nationalität, Migra-
 1034 tionshintergrund, Geschlecht und ohne Bewerbungs-
 1035 foto. Jeder ist nach seinen Fähigkeiten aufgerufen, an
 1036 der Wertschöpfung der Gesellschaft mitzuarbeiten. Ein
 1037 bedingungsloses Grundeinkommen lehnen wir deshalb
 1038 ab. Wir setzen dem eine solidarische Arbeitsversiche-
 1039 rung entgegen, die für Menschen in Arbeit ebenso wie
 1040 für diejenigen, die aus individuellen oder wirtschaft-
 1041 lichen Gründen nicht an der Erwerbsarbeit teilhaben
 1042 können, eine verlässliche Absicherung bietet. Damit er-
 1043 setzen wir das Prinzip Hartz IV. Durch eine umfassende
 1044 sozialstaatliche Absicherung, die Solidarität mit Leis-
 1045 tungsgerechtigkeit verbindet.

1046

1047 Die Finanzierung des Sozialstaats darf sich nicht ein-
 1048 seitig auf Arbeit stützen, sondern muss den Verände-
 1049 rungen der Wertschöpfungsbasis und der Arbeitswelt
 1050 Rechnung tragen. In einer Welt, in der die Kapitalren-
 1051 dite weiter zunimmt, muss die Finanzierung des Ge-
 1052 meinwohls ebenfalls auf eine breitere Grundlage ge-
 1053 stellt werden. Deshalb bedarf es auch alternativer Fi-
 1054 nanzierungsformen wie der Finanztransaktionssteuer,
 1055 einer Digitalsteuer sowie der substanziellen Besteue-
 1056 rung von Vermögen. Die Digitalisierung bietet die Chan-
 1057 ce – im Rahmen eines neuen Gesellschaftsvertrages –

1058 die Dividende für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu nut-
1059 zen und alle am materiellen Fortschritt und besseren Le-
1060 bensbedingungen teilhaben zu lassen. Teilhabe ist nicht
1061 nur materielle Teilhabe, sondern auch Teilhabe an bes-
1062 serer Lebensqualität, demokratischen Entscheidungen
1063 und Zukunftschancen.

1064
1065 Hierfür ist es notwendig Gewerkschaften und soziale
1066 Verbände zu stärken. Für uns besteht der Anspruch, al-
1067 le gesellschaftlichen Bereiche demokratischer zu gestal-
1068 ten. Insbesondere am Arbeitsplatz wollen wir die Mit-
1069 bestimmung weiterentwickeln zu Formen der Mitge-
1070 staltung und Mitentscheidung. Gerechte Löhne für gu-
1071 te Leistung wollen wir auch durch eine Stärkung tarifli-
1072 cher und betrieblicher Mitbestimmung der Beschäftig-
1073 ten unterstützen. Zur Erreichung dieses Ziels sind Ge-
1074 werkschaften und Betriebsräte die geeigneten und von
1075 uns zu stärkenden Akteure. Tarifverträge, gesetzlicher
1076 Arbeitsschutz – auch in neuen Branchen, kleinen Betrie-
1077 ben und digitalen Wertschöpfungsketten – ebenso wie
1078 eine Ausweitung des Betriebsbegriffs auf Subunterneh-
1079 merinnen und Subunternehmer und Soloselbständige
1080 sind die notwendige Rahmensetzung. Die Ausweitung
1081 der Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge und Er-
1082 leichterung von Betriebsratsgründung auch in kleineren
1083 Betrieben, ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften
1084 und die schärfere strafrechtliche Ahndung von syste-
1085 matischer Behinderung und Bekämpfung von Gewerk-
1086 schaften durch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (sog.
1087 Unionbusting) stellen eine Erweiterung des normativen
1088 Rahmens dafür dar. Mit 5 Prozent Pflichtkapitalbetei-
1089 ligung von Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfonds an
1090 Unternehmen ab 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
1091 tern und mehr als 50 Mio. Euro Umsatz stärken wir die
1092 direkte Mitverantwortung im Unternehmen.

1093

1094 **Wir wollen nachhaltig wirtschaften und produzieren**

1095

1096 **Nachhaltig Wirtschaften**

1097

1098 Das Leben auf der Erde muss innerhalb der ökologischen
1099 Belastungsgrenzen stattfinden. Deshalb ist Akzeptanz
1100 für Nachhaltigkeit in der gesamten Bevölkerung zu er-
1101 arbeiten. Es ist an uns, hierfür der Wirtschaft klare Re-
1102 geln zu setzen. Wir werden die Herausforderungen der
1103 Nachhaltigkeit nur lösen, wenn wir zugleich die sozia-
1104 len Dimensionen und die Fliehkräfte mit angehen, Fair-
1105 ness und Umweltgerechtigkeit sind unsere Leitplanken.
1106 Unter nachhaltigem Wirtschaften verstehen wir um-
1107 weltverträgliches Handeln, das zukünftigen Generatio-
1108 nen genügend Spielraum für eigene Entscheidungen
1109 lässt und auf soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung
1110 der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet ist. Al-
1111 lein nachhaltiges Wirtschaften kann dauerhaften, öko-
1112 nomischen Erfolg und Wohlstand garantieren.

1113

1114 **Nachhaltig Produzieren**

1115

1116 Die Nachfrage nach ökologisch und sozial verantwortli-

1117 chen Produkten und Dienstleistungen steigt. Gleichzei-
 1118 tig sind Unternehmen zunehmend verpflichtet, Nach-
 1119 haltigkeitskriterien aktiv in Entscheidungsprozesse und
 1120 Berichtswesen einzubinden. Die SPD sieht in den An-
 1121 forderungen von Nachhaltigkeit und industrieller Wert-
 1122 schöpfung keinen unauflösbaren Widerspruch. Im Ge-
 1123 genteil: Für eine Welt, in der künftig mehr als zehn Mil-
 1124 liarden Menschen gut und im Einklang mit den natürli-
 1125 chen Grenzen unseres Planeten leben können, braucht
 1126 es intelligente industrielle Lösungen. Darin liegt eine
 1127 enorme Chance auch für die Weiterentwicklung des In-
 1128 dustriestandorts NRW. Um diese Chancen zu nutzen,
 1129 brauchen wir den Mut, neue Wege zu beschreiten und
 1130 die Bereitschaft, Altbewährtes in Frage zu stellen. Es
 1131 gilt: Die Anforderungen nachhaltiger Entwicklung müs-
 1132 sen Grundlage aller wesentlichen Entscheidungen in
 1133 Politik und Gesellschaft werden.

1134

1135 **Nachhaltiges Wirtschaften und Produzieren politisch** 1136 **gestalten**

1137

1138 Nachhaltiges Wirtschaften und Produzieren muss sich
 1139 zwangsläufig am Nachhaltigkeitsziel (SDG) „Gute Ar-
 1140 beit“ der Agenda 2030 orientieren. Über dieses Ziel stre-
 1141 ben wir ein dauerhaftes breitenwirksames und nach-
 1142 haltiges Wirtschaftswachstum an, produktive Vollbe-
 1143 schäftigung und menschenwürdige Arbeit.

1144

1145 Die drängenden ökologischen Probleme, die sich durch
 1146 den Klimawandel noch verstärken, haben zu einer
 1147 „Ökonomisch-ökologischen Doppelkrise“ geführt. Die-
 1148 se ist schon jetzt an vielen Stellen der Wirtschaft
 1149 der Treiber für den Wandel in der Arbeitswelt. Diese
 1150 Entwicklung erfordert für die SPD einen neuen Blick
 1151 und einen anderen Zugang zu den sich verstärkenden
 1152 ökonomisch-ökologischen Problemen. Ein politischer
 1153 Diskurs, der weiterhin die Trennung von Wirtschafts-
 1154 und Klimapolitik thematisiert, führt in die Sackgasse
 1155 und wäre so wenig sinnvoll wie eine thematische Tren-
 1156 nung von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein „ja-aber-
 1157 Vorbehalt“ (wir sind ja für Klimaschutz, aber ...) ist fol-
 1158 glich nicht nur ein fachlicher, sondern auch ein politi-
 1159 scher Irrweg.

1160

1161 Die Umsetzung der Ziele des nachhaltigen Wirtschaftens
 1162 und Produzierens sind im Rahmen einer Wirt-
 1163 schaftsdemokratie an folgenden Eckpunkten auszurich-
 1164 ten:

1165

- 1166 • Ökologische Nachhaltigkeit
- 1167 • Beschäftigungspolitische Nachhaltigkeit
- 1168 • Nachhaltige Qualität der Arbeit (Gute Arbeit)
- 1169 • Nachhaltiges Wettbewerbsmodell

1170

1171 An diesen Eckpunkten erarbeiten wir ein Konzept des
 1172 nachhaltigen und sozialen Wirtschaftens und Produzie-
 1173 rens. Dies umfasst eine Vorstellung, wie zukünftig sinn-
 1174 stiftende und sichere Tätigkeit erreicht werden kann. Es
 1175 zeigt zugleich auf, wie Wachstum in nachhaltigen Bran-

1176 chen mit entsprechenden Arbeitsplätzen erzielt wer-
1177 den kann. Es setzt auf neue Bildungs-, Lern- und Qua-
1178 lifizierungsoffensiven, um den Wandel zu begleiten. Es
1179 setzt weiterhin auf Arbeitszeitmodelle und Mobilitäts-
1180 konzepte, die eine nachhaltige und sozial freundliche
1181 Lebensweise ermöglichen.

1182
1183 Wir begreifen das Gelingen einer sozialverträgli-
1184 chen Energiewende als sehr bedeutende politisch-
1185 gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Dabei
1186 sind wir den Prinzipien der Nachhaltigkeit, der So-
1187 lidarität und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen
1188 verpflichtet, denn sie bedingen sich gegenseitig.

1189
1190 Zur Umsetzung dieses Nachhaltigkeitsansatzes streben
1191 wir folgende Ziele an:

- 1192
- 1193 • Wir ergänzen das Betriebsverfassungsgesetz um
1194 Aspekte der Ökologie und Nachhaltigkeit. Denn der
1195 ökologische Wandel des Unternehmens kann nur
1196 unter Einbeziehung der Arbeitenden gelingen, da-
1197 her brauchen wir die Mitbestimmung auch in die-
1198 sem Bereich. Nur so gelingt der nachhaltige Umbau
1199 der Wirtschaft auf soziale Art und Weise und führt
1200 zu einer breiten Beteiligung und damit auch Akzep-
1201 tanz.
 - 1202 • Wir stärken den öffentlichen Dienst, der die Da-
1203 seinsvorsorge in den Bereichen Versorgung, Entsor-
1204 gung und Mobilität auf hohem ökologischem Ni-
1205 veau sichert.
 - 1206 • Wir verabschieden uns von Freiwilligkeitsvereinba-
1207 rungen mit der Industrie und dem Handel und set-
1208 zen insbesondere im Wasser- und Abfallbereich auf
1209 klare rechtliche Regeln.
 - 1210 • Wir nutzen die ersten Erfahrungen und Ergebnisse
1211 des NRW-Klimagesetzes und erarbeiten eine Fort-
1212 führung des NRW-Klimaschutzplans.
 - 1213 • Ergänzend zum EU-Emissionshandel fordern wir ei-
1214 ne Bepreisung von CO₂ in Bereichen wie Gebäu-
1215 de, Verkehr und Landwirtschaft. Diese müssen ei-
1216 ne sinnvolle Lenkungswirkung entfalten, sozial ver-
1217 träglich sein und Anreiz für Investitionen in klima-
1218 freundliche Technologien eröffnen.
 - 1219 • Wir forcieren den weiteren Ausbau der regenera-
1220 tiven Energien, damit wir den geplanten Ausstieg
1221 aus der Kohleverstromung schaffen. Insbesonde-
1222 re müssen Speichertechnologien weiterentwickelt
1223 werden.
 - 1224 • Wir sichern und fördern den Biotopverbund und die
1225 Erhaltung von Grünstrukturen zwischen den Bioto-
1226 pen. Damit wird das Überleben von Tier- und Pflan-
1227 zenarten in der intensiv genutzten Kulturlandschaft
1228 gesichert.
 - 1229 • Wir begrenzen den Flächenverbrauch auf 5 Hektar
1230 pro Tag.
 - 1231 • Wir stoppen die Überdüngung vieler Äcker – vor al-
1232 lem in den Mastregionen – und schützen so das
1233 Grundwasser.
 - 1234 • Wir stehen für den nachhaltigen Ausbau der Land-

1235 wirtschaft – Bioprodukte müssen zum Regelfall
 1236 werden, nicht zur Ausnahme. Daher fordern wir
 1237 eine für den Verbraucher nachvollziehbare einheitliche
 1238 Kennzeichnung, die ihm die Kaufentscheidung
 1239 erleichtert und Kriterien der sozialen und ökologi-
 1240 schen Nachhaltigkeit umfasst.

- 1241 • Wir entwickeln ein Insektenschutzprogramm, dass
 1242 insbesondere in Naturschutzgebieten den Einsatz
 1243 von Pestiziden verbietet.
- 1244 • Wir nehmen die Automobilindustrie konsequen-
 1245 ter in die Pflicht. Wir fordern eine Kommission Zu-
 1246 kunft der Mobilität. Vorbild kann die Kommission
 1247 „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
 1248 sein, die alle relevanten Akteure an einen Tisch holt
 1249 und gemeinsam Lösungen und Handlungsempfeh-
 1250 lungen für die Zukunft der Mobilität erarbeitet.
- 1251 • Wir stehen für den Umstieg von der Straße auf die
 1252 Schiene und fordern daher massive Investitionen
 1253 für Schienenwege und neue Züge.
- 1254 • Wir fordern eine europaweite Kerosinsteuer und ei-
 1255 ne Fernbus-Maut. Die Erlöse müssen in ein europäi-
 1256 sches Schienennetz investiert werden.

1257

1258 **2.2 Aufstiegschancen durch Bildung. Beste Bildung NRW** 1259 **– ein Leben lang!**

1260

1261 *Unser Leitmotiv: Neue Chancen schaffen*

1262 *Unser Versprechen: Chancen und Aufstieg*

1263 *Unsere Ziele: Bildung und gerechter Zugang*

1264

1265 Bildung und damit Aufstiegschancen waren immer
 1266 schon der Kerngedanke der sozialdemokratischen Idee.
 1267 Unsere Kernthemen wie Freiheit, Gerechtigkeit und So-
 1268 lidarität gehören eng zu jedem Bildungsprozess. Bil-
 1269 dung muss daher wieder höchste Priorität in NRW be-
 1270 kommen.

1271

1272 **Bildung ist mehr als Lernen – Lernen ist mehr als Schule**

1273

1274 Vom ersten Tag unseres Lebens an lernen wir dazu und
 1275 das hört nicht auf bis ins hohe Alter – jeden Tag und jede
 1276 Stunde sammeln wir Erfahrungen und Wissen, erwei-
 1277 tern Fertigkeiten und erproben uns in neuen Situatio-
 1278 nen.

1279

1280 Deshalb nehmen wir Bildung überall und im gesamten
 1281 Leben von Menschen in den Blick – von Familie und Kita
 1282 bis zur Weiterbildung. Für uns ist Lernen nicht nur die
 1283 Aneignung von Wissen – genauso wichtig sind uns die
 1284 emotionale, die soziale, die gesundheitliche und die kul-
 1285 turelle Entwicklung der Menschen. Dabei ist und bleibt
 1286 die Schule ein zentraler und oft entscheidender Ort für
 1287 das Lernen. Alle Erfahrungen im nationalen und inter-
 1288 nationalen Vergleich zeigen, dass frühe Entscheidun-
 1289 gen über Bildungskarrieren in die Irre führen. Deshalb
 1290 bleibt unser Ziel eine Schule für alle! Angesichts der
 1291 unübersichtlichen Menge an Schulformen in NRW hal-
 1292 ten wir in einem ersten Schritt hier eine Reduzierung
 1293 für überfällig. Den Übergang dorthin werden wir ver-

1294 antwortungsvoll organisieren. Damit Schulen auch Orte
1295 des gemeinsamen Lebens werden, werden wir kommunale und regionale Bildungslandschaften und die Öffnung von allen Bildungseinrichtungen in den Sozialraum fördern.

1298
1299

1300 **Konsequent für alle Menschen**

1301

1302 Nicht für Institutionen, sondern für jeden einzelnen Menschen muss Bildung gelingen. Dafür müssen je nach individuellen Voraussetzungen, Möglichkeiten und Bedürfnissen der Menschen unterschiedliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Daraus folgt, dass wir offene Systeme beschreiben müssen, in denen alle Beteiligten klaren Prinzipien folgen bei einer größtmöglichen Handlungsfreiheit.

1309
1310

1311 **Eine Klarstellung zur Inklusion und Integration**

1312

1313 Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch Fähigkeiten und Begabungen besitzt, die er in die Gesellschaft einbringen kann. Das heißt auch, dass wir unser gesamtes Verständnis von Bildung und menschlichem Miteinander überprüfen müssen und ein Bildungssystem schaffen, in dem jeder Mensch seinen Platz findet und zwar unabhängig von seinem kulturellen oder sozialen Hintergrund und von individuellen Beeinträchtigungen. Die Herausforderungen von Inklusion und Integration und die hervorragenden Leistungen der Bildungseinrichtungen wollen wir dabei nicht vergessen und auch nicht klein reden.

1324
1325

1326 **Konsequent in den Forderungen**

1327

1328 Wir haben bei den meisten Themen kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Deshalb werden wir unsere Ziele konkret und konsequent formulieren, die notwendigen Umsetzungsschritte beschreiben und mit ausreichend Geld hinterlegen. Oft genug haben wir die Schere der Umsetzungsschwierigkeiten schon im Kopf – das schwächt unsere Haltung. Klarheit und Eindeutigkeit sind aber notwendig, damit sich etwas ändert.

1336
1337

1338 Damit Bildung letztendlich gelingt, brauchen Menschen

1339

- 1340 1. freien Zugang zu Bildung,
- 1341 2. Spaß am Lernen und Lust am Erfolg,
- 1342 3. Anleitung und Unterstützung durch engagierte Menschen,
- 1343
- 1344 4. soziale und demokratische Kompetenz,
- 1345 5. ein stabiles Fundament an Wissen und Kompetenzen,
- 1346
- 1347 6. Angebote und Anreize für Spitzenleistungen,
- 1348 7. Bildung, die in der Zukunft trägt.

1349

1350 Und nicht zuletzt und vor allem:

1351

1352 **Gute Bildung braucht eine gute Finanzierung!**

1353

1354 Für eine bessere Chancengleichheit und höhere Quali-
 1355 tät muss das Bildungssystem finanziell erheblich besser
 1356 ausgestattet und strukturiert werden. Denn wir wissen
 1357 alle: Wenn wir bei der Bildung sparen, wird sich das frü-
 1358 her oder später rächen. Trotzdem liegt Deutschland bei
 1359 den Bildungsausgaben deutlich, d.h. rund 30 Milliarden
 1360 Euro pro Jahr, unter dem OECD-Durchschnitt. Und NRW
 1361 liegt noch unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb ist
 1362 unser klares Ziel, Spitzenreiter im Bundesdurchschnitt
 1363 zu werden und dazu den Bildungsetat sukzessiv zu er-
 1364 höhen.

1365

1366 Für mehr Handlungsfähigkeit brauchen wir ein klares
 1367 Bekenntnis zur Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel.
 1368 Hierbei gilt: Starke Schultern müssen sich daran deut-
 1369 lich stärker als bisher beteiligen. Dies heißt für uns, dass
 1370 hohe Erbschaften und Vermögen deutlich stärker be-
 1371 steuert werden müssen als heute und Finanzspekulan-
 1372 ten und globale Kapitalgesellschaften auch ihren Anteil
 1373 am Steueraufkommen zahlen müssen. Gute Bildung
 1374 braucht eine solide finanzielle Basis.

1375

1376 Durch die Verteilung der zusätzlichen Gelder muss Bil-
 1377 dungsgerechtigkeit hergestellt werden. Zunächst heißt
 1378 das, dass wir Bildung im gesamten Lebensverlauf bei-
 1379 tragsfrei machen. Und es heißt, dass bei größeren Her-
 1380 ausforderungen auch die personellen und Sachausstat-
 1381 tungen besser sein müssen. Dabei gilt für alle Berei-
 1382 che die Forderung „Ungleiches muss ungleich behan-
 1383 delt werden“. In diesem Zusammenhang muss auch ei-
 1384 ne sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln in allen
 1385 Bildungsbereichen geregelt werden. Noch immer ist Bil-
 1386 dung und Teilhabe abhängig vom Geldbeutel der Eltern.
 1387 Dies will die SPD ändern. Gerechtigkeit im Bildungssys-
 1388 tem kann nur über ein beitragsfreies Bildungssystem
 1389 erreicht werden. In diesem Zusammenhang müssen
 1390 einheitliche Qualitätsstandards und Schulbaurichtlini-
 1391 en konsequent umgesetzt werden. Des Weiteren müs-
 1392 sen Lösungen zur dauerhaften Finanzierung von Inklusio-
 1393 n, Ganztag und Schulsozialarbeit gefunden und im-
 1394 plementiert werden. Dazu gehört: Die Arbeit aller Päd-
 1395 agoginnen und Pädagogen muss wertgeschätzt und ge-
 1396 recht entlohnt werden. So fordern wir beispielsweise ei-
 1397 ne tarifgebundene und sozialversicherte Bezahlung für
 1398 Erzieherinnen und Erzieher und A13Z als Einstiegsamt
 1399 bei Lehrerinnen und Lehrern. Schulsozialarbeiterinnen
 1400 und Schulsozialarbeiter und das pädagogische Fachper-
 1401 sonal sollen ebenfalls besser entlohnt werden sowie
 1402 Aufstiegschancen erhalten.

1403

1404 **Wir brauchen einen New Deal**

1405

1406 Eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen
 1407 Bund, Land und Kommunen ist hier gefragt. Die
 1408 bildungspolitischen Finanz- und Verantwortungsver-
 1409 flechtungen zwischen Bund, Ländern, Kommunen und
 1410 Schulen sind nicht mehr zeitgemäß. Grundgesetz,
 1411 Landesverfassungen und Gesetzgebung gehen seit

1412 Jahrzehnten von einer klaren Trennung der Aufgaben
1413 im Bildungsbereich aus: Die Bundesebene ist nach der
1414 Föderalismusreform seit 2006 von Rechts wegen nicht
1415 mehr für die Bildungspolitik zuständig, den Ländern
1416 obliegt die alleinige Gestaltung der Schulpolitik. Den
1417 Kommunen kommt vor allem die Aufgabe als Schulträ-
1418 ger vor Ort zu, was insbesondere die Instandhaltung
1419 und den Bau von Gebäuden beinhaltet.

1420
1421 Durch eine Vielzahl gesellschaftlicher Herausforderun-
1422 gen ist das Schulsystem seit Jahrzehnten in einem ste-
1423 tigen Wandel. Eine Anpassung der entsprechenden ge-
1424 setzlichen Bestimmungen ist dabei oft nur halbherzig
1425 oder gar nicht erfolgt. Die jüngst verabschiedete Aufhe-
1426 bung des sogenannten Kooperationsverbotes auf Druck
1427 der SPD ermöglicht es zwar dem Bund, nun auch direkt
1428 Geld für Bildungspolitik bereitzustellen, allerdings ist
1429 diese Änderung nur ein Kompromiss und kommt deut-
1430 lich zu spät.

1431
1432 Zuständigkeiten sind für Familien – aber auch für Schu-
1433 len – nicht mehr durchschaubar und Strukturen so an-
1434 gelegt, dass sie Prozesse eher lähmen als Lösungen für
1435 akute Probleme bereitstellen, wie z.B. bei der Finanzie-
1436 rung des Ganztages, einer Schulbaurichtlinie oder wie
1437 aktuell bei der Finanzierung des Digitalpaktes. Ein neu-
1438 es System muss transparent und nachvollziehbar sein –
1439 alle Aufgaben müssen grundsätzlich auskömmlich mit
1440 finanziellen Mitteln hinterlegt sein.

1441
1442 Regionale Bildungsnetzwerke leisten hier einen wich-
1443 tigen Beitrag. Sie vernetzen Schulen mit den kommuna-
1444 len Schul-, Jugend- und Sozialhilfeträgern und der
1445 Schulaufsicht. Wir müssen bei vorhandenen Vernetzun-
1446 gen und Partnerschaften genau prüfen, wie diese zum
1447 Wohl der Kinder verbessert und ausgeweitet werden
1448 können.

1449
1450 Mit Bund, Ländern und Kommunen gilt es, eine Neu-
1451 strukturierung der Aufgabenbeziehungen im Bildungsbereich
1452 und eine sich daran orientierende neue Finanzierungssystematik
1453 zu verhandeln. Es muss klar werden, wo gesamtgesellschaftliche
1454 Aufgaben liegen und wer verantwortlich für ihre Umsetzung ist.
1455 Der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse gilt gerade
1456 auch für den Bildungsbereich. Deshalb muss sichergestellt
1457 werden, dass Finanzmittel nicht mit der Gießkanne,
1458 sondern nach sozialen Kriterien verteilt werden. Dabei muss
1459 der Bund Aufgaben dauerhaft finanzieren und nicht nur zeitweise
1460 übernehmen. Zuständigkeiten und die Finanzierung müssen endlich
1461 klar geregelt werden.

1462

1463 **2.3 Soziale Sicherheit**

1464
1465 *Unser Leitmotiv: Selbstbestimmtheit ermöglichen*
1466 *Unser Versprechen: Teilhabe und Sicherheit*
1467 *Unsere Ziele: Garantierte Teilhabe und soziale Absicherung*
1468
1469
1470

1471 Unser Grundversprechen, niemanden „ins Bergfreie fal-
 1472 len zu lassen“, wenn man auf Unterstützung angewie-
 1473 sen ist, gilt derzeit nicht mehr. Das verunsichert vie-
 1474 le Menschen. Dem begegnen wir mit Reparaturmaß-
 1475 nahmen im Kleinen, die nicht dazu beitragen Abstiegs-
 1476 ängste und Sorgen zu nehmen. Deswegen ist es unse-
 1477 re Aufgabe, die derzeitigen Sozialsysteme zu einem in
 1478 sich stimmigen Sicherheitssystem zukunftsfest zu ver-
 1479 ändern und das Versprechen so dauerhaft zu erneuern.

1480

1481 **Wir werden Hartz IV zu Gunsten einer Arbeitsversi-**
 1482 **cherung und einer bedarfsgerechten, sanktionsfreien**
 1483 **Grundsicherung abschaffen**

1484

1485 Der digitale Wandel und vor allem der Anspruch auf
 1486 mehr Freiheit bei der persönlichen Lebensgestaltung
 1487 erfordern auch Veränderungen bei der sozialen Siche-
 1488 rung. Eine neue Arbeitsversicherung muss darauf re-
 1489 agieren, dass es neben der Erwerbsarbeit auch Phasen
 1490 der beruflichen Neuorientierung, Weiterbildung, Fami-
 1491 lienphasen oder auch Sabbaticals gibt.

1492

1493 Arbeitslosigkeit ist kein individuelles und kein einzeln
 1494 zu verantwortendes Schicksal. Vielmehr muss wieder si-
 1495 chergestellt werden, dass die Leistungen von arbeiten-
 1496 den Menschen anerkannt werden. Entsprechend muss
 1497 die Bezugsdauer der Versicherungsleistungen deutlich
 1498 verlängert werden.

1499

1500 Außerdem werden wir der Angst, dass mit dem Arbeits-
 1501 platzverlust auch ein Verlust der selbstgeschaffenen
 1502 Absicherung einhergeht, endlich konsequent begegnen.
 1503 Der kleine Wohlstand, den sich Menschen für den
 1504 Lebensabend aufgebaut haben, darf zukünftig nicht
 1505 mehr angetastet werden.

1506

1507 Wir begrüßen den aktuellen Beschluss des Parteivor-
 1508 standes zu einer umfassenden Korrektur der sog. Agen-
 1509 da 2010.

1510

1511 Wir lehnen ein Sozialsystem ab, das ein neoliberal-
 1512 les Menschenbild von faulen Leistungsempfängerinnen
 1513 und Leistungsempfängern zu Grunde legt und staatli-
 1514 che Unterstützung als gnädiges Geschenk begreift, das
 1515 mit erhobenem Zeigefinger gewährt wird.

1516

1517 Eine Grundsicherung muss menschenwürdiges Leben
 1518 ermöglichen. Das ist mit den derzeitigen Regelsätzen
 1519 schlicht nicht möglich. Nicht nur, dass die Regelsät-
 1520 ze nicht ausreichen, sondern dass Menschen von die-
 1521 sen geringen Mitteln auch noch Rücklagen für häusli-
 1522 che Anschaffungen leisten müssen, ist nicht tragbar. Ei-
 1523 ne Grundsicherung muss für alle Lebensbereiche aus-
 1524 kömlich sein.

1525

1526 Derzeit werden Regelsätze anhand durchschnittlicher
 1527 Ausgaben von ohnehin schon einkommensschwachen
 1528 Haushalten bemessen. Eine Armutsspirale: Wer weni-
 1529 ger Geld zur Verfügung hat, gibt schließlich auch we-

1530 niger aus. Und selbst von den angegebenen Ausgaben
1531 werden wiederum längst nicht alle bei der Regelsatzbe-
1532 stimmung berücksichtigt: Die Anschaffung einer Brille,
1533 der Kino- oder Theaterbesuch und Ausgaben für Tierfut-
1534 ter werden beispielsweise nicht im Regelbedarf berück-
1535 sichtigt.

1536
1537 Wir fordern deshalb für eine bedarfsgerechte Grunds-
1538 cherung einen Regelsatz in Höhe von derzeit mindes-
1539 tens 570 Euro und eine regelmäßige Anpassung durch
1540 eine einzusetzende Sachverständigenkommission. Re-
1541 gelsätze sollen nicht mehr nur statistisch ermittelt wer-
1542 den, sondern auch normativen Ansprüchen genügen,
1543 wie zum Beispiel der Möglichkeit einer qualitativ hoch-
1544 wertigen Ernährung und von Ausgaben für Freizeit und
1545 Kultur. Mehraufwände für Frauen*, vor allem weibliche
1546 Hygieneprodukte und Verhütungsmittel, müssen eben-
1547 falls berücksichtigt werden.

1548
1549 Empfängerinnen und Empfänger dürfen nicht mehr ver-
1550 pflichtet sein, aus den Regelsätzen Rücklagen zu bilden,
1551 um notwendige Neu- oder Ersatzanschaffungen selbst
1552 oder durch ein Darlehen zu tätigen.

1553
1554 Außerdem ist für uns klar: Das verfassungsgerichtlich
1555 festgelegte Existenzminimum ist, was man zum Leben
1556 braucht. Es muss seinen Namen verdienen. Es wird be-
1557 ständig gewährt, kann nicht gekürzt werden und muss
1558 die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

1559
1560 Über die Gewährung des Existenzminimums hinaus
1561 setzen wir auf – auch finanzielle – Anreize, sich um Ar-
1562 beit zu bemühen und weiter zu qualifizieren. Dazu sor-
1563 gen wir für ein gutes Weiterbildungsangebot, das Ar-
1564 beitssuchende gerne und bereitwillig nutzen. Es muss
1565 echte Chancen auf einen Arbeitsplatz und brauchbare
1566 Qualifikationen bieten.

1567
1568 Bei der Bemessung dieser finanziellen Anreize dürfen
1569 allerdings nicht die geltenden Zumutbarkeitsregeln zu
1570 Grunde gelegt werden.

1571
1572 Zumutbare Beschäftigung kann nur eine solche sein,
1573 die den eigenen Qualifikationen und Neigungen nahe-
1574 kommt und bei der ein armutsfestes Lohnniveau gesi-
1575 chert ist.

1576
1577 Das System der Bedarfsgemeinschaften ist überholt.
1578 Im heutigen System werden Familienmitglieder sowie
1579 Partnerinnen und Partner für Arbeitslosigkeit in „Mit-
1580 haftung“ genommen. Sie erleiden so regelmäßig Nach-
1581 teile, die zu einer Verfestigung der ökonomisch be-
1582 nachteiligten Situation führen. Daher werden wir zu ei-
1583 ner rein individuellen Bemessung kommen. Wir wol-
1584 len, dass alle Kinder in sozialer Sicherheit aufwachsen
1585 und sie alle Teilhabe- und Bildungschancen unabhän-
1586 gig von ihrer Herkunft und vom Einkommen ihrer Eltern
1587 wahrnehmen können. Wir wollen eine Kindergrunds-
1588 cherung einführen, um endlich die skandalöse Kinder-

1589 armut in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Alle bis-
 1590 herigen mit dieser Absicht begonnenen Maßnahmen,
 1591 wie z.B. das Bildungs- und Teilhabe-Paket, haben sich als
 1592 nicht ausreichend, nicht wirksam, nicht geeignet und
 1593 zu bürokratisch erwiesen. Die Kindergrundsicherung ist
 1594 keine Sozialleistung nach Bedürftigkeitsprüfung, son-
 1595 dern eine sozial gerechte Förderung, die den Famili-
 1596 enlastenausgleich vom Kopf auf die Füße stellt. Daher
 1597 setzen wir uns für das vom Bündnis Kindergrundsiche-
 1598 rung entwickelte Modell der Kindergrundsicherung ein,
 1599 das die derzeitige Vielzahl von Leistungen wie Kinder-
 1600 geld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Unterhaltsvor-
 1601 schuss oder pauschale Anteile des BuT bündelt und mit
 1602 steigendem Einkommen der Eltern, z.B. um den Grenz-
 1603 steuersatz, gemindert wird. Nach dem Existenzmini-
 1604 mumbericht der Bundesregierung beträgt das Existenz-
 1605 minimum derzeit 408,00 Euro zuzüglich des Freibetra-
 1606 ges für Betreuung, Erziehung und Ausbildung (BEA) in
 1607 Höhe von 220,00 Euro, so dass die Kindergrundsiche-
 1608 rung aktuell mindestens 628,00 Euro monatlich betra-
 1609 gen muss.

1610

1611 **Wir werden einen deutlich höheren Mindestlohn ein-**
 1612 **führen und die Tarifbindung stärken**

1613

1614 Der derzeitige Mindestlohn ist weiterhin ein Niedrig-
 1615 lohn. Er ist weder armutsfest noch existenzsichernd.
 1616 Expertinnen und Experten zufolge müssten Arbeitneh-
 1617 merinnen und Arbeitnehmer beizeitigem Mindest-
 1618 lohniveau etwa 65 Beitragsjahre leisten, um nicht un-
 1619 ter die Grundsicherungsgrenze im Alter zu fallen. Auch
 1620 wer heute für den Mindestlohn arbeitet, muss teilwei-
 1621 se trotzdem noch ergänzende Sozialleistungen in An-
 1622 spruch nehmen. Obwohl der deutsche Mindestlohn im
 1623 EU-Vergleich hoch scheint, bleibt er im Vergleich mit
 1624 wirtschaftlich vergleichbaren Ländern weit zurück. Sinn
 1625 des Mindestlohns muss aber sein, vor Armut und Nied-
 1626 riglöhnen zu bewahren. Wer nach Mindestlohn bezahlt
 1627 wird, sollte sowohl während der Beschäftigung als auch
 1628 nach 45 Beitragsjahren über der Grundsicherungsgren-
 1629 ze liegen.

1630

1631 Der Mindestlohn muss deshalb auf ein armutsfestes
 1632 Niveau von mindestens 12 Euro angehoben werden.
 1633 Die Mindestlohnkommission muss diese Höhe regel-
 1634 mäßig überprüfen und an die wirtschaftliche Lage an-
 1635 passen. Ausnahmen vom Mindestlohn darf es nicht ge-
 1636 ben. Auf keinen Fall dürfen jährliche Sonderzahlungen
 1637 wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld in die Berechnung
 1638 des Mindestlohns einbezogen werden.

1639

1640 Derzeit bieten nicht erfasste Überstunden, ungerecht-
 1641 fertigte Lohnabzüge und andere Tricksereien die Mög-
 1642 lichkeit, faktisch unterhalb des Mindestlohnes zu ent-
 1643 lohnen. Die Einhaltung des ausnahmslosen Mindest-
 1644 lohns muss deshalb durch umfassende Kontrolle und
 1645 konsequente Ahndung von Verstößen gewährleistet
 1646 werden. Dabei reicht es nicht aus, dass der Zoll als
 1647 zuständige Kontrollinstanz nur säumige Sozialbeiträge

1648 nachfordert, Beschäftigte aber weiterhin ihren Lohn in-
 1649 dividuell einklagen müssen. Wir fordern, dass die Be-
 1650 weispflicht für die Einhaltung des Mindestlohns künf-
 1651 tig beim Arbeitgeber und nicht bei den Beschäftigten
 1652 liegt. Wird durch eine Behörde ein Verstoß festgestellt,
 1653 hat diese auch die Aufforderung zur Lohnnachzahlung
 1654 an den Arbeitgeber zu richten.

1655
 1656 Auch ein armutsfester Mindestlohn darf nicht zur Regel
 1657 bei der Beschäftigung werden. Gute Tarifverträge müs-
 1658 sen das Hauptinstrument sein, um gerechte Gehälter zu
 1659 sichern. Dafür ist die Allgemeinverbindlichkeit von Ta-
 1660 rifverträgen unabdingbar. Das Vetorecht von Arbeitge-
 1661 bern für tarifliche Allgemeinverbindlichkeitserklärun-
 1662 gen ist abzuschaffen.

1663
 1664 Wir erleben zunehmend die Tariffucht der Arbeitge-
 1665 ber, ohne bislang ein wirksames Instrument installiert
 1666 zu haben, das dem entgegenwirkt. Die Forderung, ta-
 1667 rifgebundene Unternehmen steuerlich besser zu stel-
 1668 len, muss daher zeitnah umgesetzt werden und für alle
 1669 Branchen gelten.

1670
 1671 **Wir werden die umlagefinanzierte gesetzliche Rente zu-**
 1672 **kunftssicher und auskömmlich gestalten und stärken, die**
 1673 **private Vorsorge grundlegend reformieren und Arbeitge-**
 1674 **berinnen und Arbeitgeber zu Angeboten für betriebliche**
 1675 **Altersvorsorge verpflichten**

1676
 1677 Die Absicherung im Alter ist ein zentrales Versprechen
 1678 des Sozialstaats. Gerade in Zeiten des gesellschaftlichen
 1679 und ökonomischen Umbruchs stellt es eine wesentli-
 1680 che Voraussetzung für das Vertrauen in Staat und Po-
 1681 litik dar. Rentenpolitik ist, anders als manche glauben
 1682 machen wollen, kein Konflikt zwischen Alt und Jung. Im
 1683 Gegenteil: Von einer mutigen und gerechten Rentenpo-
 1684 litik profitieren die heute Jungen in Zukunft ebenso wie
 1685 die aktuelle Rentnerinnen- und Rentner-Generation.

1686
 1687 Es gilt: Die Teilhabe am Erwerbsleben ist von zentraler
 1688 Bedeutung für jeden Menschen. Für seine Lebenschan-
 1689 cen für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben,
 1690 das den unterschiedlichen individuellen und familiären
 1691 Bedingungen Rechnung trägt. Eine wirksame und ver-
 1692 lässliche Lebensstandardsicherung und Armutsvermei-
 1693 dung im Alter kann für die Mehrzahl der Arbeitnehme-
 1694 rinnen und Arbeitnehmer in der Regel nicht allein durch
 1695 Erwerbsarbeit, Ersparnisse oder private Versicherungen
 1696 gewährleistet werden. Notwendig und historisch be-
 1697 währt ist eine starke öffentliche Absicherung durch ein
 1698 soziales Sicherungssystem, das auch eine wirtschaftli-
 1699 che Abkopplung der Rentnerinnen und Rentner vom
 1700 Rest der Bevölkerung zuverlässig verhindert. Wir beken-
 1701 nen uns daher zur gesetzlichen Rente als der Grundlage
 1702 für ein Leben in Würde nach der Erwerbstätigkeit.

1703
 1704 Die Entscheidung, das Absinken des Rentenniveaus zu
 1705 stoppen und bis zum Jahr 2025 eine „Sicherungsline“
 1706 von 48 Prozent einzuziehen, war richtig und notwen-

1707 dig, um das Vertrauen in die Politik und in den Sozial-
 1708 staat zu stärken. Wir teilen die Vorstellungen, das Ni-
 1709 veau mittel- bis langfristig wieder auf 50 Prozent anzu-
 1710 heben, setzen die erste Priorität aber zunächst auf die
 1711 Niveaustabilisierung. In diesem Zusammenhang spre-
 1712 chen wir uns für eine Reform der Rentenanpassungsfor-
 1713 mel aus. Die langfristige Finanzierung einer auskömm-
 1714 lichen Rente ist außerdem durch angemessene Beiträge
 1715 und Steuermittel sicherzustellen.

1716
 1717 Wir unternehmen konkrete Schritte zur Einführung ei-
 1718 ner Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen,
 1719 auch alle Abgeordneten. Natürlich ist eine solche Re-
 1720 form nicht von heute auf morgen zu schaffen. Überfällig
 1721 sind erste Schritte – und zwar ohne Zeitverzögerung.

1722
 1723 Die steuerfinanzierte Grundrente muss zukünftig aus-
 1724 kömmlich sein und zur gesellschaftlichen Teilhabe be-
 1725 fähigen. Sie wird ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt.

1726
 1727 Versicherungsfremde Leistungen wie bspw. die Mütter-
 1728 rente werden fortgeführt, aber steuerfinanziert.

1729
 1730 Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab,
 1731 weil schon jetzt viele vorzeitig in Rente gehen und da-
 1732 bei lebenslange Abschläge in Kauf nehmen müssen. Un-
 1733 ser Ziel ist, durch eine humane Arbeitswelt sowie mehr
 1734 Prävention und Rehabilitation zu ermöglichen, dass al-
 1735 le das gesetzliche Renteneintrittsalter überhaupt errei-
 1736 chen können.

1737
 1738 Die private Altersvorsorge kann das sinkende Renten-
 1739 niveau nicht kompensieren und Versorgungslücken im
 1740 Alter nicht schließen. Sie muss grundlegend reformiert
 1741 werden. Eine Subventionierung zukünftiger Verträge
 1742 lehnen wir ab. Wir schlagen vor, die Eignung öffentlich-
 1743 rechtlicher Modelle, wie etwa ein Vorsorgekonto bei der
 1744 Deutschen Rentenversicherung, zu prüfen.

1745
 1746 Wir betonen, dass für uns die betriebliche Altersvorsor-
 1747 ge der beste Weg ist, um die gesetzliche Rente zu ergän-
 1748 zen, weil sie private Vorsorge und kollektive Absiche-
 1749 rung miteinander verbindet. Wir wollen, dass in Zukunft
 1750 jeder Arbeitgeber und jede Arbeitgeberin allen Beschäf-
 1751 tigten ein Angebot zum Aufbau einer betrieblichen Al-
 1752 tersversorgung anbieten muss und auch die Ansprüche
 1753 bei Betriebsübergängen gesichert werden.

1754
 1755 **Wir werden die beste medizinische Versorgung und gu-**
 1756 **te Pflege für alle Menschen sicherstellen und die private**
 1757 **Krankenversicherung zu Gunsten einer Bürgerversiche-**
 1758 **rung abschaffen**

1759
 1760 Der Gleichheitsgrundsatz muss auch beim Arzt gelten.
 1761 Außerdem werden wir die Pflegevollversicherung als
 1762 Pflegebürgerversicherung einführen, damit für alle eine
 1763 menschenwürdige Pflege gewährleistet wird.

1764
 1765 Das deutsche Gesundheitssystem weist Problemlagen

1766 auf, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
1767 auch, aber nicht nur durch die Bürgerversicherung lösen
1768 wollen: Das System macht deutliche Unterschiede nach
1769 dem sozialem Status von Bürgerinnen und Bürgern.

1770
1771 Patientinnen und Patienten haben Anspruch auf die
1772 besten Leistungen. Dies darf nicht an der Zuständig-
1773 keitskonkurrenz der beteiligten Leistungsträger (Kran-
1774 kenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversiche-
1775 rung, Arbeitsagentur, Kommune) scheitern.

1776
1777 Die zweifellos in ausreichender Zahl vorhandenen Ex-
1778 pertinnen und Experten sind nicht dort tätig, wo der
1779 größte Bedarf besteht. Viele kümmern sich um Men-
1780 schen, die Leistungen in Anspruch nehmen, die sie nicht
1781 brauchen.

1782
1783 Es wird gemacht, was sich rechnet, nicht das, was medi-
1784 zinisch erforderlich und sinnvoll ist. Dies erzeugt Über-
1785 versorgung und Unterversorgung zugleich, die Vergü-
1786 tungssysteme erzeugen Fehlanreize, die die bestmögli-
1787 che Versorgung verhindern.

1788
1789 Innovationen stehen meist in engem Zusammenhang
1790 mit den besten Verkaufschancen, nicht mit dem größ-
1791 ten Nutzen für Patientinnen und Patienten.

1792
1793 Wir sind davon überzeugt, dass die Private Krankenver-
1794 sicherung keine Impulse für die bestmögliche Versor-
1795 gung erbringt. Zugleich erkennen wir mit Sorge, dass die
1796 Gesetzliche Krankenversicherung ihre Funktion als Ge-
1797 stalterin dieses Ziels nicht annimmt. Wir erwarten, dass
1798 hier gemeinsame Entwicklungen mit spezifischen Dif-
1799 ferenzierungsmodulen auf den Weg gebracht werden.
1800 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wol-
1801 len für derlei Veränderungen den Rahmen setzen, um
1802 bestmögliche Versorgung zu erreichen.

1803
1804 Wir wollen ein Gesundheitswesen, das
1805 • niedrigschwelligen Zugang für alle, unabhängig
1806 von Einkommen und sozialem Status sichert,
1807 • auf Solidarität statt auf Individualisierung beruht,
1808 • Innovationen schnell, kontrolliert und mit der not-
1809 wendigen Evaluation einführt
1810 • technologische Entwicklungen nutzt, aber den
1811 Menschen in den Mittelpunkt stellt,
1812 • als Ausgangspunkt das Versorgungsproblem – den
1813 / die PatientIn – sieht und nicht das Interesse des
1814 Leistungserbringers,
1815 • unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissen-
1816 schaftlern vertraut und nicht bezahltem Lobbyis-
1817 mus,
1818 • zügig durch politische Entscheidungen diesen Zie-
1819 len dienende Rahmenbedingungen erhält.

1820
1821 **Wir werden die Daseinsvorsorge stärken und dadurch**
1822 **auch die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt ver-**
1823 **bessern**
1824

1825 Nur eine starke Daseinsvorsorge garantiert einen um-
 1826 fassenden Zugang für alle zu allen notwendigen Gü-
 1827 tern und Leistungen, und bekämpft soziale Ungleich-
 1828 heit. Wir wollen stärkeres Engagement in der Daseins-
 1829 vorsorge und eine Erweiterung der Angebote (kostenlo-
 1830 ser und nachhaltiger ÖPNV).

1831

1832 Die NRWSPD steht für einen Kurswechsel in der Woh-
 1833 nungspolitik. Hin zu einer Gemeinwohlorientierung vor
 1834 Renditeinteressen.

1835

1836 **Wie wir uns diese Kursneubestimmung konkret vorstel-**
 1837 **len, seht ihr in unserem Antrag L05 „Wohnen ist ein so-**
 1838 **ziales Menschenrecht und schafft Heimat für alle – Dar-**
 1839 **um: Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum für alle**
 1840 **Menschen in Nordrhein-Westfalen“.**

1841

1842 Auch der angemessene Zugang zu den Mitteln der Digi-
 1843 talisierung gehört mittlerweile zu den sozialen Kernbe-
 1844 dürfnissen und wird von uns berücksichtigt und für alle
 1845 Altersgruppen garantiert.

1846

1847 **Soziale Sicherheit kann nur durch einen starken und aus-**
 1848 **kömmlich finanzierten Staat gewährleistet werden**

1849

1850 Daher werden wir die Steuerhinterziehung konsequent
 1851 verfolgen und bestrafen. Wir werden Steuerflucht ver-
 1852 hindern, denn dies ist keine Bagatelle, sondern eine
 1853 Straftat. Es ist ungerecht, dass der immer größer wer-
 1854 dende Teil des Steueraufkommens aus Steuern auf Ar-
 1855 beit bestritten wird und weniger aus Kapital- und Ver-
 1856 mögenssteuern. Wir werden den Spitzensteuersatz und
 1857 die Reichensteuer erhöhen, ebenso Steuern auf Kapi-
 1858 talerträge, werden die Erbschaftssteuer reformieren,
 1859 die Vermögenssteuer wieder erheben und eine Finanz-
 1860 transaktionssteuer einführen. Ziel ist ein transparentes
 1861 und gerechtes Steuerrecht.

1862

1863 **Wie wir uns diese Kursneubestimmung konkret vorstel-**
 1864 **len, seht ihr in unserem Antrag L03 Handlungsfähigkeit**
 1865 **stärken – Solidarität erneuern: Für einen starken solida-**
 1866 **rischen Staat!**

1867

1868 **2.4 Solidarische Gesellschaft**

1869

1870 *Unser Leitmotiv: Zusammenhalt stärken*

1871 *Unser Versprechen: Vielfalt und Zusammenhalt*

1872 *Unsere Ziele: Offene Gesellschaft und Partnerschaftlicher*
 1873 *Staat*

1874

1875 Eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist
 1876 es, den sozialen Frieden zu sichern. Sozialer Frieden ent-
 1877 steht durch Solidarität. Solidarität ist die Bereitschaft,
 1878 füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu unter-
 1879 stützen. Für den Menschen in der Gesellschaft ist sie ein
 1880 Gefühl, für den Menschen im Staat ist sie eine Tugend.
 1881 Aus dieser doppelten Bestimmung heraus ist Solidarität
 1882 das Leitprinzip unserer Politik.

1883

1884 Solidarität ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie kann staatlich nicht verordnet und erzwungen werden. Wohl aber kann und muss der Staat nach unserer Überzeugung die Voraussetzung schaffen, dass gelebte Solidarität in unserer Mitte günstige Bedingungen vorfindet. Nur wer Solidarität vorlebt, kann sie einfordern.

1891
1892 Eine solidarische Gesellschaft setzt einen starken und handlungsfähigen Staat voraus, der Würde, freie Selbstbestimmung und soziale Verantwortung des Menschen ermöglicht und vor einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche wirksam schützt. Das heißt vor allem: Der Mensch muss wieder im Mittelpunkt stehen.

1898
1899 Gute Arbeit, ein Sicherheit bietender Sozialstaat, gleicher Zugang zu Bildung sowie Investitionen in zukunftsfähige Infrastruktur und neue wirtschaftliche Impulse sind notwendige Handlungsstränge für Chancengleichheit und Teilhabe für alle, für Inklusion und Integration, dafür, in Vielfalt eine Bereicherung und Stärke zu sehen – kurz für eine solidarische Gesellschaft.

1906
1907 Von einer gerechten und solidarischen Gesellschaft kann nur die Rede sein, wenn mindestens in grundlegenden Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge gleiche Bedingungen zwischen Stadt und Land, zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen und zwischen den einzelnen Quartieren unserer Städte herrschen. Neben einer notwendigen Umverteilung von oben nach unten liegt in der Angleichung der Lebensverhältnisse in unserem Land der Schlüssel zum Zusammenhalt der Gesellschaft.

1917
1918 Wir dürfen jedoch nicht den Fehler begehen und Anerkennung – die Bedingung von Solidarität – auf eine ökonomische Größe reduzieren. Die Stärkung ökonomischer Verteilungsgerechtigkeit ist eine notwendige Bedingung einer solidarischen Gesellschaft, aber keine hinreichende und nicht mit ihr zu verwechseln. Eine solidarische Gesellschaft braucht mehr, und ein solidarischer Staat tut mehr.

1926
1927 **Eine solidarische Gesellschaft braucht handlungsfähige Kommunen**

1928
1929
1930 In unseren Städten und Gemeinden haben die Menschen die meisten Berührungspunkte mit Staat und Politik. Auf kommunaler Ebene hat jeder und jede Einzelne die größten Gestaltung- und Einflussmöglichkeiten. Deshalb müssen die 396 Städte und Gemeinden in unserem Land an 365 Tagen im Jahr für ein lebenswertes Nordrhein-Westfalen sorgen. Das sicherzustellen, wird für viele Kommunen von Tag zu Tag schwerer. In zu vielen Städten erleben Menschen, dass Kultur- und Sportangebote zurückgefahren und Förderungen der Jugendarbeit gestrichen werden, öffentliche Infrastruktur verfällt und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger sinkt. Verlust von Vertrauen und steigende Unzufrie-

1943 denheit finden sich vor allem dort, wo sich Menschen
 1944 – unabhängig vom eigenen sozialen Status – von Poli-
 1945 tik und Staat verlassen fühlen. Gerade in einer Gesell-
 1946 schaft, in der traditionelle Orte der Gemeinschaft an Be-
 1947 deutung verlieren, müssen wir deshalb den Städten und
 1948 Gemeinden und damit in erster Linie den Bürgerinnen
 1949 und Bürgern wieder Handlungsfelder eröffnen und Ge-
 1950 staltungsraum geben.

1951

1952 Wir haben die Kommune, das Basiccamp der Demokra-
 1953 tie, in den vergangenen Jahrzehnten überfordert. Die
 1954 Hälfte der sozialen Leistungen wird heute auf kom-
 1955 munalen Ebene getragen. Das Konnexitätsprinzip hieß
 1956 am Ende zu oft: „Den letzten beißen die Hunde!“ Heu-
 1957 te befinden sich finanzschwache Kommunen deshalb
 1958 in einem Teufelskreis. Sie sind nicht mehr in der Lage,
 1959 aus eigener Kraft für ihre Bevölkerung vergleichbar gute
 1960 Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven zu er-
 1961 möglichen. Weil Steuern gesenkt wurden und der Bund
 1962 die Lasten der Sozialgesetzgebung stärker den Kommu-
 1963 nen aufgebürdet hat, ohne für eine ausreichende Fi-
 1964 nanzierung zu sorgen, haben wir zugelassen, dass sich
 1965 unter den Städten Globalisierungsverlierer ausgebildet
 1966 haben. Durch strukturelle Krisen sanken Wirtschafts-
 1967 leistungen und damit auch die Steuerkraft. Die soziale
 1968 Folge: Auch die Soziallasten stiegen, weshalb Geld für
 1969 Investitionen und den Erhalt fehlten.

1970

1971 Der Stärkungspakt Stadtfinanzen war eine richtige und
 1972 erfolgreiche Maßnahme, um hier gegenzusteuern. Nun
 1973 müssen aber kurzfristig weitere Schritte folgen: Um
 1974 Kommunen wieder handlungsfähig zu machen und so
 1975 den Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, das
 1976 Leben auch in ärmeren Städten zu gestalten, sind drei
 1977 Schritte notwendig: Zuerst müssen alte Kassenkredite,
 1978 die Kommunen in der Regel nicht selbst verschuldet ha-
 1979 ben, in einen Altschuldenfonds unter Beteiligung von
 1980 Bund und Land überführt werden. Zweitens muss ver-
 1981 hindert werden, dass neue Kassenkredite auflaufen. Da-
 1982 für müssen die Haushalte der Kommunen ausgeglichen
 1983 werden. Sie müssen aber vor allem substanziell von So-
 1984 ziallasten befreit werden. Drittens benötigen wir zielge-
 1985 richtete Hilfe für jene Kommunen, die über Jahre nega-
 1986 tiv von einem Strukturwandel geprägt wurden.

1987

1988 Auch die von der Bundesregierung eingesetzte Kommissi-
 1989 on „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat Maßnah-
 1990 men entwickelt, die den Kommunen mit Altschulden
 1991 und hohen Kassenkrediten helfen, dauerhaft auf eige-
 1992 nen Füßen zu stehen. Klar ist, dass der Bund hier seiner
 1993 finanziellen Verantwortung nachkommen muss, um die
 1994 zu großen Teilen durch den Bund verursachte Anhäu-
 1995 fung von Kosten bei den Kommunen zu beseitigen.

1996

1997 Bund, Länder und Gemeinden haben gemeinsam die
 1998 Aufgabe, für gute Lebensbedingungen der Bürgerinnen
 1999 und Bürger in ihrer Stadt, ihrer Gemeinde und ihrer Re-
 2000 gion zu sorgen.

2001

2002 **Eine solidarische Gesellschaft ist eine freie Gesellschaft**
2003 **Deshalb sorgen wir für Sicherheit für alle**
2004
2005 Die SPD ist die Partei der Freiheit. Wir kämpfen für
2006 Freiheitsrechte und politische Teilhaberechte, aber auch
2007 für eine staatliche Gemeinschaft, die durch aktives Tun
2008 die Voraussetzungen für ein freiheitliches Leben aller
2009 schafft. Eine Abwägung von Freiheit gegen Sicherheit
2010 kann es nie geben, denn wir streben Sicherheit nicht als
2011 Selbstzweck an, sondern als ein Mittel, um Freiheit zu
2012 ermöglichen.
2013
2014 Hieraus folgt, dass sicherheitspolitische Maßnahmen
2015 in möglichst schonenden Ausgleich mit Bürgerrechten
2016 zu bringen sind. Dieser Grundsatz ist in den letzten
2017 Jahren durch politische Entscheidungen eklatant miss-
2018 achtet worden. Wir lehnen es daher ab, alle Bürgerin-
2019 nen und Bürger unter einen Generalverdacht zu stel-
2020 len und tatverdachtsunabhängig zu Adressaten poli-
2021 zeilicher Maßnahmen zu machen. Menschen, die sich
2022 rechtmäßig verhalten, müssen vor Grundrechtseingrif-
2023 fen allein aufgrund vermuteter böser Gedanken ge-
2024 schützt werden. Die Unschuldsvermutung sowie das
2025 Recht auf Privatheit und Datensouveränität müssen
2026 umfassend gewährleistet werden. Das Strafrecht als
2027 schärfstes Schwert des Rechtsstaats darf nur als aller-
2028 letztes Mittel eingesetzt werden und darf nur an Hand-
2029 lungen anknüpfen.
2030
2031 Sicherheit darf nicht zum Privileg für Reiche werden,
2032 sondern muss von einem handlungsfähigen Staat flä-
2033 chendeckend gewährleistet werden. Sozialdemokrati-
2034 sche Sicherheitspolitik setzt daher nicht auf markige
2035 Sprüche, öffentlichkeitswirksame Razzien oder eine Ab-
2036 schaffung von Freiheitsrechten. Wir bieten Schutz vor
2037 Straftäterinnen und Straftätern durch eine ausreichen-
2038 de Anzahl gut ausgebildeter und ausgestatteter Poli-
2039 zistinnen und Polizisten sowie Mitarbeiterinnen und
2040 Mitarbeitern in der Justiz. Auch wenn die Kriminalität
2041 insgesamt sinkt, müssen wir Gefühle der Unsicherheit
2042 ernst nehmen. Angsträume müssen umgestaltet wer-
2043 den und im Bedarfsfall muss die Polizei schnell und ver-
2044 lässlich zur Stelle sein und das Recht effektiv durchset-
2045 zen. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben.
2046
2047 Strafen und unmittelbarer Zwang sind für uns nur das
2048 allerletzte Mittel einer erfolgreichen Kriminalpolitik.
2049 Wir setzen auf Vorbeugung. Die beste Kriminalpolitik
2050 ist eine gute Sozialpolitik. Wir brauchen Investitionen in
2051 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, z.B. in Integri-
2052 ation, gute Bildung und Arbeit.
2053
2054 Wir wollen Gefängnisstrafen möglichst vermeiden, ins-
2055 besondere Ersatzfreiheitsstrafen für Menschen, die nur
2056 deshalb eingesperrt werden, weil sie die Geldstrafe
2057 nicht bezahlen können. Stattdessen wollen wir an-
2058 dere Sanktionsformen etablieren, die schuldangemes-
2059 sen sind und neben einem Strafübel auch Unterstüt-
2060 zungsangebote beinhalten. Auch bei Bewährungsstra-

2061 fen schaffen wir die Voraussetzungen, dass mehr Be-
 2062 währungsaufgaben verhängt werden können, die ein
 2063 spürbares Strafübel mit flankierenden Unterstützungs-
 2064 angeboten kombinieren. Bei der Vollstreckung von Ge-
 2065 fängnisstrafen sollen Gefangene dazu befähigt wer-
 2066 den, sich nach ihrer Strafe in unsere Gesellschaft zu
 2067 (re)integrieren und ihr Leben künftig straffrei zu führen.

2068

2069 Wir schaffen alle Ansätze von Klassenjustiz ab: Rei-
 2070 che und superreiche Kriminelle dürfen sich nicht durch
 2071 Zahlung hoher Geldbußen ihrem Strafverfahren ent-
 2072 ziehen können. Zur wirksamen Bekämpfung von Wirt-
 2073 schaftskriminalität führen wir ein Unternehmensstraf-
 2074 recht ein.

2075

2076 Bei Bagatell-Kriminalität wie Schwarzfahren setzen wir
 2077 hingegen auf Entkriminalisierung, weil Freiheitsstrafen
 2078 hier unverhältnismäßig sind und Polizei und Justiz sich
 2079 auf wirkliches Kriminalunrecht konzentrieren sollen.

2080

2081 Sicherheit für jeden und jede bedeutet mehr als nur for-
 2082 male Gleichheit vor dem Gesetz. Alle Menschen müs-
 2083 sen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Geldbeutel
 2084 und Bildungsstand zu ihrem Recht kommen. Die Jus-
 2085 tiz muss besser ausgestattet werden, um jedem Ein-
 2086 zelfall gerecht zu werden und dennoch lange Verfah-
 2087 rensdauern zu vermeiden. Wir schaffen die Vorausset-
 2088 zungen, dass Menschen auch real den gleichen Zugang
 2089 zum Recht erhalten. Wir wollen ein flächendeckendes
 2090 und niedrigschwelliges Rechtsberatungsangebot sowie
 2091 einen Ausbau von Beratungsstellen für Schuldnerinnen
 2092 und Schuldner und allgemeiner Sozialberatung. Außer-
 2093 dem fordern wir einen massiven Ausbau von Beratungs-
 2094 und Prozesskostenhilfe, damit alle Menschen ihr Recht
 2095 auch tatsächlich durchsetzen können.

2096

2097 **Eine solidarische Gesellschaft braucht ehrenamtliches En-**
 2098 **gagement**

2099

2100 Unsere Demokratie lebt von den Menschen, die sie tra-
 2101 gen. Das sind in besonderem Maße die vielen ehrenamt-
 2102 lich Aktiven aller Altersgruppen, die sich in Vereinen,
 2103 Verbänden, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften,
 2104 Parteien, Initiativen und Projekten engagieren. Wer sei-
 2105 ne Zeit und seine Kraft in den Dienst anderer und der All-
 2106 gemeinheit stellt, dem gebührt unser Respekt und un-
 2107 sere Anerkennung. Sich ehrenamtlich zu engagieren be-
 2108 deutet andererseits ein besonderes Maß an Teilhabe am
 2109 gesellschaftlichen Leben und persönliche Entfaltungsmö-
 2110 glichkeiten. Daher darf ehrenamtliches Engagement
 2111 kein Privileg sein, dass von Herkunft oder Geldbeutel
 2112 abhängt. Auch Menschen mit Beeinträchtigungen oder
 2113 in besonderen Lebenslagen müssen ein Ehrenamt ih-
 2114 rer Wahl ausüben können. Wertschätzung und Öffnung
 2115 von Ehrenamt für alle sind die Leitgedanken, denen un-
 2116 ser politisches Handeln auch in Zukunft folgen wird.

2117

2118 Wer sich ehrenamtlich z.B. in einem Jugendverband
 2119 oder Sportverein engagiert, will seine Zeit dort mit

2120 Tätigkeiten und Aufgaben verbringen, die Kern genau
 2121 dieses Engagements sind und nicht mit langwierigen
 2122 Antrags- und Nachweisverfahren. Außerdem entstehen
 2123 durch vermeidbaren Verwaltungsaufwand Hürden, die
 2124 Menschen davon abhalten, ehrenamtlich Verantwort-
 2125 tung zu übernehmen. Wir setzen uns daher für die Ver-
 2126 einfachung und – wo möglich und sinnvoll – für die
 2127 Digitalisierung von Antrags- und Nachweisverfahren
 2128 ein. Überall dort, wo fachbezogene Pauschalen möglich
 2129 sind, sollen diese auch zum Tragen kommen. Ein Über-
 2130 gangsschritt könnte sein, Projekte über den gesamten
 2131 Programmzeitraum zu bewilligen und dadurch keine
 2132 jährlich befristeten Verträge und jährliche Antragsstel-
 2133 lungen notwendig zu machen. Ziel müssen jedoch Re-
 2134 gelfinanzierungen sein. Wir wollen außerdem den Ver-
 2135 waltungsballast bei der Vereinsführung reduzieren und
 2136 das Steuerrecht für Vereine vereinfachen.

2137
 2138 Für ehrenamtliches Engagement investieren unzählige
 2139 Menschen viel – ihre Zeit, ihre Energie, ihre Fähigkei-
 2140 ten und ihr Wissen. Wir sind der Auffassung, sie soll-
 2141 ten als Zeichen der Wertschätzung ihrer Leistung an an-
 2142 derer Stelle von der Solidargesellschaft etwas zurück-
 2143 bekommen. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass
 2144 ehrenamtliches Engagement z.B. nicht an den Kosten
 2145 für den Weg zum Ehrenamt scheitert. Wir werden da-
 2146 her die Ehrenamtskarte NRW „Ehrensache“ aufwerten,
 2147 in dem wir für ein landesweit einheitliches Angebot sor-
 2148 gen, dass kostenlosen Eintritt in alle staatlichen und
 2149 staatlich geförderten Kultur, Sport- und Freizeiteinrich-
 2150 tungen, ein Anrecht auf kostenfreie öffentliche Weiter-
 2151 bildungsangebote und ein landesweites ÖPNV-Ticket
 2152 beinhaltet. Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen,
 2153 dass Studierende ihr Engagement auf ihre Studienleis-
 2154 tungen anrechnen lassen können und ehrenamtliches
 2155 Engagement in Bewerbungsverfahren stärker wertge-
 2156 schätzt wird. Auch eine positive Anrechnung von Ehren-
 2157 amt auf die individuelle Rente halten wir für erstrebens-
 2158 wert.

2159
 2160 Mit Sorge beobachten wir hingegen, wenn demokra-
 2161 tische Haltung und Beiträge zum politischen Diskurs
 2162 als Anlass genommen werden, um Vereinen und Ver-
 2163 bänden die Gemeinnützigkeit in Abrede zu stellen. Ver-
 2164 meintliche politische Neutralität darf nicht gegen eine
 2165 klare Haltung für Menschenrechte und Demokratie aus-
 2166 gespielt werden. Sie darf nicht als Alibi zur Verhinde-
 2167 rung von Engagement missbraucht werden. Politisches
 2168 Engagement, das unsere Demokratie stützt, ist aus un-
 2169 serer Sicht Dienst an der Allgemeinheit im eigentlichen
 2170 Sinne. Ehrenamtlich Engagierte müssen vor Übergriffen
 2171 und Gewalt geschützt werden.

2172
 2173 **Eine solidarische Gesellschaft setzt auf Kulturoptimismus**
 2174

2175 Menschen sind kulturelle Wesen. Wir erheben den
 2176 Anspruch, unsere Beziehungen als Menschen unter-
 2177 einander und unsere Umgebung zu gestalten. Unser
 2178 Selbstverständnis folgt stark beeinflussenden Denk-

2179 Konstrukten und Überzeugungen, die in einer Gemein-
 2180 schaft und für den Einzelnen eine Relevanz entfalten
 2181 konnten.

2182
 2183 Derzeit befinden wir uns mitten in vor allem kulturell
 2184 geprägten Auseinandersetzungen. Das Bild vom Men-
 2185 schen, die Vorstellung einer guten Gesellschaft, die Auf-
 2186 gaben und Reichweiten des Staates, die Rolle von Spra-
 2187 che und Kommunikationsmitteln, das Bild von Arbeit
 2188 und Technik und vieles mehr werden, mitunter gegen-
 2189 sätzlichen, Auslegungen und Erzählungen unterworfen.
 2190 Der Kampf um die Deutungshoheit ist in seinem Aus-
 2191 gang offen.

2192
 2193 Wir denken Kunst und Kultur dynamisch und notwen-
 2194 dig in einer Rückkopplung zum freien, selbstbestimm-
 2195 ten und mündigen Menschen, zur demokratischen Ver-
 2196 fasstheit unseres Staates und zum Gedanken eines so-
 2197 lidarischen Gemeinwesens, das reale Mitmachmöglich-
 2198 keiten eröffnet und jedem, jeder Einzelnen einen Wert
 2199 an sich beigibt. Der Wille und die Lust zur Aneignung
 2200 von Kunst als Empfängerin und Empfänger und die
 2201 Möglichkeit des und der Einzelnen sich künstlerisch aus-
 2202 zudrücken sind zutiefst menschliche Bedürfnisse.

2203
 2204 Kulturpolitik ist Zukunftspolitik, wenn sie sich den Fra-
 2205 gestellungen der Zeit und den universellen Bedürfnis-
 2206 sen zuwendet und den Künsten Spielräume zur Ausein-
 2207 andersetzung eröffnet. Kunst und Kultureinrichtungen
 2208 unterstützen uns wesentlich, sowohl bei der Begrün-
 2209 dung einer stabilen und positiven Identität als auch da-
 2210 bei, einen Zukunftsentwurf mittels umfassender und
 2211 differenzierter Blickpunkte und Aushandlungsprozesse
 2212 aufgrund eines Verständnisses von der Vielschichtigkeit
 2213 und des Facettenreichtums menschlicher Existenz zu
 2214 wagen.

2215
 2216 Soziale Ungleichheit ist ein der kapitalistischen Gesell-
 2217 schaft innewohnendes Übel. Ungebremster Kapitalis-
 2218 mus führt zur Enteignung von Lebens- und Zukunfts-
 2219 entwüfen. Hier ist auch die Kunst herausgefordert. Kul-
 2220 turpolitik muss die Lebens- und Arbeitsbedingungen
 2221 von Künstlerinnen und Künstlern in den Blick nehmen
 2222 und für Verbesserung sorgen. Die Rechte von Künstle-
 2223 rinnen und Künstlern müssen gewahrt bleiben, ihre –
 2224 in mehrfacher Hinsicht – häufig prekäre Situation muss
 2225 verbessert werden.

2226
 2227 Menschen ist eigen, dass sie Orte der Begegnung, des
 2228 Austausches und der Betätigung brauchen. Kulturor-
 2229 te sind neben ihrer jeweiligen inhaltlichen Angebots-
 2230 struktur besonders in diese Richtung zu entwickeln.
 2231 Kultureinrichtungen sind zentraler Bestandteil von Da-
 2232 seinsvorsorge und Treiber im Bereich der Inklusion.
 2233 Kunst- und Kultureinrichtungen bedürfen für Produk-
 2234 tionen und Betrieb einer perspektivisch sicheren Finan-
 2235 zierung. Der Zustand bei Technik, Infrastruktur, Ver-
 2236 waltung und Personal muss dringend verbessert wer-
 2237 den. Kultureinrichtungen sind aber auch Bildungsein-

2238 richtungen und müssen ähnlich behandelt werden, so
2239 z.B. beim Anschluss an die digitale Welt. Kultureinrich-
2240 tungen müssen für alle offen sein. Kulturelle Bildung ist
2241 Teil des Fundaments der persönlichen Entwicklung ei-
2242 nes Menschen. Allen, aber insbesondere jungen Men-
2243 schen, muss sie frei zugänglich sein.

2244
2245 **Eine solidarische Gesellschaft kämpft um jede und jeden**
2246 **Einzelnen, macht ihren Feinden aber keine Zugeständnis-**
2247 **se**

2248
2249 Wir lassen nicht zu, dass Antisemitismus, religiöser
2250 und weltanschaulicher Extremismus, Radikalismus und
2251 Rassismus oder kurzum gruppenbezogene Menschen-
2252 feindlichkeit zu einer akzeptierten Position werden. Den
2253 Rechtsradikalen, die inzwischen im Bundestag, in Land-
2254 tagen und auch in vielen kommunalen Parlamenten sit-
2255 zen, bieten wir die Stirn.

2256
2257 Damit es nicht vermehrt rechte Menschenfänger sind,
2258 die Angebote für Kinder und Jugendliche schaffen, um
2259 diese so für ihre Zwecke zu missbrauchen, werden wir
2260 die Jugendsozialarbeit weiter stärken und ausbauen.
2261 Jugendsozialarbeit ist in allen Belangen wertvolle prä-
2262 ventive Arbeit und muss zugänglich für alle jungen
2263 Menschen sein.

2264
2265 Doch junge Menschen benötigen nicht nur die richti-
2266 gen Angebote, sondern auch die notwendige Zeit, um
2267 diese Angebote nutzen zu können. Für uns ist es da-
2268 her ein notwendiger Auftrag, die Zeiten in den Schulen,
2269 der Ausbildung, im Studium aber auch im Beruf auf den
2270 Prüfstand zu stellen und allen Menschen ausreichend
2271 Raum für Freizeit und Engagement zu verschaffen. Au-
2272 ßerdem müssen wir Jugendliche ernster nehmen. Wir
2273 setzen uns weiter dafür ein, das Wahlalter in NRW und
2274 langfristig auch auf anderen Ebenen auf 16 Jahre zu sen-
2275 ken.

2276
2277 Darüber hinaus wollen wir, dass die schon bestehen-
2278 den Projekte, aber auch zukünftige Programme zur De-
2279 mokratiestärkung und gegen gruppenbezogene Men-
2280 schenfeindlichkeit finanziell dauerhaft auf sicherere Fü-
2281 ße gestellt werden. Menschen, die dort wichtige Arbeit
2282 leisten, brauchen Planbarkeit für ihre Arbeit. Sie dür-
2283 fen sich nicht durch fortgesetzte Befristung und büro-
2284 kratische Hürden stets neuer Antragsstellungen in ih-
2285 rer Existenz bedroht sein. Die persönliche Sicherheit von
2286 Menschen, die an der Thematik arbeiten oder sich enga-
2287 gieren ist uns besonders wichtig. Meldeauskunftssper-
2288 ren, andere ladungsfähige Adressen als die persönliche
2289 Anschrift und der Opferschutz sind hierzu notwendige
2290 Bausteine. Behörden müssen hierfür sensibilisiert und
2291 ertüchtigt werden im Sinne der betroffenen Menschen
2292 zu handeln.

2293
2294 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass jede Schülerin und
2295 jeder Schüler einmal eine Holocaust-Gedenkstätte be-
2296 sucht. Diese Besuche müssen tiefgehend vor- und auch

2297 nachbereitet werden. Dazu bedarf es entspricht ge-
 2298 schulter Lehrerinnen und Lehrer. Hierzu wollen wir die
 2299 Curricula der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern,
 2300 aber auch die Lehrpläne anpassen. Die schon existie-
 2301 renden, sehr guten Angebote von außerschulischen Bil-
 2302 dungseinrichtungen sollen hierzu ausdrücklich mit ein-
 2303 bezogen werden.

2304

2305 Letztlich müssen wir auch uns selbst weiter in die
 2306 Pflicht nehmen. Wir werden ein stärkeres Bewusstsein
 2307 für Sprache als politisches Macht- und Gestaltungsele-
 2308 ment entwickeln und sensibel mit Begrifflichkeiten in
 2309 unserem Sprachgebrauch umgehen. Es gilt uns so zu
 2310 positionieren, dass nicht rechte Deutungen durch un-
 2311 bedachte Übernahme ihrer Themensetzung oder ihrer
 2312 Sprache adaptiert werden, im Gegenteil, dass diese ent-
 2313 larvt werden. Hierzu werden wir Konzepte erarbeiten,
 2314 um Mitglieder auf allen Ebenen – vom Ortsverein bis zur
 2315 Bundesebene – die für und durch unsere Partei leiten-
 2316 de Positionen einnehmen, in dieser Thematik zu schu-
 2317 len. Außerdem werden wir größere Klarheit und Konsis-
 2318 tenz in unserer Sprache und unsere Forderungen brin-
 2319 gen. Wir müssen sagen, was wir tun und tun, was wir
 2320 sagen.

2321

2322 **Eine solidarische Gesellschaft schließt alle ein**

2323

2324 Herkunft, Religion, Alter, Geschlecht, sexuelle Orien-
 2325 tierung oder Identität, Beeinträchtigung oder Ausse-
 2326 hen dürfen keine Gründe sein, um Menschen eine ge-
 2327 sellschaftliche oder politische Teilhabe vorzuenthalten
 2328 oder diese zu erschweren. Denn sozialer Frieden und Zu-
 2329 sammenhalt funktionieren nur, wenn Menschen nicht
 2330 gegeneinander ausgespielt werden und Chancengleich-
 2331 heit gewährleistet ist. Keinem Menschen, egal ob neu-
 2332 eingewandert oder in Deutschland geboren, darf der
 2333 Zugang zu Bildung erschwert oder verweigert werden.
 2334 Denn gute Bildung ist der Schlüssel für eine tragfähige
 2335 Demokratie und für eine solidarische Gesellschaft. Der
 2336 Blick muss sich also zukünftig statt auf defizitorientier-
 2337 tes Denken und Handeln auf Ressourcenwahrnehmung
 2338 und Wertschätzung richten.

2339

2340 Die Sensibilisierung rund um die Thematik der gruppen-
 2341 bezogenen Menschenfeindlichkeit ist für uns ein hohes
 2342 Ziel. Daher muss sie von der Kita, über Schule, Hoch-
 2343 schule und Ausbildung bis in den Berufsalltag thema-
 2344 tisiert werden. Ein Brückenschlag in die Praxis sind für
 2345 uns flächendeckende Schulungen (Diversity-Trainings).

2346

2347 Vorurteile und Stereotype müssen sowohl in der Mehr-
 2348 heitsgesellschaft als auch in den diversen Minderheits-
 2349 gesellschaften abgebaut werden. Hierfür muss Politik
 2350 mit gutem Beispiel vorangehen und eine Öffnung der
 2351 eigenen Strukturen ernsthafter und zielgerichteter vor-
 2352 antreiben.

2353

2354 Alle hier formulierten Ziele und Maßgaben gelten für al-
 2355 le Menschen, egal ob mit oder ohne Einwanderungsge-

2356 schichte, unabhängig davon, ob sie in Deutschland ge-
2357 boren sind, schon lange hier leben, neu eingewandert
2358 sind oder dies in Zukunft tun werden. Deshalb müssen
2359 wir, um die integrationspolitischen Fehler der Vergan-
2360 genheit nicht zu wiederholen und um den Zusammen-
2361 halt der Gesellschaft zu sichern, in der Migrations- und
2362 Geflüchtetenpolitik umsteuern.

2363

2364 Wir brauchen eine menschenwürdige Asylpolitik ohne
2365 „Lager“ und Transitzentren sowie ein individuelles Asyl-
2366 recht mit Einzelfallprüfung. Wir brauchen Integrations-
2367 und Sprachkurse für alle Menschen, die den Bedarf ha-
2368 ben. Außerdem wollen wir den Austausch zwischen ver-
2369 schiedenen gesellschaftlichen Gruppen fördern, indem
2370 wir Vereine und Verbände, die sich öffnen und Koopera-
2371 tionen eingehen, besonders unterstützen.

2372

2373 **Die solidarische Gesellschaft ist international**

2374

2375 Internationale Solidarität bedeutet, dass Miteinander
2376 und Geschwisterlichkeit nicht an nationalstaatlichen
2377 Grenzen oder den EU-Grenzen enden. Es bedeutet, na-
2378 tionale Standort- und Wettbewerbspolitik im Geiste ei-
2379 nes fairen Miteinanders zu überwinden. Wir sind heu-
2380 te mehr als zuvor aufeinander angewiesen, wir bewoh-
2381 nen einen Planeten mit seinen begrenzten Ressourcen.
2382 Somit ist die soziale Frage eine internationale. Deswe-
2383 gen muss Solidarität global sein. Unsere Aufgabe ist es,
2384 ökonomische und demokratische Strukturen so zu ver-
2385 ändern, dass für alle Menschen ein gutes Leben möglich
2386 ist. Wir müssen die neoliberale Ausrichtung der Globali-
2387 sierung bekämpfen, die einseitig Konzerninteressen be-
2388 dient, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-
2389 mer, die den Reichtum erwirtschaften, zunehmend auf
2390 der Strecke bleiben.

2391

2392 Es geht also nicht um weniger als um die Frage nach
2393 einer sozial gerechten Weltordnung, nach einer solida-
2394 rischen Weltgesellschaft, die auf Verteilungsgerechtig-
2395 keit beruht. Unsere Aufgabe in den kommenden Jah-
2396 ren wird darin bestehen, eine neue Solidarität unter ver-
2397 meintlich unversöhnlichen Akteurinnen und Akteuren
2398 herzustellen. Wir im globalen Norden stehen mit un-
2399 serer Handelspolitik, unserer Produktions- und Lebens-
2400 weise in direktem Zusammenhang mit denen im globa-
2401 len Süden, die für uns Produkte – meist zu ihren Las-
2402 ten und mit immensen ökologischen Kosten – herstel-
2403 len. Wir müssen Antworten auf die zentrale Frage fin-
2404 den, wie wir gut leben können, ohne dass andere für
2405 uns unter erbärmlichen und menschenunwürdigen Be-
2406 dingungen arbeiten müssen. Hierzu gehören zuvorderst
2407 eine faire Handelspolitik der EU und eine faire weltwei-
2408 te Steuerpolitik gegenüber dem globalen Süden sowie
2409 deutliche Regulierungsschritte hin zu einer ressourcen-
2410 schonenderen Produktionsweise. Eine international so-
2411 lidarisch gestaltete Politik, die allen Menschen eine le-
2412 benswerte Zukunft eröffnet, ist gleichzeitig die beste
2413 Bekämpfung von Fluchtursachen.

2414

2415 **Ein Wort zum Schluss**

2416

2417 Eine Zukunft unter dem Titel „Rot Pur!“ orientiert sich
 2418 nicht an Ressortgrenzen, sondern an starken Werten.
 2419 Deshalb denkt die Sozialdemokratie Strukturpolitik und
 2420 Kulturpolitik, Kriminal- und Sozialpolitik, Bildungs- und
 2421 Integrationspolitik zusammen – von der Kommune bis
 2422 zur Weltgemeinschaft. Einer dieser Werte ist die Solida-
 2423 rität, zur Ermöglichung von Freiheit.

2424

2425 Unsere Politik für eine solidarische Gesellschaft zielt
 2426 deshalb auf drei Dimensionen, die wir nicht an den poli-
 2427 tischen Institutionen, sondern am Alltag der Menschen
 2428 orientieren. Denn jeder Mensch ist ein Teil der solidari-
 2429 schen Gesellschaft. Deshalb...

2430

2431 ...bauen wir auf solidarische Orte. Wir stärken die Kom-
 2432 munen, um sie als nötiges Korrektiv in einem födera-
 2433 tiven Bundesstaat zu erhalten und sie zugleich als den
 2434 hervorragenden Ort politischer Bildung anzuerkennen.

2435

2436 ...denken wir den Menschen als solidarisches Individu-
 2437 um. Wir setzen Rechte und Pflichten zwischen Staat und
 2438 Gesellschaft wieder in ein gutes Verhältnis, um für Frei-
 2439 heit und Sicherheit zu sorgen.

2440

2441 ...schätzen wir solidarisches Handeln wert. Wir stärken
 2442 Ehrenamt und Engagement vor Ort. Wir stärken Ju-
 2443 gendsozialarbeit weiter und intensivieren Integrations-
 2444 bemühungen.

2445

2446 ...fördern wir, was solidarisches Handeln fördert. Wir si-
 2447 chern Kultureinrichtungen ab und stärken die Rechte
 2448 der Künstlerinnen und Künstler.

2449

2450 ...geht unsere Solidarität über Grenzen hinaus. Wir ma-
 2451 chen solidarisches Handeln zum Leitprinzip internatio-
 2452 naler Politik.

2453

2454 **3. Fazit**

2455

2456 Die NRWSPD ist sich bewusst: Vor uns liegt ein lan-
 2457 ger Weg und wir sind erst ein Stück des Weges ge-
 2458 gangen. Aber wir wissen, dass es gemeinsam gelingen
 2459 kann. Hierfür muss sich die deutsche Sozialdemokratie
 2460 ihrer Stärken besinnen und ihrer Aufgaben für die Ge-
 2461 sellschaft erinnern. Wir wollen die bevorstehende Um-
 2462 wälzung unserer Partei und bevorstehende Umbrüche
 2463 in unserer Gesellschaft endlich als Chance und Pflicht
 2464 zum konsequenten Handeln begreifen. Die Sozialdemo-
 2465 kratie war nie Selbstzweck und dann stark wie geeint,
 2466 wenn sie für andere Hoffnung und Versicherung in Zei-
 2467 ten des Umbruchs war. Diese Themen, Zusammenhalt
 2468 in der Gesellschaft, handlungsfähiger Staat, bezahlba-
 2469 res Wohnen, Aufstieg durch Bildung und eine Arbeit, die
 2470 sich lohnt in einem sozialen Europa stellen wir als NRW-
 2471 SPD in den Mittelpunkt unserer Politik und erneuern so
 2472 unsere sozialdemokratischen Zukunftsversprechen. Auf
 2473 dem Parteitag vor einem Jahr haben wir diesen Kurs als

2474 Jahrzehnt der sozialen Investitionen und Innovationen,
2475 ja als sozialdemokratisches Jahrzehnt bezeichnet. Denn
2476 der Staat, den wir uns vorstellen, wird wieder in der Lage
2477 sein, für gleichen und gerechten Zugang zu Bildung und
2478 Arbeit zu sorgen, er wird wieder dafür sorgen können,
2479 dass genügend bezahlbare Wohnungen gebaut werden
2480 und endlich die vielerorts verrottete Infrastruktur repa-
2481 riert wird: Schulen, Schwimmbäder, Brücken, Straßen,
2482 Schienen, das heißt Daseinsvorsorge, Mobilität und Gi-
2483 gabit für alle – in Stadt und Land, öffentliche Sicherheit
2484 in jedem Viertel.

2485
2486 Auf diese Weise schreiben wir einen neuen, modernen,
2487 fortschrittszuversichtlichen und sozial gerechten Ent-
2488 wurf für die Zukunft unseres Landes. Dabei orientieren
2489 wir uns an einem Gesellschafts- und Menschenbild, das
2490 anerkennt, dass Freiheit für jede Einzelne und jeden
2491 Einzelnen nur durch Solidarität aller möglich ist.
2492

- 1 L-02
2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Soziale Sicherheit im Alter und Zusammenhalt zwischen den Generationen – Mit vereinten Kräften für eine gute Rente**
7
8
9
10 Die Absicherung im Alter ist ein zentrales Versprechen
11 des Sozialstaats. Gerade in Zeiten des gesellschaftlichen
12 und ökonomischen Umbruchs stellt es eine wesentliche
13 Voraussetzung für das Vertrauen in Staat und Politik
14 dar. Rentenpolitik ist, anders als manche glauben
15 machen wollen, kein Konflikt zwischen Alt und Jung. Im
16 Gegenteil: Von einer mutigen und gerechten Rentenpolitik
17 profitieren die heute Jungen in Zukunft ebenso wie
18 die aktuelle RentnerInnen-Generation.
19
20 Es gilt: Die Teilhabe am Erwerbsleben ist von zentraler
21 Bedeutung für jeden Menschen, für seine Lebenschancen
22 für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben, das
23 den unterschiedlichen individuellen und familiären
24 Bedingungen Rechnung trägt. Eine wirksame und
25 verlässliche Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung
26 im Alter kann für die Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen
27 und Arbeitnehmer in der Regel nicht durch Erwerbsarbeit,
28 Ersparnisse oder private Versicherungen gewährleistet
29 werden. Notwendig und historisch bewährt ist stattdessen
30 eine starke öffentliche Absicherung durch ein soziales
31 Sicherungssystem, das auch eine wirtschaftliche Abkopplung
32 der Rentnerinnen und Rentner vom Rest der Bevölkerung
33 zuverlässig verhindert.
34
35
36 Wir fordern deshalb:
37 1. Das eindeutige Bekenntnis zur gesetzlichen Rente
38 als **der** Grundlage für ein Leben in Würde nach der
39 Erwerbstätigkeit.
40 2. Die langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus
41 und die Prüfung, wie es wieder angehoben werden kann.
42
43 3. Die Einführung einer Grundrente ohne eine Bedürftigkeitsprüfung.
44
45 4. Private Vorsorge soll nicht länger als Instrument
46 dienen, um ein sinkendes Rentenniveau auszugleichen.
47
48 5. Konkrete Schritte zur Einführung einer Erwerbstätigenversicherung
49 in die alle einzahlen, auch alle Abgeordneten.
50
51 6. Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters, weil schon jetzt
52 viele vorzeitig in Rente gehen und dabei lebenslange
53 Abschläge in Kauf nehmen müssen.
54 7. Die langfristige Finanzierung einer auskömmlichen Rente
55 ist durch angemessene Beiträge und Steuermittel sicherzustellen.
56
57
58 **Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung**

**Empfehlung der Antragskommission:
Annahme in der Fassung der Antragskommission**

59 Nur wer materiell gut abgesichert ist, kann auch im Al-
 60 ter uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teil-
 61 haben. Deshalb bedarf es einer auskömmlichen Ren-
 62 te, die am erreichten Lebensstandard anknüpft und an
 63 die wirtschaftliche Entwicklung angepasst wird. Dies ist
 64 und bleibt Aufgabe der Gesetzlichen Rentenversiche-
 65 rung. Für uns SozialdemokratInnen ist eine stabile, leis-
 66 tungsfähige und zukunftsfeste Rentenversicherung ein
 67 zentrales Ziel unserer Politik. Das Vertrauen in die Rente
 68 ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammen-
 69 halt. Dies gilt gerade in Zeiten einer sich rapide wan-
 70 delnden Welt.

71
 72 Die Rentenversicherung zählt zum Kern unseres Sozial-
 73 staats und hat sich seit vielen Jahrzehnten bewährt: Sie
 74 umfasst alle Generationen in der ganzen Bundesrepu-
 75 blik, ist unabhängig von Banken, Privatversicherungen
 76 und internationalen Fonds, von privaten Renditeinter-
 77 essen und auch unabhängig von der Entwicklung ein-
 78 zelner Beschäftigtengruppen, Betriebe oder Branchen.
 79 Wir möchten sie stärken, damit sie ihre zentralen Auf-
 80 gaben wieder besser erfüllt: Sie beteiligt die älteren
 81 Menschen am Wohlstandzuwachs und sorgt dafür, dass
 82 der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand nicht
 83 durch Zukunftsängste geprägt wird. Die Umlagefinan-
 84 zierung macht die finanzielle Absicherung im Alter un-
 85 abhängig von den Turbulenzen auf den internationa-
 86 len Kapitalmärkten. Die Rentenversicherung als Teil der
 87 Sozialversicherung verbindet das Versicherungsprinzip
 88 mit dem Grundgedanken des sozialen Ausgleichs. Denn
 89 Rentenansprüche entstehen auch in Zeiten der Kinder-
 90 erziehung, der familiären Pflege und von Arbeitslosig-
 91 keit. Und abgesichert werden auch die Risiken von Er-
 92 werbsminderung und Hinterbliebenenschaft. Betrieb-
 93 liche oder/und private Vorsorge kann das nicht leis-
 94 ten. Diese Absicherungsformen haben nur ergänzenden
 95 Charakter, sie können und dürfen die Leistungen der
 96 Rentenversicherung nicht ersetzen. Ziel unserer Politik
 97 ist es daher, die gesetzliche Rente als Fundament der
 98 Versorgung im Alter zu stärken.

99
 100 Die Rentenversicherung steht unter den Bedingungen
 101 des demografischen, ökonomischen und sozialen Wan-
 102 dels vor großen Herausforderungen. Deshalb ist eine
 103 mutige Reformpolitik unverzichtbar. Es geht darum, die
 104 Rentenversicherung vor weiteren Angriffen zu schüt-
 105 zen, die bewährten Prinzipien zu verteidigen und zu-
 106 gleich den Anforderungen der Zukunft gerecht zu wer-
 107 den. Leitmotiv unserer Politik sind die Prinzipien Soli-
 108 darität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. Dabei kön-
 109 nen wir an den vielen von uns durchgesetzten Reformen
 110 der letzten Jahre, die zu merklichen Leistungsverbesse-
 111 rungen geführt haben, anknüpfen. Wir müssen sie aber
 112 konsequent fortsetzen, um einen durchgreifenden Rich-
 113 tungswechsel hin zu einem Sozialstaat der Zukunft zu
 114 erreichen, auf den sich alle Generationen verlassen kön-
 115 nen.

116
 117 **Gute Arbeit – gute Rente**

118 Eine gute Rente lässt sich dann erreichen, wenn die Ren-
119 tenversicherung in Höhe und Struktur angemessene
120 Leistungen garantiert und wenn auf dem Arbeitsmarkt
121 lange Erwerbsbiografien zu guten Arbeitsbedingungen
122 und guten Löhnen führen. Denn die Höhe der indivi-
123 duellen Rente spiegelt die Stellung der Versicherten im
124 Erwerbsleben wider. Kurze sowie unterbrochene Pha-
125 sen der Erwerbstätigkeit und/oder niedrige Löhne füh-
126 ren zu niedrigen Renten. Das wird die Rentenversiche-
127 rung auch in Zukunft nur teilweise ausgleichen können.
128 Wir wollen, dass mehr Menschen erwerbstätig sein kön-
129 nen. Dafür muss die Frauenerwerbsquote noch weiter
130 gesteigert werden. Zudem sind viele Frauen in der „Teil-
131 zeitfalle“ oder „Minijobfalle“ gefangen und erwerben
132 daher nur sehr niedrige Rentenanwartschaften. Die An-
133 reize für den Verbleib in einem Minijob müssen deshalb
134 abgeschafft werden. Mit der Brückenteilzeit sind wir ei-
135 nen wichtigen Schritt gegangen, um besonders Frauen,
136 aber auch Männern, die Rückkehr in eine Vollzeitarbeit
137 zu ermöglichen. Notwendig ist außerdem eine leichtere
138 Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie. Wir haben
139 mit dem Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Ganz-
140 tagsschulen und mit dem Rechtsanspruch auf eine Be-
141 treuung ab dem 1. Lebensjahr sowie einem Rechtsan-
142 spruch auf Familienpflegezeit schon grundlegende Ver-
143 besserungen erreicht. Diesen Weg müssen wir weiter
144 gehen.

145
146 Ein stabiler Arbeitsmarkt, der allen Arbeitnehmerinnen
147 und Arbeitnehmern gute Arbeit zu guten Löhnen bie-
148 tet, ist die beste Vorsorge für gute Renten und gegen
149 Altersarmut. Mit der Einführung des Mindestlohns hat
150 die SPD die unterste Grenze für einen menschenwürdi-
151 gen Lohn eingezogen. Damit haben wir Millionen Men-
152 schen aus dem Niedriglohnsektor geholt. Es ist aber
153 auch klar, dass der Mindestlohn kontinuierlich erhöht
154 werden muss, damit Armut trotz Arbeit verhindert wird
155 und höhere Rentenanwartschaften erworben werden.
156 Wir streben auch deshalb einen Mindestlohn von 12 Eu-
157 ro an. Der Mindestlohn sichert nach unten ab. Dane-
158 ben brauchen wir gute und hohe Tariflöhne. Wir wollen,
159 dass wieder mehr Beschäftigte von Tarifverträgen pro-
160 fitieren. Dafür wollen wir die Tarifautonomie gesetzlich
161 stärken und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifver-
162 trägen erleichtern.

163
164 Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit gute Be-
165 schäftigung auch in Zukunft für alle möglich ist. Durch
166 die Humanisierung der Arbeitswelt kann es gelingen,
167 dass Menschen das Rentenalter in Gesundheit errei-
168 chen und bis dahin arbeiten können. Maßnahmen der
169 gesundheitlichen Prävention in der Arbeitswelt tragen
170 dazu bei und werden durch Rehabilitationsmaßnah-
171 men flankiert. Die Digitalisierung der Arbeitswelt führt
172 nicht nur zu Risiken, sondern bietet vor allem Chancen.
173 Damit alle sie nutzen können, brauchen wir mehr und
174 bessere Weiterbildung und Qualifizierung. Wir haben
175 mit dem von uns durchgesetzten Qualifizierungschan-
176 cengesetz damit bereits begonnen. Weiterbildung ist

177 für uns ein ArbeitnehmerInnenrecht, denn lebenslan-
 178 ges Lernen und Weiterbildung sichern Beschäftigungs-
 179 fähigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt.

180

181 **Einführung der Grundrente – ohne Bedürftigkeitsprü-**
 182 **fung**

183 Alle diese Maßnahmen sind wichtig. Aber es gibt ei-
 184 ne Gruppe von jetzigen und künftigen RentnerInnen,
 185 die trotz eines Lebens voller Arbeit nicht auf eine Rente
 186 oberhalb der Grundsicherung kommen. Betroffen sind
 187 vor allem Frauen, die jahrelang versicherungspflichtig
 188 beschäftigt waren, aber wegen ihrer geringen Entlohn-
 189 ung, Teilzeitarbeit oder Betreuung von Kindern oder
 190 Pflegebedürftigen nur eine niedrige Rente beziehen. Es
 191 ist für uns untragbar, dass all diese Personen trotz ih-
 192 rer langjährigen Beitragszahlung am Ende des Berufs-
 193 lebens eine Rente womöglich unterhalb des Grundsich-
 194 erungsniveaus erhalten und auf den Gang zum So-
 195 zialamt verwiesen werden. Ein Anspruch auf Grund-
 196 sicherung besteht aber nur dann, wenn Bedürftigkeit
 197 nachgewiesen wird: Angerechnet werden nahezu sämt-
 198 liche Einkommen im gesamten Haushalt, und auch Ver-
 199 mögensbestände müssen – bis auf kleine Freibeträge
 200 – aufgelöst werden. Das ist kein Respekt vor der Le-
 201 bensleistung der Betroffenen. Wir wissen, dass deswe-
 202 gen viele auf die Inanspruchnahme der Grundsiche-
 203 rung verzichten. Rentenfreibeträge in der Grundsiche-
 204 rung können das Problem zwar lindern, aber nicht lö-
 205 sen. Eine Einkommensanrechnung oder Bedürftigkeits-
 206 prüfung kennt die Rente schlicht nicht. Das Konzept ei-
 207 ner Grundrente des Bundesarbeitsministers Hubertus
 208 Heil weist einen Weg auf, der den Prinzipien von Solida-
 209 rität und Gerechtigkeit entspricht: Arbeit muss sich loh-
 210 nen und Menschen müssen nach einem langen Arbeits-
 211 leben ein Auskommen haben, das ihre Leistung respek-
 212 tiert. Entgeltpunkte in der Rentenversicherung, die aus
 213 einem niedrigen Arbeitseinkommen resultieren, sollen
 214 deshalb – nach 35 Jahren Arbeit, Kindererziehung und
 215 Pflege – aufgestockt werden. Die Grundrente unter-
 216 liegt, wie die Mütterrente auch, keiner Bedürftigkeits-
 217 prüfung, weil sie auf Leistung beruht. Sie gilt nicht nur
 218 für Neuzugänge, sondern auch für die laufenden Renten
 219 im Bestand und sie wird durch die Rentenversicherung
 220 ausgezahlt. Für uns ist daher klar: Die Grundrente muss
 221 Ergebnis einer Regierungsbeteiligung sein. Wir werden
 222 nicht zulassen, dass die Union Menschen ihr gerechtes
 223 Auskommen aus lebenslanger Leistung verweigert.

224

225 **Sicherung des Lebensstandards**

226 Alterssicherung ist weit mehr als Armutsvermeidung.
 227 Die Rente muss ein Ersatz für das Erwerbseinkommen
 228 bleiben: Nach Aufgabe der Berufstätigkeit muss sicher-
 229 gestellt werden, dass der im Laufe des Erwerbs- und
 230 Versicherungslebens erarbeitete Lebensstandard weit-
 231 gehend beibehalten werden kann. Die Rentenversiche-
 232 rung spielt damit eine zentrale Rolle in der Alterssiche-
 233 rung für Beschäftigte mit mittleren und höheren Ein-
 234 kommen. Weil die Höhe einer persönlichen Altersren-
 235 te vom gesamten Erwerbsverlauf abhängt, und nicht

236 nur vom letzten Einkommen, existiert kein allgemeines
 237 Maß dafür, wie hoch die Rente bei Renteneintritt aus-
 238 fällt und in welchem Verhältnis sie zum vorherigen Ar-
 239 beitsentgelt steht. Die Höhe des in der Statistik ausge-
 240 wiesenen „Rentenniveaus“ gibt darüber keine Auskunft
 241 und wird oft falsch interpretiert.

242
 243 Aber dennoch hat die Höhe des Rentenniveaus eine
 244 zentrale Bedeutung für die Beurteilung der Leistungen
 245 der Rentenversicherung. Das Sicherungsniveau (netto
 246 vor Steuern) verdeutlicht nämlich, inwieweit Lohnstei-
 247 gerungen über die Rentenanpassung weitergegeben
 248 werden. Um das zu berechnen, wird eine Modellrech-
 249 nung vorgenommen: Verglichen wird eine sogenannte
 250 Standardrente (Rente bei 45 Beitragsjahren zum Durch-
 251 schnittsentgelt) mit dem aktuellen Durchschnittsver-
 252 dienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sinkt
 253 das so berechnete Niveau, dann heißt das, dass die Ren-
 254 tenerhöhung der Lohnentwicklung nur noch gebremst
 255 folgt. Die Erwartung, dass die geförderte private und
 256 betriebliche Vorsorge diese geringeren Rentenerhöhun-
 257 gen *ausgleichen* und die Lücken auffüllen, hat sich nicht
 258 erfüllt. Der Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
 259 nehmer muss mit einem Einkommensrückgang im Al-
 260 tersübergang rechnen. Es erhöht sich die Gefahr, dass
 261 die Rente nicht höher liegt als der Grundsicherungsbe-
 262 darf (einschließlich der Kosten der Unterkunft). Als Re-
 263 aktion darauf zu fordern, dass Menschen länger und
 264 länger arbeiten müssen, wie es die Union und die FDP
 265 fordern, halten wir für zynisch. Die SPD steht dazu: Nach
 266 lebenslanger Arbeitsleistung hat sich jeder einen aus-
 267 kömmlichen Lebensabend verdient.

268
 269 Absehbar sind grundlegende Legitimations- und Akzep-
 270 tanzprobleme der Rentenversicherung: Warum jahr-
 271 zehntelang Beiträge zahlen, wenn die Rente nicht oder
 272 nur wenig höher liegt als die Grundsicherung und sich
 273 kein Unterschied mehr ergibt zu Personen, die keine Bei-
 274 träge geleistet haben? Betroffen sind nicht nur die Älte-
 275 ren, sondern auch und gerade die jüngeren Menschen,
 276 die später im Alter nur noch mit geringen Rentenan-
 277 sprüchen rechnen können.

278
 279 Deshalb war die Entscheidung, das Absinken des Ren-
 280 tenniveaus zu stoppen und bis zum Jahr 2025 eine „Si-
 281 cherungslinie“ von 48 Prozent einzuziehen, richtig und
 282 notwendig, um das Vertrauen in die Politik und in den
 283 Sozialstaat zu stärken. Wir haben damit ein wichtiges
 284 Signal für die Jahre nach 2025 gesetzt. Wir treten ent-
 285 schieden dafür ein, dass diese Sicherungslinie dauer-
 286 haft festgeschrieben wird, damit auch die jüngeren Ge-
 287 nerationen im Alter eine auskömmliche Rente erhalten.
 288 Dies ist ein Auftrag der Generationensolidarität! Wir
 289 wissen allerdings auch, dass dies mit erheblichen finan-
 290 ziellen Folgewirkungen verbunden sein wird. Wir teilen
 291 die Vorstellungen, das Niveau mittel- bis langfristig wie-
 292 der auf 50 Prozent anzuheben, setzen die erste Priorität
 293 aber zunächst auf die Niveaustabilisierung. In diesem
 294 Zusammenhang sprechen wir uns für eine Reform der

295 Rentenanpassungsformel aus.

296

297 Die Niveaustabilisierung ist auch deshalb ein zentrales
298 Ziel sozialdemokratischer Rentenpolitik, weil auch eine
299 einmal eingeführte Grundrente an Wert verliert, wenn
300 die Rentenanpassung hinter der Entwicklung des Ni-
301 veaus der Grundsicherung im Alter zurückbleibt, beson-
302 ders im Hinblick auf die Kosten der Unterkunft.

303

304 **Altersgrenze**

305 Wer eine weitere Anhebung der Altersgrenzen, etwa
306 in Kopplung an die steigende Lebenserwartung fordert,
307 muss sich fragen lassen, an welche Beschäftigten dabei
308 gedacht ist. Alle verfügbaren Daten zeigen, dass ein Teil
309 der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kör-
310 perlich dazu nicht der Lage ist. Schon jetzt schaffen es
311 viele nicht, über das 65. Lebensjahr hinaus im Arbeitsle-
312 ben zu stehen. Hauptaufgabe ist es deshalb, dafür Sorge
313 zu tragen, dass der Anteil der Beschäftigten steigt, der
314 bis zum Erreichen der Regelaltersrente versicherungs-
315 pflichtig beschäftigt ist und nicht auf eine vorzeitige
316 Rente mit hohen Abschlägen ausweichen muss, auf ei-
317 ne Erwerbsminderungsrente angewiesen ist oder in die
318 Langzeitarbeitslosigkeit abgedrängt wird.

319

320 Zweifelsohne steigt die Lebenserwartung aber nur im
321 Durchschnitt. Studien belegen, dass sowohl der Ge-
322 sundheitszustand als auch das Sterblichkeitsrisiko eng
323 mit dem sozialen Status der Menschen zusammenhän-
324 gen: Je niedriger – gemessen an Merkmalen wie Ein-
325 kommen, Qualifikation, Lebensbedingungen und Art
326 der Berufstätigkeit – desto größer sind die Risiken zu
327 erkranken und früher zu sterben. Insofern führen pau-
328 schale Aussagen in die Irre. Nicht alle Älteren erleben die
329 positive Entwicklung der Lebenserwartung im gleichen
330 Maße.

331

332 Wir lehnen deshalb Vorschläge einer pauschalen An-
333 hebung von Altersgrenzen entschieden ab. Es käme zu
334 einer starken sozialen Polarisierung im Alter – zu Las-
335 ten der Beschäftigten, die unter schwierigen Arbeitsbe-
336 dingungen und hohen Gesundheitsbelastungen zu lei-
337 den haben. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeitsbedin-
338 gungen und -verhältnisse so zu gestalten, dass alle die
339 Chance haben, gesund das Rentenalter zu erreichen.

340

341 **Private und betriebliche Altersvorsorge**

342 Die private Altersvorsorge kann das sinkende Renten-
343 niveau nicht kompensieren und Versorgungslücken im
344 Alter nicht schließen. Die Abhängigkeit vom Kapital-
345 markt, intransparente Produkte und Vertragsbedingun-
346 gen, hohe Kosten und niedrige Erträge haben die Hoff-
347 nung zunichte gemacht, durch die geförderte Riester-
348 Rente könnte eine zweite „Säule“ der Alterssicherung
349 aufgebaut werden. Die Zahl der geförderten Verträge
350 ist seit Jahren konstant und aktuell sogar rückläufig. Je-
351 der fünfte Vertrag wird nicht mehr bedient. Trotz der ho-
352 hen und kürzlich verbesserten Zulagen gerade für Fami-
353 lien mit Kindern ist kaum davon auszugehen, dass die-

354 se Form der privaten Vorsorge in Zukunft stärkere Ver-
355 breitung findet. Gerade Beschäftigte mit niedrigem Ein-
356 kommen waren und sind kaum in der Lage, in die pri-
357 vate Vorsorge zu investieren. Darüber hinaus wird hier,
358 anders als bei der gesetzlichen Rente, meist nur das Al-
359 tersrisiko abgedeckt, nicht aber Erwerbsminderung und
360 Hinterbliebenenversorgung.

361
362 Vor diesem Hintergrund fordern wir eine grundsätzliche
363 Reform der privaten Vorsorge. Wir werden prüfen, ob
364 und wie die Subventionierung aus Steuermitteln sinn-
365 voll ist, wobei es natürlich einen Bestandsschutz ge-
366 ben muss. Die Prüfung betrifft insbesondere die Sub-
367 ventionierung der Besserverdienenden durch steuerli-
368 che Freibeträge, da hier hohe Mitnahmeeffekte auftre-
369 ten und es zu einer Subventionierung von unten nach
370 oben kommt. Eine Subventionierung zukünftiger Ver-
371 träge lehnen wir ab.

372 Unabhängig davon gibt es natürlich die Möglichkeit
373 und den Bedarf, die Leistungen der Rentenversicherung
374 im Alter durch Leistungen der freiwilligen privaten Vor-
375 sorge zu ergänzen, aber eben nicht zu ersetzen. Da die
376 private Banken- und Versicherungswirtschaft bislang
377 nicht in der Lage ist, ein einfaches, transparentes und
378 kostengünstiges Standardprodukt zu entwickeln, schla-
379 gen wir vor, die Eignung öffentlich-rechtlicher Modelle,
380 wie etwa ein Vorsorgekonto bei der Deutschen Renten-
381 versicherung, zu prüfen.

382
383 Wir schlagen gleichzeitig vor, den Versicherten die Mög-
384 lichkeit einzuräumen, sich freiwillig in der gesetzlichen
385 Rentenversicherung höher zu versichern, so dass sie im
386 Alter aufgrund der höheren Beiträge eine zusätzliche
387 Rente erhalten.

388
389 Damit könnte eine einheitliche Basis geschaffen wer-
390 den, um den Bedarf einer zusätzlichen Altersversorgung
391 ohne Abhängigkeit von den Gewinninteressen von Ver-
392 sicherungen und Banken sicherzustellen.

393
394 Wir betonen, dass für uns die betriebliche Altersvorsor-
395 ge der beste Weg ist, um die gesetzliche Rente zu ergän-
396 zen, weil sie private Vorsorge und kollektive Absiche-
397 rung miteinander verbindet. Durch den Betriebs- und
398 Branchenbezug kann sie sich zudem an unterschiedli-
399 che Anforderungen und Bedingungen flexibel anpassen
400 und auch die unterschiedlichen Beschäftigungsdauern
401 in verschiedenen Berufen durch die Mitnahmemöglich-
402 keit der erworbenen Ansprüche berücksichtigen.

403
404 Allerdings ist der Zugang zur betrieblichen Altersversor-
405 gung nach wie vor sehr ungleich verteilt, was Branchen,
406 Betriebsgrößen und auch das Geschlecht der Beschäf-
407 tigten angeht. Auch hier zeigt sich, dass nur rund die
408 Hälfte aller Beschäftigten Anwartschaften auf eine be-
409 triebliche Altersversorgung aufweisen.

410
411 Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz haben wir ge-
412 rade für kleine und mittlere Unternehmen den Einstieg

413 in eine betriebliche Altersvorsorge erleichtert. Für Ge-
 414 ringverdiener gibt es verbesserte Fördermöglichkeiten.
 415 Und die Arbeitgeber müssen ihre Ersparnisse bei der
 416 Entgeltumwandlung zum größten Teil an die Beschäf-
 417 tigten weitergeben. Es ist noch zu früh, um ein Urteil
 418 über die Auswirkungen des Gesetzes fällen zu können.

419
 420 Entscheidendes Problem für die Verbreitung der be-
 421 trieblichen Altersvorsorge ist die sinkende Tarifbindung.
 422 Wenn es Betriebsräte und Tarifverträge gibt, existieren
 423 auch Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung.
 424 Wir wollen, dass in Zukunft jeder Arbeitgeber und je-
 425 de Arbeitgeberin allen Beschäftigten ein Angebot zum
 426 Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung anbieten
 427 muss und auch die Ansprüche bei Betriebsübergängen
 428 gesichert werden.

429
 430 **Erwerbstätigenversicherung**

431 Solidarität in der Alterssicherung heißt, dass alle Men-
 432 schen im Alter eine angemessene, am erreichten Le-
 433 bensstandard orientierte Absicherung erhalten und
 434 dass Altersarmut vermieden wird. Solidarität heißt aber
 435 auch, dass sich alle Menschen an der Finanzierung be-
 436 teiligen. Realisiert wird dieser Anspruch bis heute nicht.
 437 Denn historisch gewachsen umfasst die Rentenversi-
 438 cherung nur einen Teil der Erwerbstätigen, die Solidari-
 439 tät ist begrenzt auf abhängig Beschäftigte. Selbststän-
 440 dige hingegen sind bis auf wenige Ausnahmen von der
 441 Versicherungspflicht ausgenommen. Wenn sie keinem
 442 anderen obligatorischen Alterssicherungssystem ange-
 443 hören, unterliegen sie im besonderen Maße der Gefahr,
 444 im Alter Leistungen der Grundsicherung beantragen zu
 445 müssen. Angesichts der Umbrüche in der Arbeitswelt
 446 nimmt die Zahl der ungesicherten Selbstständigen zu,
 447 dies betrifft nicht nur die Solo-Selbstständigen, son-
 448 dern auch die kleinen Selbstständigen, insbesondere im
 449 Dienstleistungssektor. Zudem verwischen die Grenzen
 450 zwischen abhängiger und selbstständiger Arbeit immer
 451 mehr – häufig werden beide Tätigkeitsformen parallel
 452 ausgeführt oder es findet ein mehrfacher Wechsel im
 453 Erwerbsverlauf statt.

454
 455 Aber auch Beamte unterliegen nicht der Versicherungs-
 456 pflicht, sondern sind durch ein spezielles System, die Be-
 457 amtenversorgung, abgesichert – finanziert allein durch
 458 Steuermittel aus den öffentlichen Haushalten. Zudem
 459 ist unstrittig, dass die Beamtenversorgung gleich mehr-
 460 fach bessere Leistungen im Alter bietet, als dies bei der
 461 Rentenversicherung der Fall ist. Das gleiche gilt für die
 462 Alterssicherung der Abgeordneten.

463
 464 Wir Sozialdemokraten betonen schon seit Jahren, dass
 465 dieses Nebeneinander von unterschiedlichen Systeme-
 466 n zu sozialen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft
 467 führt. Es ist an der Zeit, die Gesamtheit der Erwerbs-
 468 tätigen in die Rentenversicherung aufzunehmen und
 469 die Sondersysteme auf lange Sicht zu überwinden. Bei
 470 den Beamten und den zu Versorgungswerken gehö-
 471 renden Selbstständigen besteht kein Absicherungspro-

472 blem und erst recht kein Armutsproblem. Durch die Ein-
 473 beziehung in die Rentenversicherung kann und muss
 474 aber erreicht werden, dass sich auch diese Gruppen soli-
 475 darisch an der Beitragsfinanzierung beteiligen und sich
 476 nicht länger den Anforderungen des sozialen Ausgleichs
 477 und den damit verbundenen Kosten entziehen.

478
 479 Natürlich ist eine solche Reform nicht von heute auf
 480 morgen zu schaffen. Überfällig sind erste Schritte – und
 481 zwar ohne Zeitverzögerung. Wir wissen, dass bei der
 482 Beamtenversorgung langfristige Übergangsregelungen
 483 erforderlich sind, da die laufenden Pensionen und die
 484 bereits erworbenen Ansprüche unberührt bleiben müs-
 485 sen. Aber es ist rechtlich möglich, Beschäftigte, die neu
 486 ins Beamtenverhältnis übernommen werden oder erst
 487 seit kurzer Zeit verbeamtet worden sind, in die Renten-
 488 versicherung zu übernehmen.

489
 490 Sicherlich kann es hier keine Regelung auf einen Schlag
 491 geben. Erforderlich sind Übergangsregelungen, zum ei-
 492 nen für die (älteren) Selbstständigen, die bereits freiwil-
 493 lig vorgesorgt haben, und zum anderen für jene Perso-
 494 nen, die sich selbstständig machen und in den ersten
 495 Jahren nur wenig verdienen. Es muss allerdings darauf
 496 geachtet werden, dass Selbstständige nicht auf Kosten
 497 der anderen Beitragszahler bessergestellt werden. Da-
 498 mit würde die Akzeptanz der Rentenversicherung ge-
 499 fährdet.

500
 501 **Finanzierung**

502 Wenn in Zukunft infolge der demografischen Verschie-
 503 bungen der Anteil der Rentenempfängerinnen und -
 504 empfänger im Verhältnis zu den (beitrags- und steuer-
 505 zahlenden) Erwerbstätigen steigt, kommt es zu höhe-
 506 ren Ausgaben und zu Mehrbelastungen. Aber einen gu-
 507 ten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Unstrittig ist,
 508 dass die Beitragssätze spätestens ab 2025 über die ge-
 509 setzlichen Haltelinien von 20 Prozent und 22 Prozent
 510 ab 2030 steigen werden. Einen dauerhaft niedrigen Bei-
 511 tragssatz kann man nicht mit Sicherheit versprechen.
 512 Wie stark allerdings der Anstieg sein wird und welche
 513 Belastungen den Versicherten zugemutet werden, lässt
 514 sich nicht präzise bestimmen. Je weiter in die Zukunft
 515 geschaut wird, umso schwieriger ist es, sichere Voraus-
 516 sagen zu treffen.

517
 518 Dabei kommt es nicht allein auf die demografische Ent-
 519 wicklung an. Für die Finanzlage der Rentenversicherung
 520 ist es entscheidend, wie viele Personen beschäftigt sein
 521 werden und Beiträge zahlen, und wie groß die Zahl der
 522 Rentnerinnen und Rentner sein wird. Deshalb wollen
 523 wir die Frauenerwerbstätigenquote weiter erhöhen, die
 524 Erwerbsbeteiligung im Alter fördern und die Zahl der Ar-
 525beitslosen weiter abbauen. Dieser Blick auf den Arbeits-
 526 markt macht deutlich, dass die Zukunft gestaltbar ist,
 527 und dass das Ziel von guter Arbeit nicht nur auf höhere
 528 Renten abstellt, sondern auch die Finanzierung der Ren-
 529 te erleichtert.

530

531 Der demografische Wandel betrifft auch die private
532 Altersvorsorge. Eine steigende Lebenserwartung führt
533 auch in diesen Systemen zwangsläufig dazu, dass der
534 für die Altersphase angesammelte Kapitalstock nun für
535 ein längeres Leben reichen muss. Zugleich hat die Ver-
536 schiebung der Altersstruktur einen negativen Einfluss
537 auf die Renditen einer kapitalfundierte Altersvorsorge.
538

539 Die Finanzierung eines stabilen Rentenniveaus hängt
540 auch von der Bereitschaft der Parteien, der Verbän-
541 de und der Sozialpartner ab, entschieden für den Auf-
542 trag des Sozialstaates einzutreten, die Einkommens-
543 und Lebensbedingungen der älteren Generation zu si-
544 chern. Das ist möglich, denn die Entwicklung vollzieht
545 sich über einen Zeitraum von 40 Jahren. Sprunghafte
546 Beitragssatzanstiege wird es nicht geben. Die Einkom-
547 mensentwicklung entscheidet, ob es gelingt, steigen-
548 de Beitragsbelastungen auch ohne Realeinkommens-
549 verluste zu verkraften.
550

551 Zu berücksichtigen sind auch jene Reformmaßnahmen,
552 die seit Jahren diskutiert werden und die zu einer Dämp-
553 fung des Beitragssatzanstiegs führen können. Gemeint
554 sind hier insbesondere die Forderungen nach einer suk-
555 zessiven Einbeziehung der Selbstständigen und aller ge-
556 ringfügig Beschäftigten in die Rentenversicherung. Die-
557 se Maßnahmen führen aufgrund der höheren Zahl der
558 Beitragspflichtigen zu deutlichen Mehreinnahmen. Die-
559 se Entlastung wirkt bis auf längere Sicht, da erst sehr
560 viel später die entsprechenden Mehrausgaben anfallen,
561 so dass es gelingt, die Belastungen gerade in der Phase
562 des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge zu
563 begrenzen. Zudem sprechen wir uns für eine dynami-
564 sierte Beitragsbemessungsgrenze im Sinne einer deut-
565 lichen Erhöhung aus, ohne bei der späteren Rentenhöhe
566 diese Dynamisierung vollständig abzubilden.
567

568 Wir fordern, dass der Bund seiner Verantwortung für
569 die dauerhafte Funktions- und Leistungsfähigkeit der
570 Rentenversicherung gerecht wird und sich stärker an
571 der Finanzierung beteiligen. Dies kann unter anderem
572 durch die Hinzuziehung weiterer Einkommensarten für
573 die Finanzierung der Bundeszuschüsse gewährleistet
574 werden. Entsprechend fordern wir die Einführung ei-
575 ner verfassungskonformen Vermögenssteuer sowie ei-
576 ne Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Wer
577 von Leistungsgerechtigkeit spricht, darf über Reichtum
578 ohne Leistung nicht schweigen. Die sich daraus erge-
579 benden Mehreinnahmen wollen wir unter anderem da-
580 für nutzen, die Zuschüsse des Bundes zur gesetzlichen
581 Rentenversicherung aufzustocken. Gleiches gilt in Be-
582 zug auf eine ebenfalls einzuführende Digitalsteuer. Un-
583 ternehmen, die vor allem mit Maschinen und Algorith-
584 men anstatt mit MitarbeiterInnen Profite erwirtschaf-
585 ten und sich deshalb nur unverhältnismäßig an der Fi-
586 nanzierung der Sozialkassen beteiligen, müssen dazu
587 über den Umweg einer Digitalsteuer gebracht werden.
588 Die erhöhten Zuschüsse, die schon jetzt zur Absiche-
589 rung der Haltelinie von 48 Prozent bis 2025 im Bundes-

590 haushalt bereitgestellt sind, sind ein Signal in die rich-
591 tige Richtung. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie
592 die Finanzierung der Mütterrente, die Grundrente oder
593 die Angleichung der Ost-Renten, müssen aus Steuer-
594 und nicht aus Beitragsmitteln finanziert werden.

595

596 Fragt man nämlich nach den Alternativen, wird auf
597 den weiteren Ausbau der privaten Vorsorge verwie-
598 sen. „Kostenlos“ ist dies aber nicht zu haben. Auch der
599 Ausbau der kapitalfundierte Systeme, wie er trotz al-
600 ler negativen Erfahrungen mit der privaten Vorsorge
601 unverändert gefordert wird, ändert daran nichts. So
602 sind die Sparbeträge bei der Riester-Rente wie auch die
603 arbeitnehmerfinanzierte betriebliche Altersversorgung
604 im Rahmen der Entgeltumwandlung mit Einkommens-
605 abzügen verbunden, die allerdings nur die Arbeitneh-
606 mer und nicht die Arbeitgeber belasten.

607

608 Wenn dennoch immer wieder in Katastrophenszenari-
609 en die Unfinanzierbarkeit einer sozialen Rentenreform
610 betont wird und die junge Generation als „Verlierer“
611 dargestellt wird, so steht dahinter die Absicht, einen Ge-
612 nerationenkonflikt zu schüren.

613

614 Das ist mit der SPD nicht zu machen. Wir setzen uns
615 für eine starke und sichere Altersversorgung ein, die
616 im Interesse aller Generationen liegt.

617

1 L-03

2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Handlungsfähigkeit stärken – Solidarität erneuern: Für**
7 **einen starken solidarischen Staat!**

8

9 Im Januar hat Oxfam in einer neuen Studie berichtet,
10 dass die weltweite Ungleichheit erneut dramatisch an-
11 gestiegen ist. Nur 26 Superreiche besitzen inzwischen
12 genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Welt-
13 bevölkerung.

14

15 Und bei uns? In Deutschland steigerten die Milliardä-
16 re ihr Vermögen im vergangenen Jahr um 20 Prozent,
17 schreibt die Studie. Das reichste Prozent der Bevölke-
18 rung verfüge jetzt über genau so viel Vermögen wie die
19 87 ärmeren Prozent. Damit zählt Deutschland zu den In-
20 dustrienationen mit der größten Vermögensungleich-
21 heit.

22

23 Hinzu kommt: Weltweit führen Steuerbetrug, Steuer-
24 trickereien aber auch legale Methoden der Steuerver-
25 meidung dazu, dass dem deutschen Fiskus dringend be-
26 nötigte Einnahmen entgehen. Die Ungleichbehandlung
27 von Einkünften aus Arbeit auf der einen und aus Kapital
28 auf der anderen Seite ist leistungsfeindlich und unge-
29 recht.

30

31 Wir brauchen finanzielle Handlungsspielräume für
32 Kommunen. Denn während die Unternehmensge-
33 winne sprudeln und die Arbeitslosenquote statistisch
34 gesehen auf einem Tiefstand ist, verfällt die Infra-
35 struktur und die soziale Versorgung. In einem reichen
36 Land wie Deutschland bröckeln Brücken, sind viele
37 Schulen in einem unwürdigen Zustand, und viele vor
38 allem ländliche Räume sind von Mobilfunk und Inter-
39 net abgeschnitten. Und: Eine wachsende Anzahl von
40 Menschen kann von ihrem Einkommen nicht leben.

41

42 Auch wenn die Wirtschaftsdaten für Deutschland ein
43 positives Bild zeichnen, dürfen wir nicht ignorieren, dass
44 Arm und Reich immer weiter auseinanderdriften und
45 der gesellschaftliche Zusammenhalt zunehmend ver-
46 loren geht. Angesichts einer sich zunehmend öffnen-
47 den Schere zwischen Arm und Reich bei deutlich ab-
48 nehmender Steuerlast der hohen Einkommen und Ver-
49 mögen und angesichts dringend notwendiger Investi-
50 tionen in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvor-
51 sorge ist die SPD in besonderer Weise gefordert, für ei-
52 nen starken und finanziell handlungsfähigen Staat und
53 für mehr Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit ein-
54 zutreten. Wir wollen unter anderem mehr ErzieherIn-
55 nen, mehr LehrerInnen und PolizistInnen, die für ihre
56 gute Arbeit auch gut bezahlt werden. Dazu bedarf es
57 einer substanz- und krisenfesten finanziellen Ausstat-
58 tung des Staates.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in der Fassung der Antragskommission

59

60 Und auch nur so entstünde Spielraum für die Entlastung
 61 kleiner und wirklich mittlerer Einkommen, die sie am
 62 Ende nicht über staatliche Leistungseinschränkungen
 63 selbst finanzieren müssten. Der Staat nimmt von den
 64 Vielen zu viel und von den Wenigen zu wenig an Steu-
 65 ern ein, in einem Land, in dem Einkommen und Vermö-
 66 gen sich auf einen zunehmend kleiner werdenden Teil
 67 der Gesellschaft konzentrieren. Die oberen 10 Prozent
 68 der Einkommensbezieher haben seit Mitte der 1990er
 69 Jahre in enormem Ausmaß von der Umverteilung zu ih-
 70 ren Gunsten profitiert. Die zunehmende Ungleichheit in
 71 Deutschland gefährdet auf Dauer das Zusammenleben
 72 aller; zudem ist sie auch noch volkswirtschaftlich kon-
 73 traproduktiv. Um im Sinne von Thomas Piketty zu spre-
 74 chen: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
 75 wissen, dass unser Wohlstand auf Bildungsfortschritten
 76 und Investitionen in die Ausbildung fußt – und nicht auf
 77 der Religion von Reichtum und Ungleichheit. Wir wol-
 78 len, dass genug Zukunft für alle da ist, nicht nur für die
 79 Wenigen.“

80

81 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den-
 82 ken ökonomische Vernunft und solidarisches Miteinan-
 83 der zusammen. Dazu gehört eine auskömmliche Aus-
 84 stattung des Gemeinwesens für ein solidarisches Mit-
 85 einander.

86

87 Die Marktgläubigkeit der letzten zwei Jahrzehnte, die
 88 auch unsere Partei ergriffen hat, hat zu Unwuchten in
 89 unserer Gesellschaft geführt und zu einer weit verbrei-
 90 teten Abstiegsangst bis weit in die Mittelschicht hin-
 91 ein. Diesen Trend wollen wir stoppen und umkehren.
 92 Wir wollen auch steuerpolitisch die Partei der sozialen
 93 Gerechtigkeit und die Interessenvertretung der Vielen
 94 sein.

95

96 Das Ziel ist, die mit den notwendigen Einnahmen der öf-
 97 fentlichen Hand und der Stärkung der staatlichen Hand-
 98 lungsfähigkeit verbundenen finanziellen Lasten gerecht
 99 zu verteilen. Dafür müssen Steuertricksereien und Steu-
 100 erbetrug wirksam bekämpft, steuerliche Privilegien für
 101 hohe Vermögen und Einkommen abgebaut und kleine
 102 und mittlere Einkommen – und nur die – wirksam ent-
 103 lastet werden.

104

105 Dazu im Einzelnen:

106

107 **Bekämpfung von Steuertrickserei, Steuerbetrug und** 108 **Steuerraub**

109

110 Staatseinnahmen sind nur dann gerecht, wenn sich al-
 111 le angemessen an der Finanzierung des Staates beteiili-
 112 gen. Das ist so lange nicht der Fall, wie global agieren-
 113 de Unternehmen und viele besonders vermögende Pri-
 114 vatpersonen Steuern durch trickreiches Ausnutzen von
 115 Schlupflöchern bis hin zum Betrug oder gar der Plün-
 116 derung öffentlicher Kassen umschiffen. Dass Steuerräu-
 117 ber allein in den letzten Jahren Steuern nicht nur hin-
 118 terzogen, sondern die öffentlichen Kassen durch Rück-

118 erstattung von zig Milliarden Euro gar nicht gezahlter
119 Steuern ausgenommen haben, ist ein Skandal, der nicht
120 hinnehmbar ist, auch weil es die Steuermoral der ehrli-
121 chen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vieler
122 Unternehmerinnen und Unternehmer untergräbt. Des-
123 halb steht die Bekämpfung dieser teils kriminellen Ma-
124 chenschaften im Zentrum der Offensive, die u.a. folgen-
125 de Maßnahmen vorsieht:

126

127 **Schlupflöcher vermeiden, bestehende Schlupflöcher**
128 **schneller schließen**

- 129 • Automatischer Informationsaustausch zu Kapital-
130 erträgen zwischen Banken und Finanzbehörden
131 auch im Inland wie das bei Lohn- und Gehaltsüber-
132 weisungen selbstverständlich ist.
- 133 • Gesetzliche Regelungen gegen Gewinnverschie-
134 bung über Lizenzgebühren bei der Gewinnermitt-
135 lung durch eine dauerhaft wirksame Lizenzschran-
136 ke.
- 137 • Konsequente Aufarbeitung von Versäumnissen bei
138 der Bekämpfung von Steuerflucht (z.B. Cum/Ex-
139 Geschäfte).
- 140 • Meldepflicht für Steuersparmodelle.
- 141 • Öffentliche Darstellung der globalen Verteilung
142 von Umsätzen, Gewinnen und Steuern internatio-
143 nal agierender Unternehmen (Country-by-Country-
144 Reporting).
- 145 • Ausweis der Beteiligung externer Expertinnen und
146 Experten bei der Formulierung von Gesetzen und
147 Gesetzesauslegungen (Footprints).
- 148 • Prüfung steuerlicher Ausnahmetatbestände auf
149 Missbrauchsentwicklung.
- 150 • Schaffung einer gemeinsamen EU-weiten Bemess-
151 ungsgrundlage für die Unternehmenssteuern.

152

153 **Transparenz und Ermittlungsmöglichkeiten verbessern**

- 154 • Klarstellung, auch künftig auf Steuer-CDs und an-
155 dere Insider-Informationen zurückzugreifen.
- 156 • Einführung bundeseinheitlicher Standards (insbe-
157 sondere in Bezug auf die Prüfungsdichte) für Steu-
158 erprüfung und -fahndung.
- 159 • Personelle Verstärkung der Aufklärungseinheiten in
160 der Finanzverwaltung durch ein Sofortprogramm.
161 Zudem braucht eine Steuerfahndung auch die Rück-
162 kendeckung der politischen Führung und nicht de-
163 ren Zerschlagung, denn das ist nur ein Gewinn für
164 die Steuerhinterzieher.
- 165 • Nachbesserung des Gesetzes zur Einführung nicht
166 manipulierbarer Registrierkassen.
- 167 • Verbesserung der Kooperation zwischen Steuerbe-
168 hörden, Finanzaufsicht und der BaFin und eine bes-
169 sere Ausstattung sowie eine Verstärkung der Durch-
170 griffsrechte.
- 171 • Aufbau eines europäischen Transparenzregisters
172 zur Erfassung von offshore Niederlassungen (Brief-
173 kastenfirmen).
- 174 • Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen
175 Steuerbehörden mit OLAF, Europol und Interpol.
- 176 • Gesetzlicher Schutz von Whistleblowern, die einen

177 nachweislichen Betrug an der Allgemeinheit offen-
178 baren.

179

180 **Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit und wir-**
181 **kungsvollere Sanktionen bei Gesetzesverstößen**

182 Die Herstellung von Steuergerechtigkeit ist untrenn-
183 bar verbunden mit der konsequenten Anwendung und
184 Durchsetzung von wirksamen Gesetzen.

185 Wir setzen uns ein für die Einführung eines Unterneh-
186 mensstrafrechts zur wirksameren Sanktionierung von
187 Beihilfe zu Steuerstraftaten. Wir lehnen die Privilegie-
188 rung von Betrugsdelikten durch strafmindernde Selbst-
189 anzeigen im Steuerrecht ab.

190

191 Angesichts hoher und weiter steigender Unterneh-
192 mensgewinne und Spitzeneinkommen brauchen wir ei-
193 ne Korrektur der Steuerverteilung, indem die über Jahr-
194 zehnte vollzogene Umverteilung von unten nach oben
195 gestoppt und wieder dem Leitsatz Rechnung getragen
196 wird, dass starke Schultern mehr tragen müssen als
197 schwache. Für die Umverteilung war nicht zuletzt die
198 Verschiebung von direkten hinzu indirekten Steuern
199 verantwortlich.

200 Die SPD hat vor 15 Jahren die größte Einkommensteuer-
201 senkung und die größte Körperschaftssteuersenkung in
202 der Geschichte der Bundesrepublik vollzogen. Dadurch
203 wurden alle Einkommensteuerzahler entlastet. Beson-
204 ders profitiert davon haben allerdings die Großverdie-
205 ner. Diese Verteilungswirkung wollen wir korrigieren.
206 Dabei geht es – gemessen an der konservativ-liberalen
207 Steuerpolitik der neunziger Jahre – nicht um Steuerer-
208 höhungen, sondern um die notwendige Neujustierung
209 und damit die teilweise Rücknahme hin zu einer weite-
210 ren Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen sowie
211 um einen größeren Beitrag von hohen Vermögen und
212 Einkommen.

213 Das wollen wir durch folgende Maßnahmen im Bereich
214 der Substanz-, Einkommen- und Ertragsteuern und der
215 Umsatzsteuer erreichen.

216

217 **Substanzsteuern**

218 • Die Vermögensteuer soll wieder aktiviert werden,
219 mit einem hohen Freibetrag und einem wirksamen
220 Steuersatz. Daher unterstützen wir die Kommissi-
221 on zur Vermögensbesteuerung des Parteivorstands
222 und erwarten konkrete Vorschläge.

223 • Langfristig ist die bisherige Grundsteuer durch ei-
224 ne nicht auf die Mieter umlegbare Bodenwertsteuer
225 zu ersetzen. Dabei unterstützen wir aktuell die
226 Einführung eines werteabhängigen Modells zur Er-
227 rechnung der Grundsteuer mit klaren mietmindernden
228 Wirkungen wie von der SPD Bundestagsfrakti-
229 on gefordert wird.

230 • Zahlung der Grunderwerbssteuer anteilig zum Ei-
231 gentumstitel zur Ausschaltung des Privilegs der
232 share deals.

233

234 **Einkommen- und Ertragsteuern**

235 • Im Mittelpunkt von Gesetzgebung und Kommuni-

- 236 kation soll zukünftig der Durchschnittssteuersatz
 237 stehen. Die Begriffe Grenz- und Spitzensteuersatz
 238 haben sich als hochgradig missverständlich erwie-
 239 sen und sind zum Werkzeug von Lobbygruppen de-
 240 generiert, die damit weit höhere Steuerbelastun-
 241 gen als die tatsächlichen oder angestrebten sugge-
 242 rieren. (Beispiel: Ein Single mit 60.000 Euro zu ver-
 243 steuerndem Einkommen zahlt derzeit den Grenz-
 244 und Spitzensteuersatz von 42 Prozent, sein Steuer-
 245 satz auf das zu versteuernde Einkommen beträgt je-
 246 doch 27,6 Prozent.)
- 247 • Bei der Erbschaftssteuer sollen alle Vermögens-
 248 arten gleich (keine Privilegierung bei Unterneh-
 249 menserbtschaften) behandelt werden. Hohe Freibe-
 250 träge sorgen dafür, dass die überwiegende Mehr-
 251 heit der Menschen auch künftig nicht von der Erb-
 252 schaftsteuer betroffen sein wird. Schon heute liegt
 253 der Freibetrag bei 500.000 bei den hinterbliebenen
 254 Partnern und bei 400.000 bei Kindern pro Elternteil.
 255 Es geht um eine Besteuerung der Mega-Vermögen,
 256 die in den nächsten Jahren vererbt werden und so
 257 zu leistungslosen Einkommen führen. Wenn bei der
 258 Unternehmensvererbung durch eine sofortige Fäl-
 259 ligkeit Arbeitsplätze gefährdet werden, sollen die
 260 Zahlungsmodalitäten so ausgestaltet werden, dass
 261 das Unternehmen in seiner Existenz und Wettbe-
 262 werbsfähigkeit nicht gefährdet ist.
 - 263 • Die Nutzung des Freibetrages bei Schenkung oder
 264 Erbschaft soll nur noch einmalig möglich sein.
 - 265 • Wir wollen eine spürbare Entlastung kleiner und
 266 wirklich mittlerer Einkommen bei gleichzeitiger An-
 267 hebung des Durchschnittssteuersatzes für die zehn
 268 Prozent der höchsten Einkommen. Dann könnte im
 269 Gegenzug der Solidaritätszuschlag entfallen. Wir
 270 wollen eine Erhöhung des Grundfreibetrags auf
 271 12.000/24.000 Euro für Singles/Verheiratete. Dar-
 272 über hinaus sorgen wir mit einem Kinderbonus für
 273 eine Entlastung von Alleinerziehenden und Paaren.
 - 274 • Die steuerliche Ungleichbehandlung von Einzel-
 275 und Personenunternehmen gegenüber Kapitalge-
 276 sellschaften wird beseitigt.
 - 277 • Die Versteuerung von Kapitalerträgen erfolgt zu-
 278 künftig wieder mit der Einkommensteuer und nicht
 279 mehr mit der bisherigen niedrigeren pauschalen
 280 Abgeltungssteuer.
 - 281 • Gewährleistung einer fairen Unternehmensbe-
 282 steuerung am Ort der Wertschöpfung im Rahmen
 283 der national geltenden Steuersätze.
 - 284 • Wir fordern eine gerechte Besteuerung der digita-
 285 len Wirtschaft und stehen für eine globale Mindest-
 286 besteuerung der digitalen Unternehmen. Wenn es
 287 global nicht geht, dann europäisch, ansonsten im
 288 Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit inner-
 289 halb der EU mit den willigen Staaten. Dabei begrü-
 290 ßen wir die klaren Beschlüsse im Europawahlpro-
 291 gramm der SPD dazu. Parallel dazu entwickeln wir
 292 geeignete Maßnahmen auf nationaler Ebene, die
 293 wir jederzeit aktivieren können.
 - 294 • Die steuerliche Absetzbarkeit von Managerbezü-

- 295 gen wird auf das 15-fache des Durchschnittsge-
 296 haltes (Betriebliche Vollzeitkraft) im Unterneh-
 297 men/Konzern begrenzt.
- 298 • Das Ehegattensplitting werden wir für zukünftige
 299 Partnerschaften durch einen Familientarif mit Kin-
 300 derbonus ersetzen (s. Wahlgramm zur Bundestags-
 301 wahl 2017), wobei der Splittingvorteil auf 7.000 Euro
 302 gedeckelt wird.
 - 303 • Jedes Kind ist gleich viel wert, der bisherige steuer-
 304 lich ungerechte Kinderfreibetrag wird abgeschafft,
 305 das Kindergeld durch eine Kindergrundsicherung
 306 ersetzt.
 - 307 • Generell darf die steuerliche Förderung von ge-
 308 meinwohlorientiertem Verhalten nicht zu einem
 309 mit dem Einkommen zunehmenden Steuerrabatt
 310 führen. Deshalb werden wir den Abzug von der
 311 Steuerbemessungsgrundlage durch einen einheit-
 312 lichen Prozentsatz ersetzen, der bei Spenden oder
 313 förderfähigen Investitionen vom Finanzamt erstat-
 314 tet wird. (Zur Verdeutlichung: Heute muss ein Top-
 315 Verdiener von einer 50-Euro-Spende lediglich 27,50
 316 Euro selbst bezahlen, den Rest erhält er vom Finanz-
 317 amt zurück. Für einen Supermarktkassierer beträgt
 318 der Eigenanteil dagegen 40 Euro.)
 - 319 • Wir setzen uns für die Entlastung von geringen
 320 und mittleren Einkommen durch eine Entlastung
 321 bei den indirekten Steuern, wie beispielsweise der
 322 Mehrwertsteuer ein.
 - 323 • Wir setzen uns für eine sozial gerechte CO2-
 324 Bepreisung ein. Denn wir wissen, eine CO2-
 325 Bepreisung kann als Teil eines Instrumenten-Mixes
 326 einen wirksamen Beitrag zum Erreichen unserer
 327 Klimaschutzziele leisten. Wir wissen aber auch,
 328 dass diese Lenkungswirkung bei kleineren und
 329 mittleren Einkommen und vor allem bei Pendle-
 330 rInnen und MieterInnen zu unverhältnismäßigen
 331 Belastungen führen kann. Deshalb fordern wir den
 332 Ausgleich von sozialen Härten aus dem Aufkom-
 333 men der Steuer. Wir Sozialdemokratinnen und
 334 Sozialdemokraten begreifen die Energie-, Verkehrs-
 335 und Wärmewende als ökonomische, ökologische
 336 und soziale wie gesellschaftliche Herausforderung.
 337 Nur eine ganzheitliche Betrachtung wird letztlich
 338 zum Erfolg führen.
 - 339 • Die Einnahmen aus der CO2-Steuer und eines Teils
 340 der Mehrwertsteuer wollen wir als Bonus für alle
 341 Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Damit korri-
 342 gieren wir den Steuerbeitrag zugunsten kleiner und
 343 mittlerer Einkommen.
 - 344 • Unser Ziel bleibt eine umfassende Finanztransak-
 345 tionssteuer. Diese soll alle börslichen und außer-
 346 börslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anlei-
 347 hen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen
 348 umfassen. Wir begrüßen daher die Festlegung im
 349 Europakonvent ausdrücklich.

1 L-04
 2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**
 3
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Aufstiegschancen durch Bildung. Beste Bildung NRW –**
 7 **ein Leben lang!**
 8
 9 **UNSERE GRUNDANNAHMEN**
 10
 11 **Ja, ein neues Bildungspapier!**
 12 Seit Jahren und Jahrzehnten beschäftigen wir uns mit
 13 dem Thema Bildung. Und es gibt Fortschritte, viele klei-
 14 ne und auch durchaus große Schritte, wie z.B. bei Inklusi-
 15 on, Ganzttag und Schulsozialarbeit. Aber dies sind zu-
 16 gleich Beispiele für die mühsame und langwierige Ar-
 17 beit an der Veränderung, wir sind noch nicht am Ziel.
 18
 19 **Und Veränderung tut not, um für alle Menschen Bil-**
 20 **dungschancen zu eröffnen.**
 21 In vielen Diskussionen in Partei und Fraktion haben wir
 22 dieses Papier entwickelt. Sicher gibt es in einzelnen Fra-
 23 gen der Umsetzung unterschiedliche Vorstellungen –
 24 aber viel wichtiger sind die großen Gemeinsamkeiten.
 25 Und deshalb werden wir die in den Mittelpunkt stellen.
 26
 27 **Gerade die SPD weiß, dass Bildung gelingen muss.**
 28 Bildung gehört zur DNA der Sozialdemokratie, zu unse-
 29 ren Anfängen in der Emanzipationsbewegung und der
 30 Aufklärung des 19. Jahrhunderts genauso wie zum Auf-
 31 stiegsversprechen des 20. Jahrhunderts. Unsere Kern-
 32 themen wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ge-
 33 hören eng zu jedem Bildungsprozess.
 34 Aber jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen.
 35 Heute ist es insbesondere die digitale Revolution, sind
 36 es die Demographie- und Wanderungsbewegungen, die
 37 ökologischen Herausforderungen oder die immer grö-
 38 ßer werdende soziale Ungleichheit und Spaltung in der
 39 Gesellschaft. Immer mehr Menschen haben Angst, ihre
 40 Arbeit zu verlieren oder ihre Familie nicht ernähren zu
 41 können und sie betrachten Politik und Demokratie mit
 42 Misstrauen. Für diese Menschen und diese Herausfor-
 43 derungen geben wir Antworten mutig und konsequent.
 44
 45 **Bildung ist mehr als Lernen – Lernen ist mehr als Schule.**
 46 **Deshalb arbeiten wir weiter am „Haus des Lebenslangen**
 47 **Lernens“.**
 48 Vom ersten Tag unseres Lebens an lernen wir dazu und
 49 das hört nicht auf bis ins hohe Alter – jeden Tag und jede
 50 Stunde sammeln wir Erfahrungen und Wissen, erwei-
 51 tern Fertigkeiten und erproben uns in neuen Situatio-
 52 nen.
 53
 54 Deshalb nehmen wir Bildung überall und im gesamten
 55 Leben von Menschen in den Blick – von Familie und Kita
 56 bis zur Weiterbildung. Für uns ist Lernen nicht nur die
 57 Aneignung von Wissen – genauso wichtig sind uns die
 58 emotionale, die soziale, die gesundheitliche und die kul-

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die folgende Fassung der Antragskommission er-
 setzt den bisherigen Beschluss des Landesvorstandes
 vollständig. Diese Fassung ist das Ergebnis aus den
 Diskussionen auf den vier regionalen Bildungsver-
 anstaltungen und den regelmäßigen Treffen der
 Arbeitsgruppe „Beste Bildung NRW – ein Leben lang“.
 Um die Änderungen nachvollziehen zu können, sind die
 Sätze und Abschnitte, die entfallen, in der Fassung der
 Antragskommission durchgestrichen. Die hellen, kursiv
 dargestellten Passagen sind neu hinzugekommen.

~~Leitthema: Aufstiegschancen durch Bildung~~
~~Beste Bildung NRW – ein Leben lang!~~

Lebenslange Aufstiegschancen und ein gutes Leben für
Alle durch beste Bildung in Nordrhein-Westfalen

UNSERE GRUNDANNAHMEN

Ja, ein neues Bildungspapier!

~~Seit Jahren und Jahrzehnten beschäftigen wir uns mit~~
~~dem Thema Bildung. Und es gibt Fortschritte, viele~~
~~kleine und auch durchaus große Schritte, wie z.B. bei~~
~~Inklusion, Ganzttag und Schulsozialarbeit. Aber dies sind~~
~~zugleich Beispiele für die mühsame und langwierige~~
~~Arbeit an der Veränderung, wir sind noch nicht am Ziel.~~

Und Veränderung tut not, um für alle Menschen
Bildungschancen zu eröffnen.

~~In vielen Diskussionen in Partei und Fraktion haben~~
~~wir dieses Papier entwickelt. Sicher gibt es in einzelnen~~
~~Fragen der Umsetzung unterschiedliche Vorstellungen~~
~~– aber viel wichtiger sind die großen Gemeinsamkeiten.~~
~~Und deshalb werden wir die in den Mittelpunkt stellen.~~

Gerade die SPD weiß, dass Bildung gelingen muss.

~~Bildung gehört zur DNA der Sozialdemokratie: zu unse-~~
~~ren Anfängen in der Emanzipationsbewegung und der~~
~~Aufklärung des 19. Jahrhunderts genauso wie zum Auf-~~
~~stiegsversprechen des 20. Jahrhunderts. Unsere Kern-~~
~~themen wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ge-~~
~~hören eng zu jedem Bildungsprozess.~~

~~Aber jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen.~~
~~Heute ist es insbesondere die digitale Revolution, sind~~
~~es die Demographie- und Wanderungsbewegungen, die~~
~~ökologischen Herausforderungen oder die immer grö-~~
~~ßer werdende soziale Ungleichheit und Spaltung in der~~
~~Gesellschaft. Immer mehr Menschen haben Angst, ihre~~
~~Arbeit zu verlieren oder ihre Familie nicht ernähren zu~~
~~können. *Sie* betrachten Politik und Demokratie mit~~
~~Misstrauen. *Rechtspopulisten versuchen mit einfachen*~~
~~*Antworten und menschenverachtenden Positionen diese*~~
~~*Gefühlslage für sich zu nutzen. Deshalb wollen wir den*~~
~~*Menschen Antworten auf diese Herausforderungen ge-*~~
~~*ben: mutig und konsequent.* Für diese Menschen und~~

59 turelle Entwicklung der Menschen.
 60 Dabei ist und bleibt die Schule ein zentraler und oft
 61 entscheidender Ort für das Lernen. Alle Erfahrungen im
 62 nationalen und internationalen Vergleich zeigen, dass
 63 frühe Entscheidungen über Bildungskarrieren in die Irre
 64 führen. Deshalb bleibt unser Ziel eine Schule für alle!
 65 Angesichts der unübersichtlichen Menge an Schul-
 66 formen in NRW halten wir in einem ersten Schritt hier
 67 eine Reduzierung für überfällig. Den Übergang dorthin
 68 werden wir verantwortungsvoll organisieren.
 69 Damit Schulen auch Orte des gemeinsamen Lebens
 70 werden, werden wir kommunale und regionale Bil-
 71 dungslandschaften und die Öffnung von allen Bildungs-
 72 einrichtungen in den Sozialraum fördern.

73 74 **Konsequent für alle Menschen**

75 Nicht für Institutionen, sondern für jeden einzelnen
 76 Menschen muss Bildung gelingen.
 77 Dafür müssen je nach individuellen Voraussetzungen,
 78 Möglichkeiten und Bedürfnissen der Menschen unter-
 79 schiedliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.
 80 Daraus folgt, dass wir offene Systeme beschreiben müs-
 81 sen, in denen alle Beteiligten klaren Prinzipien folgen
 82 bei einer größtmöglichen Handlungsfreiheit.

83 84 **Eine Klarstellung zur Inklusion und Integration**

85 Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch Fähigkeiten
 86 und Begabungen besitzt, die er in die Gesellschaft
 87 einbringen kann. Das heißt auch, dass wir unser gesam-
 88 tes Verständnis von Bildung und menschlichem Mit-
 89 einander überprüfen müssen und ein Bildungssystem
 90 schaffen, in dem jeder Mensch seinen Platz findet und
 91 zwar unabhängig von seinem kulturellen oder sozialen
 92 Hintergrund und von individuellen Beeinträchtigungen.
 93 Die Herausforderungen von Inklusion und Integration
 94 und die hervorragenden Leistungen der Bildungsein-
 95 richtungen wollen wir dabei nicht vergessen und auch
 96 nicht klein reden. Aber wir wissen, in einem auf Homo-
 97 genität ausgerichteten selektiven Bildungssystem kann
 98 es keine wirkliche Inklusion geben. Deshalb brauchen
 99 wir keine kleinen Verbesserungen, sondern Akzeptanz
 100 und individuelle Förderung für alle Menschen.

101 102 **Konsequent in den Forderungen**

103 Wir haben in den meisten Themen kein Erkenntnispro-
 104 blem, sondern ein Umsetzungsproblem. Deshalb wer-
 105 den wir unsere Ziele konkret und konsequent formu-
 106 lieren, die notwendigen Umsetzungsschritte beschrei-
 107 ben und mit Geld hinterlegen. Oft genug haben wir die
 108 Schere der Umsetzungsschwierigkeiten schon im Kopf
 109 – das schwächt unsere Haltung. Klarheit und Eindeu-
 110 tigkeit sind aber notwendig, damit sich etwas ändert.
 111 Denn wir haben ein Ziel: Alle Kinder sollen zu Höchst-
 112 leistungen gefordert und gefördert werden, weil wir in
 113 den Bildungsbereichen an die Spitze kommen.

114 115 **Damit Bildung gelingt, brauchen Menschen ...**

- 116 1. freien Zugang zu Bildung
- 117 2. Spaß am Lernen und Lust am Erfolg

~~diese Herausforderungen geben wir Antworten: mutig
und konsequent.~~

Gute Bildung ist unsere wichtigste Ressource. In einer freien Gesellschaft erhöhen gut gebildete Menschen die Widerstandskraft der Demokratie.

Bildung ist mehr als Lernen – Lernen ist mehr als Schule. Deshalb arbeiten wir weiter am „Haus des Lebenslangen Lernens“.

Vom ersten Tag unseres Lebens an lernen wir dazu und das hört nicht auf bis ins hohe Alter – jeden Tag und jede Stunde sammeln wir Erfahrungen und Wissen, erweitern Fertigkeiten und erproben uns in neuen Situationen.

Deshalb nehmen wir Bildung überall und im gesamten Leben von Menschen in den Blick – von Familie und Kita bis zur Weiterbildung. Für uns ist Lernen nicht nur die Aneignung von Wissen – genauso wichtig sind uns die emotionale, die soziale, die gesundheitliche und die kulturelle Entwicklung der Menschen.

Dabei ist und bleibt die Schule ein zentraler und oft entscheidender Ort für das Lernen. Alle Erfahrungen im nationalen und internationalen Vergleich zeigen, dass frühe Entscheidungen über Bildungskarrieren in die Irre führen. Deshalb bleibt unser Ziel eine Schule für alle!

Wir wollen den massiven Ausbau der integrativen Systeme, um dem Elternwillen gerecht zu werden. Denn angesichts einer einerseits sozial gespaltenen und andererseits zunehmend individualisierten Gesellschaft braucht es mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt. Damit Begegnung und Austausch der unterschiedlichen Milieus gefördert werden kann, sind Schulen, die von allen Kindern besucht werden, hilfreich. Unsere Gesamtschulen haben in den letzten 50 Jahren viele gute Erfahrungen gesammelt und beeindruckende Erfolge für den Bildungsaufstieg in NRW vorzuweisen. Aus diesen Erfahrungen können wir bei der Entwicklung unserer Schulen reichhaltig schöpfen.

Wir wissen aber auch, dass eine Strukturdebatte für die Mehrheit der Eltern nicht wirklich prioritär ist. Die vielen unterschiedlichen Schulformen verstehen heute die Wenigsten, umziehen wird schon innerhalb NRW schwierig. Deshalb halten wir für die unübersichtliche Menge an Schulformen in NRW in einem ersten Schritt eine Reduzierung für überfällig. Aber angesichts der unübersichtlichen Menge an Schulformen in NRW halten wir in einem ersten Schritt hier eine Reduzierung für überfällig. Den Übergang dorthin werden wir verantwortungsvoll organisieren. Die besten Erfahrungen aller Schulformen werden wir dabei mit einbeziehen.

Damit Schulen auch Orte des gemeinsamen Lebens werden, werden wir kommunale und regionale Bildungslandschaften und die Öffnung von allen Bildungseinrichtungen in den Sozialraum fördern.

118 119 **Konsequent für alle Menschen**

Nicht für Institutionen, sondern für jeden einzelnen Menschen muss Bildung gelingen.

- 118 3. Anleitung und Unterstützung durch engagierte
119 Menschen
120 4. soziale und demokratische Kompetenz
121 5. ein stabiles Fundament an Wissen und Kompeten-
122 zen
123 6. Angebote und Anreize für Spitzenleistungen
124 7. Bildung, die in der Zukunft trägt
125

126 **Gute Bildung braucht eine gute Finanzierung!**
127

128 **1. Freier Zugang zu Bildung**

129 Immer noch entscheiden die Postleitzahl des Wohnor-
130 tes und die Herkunft der Eltern über die Chancen in
131 Schule, Ausbildung, Studium und Beruf. Fast 80 Prozent
132 der Akademikerkinder, aber nur 44 Prozent der Kinder,
133 deren Eltern kein Abitur haben, machen selbst Abitur.
134 Junge Erwachsene mit ausländischen Nachnamen be-
135 kommen wesentlich schlechter einen Ausbildungs- und
136 Arbeitsplatz. An der betrieblichen Weiterbildung neh-
137 men schlechter ausgebildete Männer und Frauen deut-
138 lich weniger teil und haben dadurch nur geringe Chan-
139 cen auf Aufstieg. So wird soziale Auslese verfestigt.
140 Dagegen setzen wir auf freie und kostenfreie Bildung im
141 gesamten Lebensverlauf.
142

143 **Für unsere Kinder werden wir deshalb**

- 144 • Kitas komplett kostenfrei anbieten.
- 145 • gutes Frühstück und Mittagessen kostenlos bereit-
146 stellen. Denn gut ernährte Kinder sind gesünder
147 und aufnahmefähiger.
148

149 **Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb**

- 150 • ausreichend Schulplätze ortsnah zur Verfügung
151 stellen.
- 152 • Lehrbücher und andere Materialien wirklich kosten-
153 frei machen.
- 154 • Ganztagsplätze für alle Kinder bereitstellen und in
155 den Kernzeiten den Ganzttag kostenfrei machen.
156

157 **Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-
158 kollegs werden wir deshalb**

- 159 • alle Ausbildungsgänge kostenfrei anbieten.
- 160 • den öffentlichen Nahverkehr kostenlos machen.
- 161 • Wohnheimplätze und andere Unterbringungsmög-
162 lichkeiten zur Verfügung stellen.
- 163 • Stipendien ausweiten für Auslandsaufenthalte
164 oder Praktika.
165

166 **Für Studierende werden wir deshalb**

- 167 • keine Studiengebühren erheben und die Sozialbei-
168 träge deckeln.
- 169 • Wohnen wieder bezahlbar machen durch viel mehr
170 Studierendenwohnungen.
- 171 • für BAFÖG-Anpassungen an die Lebenshaltungs-
172 kosten sorgen.
- 173 • den Quereinstieg durch Anerkennung von Leistun-
174 gen vereinfachen.
- 175 • Unterstützungen für Studierende aus Nicht-
176 Akademikerfamilien ausweiten.

~~Dafür müssen je nach individuellen Voraussetzungen,
Möglichkeiten und Bedürfnissen der Menschen
unterschiedliche Rahmenbedingungen geschaffen
werden. Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein,
dass sie die individuellen Voraussetzungen, Möglichkei-
ten und Bedürfnisse der Menschen unterstützen.~~ Daraus
folgt, dass wir offene Systeme beschreiben müssen, in
denen alle Beteiligten klaren Prinzipien folgen bei einer
größtmöglichen Handlungsfreiheit.

Eine Klarstellung zur Inklusion und Integration

Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch Fähigkei-
ten und Begabungen besitzt, die er in die Gesellschaft
einbringen kann. Das heißt auch, dass wir unser gesam-
tes Verständnis von Bildung und menschlichem Mit-
einander überprüfen müssen und ein Bildungssystem
schaffen, in dem jeder Mensch seinen Platz findet und
zwar unabhängig von seinem kulturellen oder sozialen
Hintergrund und von individuellen Beeinträchtigungen.
Die Herausforderungen von Inklusion und Integration
und die hervorragenden Leistungen der Bildungsein-
richtungen wollen wir dabei nicht vergessen und auch
nicht klein reden. Aber wir wissen, in einem auf Homo-
genität ausgerichteten selektiven Bildungssystem kann
es keine wirkliche Inklusion geben. Deshalb brauchen
wir keine kleinen Verbesserungen, sondern Akzeptanz
und individuelle Förderung für alle Menschen.

Konsequent in den Forderungen

Wir haben in den meisten Themen kein Erkenntnispro-
blem, sondern ein Umsetzungsproblem. Deshalb wer-
den wir unsere Ziele konkret und konsequent formu-
lieren, die notwendigen Umsetzungsschritte beschrei-
ben und mit Geld hinterlegen. Oft genug haben wir die
Schere der Umsetzungsschwierigkeiten schon im Kopf
– das schwächt unsere Haltung. Klarheit und Eindeu-
tigkeit sind aber notwendig, damit sich etwas ändert.
Denn wir haben ein Ziel: alle *Menschen* sollen zu *persön-
lichen* Höchstleistungen gefordert und gefördert wer-
den, *damit* wir in den Bildungsbereichen an die Spit-
ze kommen. *Wir wollen durch eine qualitativ hochwertige
Bildung diese Menschen dazu befähigen, Verantwort-
ung für das Gemeinwohl und eine demokratische Ge-
meinschaft zu übernehmen und Chancengleichheit zu
gewährleisten.*

Damit Bildung gelingt, brauchen Menschen ...

1. freien Zugang zu Bildung *und Unterstützung bei den
Übergängen im Bildungsverlauf*
2. *Freude* am Lernen und Lust am Erfolg
3. Anleitung und Unterstützung durch engagierte
Menschen
4. soziale und demokratische Kompetenz
5. ein stabiles Fundament an Wissen und Kompeten-
zen
6. Angebote und Anreize für Spitzenleistungen
7. Bildung, die in der Zukunft trägt

177

Für Erwachsene werden wir deshalb

- 178 • ausreichend Plätze für das Nachholen von Schulabschlüssen jeder Stufe zur Verfügung stellen.
- 179 • berufliche Weiterbildung fördern und unterstützen, indem wir den Meister wie den Master kostenfrei machen.
- 180 • schulische und berufliche Weiterbildung durch BAFÖG und Stipendien unterstützen.
- 181 • Hochschulen kostenfrei für Weiterbildung öffnen.
- 182 • den „Bildungsscheck“ und die „Bildungsprämie“ ausweiten.

183

2. Spaß am Lernen und Lust am Erfolg

184 Schon Kleinkinder wollen mehr wissen und können, wollen die Welt erobern und freuen sich an jeder neuen Fähigkeit, an jedem Erfolg. Diese Neugier und den Wissensdurst wollen wir erhalten und fördern und individuelle (Lern-)Erfolge ermöglichen.

185 Wer lernt, soll das in seiner eigenen Geschwindigkeit und nach seinen eigenen Möglichkeiten tun können. Alle Menschen sollen sich beim Lernen wohlfühlen können, deshalb werden wir unsere großen Investitionsprogramme fortführen und auf außerschulische Lernorte ausweiten. Und wir werden Geld und Personal einsetzen, damit die Häuser und Räume auch dauerhaft schön bleiben.

204

Für Kinder werden wir deshalb

- 205 • Spaß, Spiel und Musik genauso wie Sport und Bewegung besonders fördern.
- 206 • spielerisches Lernen schon früh anbieten und dazu entsprechend ausgebildetes und gut bezahltes Personal auch in den Kitas
- 207 • Neugier und Lernanreize in attraktiven und spannenden Situationen fördern; dazu gehören z.B. Waldkindergärten, Kindertheater u.a.m. Außerschulische Lernorte werden wir ausreichend
- 208 • sportliche, ökologische und kulturelle Angebote, aber auch Zoobesuche u.ä. für Familien kostengünstig gestalten.
- 209 • in allen Einrichtungen ausreichend ansprechendes und aktuelles Spiel- und Lernmaterial zur Verfügung
- 210 • Kita, Schule und Jugendeinrichtung vernetzen, damit es einfacher für Kinder und Jugendliche wird, diese zu nutzen.

224

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- 225 • Lehrpläne so offen gestalten, dass jedes Kind individuelle Lernfortschritte machen kann.
- 226 • regelmäßig Lernverhalten und Lernfortschritte zur Motivation, aber auch zur Selbststeuerung rückmelden und dafür geeignetes Personal einsetzen. Noten sollen im kompetenzorientierten Lernen in ihrer Funktion relativiert werden.
- 227 • starre Studentaktungen zugunsten von Projektlernen und fächerübergreifendem Unterricht verlassen.

235

Und nicht zuletzt:

Gute Bildung braucht eine gute Finanzierung!**Gute Bildung braucht eine gute Finanzierung!****NRW wird Spitzenreiter bei den Bildungsausgaben!**

Nach zahlreichen Diskussionen in der Partei und den vier Regionalkonferenzen in diesem Sommer zeigt sich, dass unsere bildungspolitischen Ziele von den Mitgliedern getragen werden. Unser Problem ist die Frage der Glaubwürdigkeit – innerhalb und außerhalb der Partei. Daher müssen wir uns auf die Ressourcenfrage konzentrieren und unsere Forderungen mit den notwendigen finanziellen Mitteln hinterlegen.

Denn wir wissen alle: Wenn wir bei der Bildung sparen, wird sich das früher oder später rächen.

Deutschland *liegt* bei den Bildungsausgaben deutlich, d.h. rund 30 Milliarden Euro pro Jahr, unter dem OECD-Durchschnitt. Und NRW liegt noch unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb ist unser klares Ziel, Spitzenreiter im Bundesdurchschnitt zu werden und dazu den Bildungsetat sukzessiv zu erhöhen.

Durch die Verteilung der zusätzlichen Gelder muss Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden. Zunächst heißt das, dass wir Bildung im gesamten Lebensverlauf beitragsfrei machen. Und es heißt, dass bei größeren Herausforderungen auch die personellen und Sachausstattungen besser sein müssen. *Das alles sind Investitionen in die Zukunft.*

Dabei gilt für alle Bereiche die Forderung „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“. In diesem Zusammenhang *werden wir* auch eine sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln in allen Bildungsbereichen *umsetzen*. Noch immer ist Bildung und Teilhabe abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Dies will die Sozialdemokratie *auch mit einem schulscharfen Sozialindex* ändern. Gerechtigkeit im Bildungssystem kann nur über ein beitragsfreies Bildungssystem erreicht werden. In diesem Zusammenhang müssen einheitliche Qualitätsstandards und Schulbaurichtlinien konsequent umgesetzt werden. Des Weiteren müssen Lösungen zur dauerhaften *pflichtigen* Finanzierung von Inklusion, Ganztags- und Schulsozialarbeit gefunden und in *Verantwortungsgemeinschaften* implementiert werden.

Wir brauchen einen New Deal. Eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund, Land und Kommunen ist hier gefragt. Zuständigkeiten sind für Familien – aber auch für Schulen – nicht mehr durchschaubar und Strukturen so angelegt, dass sie Prozesse eher lähmen als Lösungen auf akute Probleme bereitstellen, wie z.B. bei der Finanzierung des Ganztages, einer Schulbaurichtlinie oder bei der Finanzierung des Digitalpaktes. *Insgesamt setzen wir uns dabei für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern ein.*

Regionale Bildungsnetzwerke leisten hier einen wich-

- 236 • offene Lernsituationen schaffen und damit Freiräume öffnen und Eigenverantwortlichkeiten stärken.
- 237
- 238 • Angebote zur Persönlichkeitsentwicklung, wie z.B. Theater-, Tanz- und Musik- und Sportprojekte, an allen Schulen vorhalten.
- 239
- 240
- 241 • frustrierende Erfahrungen, die zur Schulverweigerung führen (können), vermeiden. Es wird kein Sitzenbleiben und Abschulen mehr geben.
- 242
- 243
- 244 • Schulen so bauen bzw. umgestalten, dass sie Lern- aber auch Erlebnisraum und Lebensraum sind. Das bedeutet neben flexiblen Lernräumen auch Platz zum Toben, Räume für den Rückzug und fürs Essen sowie saubere Toiletten und Waschräume.
- 245
- 246
- 247
- 248
- 249 • kurze Wege zur nächsten Schule organisieren, denn Kinder brauchen Zeit fürs Lernen und Spielen.
- 250

Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/ kollegs werden wir deshalb

- 252
- 253
- 254 • Lerninhalte und Lernmaterialien regelmäßig an die betriebliche Realität anpassen.
- 255
- 256 • duale Wege von Ausbildung und höherem Schulabschluss ausweiten.
- 257
- 258 • innerhalb des Berufsschulsystems alle Möglichkeiten des Wechsels und des Weiterlernens ausschöpfen.
- 259
- 260
- 261 • ihre Ausbildung sowohl innerhalb des beruflichen Bildungssystems als auch für weitergehende Abschlüsse anerkennen und aufwerten.
- 262
- 263
- 264 • begleitende und motivierende Beratung für Berufs- und Karrierewege anbieten.
- 265
- 266 • neben den berufsvorbereitenden auch kulturelle, politische und sportliche Angebote attraktiv ermöglichen (z.B. Fahrten zu Gedenkstätten und Austausch).
- 267
- 268
- 269
- 270

Für Studierende werden wir deshalb

- 271
- 272 • auf starre Anwesenheitspflichten verzichten.
- 273
- 274 • Mitwirkung und Mitbestimmung im Hinblick auf ihre Studieninhalte ermöglichen.
- 275
- 276 • den internationalen Austausch fördern und unterstützen.
- 277
- 278 • mit den Hochschulen gemeinsam die Bachelorstudiengänge an betriebliche Anforderungen anpassen und damit den Studierenden bessere Erfolgchancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen.
- 279
- 280
- 281 • Lernorte verbessern mit ausreichenden und flexiblen Arbeitsplätzen in Bibliotheken, Cafeterien und auch Räumen für kleinere Arbeitsgruppen.
- 282
- 283
- 284 • in der Mensa gutes, gesundes und preiswertes Essen bereithalten.
- 285
- 286

Für Erwachsene werden wir deshalb

- 287
- 288 • Angebote der politischen, kreativen und der Gesundheitsbildung genauso anerkennen und finanziell ausstatten, wie berufsqualifizierende Angebote.
- 289
- 290
- 291
- 292 • informell, nonformal oder im Ausland erworbenes Wissen anerkennen und zertifizieren, ohne dass zusätzliche Kosten entstehen.
- 293
- 294

tigen Beitrag. Sie vernetzen Schulen mit den kommunalen Schul-, Jugend- und Sozialhilfeträgern und der Schulaufsicht. Wir müssen bei vorhandenen Vernetzungen und Partnerschaften genau prüfen, wie diese zum Wohl der Kinder verbessert und ausgeweitet werden können.

Regionale Bildungsnetzwerke spielen auch in der Weiterbildung eine wichtige Rolle, insbesondere beim Ausbau unabhängiger Beratungsstrukturen und bei der Sicherstellung eines qualitativollen und umfassenden Weiterbildungsangebots. Die Koordinierungsfunktion sollte (wie bislang nach Gesetz) bei den Volkshochschulen liegen und muss personell und organisatorisch abgesichert werden.

Für Kinder werden wir deshalb

- die Ausgaben im Bereich der frühkindlichen Bildung deutlich erhöhen, um die realen Bedarfe abdecken und Qualitätsverbesserungen finanzieren zu können.
- eine Sockelfinanzierung der Kitas einführen, um die Planungssicherheit für die Kita-Träger zu erhöhen und gesicherte Perspektiven für die Beschäftigten zu bieten.
- die Ausbildung der ErzieherInnen wertschätzen und diese nach Tarif und sozialversichert bezahlen.
- *die entlohnte praxisintegrierte Ausbildung der ErzieherInnen flächendeckend einführen und unterstützen.*
- *die Anwendung der tarifpolitischen Errungenschaften auf alle Träger stärken.*
- die Kita-Beiträge landesweit abschaffen, gesundes Essen fördern und perspektivisch auch die zusätzlichen Kosten für Frühstück und Mittagsverpflegung ganz abschaffen.

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- die Schulen besser finanziell ausstatten.
- die Lehrkräfte gerecht entlohnen – A13Z als Eingangssamt durchsetzen.
- *alle grundständig ausgebildeten Lehrkräfte unabhängig von Schulform und Stufe eingruppiieren.*
- *danach schrittweise die ungleiche Bezahlung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften aufheben.*
- Schulen nach ihren Herausforderungen im Sozialraum fördern und einen schul-scharfen Sozialindex einführen.
- die Finanzierung des Ganztags sicherstellen.
- die Zusammenarbeit zwischen Schule und der wirtschaftlichen Jugendhilfe stärken.
- Schulsozialarbeit auskömmlich und durch eine Regelfinanzierung ausstatten.
- SchulsozialarbeiterInnen und das pädagogische Fachpersonal besser entlohnen.
- *die Arbeit von Fachkräften in der Schulsozialarbeit, Ein-Fach-Lehrkräfte und WerkstattLehrerInnen insgesamt aufwerten.*

Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-

- 295 • den Bildungsurlaub so verändern, dass nicht nur
296 Veranstaltungen im Inland und in geschlossenen
297 Räumen anerkannt werden.

299 3. Anleitung und Unterstützung durch engagierte Men- 300 schen

301 Oft können wir uns noch im fortgeschrittenen Alter an
302 Namen von Lehrenden oder AusbilderInnen erinnern.
303 Ihre Bedeutung haben sie nicht nur durch die Vermitt-
304 lung von Wissen, sondern oft durch ihre Persönlichkeit:
305 Sie sind Vorbilder, UnterstützerInnen oder MahnerIn-
306 nen. Und sie sind damit oft genug diejenigen, die über
307 ein Gelingen oder ein Mislingen eines Schul- und Bil-
308 dungsweges entscheiden.

309
310 Und deshalb müssen es die Besten sein, die diese Auf-
311 gaben übernehmen.

312
313 In allen Bildungsbereichen ist es eine große Herausfor-
314 derung, Menschen zu finden, die lehren, unterstützen,
315 motivieren und begleiten können. Neben einer quali-
316 tätsvollen Aus- und Weiterbildung ist eine regelmäßige
317 Unterstützung z.B. durch Supervision von großer Be-
318 deutung. Wir brauchen in Kitas, Schulen oder Hoch-
319 schulen weniger Kontrolle und mehr Beratung und Hilfe
320 bei der Weiterentwicklung.

321 In der vielfältigen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
322 werden Lehrende gemeinsam mit SozialpädagogIn-
323 nen und PsychologInnen in multiprofessionellen Teams
324 zusammenarbeiten. Für nicht-pädagogische Aufgaben
325 werden wir ausreichend zusätzliches Personal zur Ent-
326 lastung einsetzen.

327

328 Für Kinder werden wir deshalb

- 329 • in den Kitas ausreichend viele, gut ausgebildete
330 und gut bezahlte ErzieherInnen einsetzen. Die Kind-
331 ErzieherIn-Relation werden wir deutlich verbessern.
332 • neben den „klassischen“ ErzieherInnen auch Fach-
333 kräfte für Diagnostik und besondere Förderangebo-
334 te (Sprache, Motorik etc.) einsetzen.
335 • ErzieherInnen entlasten durch zusätzliches nicht-
336 pädagogisches Personal wie Verwaltungs- und
337 Hauswirtschaftskräfte.
338 • Eltern bei der Erziehung unterstützen und dazu Fa-
339 milienzentren besser fördern, damit sie sich noch
340 stärker als bislang in den Sozialraum öffnen kön-
341 nen.
342 • Angebote für Familien wie Elterncafés u.ä. wohn-
343 ortnah anbieten bzw. ausweiten.
344 • den Übergang in die Grundschule vorbereiten und
345 begleiten.

346

347 Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- 348 • motivierte und gut ausgebildete LehrerInnen zur
349 Verfügung stellen. Dazu werden wir den Lehrberuf
350 in allen Bereichen wieder attraktiver machen.
351 • Unterstützung und Begleitung organisieren und
352 dazu neben LehrerInnen auch z.B. Schulsozialarbei-
353 terInnen und SchulpsychologInnen einsetzen. Ihre

kollegs werden wir deshalb

- dafür Sorge tragen, dass die finanziellen Herausfor-
derungen, z.B. die Umstellung auf G9, nicht zu Las-
ten der Berufsschulen gehen.
- finanzielle Anreize für BerufsschullehrerInnen
schaffen.
- die Qualität der Ausbildung stärken und uns da-
für einsetzen, dass die Ausbildung in faire Arbeit,
mit guter Bezahlung und guten Arbeitsbedingun-
gen mündet.
- die Ausbildungsmindestvergütung auch in NRW
konsequent vorantreiben.
- die Finanzierung von Schulsozialarbeit fördern.

Für Studierende werden wir deshalb

- ausreichend Studienplätze *bei besserer Betreuungs-
quote* finanzieren.
- Projektfinanzierungen einschränken und Regelfin-
anzierungen ausbauen.
- ausreichende Kapazitäten im Bachelor-
/Masterstudium zur Verfügung stellen.
- die Hochschulen baulich zu modernen Orten der
Wissensvermittlung weiterentwickeln.
- auch ~~zukünftig~~ *aufwachsend* ~~mehr~~ *Geld*
investieren, um gute Lehre und intensive Betreuung
zu realisieren.
- *die Lehrbeauftragten deutlich besser bezahlen, um*
gute Lehre und intensive Betreuung zu ermöglichen
und die unentbehrliche Arbeit der häufig „unsichtba-
ren“ Lehrbeauftragten wertzuschätzen.
- die Hochschulen für angewandte Wissenschaft fi-
nanziell stärken, um den gewandelten Anforderun-
gen in Forschung und Lehre gerecht zu werden.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- die Landesfinanzierung für die Weiterbildung auf 10
Euro je EinwohnerIn anheben.
- Stipendien- und Förderprogramme auskömmlich fi-
nanzieren.
- öffentliche Weiterbildungs- und *Beratungsorte*
schaffen und die bestehenden modernisieren und
dazu Landesfinanzierungen bzw. Bürgschaften
bereitstellen.
- mit den Tarifpartnern Vereinbarungen über Frei-
stellungen für Weiterbildung treffen.
- *ausreichend Geld und Ressourcen für Teamteaching*
bereitstellen.

1. Freier Zugang zu Bildung und Unterstützung bei den Übergängen im Bildungsverlauf

Immer noch entscheiden die Postleitzahl des Wohnor-
tes und die Herkunft der Eltern über die Chancen in
Schule, Ausbildung, Studium und Beruf. Fast 80 % der
Akademikerkinder, aber nur 44 Prozent der Kinder, de-
ren Eltern kein Abitur haben, machen selbst Abitur. Jun-
ge Erwachsene mit ausländischen Nachnamen bekom-
men wesentlich schlechter einen Ausbildungs- und Ar-
beitsplatz. An der betrieblichen Weiterbildung nehmen

- 354 Aufgaben erledigen sie als gleichberechtigtes Mit-
 355 glied des Schulteam und mit einer Vertretung im
 356 Schulleitungsteam.
 357 • in Schulen Personalvertretungen für die PädagogIn-
 358 nen ermöglichen.
 359 • von Anfang an die Schulentwicklung begleiten und
 360 unterstützen lassen.
 361 • im offenen Ganzttag gut qualifizierte und entspre-
 362 chend bezahlte Personen einsetzen.
 363 • nicht mehr zulassen, dass Beamtenrecht ungeeig-
 364 nete LehrerInnen schützt.
 365 • Lehrkräfte, insbesondere im Bereich der politischen
 366 oder geschichtlichen Bildung, als Vorbild für das Er-
 367 lernen von Demokratie und Mitwirkung ausbilden.

369 **Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-**
 370 **kollegs werden wir deshalb**

- 371 • auf die Qualität des Lehrpersonals besonders ach-
 372 ten, gerade auch bei den notwendigen Seitenein-
 373 steigerInnen.
 374 • für den Fachunterricht betriebsnahe Lehrpersonen
 375 zur Verfügung stellen.
 376 • in der betrieblichen Ausbildung die Anleitung durch
 377 die Ausbilder z.B. durch ausbildungsbegleitende
 378 Hilfen unterstützen und insgesamt die Qualität der
 379 betrieblichen Ausbildung überprüfen.

381 **Für Erwachsene werden wir deshalb**

- 382 • leicht zugängliche und themenübergreifende Bera-
 383 tung sicherstellen.
 384 • Angebote der unterschiedlichen Einrichtungen (AA,
 385 Kammern, VHS, o.ä.) an zentralen Orten und/oder
 386 durch ein digitales Angebot zusammenfassen.
 387 • in den Angeboten der Weiterbildung qualifiziertes,
 388 zertifiziertes und entsprechend bezahltes Personal
 389 einsetzen.
 390 • beim Nachholen von Schulabschlüssen ausreichend
 391 LehrerInnen, aber auch Unterstützungs- und Be-
 392 gleitpersonen zur Verfügung stellen.

394 **4. Soziale und demokratische Kompetenz**

395 Menschen sind soziale Wesen; das gilt auch in Bildungs-
 396 prozessen. Kinder lernen voneinander oftmals einfacher
 397 die Regeln einer Gruppe und auch in der Erwachsenen-
 398 bildung lernen Menschen voneinander. Das wird be-
 399 günstigt in Lerngruppen, welche die Vielfältigkeit der
 400 Gesellschaft widerspiegeln. Wir schätzen und fördern
 401 positives Sozialverhalten, Höflichkeit, Achtsamkeit und
 402 Respekt. Soziale Kompetenz wird zudem ganz wesent-
 403 lich in der Freizeit erworben. Daher wollen wir auch au-
 404 ßerschulische Lernorte und die kommunalen Bildungs-
 405 landschaften weiter fördern und ausweiten.

406
 407 Unser aller Leben in Gemeinschaften und der Gesell-
 408 schaft steht vor der Herausforderung einer wachsen-
 409 den sozialen Ungleichheit, die zu einer Spaltung un-
 410 serer Gesellschaft und zu einem Misstrauen gegen-
 411 über Politik und Demokratie führt. Um diesen Strömun-
 412 gen konsequent entgegenzutreten, braucht es theore-

gering qualifizierte Männer und Frauen deutlich weniger
 teil und haben dadurch nur geringe Chancen auf Auf-
 stieg. So wird soziale Auslese verfestigt.

*Als Sozialdemokratie werden wir uns auch weiterhin für
 gute Ausbildung einsetzen. Wir wissen, wie wertvoll un-
 sere berufliche Bildung ist und wie wichtig eine gute Aus-
 bildung und Qualifikation im Hinblick auf die Verände-
 rung der Arbeitswelt ist. Daher werden wir das Berufsbil-
 dungsgesetz modernisieren und dafür konkrete Vorschlä-
 ge machen.*

Dagegen setzen wir auf *freie, kostenfreie und barriere-
 freie Bildung im gesamten Lebensverlauf.*

Für unsere Kinder werden wir deshalb

- Kitas komplett kostenfrei anbieten *und einen
 Rechtsanspruch sichern.*
- Kita-Plätze weiter ausbauen.
- gutes Frühstück und Mittagsessen kostenlos bereit-
 stellen. Denn gut ernährte Kinder sind gesünder
 und aufnahmefähiger.
- *den öffentlichen Nahverkehr kostenlos machen.*

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- ausreichend Schulplätze ortsnah zur Verfügung
 stellen.
- *die Quartierschulen stärken und im Fall der Grund-
 schulen die Einzugsbezirke wieder einführen.*
- *Lehrbücher und andere Materialien wirklich kosten-
 frei machen.*
- *gutes Frühstück und Mittagsessen kostenlos bereit-
 stellen und den Mehrwert guter Ernährung auch im
 Unterricht thematisieren.*
- *Ganztagsplätze für alle Kinder bereitstellen und in
 den Kernzeiten den Ganzttag kostenfrei machen. Die
 Ganztagschule muss ein Bildungs-, Erziehungs- und
 Betreuungsangebot sein. Dies schließt in Zusammen-
 arbeit mit der Jugendhilfe Ferienangebote, auch zur
 weiteren Förderung, mit ein. Der Wechsel von G8 zu
 G9 darf nicht zu weniger Ganztagsangeboten füh-
 ren.*
- *den öffentlichen Nahverkehr kostenlos machen.*

**Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-
 kollegs werden wir deshalb**

- alle Ausbildungsgänge kostenfrei anbieten.
- den öffentlichen Nahverkehr *für SchülerInnen unter
 18 Jahren* kostenlos machen *und für ältere Schüle-
 rInnen ein vergünstigtes Azubi-Ticket einführen.*
- Wohnheimplätze und andere Unterbringungsmög-
 lichkeiten zur Verfügung stellen.
- Stipendien ausweiten für Auslandsaufenthalte
 oder Praktika.
- *Lehrmittelfreiheit einführen.*
- *Schüler-BAföG einführen.*

Für Studierende werden wir deshalb

- keine Studiengebühren erheben und die Sozialbei-
 träge deckeln.
- Wohnen wieder bezahlbar machen durch viel mehr

413 tische und praktische politische Bildung auf allen Ebe-
 414 nen. Denn politische Bildung vermittelt neben dem Er-
 415 lernen freiheitlich-demokratischer Spielregeln Prinzipi-
 416 en für unser Zusammenleben wie Toleranz, Solidarität
 417 und Zivilcourage.

418

419 **Für Kinder werden wir deshalb**

- 420 • schon früh Gemeinsamkeiten betonen und Ver-
 421 schiedenheit respektieren.
- 422 • spielerisch Kooperation einüben und Konflikte aus-
 423 halten lernen.
- 424 • Sozialverhalten einüben als Basis unseres Zusam-
 425 menlebens.
- 426 • Mitwirkungschancen eröffnen und dabei auch klei-
 427 ne Kinder altersgerecht beteiligen.
- 428 • den Ausbau und die Förderung von Plus-Kitas und
 429 Familienzentren vorantreiben, um „Ungleiches un-
 430 gleich behandeln“ zu können und gezielt dort zu-
 431 sätzlich zu fördern, wo die Bedarfe am größten sind.

432

433 **Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb**

- 434 • altersübergreifenden Unterricht in der Grundschule
 435 fördern, damit Kinder von- einander und nach ihrem
 436 individuellen Lerntempo lernen können.
- 437 • bei allem individualisierten Lernen auch stabile
 438 Gruppen bilden, um den Rückhalt zu stärken.
- 439 • Unterschiedlichkeit und gemeinsames Lernen als
 440 Chance erlebbar machen.
- 441 • Mitbestimmung über Schulparlamente ermögli-
 442 chen, damit Demokratie früh erlernt werden kann.
 443 Den Schülervertretungen werden wir eigene Bud-
 444 gets zur Verfügung stellen.
- 445 • die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer und die
 446 Unterstützung demokratischen Handelns in allen
 447 Fächern stärken.
- 448 • alle Aktivitäten unterstützen, die politische Bildung
 449 erfahrbar und erlebbar machen. Dazu gehören Aus-
 450 flüge, Gedenkstätten- und andere Fahrten, Besich-
 451 tigungen u.v.a.m., für die wir ausreichendes und vor
 452 Ort verwaltetes Geld zur Verfügung stellen.
- 453 • internationalen Austausch für alle Kinder durch
 454 umfangreiche Stipendiensysteme ermöglichen.
- 455 • z.B. durch konsequentes Teamteaching Transparenz
 456 in die Unterrichtsgestaltung und in den Umgang
 457 mit den Kindern bringen.
- 458 • offensiv allen Anzeichen von Mobbing u.ä. entge-
 459 gentreten.
- 460 • in der Schulraumplanung eigene Räume für Treffen
 461 oder Rückzug der Kinder und Jugendlichen einpla-
 462 nen.

463

464 **Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-** 465 **kollegs werden wir deshalb**

- 466 • Persönlichkeitsentwicklung, Selbstsicherheit und
 467 Respekt fördern.
- 468 • politisches Grundwissen und das Wissen um be-
 469 triebliche Mitbestimmung ausweiten.
- 470 • demokratische Spielregeln vermitteln und Mitwir-
 471 kungsmöglichkeiten stärken.

Studierendenwohnungen.

- für BAFÖG-Anpassungen an die Lebenshaltungs-
 kosten sorgen.
- den Quereinstieg durch Anerkennung von Leistun-
 gen vereinfachen.
- Unterstützungen für Studierende aus Nicht-
 Akademikerfamilien ausweiten.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- ausreichend Plätze für das Nachholen von Schulab-
 schlüssen jeder Stufe zur Verfügung stellen.
- berufliche Weiterbildung fördern und unterstützen,
 indem wir den Meister wie den Master kostenfrei
 machen und *IT- wie auch Soft Skill-Angebote anbie-*
ten.
- schulische und berufliche Weiterbildung durch
 BAFÖG und Stipendien unterstützen.
- Hochschulen kostenfrei für Weiterbildung öffnen.
- den „Bildungsscheck“ und die „Bildungsprämie“
verstetigen und ausweiten.

2. Freude am Lernen und Lust am Erfolg

Schon Kleinkinder wollen mehr wissen und können,
 wollen die Welt erobern und freuen sich an jeder neuen
 Fähigkeit, an jedem Erfolg. Diese Neugier und den Wis-
 sensdurst wollen wir erhalten und fördern und indivi-
 duelle (Lern-)Erfolge ermöglichen.

Wer lernt, soll das in seiner eigenen Geschwindigkeit
 und nach seinen eigenen Möglichkeiten tun können. Al-
 le Menschen sollen sich beim Lernen wohlfühlen kön-
 nen, deshalb werden wir unsere großen Investitionspro-
 gramme fortführen und auf außerschulische Lernorte
 ausweiten. Und wir werden Geld und Personal einset-
 zen, damit die Häuser und Räume *individuelles Lernen*
ermöglichen, motivieren und auch dauerhaft schön blei-
 ben.

Für Kinder werden wir deshalb

- Spaß, Spiel und Musik genauso wie Sport und Be-
 wegung besonders fördern.
- spielerisches Lernen schon früh anbieten und dazu
 entsprechend ausgebildetes und gut bezahltes Per-
 sonal auch in den Kitas
- *fremd-/mehrsprachige ErzieherInnen engagieren*
und mehrsprachige Kitas fördern.
- Neugier und Lernanreize in attraktiven und span-
 nenden Situationen fördern; dazu gehören z.B.
 Waldkindergärten, Kindertheater u.a.m. Außer-
 schulische Lernorte werden wir ausreichend
- sportliche, ökologische und kulturelle Angebote,
 aber auch Zoobesuche u.ä. für Familien kostengüns-
 tig gestalten.
- in allen Einrichtungen ausreichend ansprechendes
 und aktuelles Spiel- und Lernmaterial zur Verfö-
 gung
- Kita, Schule und Jugendeinrichtung vernetzen, da-
 mit es einfacher für Kinder und Jugendliche wird,
 diese zu nutzen.

- 472 • das freiwillige soziale Jahr, einen Bundesfreiwilligendienst und andere Programme weiter aktiv fördern.
 473
 474
 475 • Angebote schaffen, um sich in einer globalisierten, transnationalen Welt und Arbeitswelt zurechtzufinden (z.B. Sprachkurse, Austauschprogramme etc.).
 476
 477
 478
 479

480 **Für Studierende werden wir deshalb**

- 481 • Lernen in kleineren Gruppen und Projekten ausweiten.
 482
 483 • übergeordnete Fähigkeiten wie Team- und Kooperationsfähigkeit systematisch fördern.
 484
 485 • das Leitbild einer demokratischen Hochschule etablieren und mit Leben füllen.
 486
 487 • Mitbestimmung in allen Gruppen sichern.
 488

489 **Für Erwachsene werden wir deshalb**

- 490 • Angebote der politischen, sozialen und Elternbildung ausbauen und kostenfrei anbieten.
 491
 492 • den Bildungsurlaub bewerben und über seine Angebote beraten als Möglichkeit der Freistellung für selbstbestimmte politische Bildung.
 493
 494 • den Bildungsurlaub zusätzlich für soziales und persönlichkeitsförderndes Lernen öffnen.
 495
 496 • politische Bildungswerke besonders unterstützen.
 497
 498 • Mitwirkungsorgane in der öffentlich geförderten Weiterbildung (wieder) beleben und zu Mitbestimmungsorganen ausbauen.
 499
 500

501
 502 **5. Ein stabiles Fundament an Wissen und Kompetenzen**

503 Die Welt und ihre Herausforderungen werden immer komplexer. Das verführt dazu, Wissens- und Lerninhalte ständig auszuweiten und zu spezifizieren. Aber die technischen und sozialen Entwicklungen sind zu schnell, um alles vorausplanen zu können. Wichtiger ist es, stabiles Grundwissen zu vermitteln, auf das systematisch aufgebaut werden kann. Außerdem müssen Fertigkeiten und Fähigkeiten vermittelt werden, wie Wissen erschlossen und Neues gelernt werden kann.
 504
 505
 506
 507
 508
 509
 510
 511
 512 Da das Lerntempo jedes Einzelnen unterschiedlich ist, müssen alle Lernsituationen ausreichend Zeit und Platz für individuelle Fortschritte lassen.
 513
 514
 515

516 **Für Kinder werden wir deshalb**

- 517 • schon in der Kita spielerisch Sprachlernen vermitteln.
 518
 519 • bis zum Ende der Kita so viele Deutschkenntnisse vermitteln, dass die Kinder in der Grundschule lesen und schreiben lernen können.
 520
 521
 522 • ausreichend Bewegung ermöglichen, damit sie gesund aufwachsen. Dazu gehören gezielte Sportangebote, aber auch einfaches Austoben.
 523
 524
 525 • alle Angebote ausweiten, die die Neugier fördern und das spielerische Lernen unterstützen.
 526
 527 • Geld für Ausflüge und Unternehmungen bereitstellen, das den Kitas zur Verfügung steht und dort verantwortet wird.
 528
 529
 530

- *insgesamt für eine engere Kooperation von Jugendhilfe und Schule eintreten.*
 • *personelle Kontinuitäten und Kooperationen ermöglichen: ErzieherInnen in Grundschulen und SonderpädagogInnen in Kitas.*

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- Lehrpläne so offen gestalten, dass jedes Kind individuelle Lernfortschritte machen kann.
 • regelmäßig Lernverhalten und Lernfortschritte zur Motivation, aber auch zur Selbststeuerung rückmelden und dafür geeignetes Personal Noten sollen im kompetenzorientierten Lernen in ihrer Funktion relativiert werden.
 • starre Stundentaktungen zugunsten von Projektlernen und fächerübergreifendem *sowie jahrgangsübergreifendem* Unterricht verlassen.
 • offene Lernsituationen schaffen und damit Freiräume öffnen und Eigenverantwortlichkeiten stärken.
 • *Fächer relativieren ohne Spezialisierungen aus dem Auge zu verlieren.*
 • *in Ganztagssschulen die Vorteile der Verlässlichkeit des gebundenen Ganztags mit der Experimentierfreude und Interaktion von Fachkräften des offenen Ganztags, die keine LehrerInnen sind, verbinden.*
 • *beim Ganztag trägt die Verantwortung für die Ausgestaltung des Ganztags (Inhalte, Angebotszeiten und Budget) die Schulkonferenz.*
 • Angebote zur Persönlichkeitsentwicklung, wie z.B. Theater-, Tanz- und Musik- und Sportprojekte, an allen Schulen
 • frustrierende Erfahrungen, die zur Schulverweigerung führen (können), vermeiden. Es wird kein Sitzenbleiben und Abschulen mehr geben.
 • Schulen so bauen bzw. umgestalten, dass sie Lern- aber auch Erlebnisraum und Lebensraum sind. Das bedeutet neben flexiblen Lernräumen auch Platz zum Toben, Räume für den Rückzug und fürs Essen sowie saubere Toiletten und Waschräume.
 • kurze Wege zur nächsten Schule organisieren, denn Kinder brauchen Zeit fürs Lernen und Spielen.
 • *Modellschulen wie z.B. die PRIMUS-Schulen oder die Laborschule Bielefeld unterstützen und langfristig gemeinsam längeres Lernen ausbauen.*

Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-kollegs werden wir deshalb

- Lerninhalte und Lernmaterialien regelmäßig an die betriebliche Realität
 • duale Wege von Ausbildung und höherem Schulabschluss ausweiten.
 • innerhalb des Berufsschulsystems alle Möglichkeiten des Wechsels und des Weiterlernens ausschöpfen.
 • ihre Ausbildung sowohl innerhalb des beruflichen Bildungssystems als auch für weitergehende Abschlüsse anerkennen und
 • begleitende und motivierende Beratung für Berufs- und Karrierewege

531 **Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb**
 532 • genügend Zeit und Raum für das Erlernen von Le-
 533 sen und Schreiben, den Grundrechenarten, Infor-
 534 matikgrundkenntnissen und Englischgrundkennt-
 535 nissen geben.
 536 • durch Lernbegleitung, z.B. bei Übungsaufgaben,
 537 den Lernfortschritt unterstützen.
 538 • individualisiertes Lernen im eigenen Rhythmus er-
 539 möglichen.
 540 • Schule so gestalten, dass langsames Lernen nicht
 541 als Scheitern, z.B. durch Sitzenbleiben, bestraft wird,
 542 sondern das eigene Lerntempo akzeptiert
 543 • Mehrsprachigkeit fördern und für Abschlüsse aner-
 544 kennen.
 545 • in allen Fächern neben Wissensinhalten auch Kom-
 546 petenzen zum Lernen und Weiterlernen vermitteln.
 547

548 **Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-**
 549 **kollegs werden wir deshalb**
 550 • Zeit geben, eventuell Versäumtes in Ruhe nachzu-
 551 holen.
 552 • neben der fachlichen Ausbildung eine gründliche
 553 Allgemeinbildung vermitteln.
 554 • das Lernen im Betrieb durch Hilfestellungen für die
 555 Ausbilder unterstützen.
 556 • ausreichend sowohl fachlich als auch pädagogisch
 557 qualifizierte LehrerInnen zur Verfügung stellen.
 558 • wohnortnahes Lernen ermöglichen, z.B. durch ge-
 559 meinsame Klassen in artverwandten Berufszwei-
 560 gen.
 561

562 **Für Studierende werden wir deshalb**
 563 • Vor- oder Einführungssemester zur Stabilisierung
 564 von Grundwissen oder zum Erlernen von wissen-
 565 schaftlichem Arbeiten nicht auf die Regelstudien-
 566 zeit anrechnen.
 567 • durch strukturierte Studieneingangsphasen den
 568 Zugang zum Studium erleichtern.
 569 • in den Bachelor-Studiengängen auf eine breite
 570 Grundlagenbildung Wert legen.
 571

572 **Für Erwachsene werden wir deshalb**
 573 • Alphabetisierung und Grundbildungsangebote flä-
 574 chendeckend, aufsuchend und kostenfrei als Regel-
 575 angebote vorhalten.
 576 • bei der Grundbildung auch Englisch und IT-
 577 Kenntnisse, aber auch Angebote zu Demokratie,
 578 Konsum, Verbraucherschutz und Gesundheit
 579 fördern.
 580 • Angebote einer zweiten Chance zum Erwerb eines
 581 qualifizierten Schulabschlusses ermöglichen.
 582

583 **6. Angebote und Anreize für Spitzenleistungen**
 584 Wir leben in einer globalen Wissensgesellschaft. Gerade
 585 in Deutschland brauchen wir hochspezialisierte Fach-
 586 leute, um wirtschaftlich und gesellschaftlich konkur-
 587 renzfähig zu bleiben. In allen Altersgruppen und Gesell-
 588 schaftsschichten gilt es, Talente zu entdecken und zu
 589 fördern. Dies gilt nicht nur in der akademischen Welt,

• neben den berufsvorbereitenden auch kulturelle,
 politische und sportliche Angebote attraktiv er-
 möglichen (z.B. Fahrten zu Gedenkstätten und Aus-
 tausche, *Vergünstigungen bei Freizeitangeboten*).

Für Studierende werden wir deshalb

- auf starre Anwesenheitspflichten verzichten.
- neu: Mitwirkung und Mitbestimmung im Hinblick auf ihre Studieninhalte ermöglichen.
- den internationalen Austausch fördern und unterstützen.
- mit den Hochschulen gemeinsam die Bachelorstudiengänge an betriebliche Anforderungen anpassen und damit den Studierenden bessere Erfolgchancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen.
- *regelmäßige, begleitende und motivierende Beratung für berufs- und Karrierewege ermöglichen.*
- Lernorte verbessern mit ausreichenden und flexiblen Arbeitsplätzen in Bibliotheken, Cafeterien und auch Räumen für kleinere Arbeitsgruppen.
- in der Mensa gutes, gesundes und preiswertes Essen bereithalten.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- Angebote der politischen, kreativen und der Gesundheitsbildung genauso an-erkennen und finanziell ausstatten, wie berufsqualifizierende
- informell, nonformal oder im Ausland erworbenes Wissen anerkennen und zerti-fizieren, ohne dass zusätzliche Kosten
- den Bildungsurlaub so verändern, dass nicht nur Veranstaltungen im Inland und in geschlossenen Räumen anerkannt
- *die Ansprüche auf Bildungsurlaub deutlich ausweiten und so verändern, dass verschiedene Formen des Lebens anerkannt werden.*

3. Anleitung und Unterstützung durch engagierte Menschen

Oft können wir uns noch im fortgeschrittenen Alter an Namen von *ErzieherInnen*, Lehrenden oder AusbilderInnen erinnern. Ihre Bedeutung haben sie nicht nur durch die Vermittlung von Wissen, sondern oft durch ihre Persönlichkeit: sie sind Vorbilder, UnterstützerInnen oder MahnerInnen. Und sie sind damit oft genug diejenigen, die über ein Gelingen oder ein Misslingen eines Schul- und Bildungsweges entscheiden.

Und deshalb müssen es die Besten sein, die diese Aufgaben übernehmen. *Und wir müssen ihre Leistung anerkennen und wertschätzen.*

In allen Bildungsbereichen ist es eine große Herausforderung, Menschen zu finden, die lehren, unterstützen, motivieren und begleiten können. Neben einer qualitätsvollen Aus- und Weiterbildung ist eine regelmäßige Unterstützung z.B. durch Supervision von großer Bedeutung. *Wir sind für die Einführung von Feed-*

590 sondern auch in Betrieben oder anderen Arbeitszusammenhängen.
591
592

593 Mit Spitzenleistung meinen wir dabei die jeweils persönliche Höchstleistung. Die kann sehr verschieden sein
594 – wichtig ist nur, dass auf dem Weg jede Unterstützung zur Verfügung steht. Und das unabhängig von Geldbeutel, Vorbildung oder Herkunft der Eltern oder Familien.
595
596
597 Um dieses Ziel zu erreichen, werden sich alle Bildungseinrichtungen ändern müssen. Sie müssen sich auf Verschiedenheit einstellen und die individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellen.
598
599
600
601
602

603 **Für unsere Kinder werden wir deshalb**

- 604 • ein individuelles Unterstützungsangebot in der Kita vorhalten, damit alle Kinder nach ihren Begabungen gefördert werden.
- 605
- 606 • Räume für non-formale Lernprozesse schaffen und die Persönlichkeitsentwicklung unterstützen.
- 607
- 608 • die Neugier fördern und das pädagogische Angebot in den Kitas unterstützen und ausbauen. Dazu gehören beispielsweise Angebote für kleine ForscherInnen, aber auch die Zusammenarbeit mit Musikschulen u.v.a.m.
- 609
- 610
- 611
- 612
- 613
- 614

615 **Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb**

- 616 • anerkennen, dass Kinder nicht in allen Fächern und Aufgabenstellungen gleich begabt sind. Daher müssen ihnen unterschiedliche Lernfortschritte ermöglicht werden.
- 617
- 618 • systematische Begabungsförderung in allen Schulen durchsetzen.
- 619
- 620 • anregendes Unterrichtsmaterial in den Schulen zur Verfügung stellen.
- 621
- 622 • die MINT-Fächer weiter finanziell fördern.
- 623
- 624 • über ausgeweitete Berufsorientierung die Vielzahl von Berufs- und Karrierewegen aufzeigen.
- 625
- 626 • Schulpreise für besonderes Engagement vergeben.
- 627
- 628

629 **Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/kollegs werden wir deshalb**

- 630
- 631 • Berufsschulen und Berufskollegs in enger Verbindung mit Betrieben und Kammern auf den technisch neuesten Stand bringen und halten.
- 632
- 633 • über die Unterstützung von Anschlussqualifizierungen (Meister-BAFöG) jederzeit Wege zur Weiterentwicklung öffnen.
- 634
- 635 • handwerkliche und praktische Fähigkeiten wertschätzen und auch hier Spitzenleistungen unterstützen und durch Zertifizierung anerkennen.
- 636
- 637
- 638
- 639
- 640

641 **Für Studierende werden wir deshalb**

- 642 • Universitäten und Fachhochschulen weiter stärken.
- 643 • ausreichend Masterstudienplätze zur Verfügung stellen.
- 644
- 645 • Karrierewege und -optionen eröffnen, auch für den wissenschaftlichen Mittelbau und für die öffentliche Verwaltung.
- 646
- 647 • Frauen bei ihrer Karriereplanung besonders unter-
- 648

backsystemen, damit auch ErzieherInnen und Lehrkräfte sich besser selbst reflektieren können. Dabei muss die Kita- und Schulleitung eine entscheidende Rolle einnehmen. Wir brauchen in Kitas, Schulen oder Hochschulen ~~weniger Kontrolle~~ und mehr Beratung und Hilfe bei der Weiterentwicklung.

In der vielfältigen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen werden Lehrende gemeinsam mit SozialpädagogInnen und PsychologInnen in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten. Für nicht-pädagogische Aufgaben werden wir ausreichend zusätzliches Personal zur Entlastung einsetzen.

Für Kinder werden wir deshalb

- in den Kitas ausreichend viele, gut ausgebildete und gut bezahlte ErzieherInnen einsetzen. Die Kind- ErzieherIn-Relation werden wir deutlich
- neben den „klassischen“ ErzieherInnen auch Fachkräfte für Diagnostik und besondere Förderangebote (Sprache, Motorik etc.)
- ErzieherInnen entlasten durch zusätzliches nicht-pädagogisches Personal wie Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte.
- Eltern bei der Erziehung unterstützen und dazu Familienzentren besser fördern, damit sie sich noch stärker als bislang in den Sozialraum öffnen können.
- Angebote für Familien wie Elterncafés u.ä. wohnortnah anbieten bzw. ausweiten.
- den Übergang in die Grundschule vorbereiten und begleiten.

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- motivierte und gut ausgebildete LehrerInnen zur Verfügung stellen. Dazu werden wir den Lehrerberuf in allen Bereichen wieder attraktiver machen.
- *die Durchlässigkeit des Systems für Lehrer erhöhen: der Wechsel zwischen Kinderbildung und Erwachsenenbildung muss vereinfacht werden. Quereinstiege in alle Bereiche der Bildung erleichtern.*
- Unterstützung und Begleitung organisieren und dazu neben LehrerInnen auch z.B. SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen einsetzen. Ihre Aufgaben erledigen sie als gleichberechtigte Mitglieder des Schulteams und mit einer Vertretung im Schulleitungsteam.
- in Schulen Personalvertretungen für die PädagogInnen ermöglichen.
- von Anfang an die Schulentwicklung begleiten und unterstützen lassen.
- im offenen Ganztags gut qualifizierte und entsprechend bezahlte Personen einsetzen.
- *die Persönlichkeit der Lehrkräfte, die eine besondere Rolle im Bildungsprozess spielt, stärken und den PädagogInnen mit Wertschätzung begegnen. Umgekehrt aber auch Rollenklarheit von LehrerInnen und eine besondere Verantwortung für die anvertrauten Kinder und Jugendlichen erwarten. Da-*

- 649 stützen.
 650 • Start-ups und Ausgründungen finanziell und organ-
 651 nisatorisch unterstützen.

- 652
 653 **Für Erwachsene werden wir deshalb**
 654 • Förderwege und Stipendiensysteme für Neu- und
 655 Weiterqualifizierungen ausbauen.
 656 • unabhängige Qualifizierungs- und Karrierebera-
 657 tung kostenfrei überall anbieten.
 658 • Freistellungen für berufliche Weiterentwicklung
 659 paritätisch finanziert ermöglichen.

- 660
 661
 662 **7. Digitale Bildung, die in der Zukunft trägt**
 663 Die digitale Revolution schreitet fort und verändert
 664 Lebens- und Arbeitsbedingungen teilweise sehr grund-
 665 legend. Das bedeutet Chancen für Entwicklungen, aber
 666 durchaus auch Gefahren für die (Daten-) Sicherheit. Auf
 667 beides müssen Kinder und Erwachsene vorbereitet wer-
 668 den.

- 669
 670 Dazu stellt auch die Globalisierung das Bildungssystem
 671 vor besondere Herausforderungen – Kinder, Jugendliche
 672 und Erwachsene müssen sich zunehmend einer in-
 673 ternationalen Konkurrenz stellen. Neben sprachlichen
 674 Fähigkeiten sind vor allem Wissensdurst und kritische
 675 Offenheit für Neues entscheidende Erfolgsfaktoren.

- 676
 677 **Für Kinder werden wir deshalb**
 678 • bereits in der KITA kindgerechte Angebote zur Me-
 679 dienerziehung vorhalten, damit Kinder den sinnvol-
 680 len Umgang mit digitalen Medien lernen und diese
 681 besser einschätzen können.

- 682
 683 **Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb**
 684 • den Breitbandausbau an allen Schulen sicherstel-
 685 len.
 686 • die Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten ausstatten.
 687 • digitale Schulbücher und Unterrichtsmaterialien in
 688 den Schulen kostenfrei einführen.
 689 • die Nutzung von digitalen Medien und Serious Gam-
 690 es im Unterricht aktiv vorantreiben.
 691 • vernetztes Denken fördern, indem wir stärker auf
 692 fächerübergreifende und projektorientierte Lern-
 693 formen setzen.
 694 • Medienpädagogik und Medienkompetenz als fes-
 695 ten Bestandteil in den Unterricht einbauen, um
 696 selbstbestimmt, kritisch und sicher mit Medien um-
 697 gehen zu können.
 698 • Wissen zu Grundlagen der Informatik und der Funk-
 699 tionsweise digitaler Prozesse und Anwendungen
 700 vermitteln.

- 701
 702 **Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-**
 703 **kollegs werden wir deshalb**
 704 • die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und
 705 damit Lernen vereinfachen und verbessern, um
 706 SchülerInnen für die digitale Arbeitswelt fit zu ma-
 707 chen.

raus folgt: Eine neue Fehlerkultur, Zusammenarbeit im Kollegium und zwischen unterschiedlichen Professionen in der Schule, eine Fort- und Weiterbildungsbereitschaft. Beamte KollegInnen sind als „StaatsdienerInnen“ hierbei insbesondere Vorbilder und genießen bestimmte Privilegien. Sie müssen deshalb auch im Zweifel mit Sanktionen rechnen, wenn sie dieser Funktion nicht nachkommen. Den Wechsel in andere Bereiche des öffentlichen Diensts wollen wir ermöglichen. Umgekehrt nicht mehr zulassen, dass Beamten recht ungeeignete LehrerInnen schützt.

- ~~Lehrkräfte, insbesondere im Bereich der politischen oder geschichtlichen Bildung, als Vorbild für das Erlernen von Demokratie und Mitwirkung ausbilden.~~
- *Doppelbesetzungen im Unterricht und kleinere Klassen im Rahmen des Sozialindex einführen.*
- *kleinere Klassengrößen durchsetzen.*
- *eine Vertretungsreserve stellen und steigern.*

Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-kollegs werden wir deshalb

- auf die Qualität des Lehrpersonals besonders achten, gerade auch bei den notwendigen SeiteneinsteigerInnen.
- für den Fachunterricht Lehrpersonen *mit Nähe zur betrieblichen Realität* zur Verfügung stellen.
- in der betrieblichen Ausbildung die Anleitung durch die Ausbilder z.B. durch ausbildungsbegleitende Hilfen unterstützen und insgesamt die Qualität der betrieblichen Ausbildung überprüfen.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- leicht zugängliche, *themenübergreifende und geprüfte* Beratung sicherstellen.
- Angebote der unterschiedlichen Einrichtungen (AA, Kammern, VHS, o.ä.) an zentralen Orten und/oder durch ein digitales Angebot zusammenfassen.
- *in den Angeboten der Weiterbildung qualifiziertes, zertifiziertes, entsprechend bezahltes und sozial abgesichertes Personal einsetzen.*
- beim Nachholen von Schulabschlüssen ausreichend LehrerInnen, aber auch Unterstützungs- und Begleitpersonen zur Verfügung stellen.

4. Soziale und demokratische Kompetenz

Menschen sind soziale Wesen; das gilt auch in Bildungsprozessen. Kinder lernen voneinander oftmals einfacher die Regeln einer Gruppe und in der Erwachsenenbildung lernen Menschen voneinander. Das wird begünstigt in Lerngruppen, welche die Vielfältigkeit der Gesellschaft widerspiegelt. Wir schätzen und fördern positives Sozialverhalten, Höflichkeit, Achtsamkeit und Respekt. Soziale Kompetenz wird zudem ganz wesentlich in der Freizeit erworben. Daher wollen wir auch außerschulische Lernorte und die kommunalen Bildungslandschaften weiter fördern und ausweiten.

Unser aller Leben in Gemeinschaften und der Gesell-

- 708 • regelmäßig und zeitnah Ausbildungsinhalte an die
709 digitale Entwicklung anpassen.
710 • mit PartnerInnen in Betrieben und zentralen Ausbil-
711 dungsstellen das Anwendungslernen optimieren.
712

713 **Für Studierende werden wir deshalb**

- 714 • die Möglichkeiten der Nutzung digitaler Lehrforma-
715 te konsequent weiterentwickeln. Ziel ist, die Lehr-
716 veranstaltungen didaktisch weiter zu entwickeln
717 und die Zugangsbarrieren zum Studium für Studie-
718 rende zu verringern.
719 • die Vernetzung der Hochschulen in der digitalen
720 Lehre konsequent vorantreiben, um die gegenseitige
721 Anerkennung von Lerninhalten zu ermöglichen
722 und Studierenden damit die Möglichkeit geben,
723 Lerninhalte an räumlich unterschiedlichen Orten zu
724 erwerben.
725 • ausreichende Fördermittel für die Weiterqualifizie-
726 rung der Lehrenden an den Hochschulen unseres
727 Landes zur Verfügung stellen, damit sich die Qua-
728 lität der Lehre zeitgerecht weiterentwickeln kann.
729

730 **Für Erwachsene werden wir deshalb**

- 731 • Weiterbildungsangebote und berufsbegleitende
732 Studiengänge digital und frei verfügbar machen.
733 • Volkshochschulen weiterentwickeln zu offenen
734 Lern- und Bildungshäusern.
735 • technikbasierte Lerninnovationen für alle verfügbar
736 machen und durch LernbegleiterInnen unterstüt-
737 zen.
738 • in der beruflichen oder zertifikatsgebundenen Bil-
739 dung digitale Optimierungswerkzeuge (learning
740 analytics) einsetzen, um Lernprozesse zu unterstüt-
741 zen.
742 • die Entwicklung passgenauer Lernbausteine zur
743 Unterstützung des individuellen Lernfortschritts fi-
744 nanzieren.
745 • Anerkennungsverfahren für informell und nonfor-
746 mal erworbene Lerninhalte vereinfachen und be-
747 schleunigen.
748 • Zertifikate digitalisieren und individuell und fäl-
749 schungssicher anlegen.
750

751 **Gute Bildung braucht eine gute Finanzierung**

752 **NRW wird Spitzenreiter bei den Bildungsausgaben**

753 Wir wissen alle: Wenn wir bei der Bildung sparen, wird
754 sich das früher oder später rächen. Und trotzdem liegt
755 Deutschland bei den Bildungsausgaben deutlich, d.h.
756 rund 30 Milliarden Euro pro Jahr, unter dem OECD-
757 Durchschnitt. Und NRW liegt noch unter dem Bundes-
758 durchschnitt. Deshalb ist unser klares Ziel, Spitzenrei-
759 ter im Bundesdurchschnitt zu werden und dazu den Bil-
760 dungsetat sukzessiv zu erhöhen.
761

762 Durch die Verteilung der zusätzlichen Gelder muss Bil-
763 dungsgerechtigkeit hergestellt werden. Zunächst heißt
764 das, dass wir Bildung im gesamten Lebensverlauf bei-
765 tragsfrei machen. Und es heißt, dass bei größeren Her-
766 ausforderungen auch die personellen und Sachausstat-

schaft steht vor der Herausforderung einer wachsen-
den sozialen Ungleichheit, die zu einer Spaltung un-
serer Gesellschaft und zu einem Misstrauen gegen-
über Politik und Demokratie führt. Um diesen Strömun-
gen konsequent entgegenzutreten, braucht es theore-
tische und praktische politische Bildung auf allen Ebe-
nen. Denn politische Bildung vermittelt neben dem Er-
lernen freiheitlich-demokratischer Spielregeln Prinzipi-
en für unser Zusammenleben wie Toleranz, Solidarität
und Zivilcourage.

Für Kinder werden wir deshalb

- schon früh Gemeinsamkeiten betonen und Ver-
schiedenheit respektieren.
- spielerisch Kooperation einüben und Konflikte aus-
halten lernen.
- Sozialverhalten einüben als Basis unseres Zusam-
menlebens.
- Mitwirkungschancen eröffnen und dabei auch klei-
ne Kinder altersgerecht beteiligen.
- den Ausbau und die Förderung von Plus-Kitas und
Familienzentren vorantreiben, um „Ungleiches un-
gleich behandeln“ zu können und gezielt dort zu-
sätzlich zu fördern, wo die Bedarfe am größten sind.

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- altersübergreifenden Unterricht in der Grundschule
fördern, damit Kinder von- einander und nach ihrem
individuellen Lerntempo lernen können.
- bei allem individualisierten Lernen auch stabile
Gruppen bilden, um den Rückhalt zu stärken.
- Unterschiedlichkeit und gemeinsames Lernen als
Chance erlebbar machen.
- *die Lehrkräfte als Vorbilder für das Erlernen von De-
mokratie und Mitwirkung ausbilden.*
- Mitbestimmung über Schulparlamente ermögli-
chen, damit Demokratie früh erlernt werden kann.
*Den Schülervertretungen, auch auf Bezirks- und Lan-
desebene, werden wir eigene Budgets zur Verfü-
gung stellen.*
- die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer und die
Unterstützung demokratischen Handelns in allen
Fächern stärken.
- *grenzüberschreitende Kontakte zu den Nachbarn z.B.
durch entsprechende Sprachangebote insbesondere
in den grenznahen Regionen fördern.*
- alle Aktivitäten unterstützen, die politische Bildung
erfahrbar und erlebbar machen. Dazu gehören Aus-
flüge, Gedenkstätten- und andere Fahrten, Besich-
tigungen u.v.a.m., für die wir ausreichendes und vor
Ort verwaltetes Geld zur Verfügung stellen.
- internationalen Austausch für alle Kinder durch
umfangreiche Stipendiensysteme ermöglichen.
- z.B. durch konsequentes Teamteaching Transparenz
in die Unterrichtsgestaltung und in den Umgang
mit den Kindern bringen.
- *zusätzlich hauptamtliche wie auch ehrenamtliche
MitarbeiterInnen in den Bereichen Kultur (Kunst, Mu-
sik, Theater, etc.) und Sport fördern und schulen.*

767 tungen besser sein müssen.

768

769 Dabei gilt für alle Bereiche die Forderung „Ungleiches
770 muss ungleich behandelt werden“. In diesem Zusam-
771 menhang muss auch eine sozialindexbasierte Vertei-
772 lung von Mitteln in allen Bildungsbereichen geregelt
773 werden. Noch immer ist Bildung und Teilhabe abhängig
774 vom Geldbeutel der Eltern. Dies will die Sozialdemokra-
775 tie ändern. Gerechtigkeit im Bildungssystem kann nur
776 über ein beitragsfreies Bildungssystem erreicht werden.
777 In diesem Zusammenhang müssen einheitliche Quali-
778 tätsstandards und Schulbaurichtlinien konsequent um-
779 gesetzt werden. Des Weiteren müssen Lösungen zur
780 dauerhaften Finanzierung von Inklusion, Ganzttag und
781 Schulsozialarbeit gefunden und implementiert werden.

782

783 Wir brauchen einen New Deal. Eine neue Verantwor-
784 tungsgemeinschaft zwischen Bund, Land und Kommun-
785 en ist hier gefragt. Zuständigkeiten sind für Familien
786 aber auch für Schulen nicht mehr durchschaubar und
787 Strukturen so angelegt, dass sie Prozesse eher lähmen
788 als Lösungen für akute Probleme bereitstellen, wie z.B.
789 bei der Finanzierung des Ganztages, einer Schulbau-
790 richtlinie oder bei der Finanzierung des Digitalpaktes.

791

792 Regionale Bildungsnetzwerke leisten hier einen wich-
793 tigen Beitrag. Sie vernetzen Schulen mit den kommuna-
794 len Schul-, Jugend- und Sozialhilfeträgern und der
795 Schulaufsicht. Wir müssen bei vorhandenen Vernetzun-
796 gen und Partnerschaften genau prüfen, wie diese zum
797 Wohl der Kinder verbessert und ausgeweitet werden
798 können.

799

800 Für Kinder werden wir deshalb

- 801 • die Ausgaben im Bereich der frühkindlichen Bildung
- 802 deutlich erhöhen, um die realen Bedarfe abdecken
- 803 und Qualitätsverbesserungen finanzieren zu kön-
- 804 nen.
- 805 • eine Sockelfinanzierung der Kitas einführen, um die
- 806 Planungssicherheit für die Kita-Träger zu erhöhen
- 807 und gesicherte Perspektiven für die Beschäftigten
- 808 zu bieten.
- 809 • die Ausbildung der ErzieherInnen wertschätzen und
- 810 diese nach Tarif und sozialversichert bezahlen.
- 811 • die Kita-Beiträge landesweit abschaffen, gesundes
- 812 Essen fördern und perspektivisch auch die zusätzli-
- 813 chen Kosten für Frühstück und Mittagsverpflegung
- 814 ganz abschaffen.

815

816 Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- 817 • die Schulen besser finanziell ausstatten.
- 818 • die Lehrkräfte gerecht entlohnen – A13Z als Ein-
- 819 gangsamt durchsetzen.
- 820 • Schulen nach ihren Herausforderungen im Sozial-
- 821 raum fördern und einen schulscharfen Sozialindex
- 822 einführen.
- 823 • die Finanzierung des Ganztags sicherstellen.
- 824 • die Zusammenarbeit zwischen Schule und der wirt-
- 825 schaftlichen Jugendhilfe stärken.

- außerschulische Lernorte miteinbeziehen.
- offensiv allen Anzeichen von (Cyber-) Mobbing u.ä.
beispielsweise mithilfe von Fortbildungen z.B. zu Ho-
mophobie oder Rassismus entgegenzutreten.
- durch Behandlung von Fragen zu sozialen und psy-
chologischen Geschlechtern wie auch anderen Gen-
derthemen z.B. im Rahmen des Sexualkundeunter-
richts Verständnis vermitteln und das Miteinander
fördern.
- in der Schulraumplanung eigene Räume für Treffen
oder Rückzug der Kinder und Jugendlichen einpla-
nen.

Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/ kollegs werden wir deshalb

- Persönlichkeitsentwicklung, Selbstsicherheit und
Respekt fördern.
- politisches Grundwissen und das Wissen um be-
triebliche Mitbestimmung ausweiten.
- demokratische Werte vermitteln und Mitwirkungs-
möglichkeiten stärken.
- das freiwillige soziale Jahr, einen Bundesfreiwilli-
gendienst und andere Programme weiter aktiv för-
dern.
- Angebote schaffen, um sich in einer globalisier-
ten, transnationalen Welt und Arbeitswelt zurecht
zu finden (z.B. Sprachkurse, Austauschprogramme
etc.).

Für Studierende werden wir deshalb

- Lernen in kleineren Gruppen und Projekten auswei-
ten.
- übergeordnete Fähigkeiten wie Team- und Koope-
rationsfähigkeit systematisch fördern.
- das Leitbild einer demokratischen Hochschule eta-
blieren und mit Leben füllen.
- Mitbestimmung in allen Gruppen sichern.
- Engagement für die Zivilklausel unterstützen und
diese für die Hochschulen in NRW fordern.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- Angebote der politischen, sozialen und Elternbil-
dung ausbauen und kostenfrei anbieten.
- den Bildungsurlaub bewerben und über seine An-
gebote beraten als Möglichkeit der Freistellung für
selbstbestimmte politische Bildung.
- den Bildungsurlaub zusätzlich für soziales und per-
sönlichkeitsförderndes Lernen öffnen.
- politische Bildungswerke besonders unterstützen.
- Mitwirkungsorgane in der öffentlich geförderten
Weiterbildung (wieder) beleben und zu Mitbestim-
mungsorganen ausbauen.

5. Ein stabiles Fundament an Wissen und Kompetenzen

Die Welt und ihre Herausforderungen werden immer komplexer. Das verführt dazu, Wissens- und Lerninhalte ständig auszuweiten und zu spezifizieren. Aber die technischen und sozialen Entwicklungen sind zu

- 826 • Schulsozialarbeit auskömmlich und durch eine Re-
827 gelfinanzierung ausstatten.
828 • SchulsozialarbeiterInnen und das pädagogische
829 Fachpersonal besser entlohnen.

830
831 **Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-**
832 **kollegs werden wir deshalb**

- 833 • dafür Sorge tragen, dass die finanziellen Herausfor-
834 derungen, z.B. die Umstellung auf G9, nicht zu Las-
835 ten der Berufsschulen gehen.
836 • finanzielle Anreize für BerufsschullehrerInnen
837 schaffen.
838 • die Qualität der Ausbildung stärken und uns da-
839 für einsetzen, dass die Ausbildung in faire Arbeit,
840 mit guter Bezahlung und guten Arbeitsbedingun-
841 gen mündet.
842 • die Ausbildungsmindestvergütung auch in NRW
843 konsequent vorantreiben.
844 • die Finanzierung von Schulsozialarbeit fördern.
845

846 **Für Studierende werden wir deshalb**

- 847 • ausreichend Studienplätze finanzieren.
848 • Projektfinanzierungen einschränken und Regelfin-
849 nanzierungen ausbauen.
850 • ausreichende Kapazitäten im Bachelor-
851 /Masterstudium zur Verfügung stellen.
852 • die Hochschulen baulich zu modernen Orten der
853 Wissensvermittlung weiterentwickeln.
854 • auch zukünftig aufwachsend mehr Geld investie-
855 ren, um gute Lehre und intensive Betreuung zu rea-
856 lisieren.
857 • die Hochschulen für angewandte Wissenschaft fin-
858 anziell stärken, um den gewandelten Anforderun-
859 gen in Forschung und Lehre gerecht zu werden.

860
861 **Für Erwachsene werden wir deshalb**

- 862 • die Landesfinanzierung für die Weiterbildung auf 10
863 Euro je EinwohnerIn anheben.
864 • Stipendien- und Förderprogramme auskömmlich fi-
865 nanzieren.
866 • öffentliche Weiterbildungsorte schaffen und die be-
867 stehenden modernisieren und dazu Landesfinan-
868 zierungen bzw. Bürgschaften bereitstellen.
869 • mit den Tarifpartnern Vereinbarungen über Frei-
870 stellungen für Weiterbildung treffen.

871
872
873
874
875
876
877
878
879
880
881
882
883
884

schnell, um alles vorausplanen zu können. Wichtiger ist es, stabiles Grundwissen zu vermitteln, auf das systematisch aufgebaut werden kann. Außerdem müssen Fertigkeiten und Fähigkeiten vermittelt werden, wie Wissen erschlossen und Neues gelernt werden kann. Da das Lerntempo jedes Einzelnen unterschiedlich ist, müssen alle Lernsituationen aus- reichend Zeit und Platz für individuelle Fortschritte lassen.

Für Kinder werden wir deshalb

- schon in der Kita spielerisch Sprachlernen vermit-
teln.
- bis zum Ende der Kita so viele *grundlegende Kom-
petenzen und* Deutschkenntnisse vermitteln, dass
die Kinder *im weiteren Bildungsgang an der Grund-
schule folgen können.* in der Grundschule lesen und
schreiben lernen können.
- ausreichend Bewegung ermöglichen, damit sie ge-
sund aufwachsen. Dazu gehören gezielte Sportan-
gebote, aber auch einfaches Austoben.
- alle Angebote ausweiten, die die Neugier fördern
und das spielerische Lernen unterstützen.
- Geld für Ausflüge und Unternehmungen bereitstel-
len, das den Kitas zur Verfügung steht und dort ver-
antwortet wird.
- *für ein verpflichtendes Qualitätsmanagement und
eine Supervision in Jugendämtern eintreten.*

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- genügend Zeit und Raum für das Erlernen von Le-
sen und Schreiben, den Grundrechenarten, Infor-
matikgrundkenntnissen / *Medienkompetenzen* und
Englischgrundkenntnissen geben *und damit Grund-
fachkompetenzen stärken.*
- durch Lernbegleitung, z.B. bei Übungsaufgaben,
den Lernfortschritt unterstützen.
- individualisiertes Lernen im eigenen Rhythmus er-
möglichen.
- Schule so gestalten, dass langsames Lernen nicht
als Scheitern, z.B. durch Sitzenbleiben, bestraft wird,
sondern das eigene Lerntempo akzeptiert wird.
- Mehrsprachigkeit fördern und für Abschlüsse aner-
kennen.
- in allen Fächern neben Wissensinhalten auch Kom-
petenzen zum Lernen und Weiterlernen vermitteln.

**Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-
kollegs werden wir deshalb**

- Zeit geben, eventuell Versäumtes in Ruhe nachzu-
holen.
- neben der fachlichen Ausbildung eine gründliche
Allgemeinbildung vermitteln.
- das Lernen im Betrieb durch Hilfestellungen für die
Ausbilder unterstützen.
- ausreichend sowohl fachlich als auch pädagogisch
qualifizierte LehrerInnen zur Verfügung stellen.
- wohnortnahes Lernen ermöglichen, z.B. durch ge-
meinsame Klassen in artverwandten Berufszwei-
gen.

885
886
887
888
889
890
891
892
893
894
895
896
897
898
899
900
901
902
903
904
905
906
907
908
909
910
911
912
913
914
915
916
917
918
919
920
921
922
923
924
925
926
927
928
929
930
931
932
933
934
935
936
937
938
939
940
941
942
943

Für Studierende werden wir deshalb

- Vor- oder Einführungssemester zur Stabilisierung von Grundwissen oder zum Erlernen von wissenschaftlichem Arbeiten nicht auf die Regelstudienzeit anrechnen.
- durch strukturierte Studieneingangsphasen den Zugang zum Studium erleichtern.
- *den Numerus clausus (NC) als zentrales Auswahlkriterium anpassen und Studienzugänge auch an andere Zugangsvoraussetzungen knüpfen.*
- in den Bachelor-Studiengängen auf eine breite Grundlagenbildung Wert legen.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- Alphabetisierung und Grundbildungsangebote flächendeckend, aufsuchend und kostenfrei als Regelangebote vorhalten.
- bei der Grundbildung auch Englisch und IT-Kenntnisse, aber auch Angebote zu Demokratie, Konsum, Verbraucherschutz und Gesundheit fördern.
- Angebote *der zweiten Chance* zum Erwerb eines qualifizierten Schulabschlusses *auf allen Abschluss-ebenen nachfragegerecht ausbauen.*
- *Arbeitsbedingungen des Personals und Rahmenbedingungen, wie z.B. die sozialpädagogische Begleitung, werden wir vergleichbar der schulischen Erstausbildung gestalten.*

6. Angebote und Anreize für Spitzenleistungen

Wir leben in einer globalen Wissensgesellschaft. Gerade in Deutschland brauchen wir hochspezialisierte Fachleute, um wirtschaftlich und gesellschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben. In allen Altersgruppen und Gesellschaftsschichten gilt es, Talente zu entdecken und zu fördern. Dies gilt nicht nur in der akademischen Welt, sondern auch in Betrieben oder anderen Arbeitszusammenhängen.

Mit Spitzenleistung meinen wir dabei die jeweils persönliche Höchstleistung. Die kann sehr verschieden sein – wichtig ist nur, dass auf dem Weg jede Unterstützung zur Verfügung steht. Und das unabhängig von Geldbeutel, Vorbildung oder Herkunft der Eltern oder Familien.

Wir versprechen: wer sich anstrengt, wird nicht an den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses oder fehlenden Bildungsressourcen scheitern.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden sich alle Bildungseinrichtungen ändern müssen. Sie müssen sich auf Verschiedenheit einstellen und die individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellen.

Für unsere Kinder werden wir deshalb

- ein individuelles Unterstützungsangebot in der Kita vorhalten, damit alle Kinder nach ihren Begabungen gefördert werden.
- Räume für non-formale Lernprozesse schaffen und

944
945
946
947
948
949
950
951
952
953
954
955
956
957
958
959
960
961
962
963
964
965
966
967
968
969
970
971
972
973
974
975
976
977
978
979
980
981
982
983
984
985
986
987
988
989
990
991
992
993
994
995
996
997
998
999
1000
1001
1002

die Persönlichkeitsentwicklung unterstützen.

- die Neugier fördern und das pädagogische Angebot in den Kitas unterstützen und ausbauen. Dazu gehören beispielsweise Angebote für kleine ForscherInnen, aber auch die Zusammenarbeit mit Musikschulen u.v.a.m.

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- anerkennen, dass Kinder nicht in allen Fächern und Aufgabenstellungen gleich begabt sind. Daher müssen ihnen unterschiedliche Lernfortschritte ermöglicht werden.
- systematische Begabungsförderung in allen Schulen durchsetzen.
- anregendes Unterrichtsmaterial in den Schulen zur Verfügung stellen.
- die MINT-Fächer weiter finanziell fördern.
- *non-formale Lernerlebnisse, wie z.B. Theater-, Tanz-, Kunst- und Sportangebote, ausbauen.*
- über ausgeweitete Berufsorientierung die Vielzahl von Berufs- und Karrierewegen aufzeigen.
- Schulpreise für besonderes Engagement vergeben.

Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-kollegs werden wir deshalb

- Berufsschulen und Berufskollegs in enger Verbindung mit Betrieben und Kammern auf den technisch neuesten Stand bringen und halten.
- über die Unterstützung von Anschlussqualifizierungen (Meister-BAFöG) jederzeit Wege zur Weiterentwicklung öffnen.
- handwerkliche und praktische Fähigkeiten wertschätzen und auch hier Spitzenleistungen unterstützen und durch Zertifizierung anerkennen.

Für Studierende werden wir deshalb

- Universitäten und Fachhochschulen weiter stärken.
- ausreichend Masterstudienplätze zur Verfügung stellen.
- Karrierewege und -optionen eröffnen, auch für den wissenschaftlichen Mittelbau und für die öffentliche Verwaltung.
- Frauen bei ihrer Karriereplanung besonders unterstützen.
- Start-ups und Ausgründungen finanziell und organisatorisch unterstützen.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- Förderwege und Stipendiensysteme für Neu- und Weiterqualifizierungen ausbauen.
- unabhängige Qualifizierungs- und Karriereberatung kostenfrei überall anbieten.
- Freistellungen für berufliche Weiterentwicklung paritätisch finanziert ermöglichen.

7. Bildung, die in der Zukunft trägt

Die digitale Revolution schreitet fort und verändert Lebens- und Arbeitsbedingungen teilweise sehr grund-

1003
1004
1005
1006
1007
1008
1009
1010
1011
1012
1013
1014
1015
1016
1017
1018
1019
1020
1021
1022
1023
1024
1025
1026
1027
1028
1029
1030
1031
1032
1033
1034
1035
1036
1037
1038
1039
1040
1041
1042
1043
1044
1045
1046
1047
1048
1049
1050
1051
1052
1053
1054
1055
1056
1057
1058
1059
1060
1061

legend. Das bedeutet Chancen für Entwicklungen, aber durchaus auch Gefahren für die (Daten-)Sicherheit. Auf beides müssen Kinder und Erwachsene vorbereitet werden.

Dazu stellt auch die Globalisierung das Bildungssystem vor besondere Herausforderungen – Kinder, Jugendliche und Erwachsene müssen sich zunehmend einer internationalen Konkurrenz stellen. Neben sprachlichen Fähigkeiten sind vor allem Wissensdurst und kritische Offenheit für Neues entscheidende Erfolgsfaktoren.

Für Kinder werden wir deshalb

- bereits in der KITA kindgerechte Angebote zur Medienerziehung vorhalten, damit Kinder den sinnvollen Umgang mit digitalen Medien lernen und diese besser einschätzen können.

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- den Breitbandausbau an allen Schulen sicherstellen.
- die Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten *und dem dafür notwendigen Wissen z.B. durch Fort- und Weiterbildungsangebote* ausstatten, *damit sie auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen können.*
- digitale Schulbücher und Unterrichtsmaterialien in den Schulen kostenfrei einführen.
- die Nutzung von digitalen Medien und Serious Games im Unterricht aktiv vorantreiben, *aber dort wo es Sinn macht, auch bei analogen Materialien bleiben.*
- vernetztes Denken fördern, indem wir stärker auf fächerübergreifende und projekt-orientierte Lernformen setzen.
- Medienpädagogik und Medienkompetenz als festen Bestandteil in den Unterricht einbauen, um selbstbestimmt, kritisch und sicher mit Medien umgehen zu können.
- Wissen zu Grundlagen der Informatik und der Funktionsweise digitaler Prozesse und Anwendungen vermitteln.
- *den Eltern digitale Angebote machen, damit sie die Kinder unterstützen können.*
- *Fachkräfte bereitstellen, die bei der Pflege digitaler Medien unterstützen und dort, wo es notwendig ist, auch auf externe ExpertInnen zurückgreifen.*

Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-kollegs werden wir deshalb

- *den digitalen Ausbau in den Berufsschulen/-kollegs weiter vorantreiben.*
- die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und damit Lernen vereinfachen und verbessern, um SchülerInnen für die digitale Arbeitswelt fit zu machen.
- regelmäßig und zeitnah Ausbildungsinhalte an die digitale Entwicklung anpassen.
- mit PartnerInnen in Betrieben und zentralen Ausbildungsstellen das Anwendungslernen optimieren.

1062
1063
1064
1065
1066
1067
1068
1069
1070
1071
1072
1073
1074
1075
1076
1077
1078
1079
1080
1081
1082
1083
1084
1085
1086
1087
1088
1089
1090
1091
1092
1093
1094
1095
1096
1097
1098
1099
1100
1101
1102
1103
1104
1105
1106
1107
1108
1109
1110
1111
1112
1113
1114
1115
1116
1117
1118
1119
1120

Für Studierende werden wir deshalb

- die Möglichkeiten der Nutzung digitaler Lehrformate konsequent weiterentwickeln. Ziel ist, die Lehrveranstaltungen didaktisch weiter zu entwickeln und die Zugangsbarrieren zum Studium für Studierende zu verringern.
- die Vernetzung der Hochschulen in der digitalen Lehre konsequent vorantreiben, um die gegenseitige Anerkennung von Lerninhalten zu ermöglichen und Studierenden damit die Möglichkeit geben, Lerninhalte an räumlich unterschiedlichen Orten zu erwerben.
- ausreichende Fördermittel für die Weiterqualifizierung der Lehrenden an den Hochschulen unseres Landes zur Verfügung stellen, damit sich die Qualität der Lehre zeitgerecht weiterentwickeln kann.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- Weiterbildungsangebote und berufsbegleitende Studiengänge digital und frei verfügbar machen.
- Volkshochschulen weiterentwickeln zu offenen Lern- und Bildungshäusern.
- technikbasierte Lerninnovationen für alle verfügbar machen und durch LernbegleiterInnen unterstützen.
- in der beruflichen oder zertifikatsgebundenen Bildung digitale Optimierungswerkzeuge (learning analytics) einsetzen, um Lernprozesse zu unterstützen.
- die Entwicklung passgenauer Lernbausteine zur Unterstützung des individuellen Lernfortschritts finanzieren.
- Anerkennungsverfahren für informell und nonformal erworbene Lerninhalte vereinfachen und beschleunigen.
- Zertifikate digitalisieren und individuell und fälschungssicher anlegen.

Gute Bildung braucht eine gute Finanzierung

NRW wird Spitzenreiter bei den Bildungsausgaben

Wir wissen alle: Wenn wir bei der Bildung sparen, wird sich das früher oder später rächen. Und trotzdem liegt Deutschland bei den Bildungsausgaben deutlich, d.h. rund 30 Milliarden Euro pro Jahr, unter dem OECD-Durchschnitt. Und NRW liegt noch unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb ist unser klares Ziel, Spitzenreiter im Bundesdurchschnitt zu werden und dazu den Bildungsetat sukzessiv zu erhöhen.

Durch die Verteilung der zusätzlichen Gelder muss Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden. Zunächst heißt das, dass wir Bildung im gesamten Lebensverlauf beitragsfrei machen. Und es heißt, dass bei größeren Herausforderungen auch die personellen und Sachausstattungen besser sein müssen. Das alles sind Investitionen in die Zukunft.

1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135
1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148
1149
1150
1151
1152
1153
1154
1155
1156
1157
1158
1159
1160
1161
1162
1163
1164
1165
1166
1167
1168
1169
1170
1171
1172
1173
1174
1175
1176
1177
1178
1179

Dabei gilt für alle Bereiche die Forderung „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“. In diesem Zusammenhang muss auch eine sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln in allen Bildungsbereichen geregelt werden. Noch immer ist Bildung und Teilhabe abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Dies will die Sozialdemokratie ändern. Gerechtigkeit im Bildungssystem kann nur über ein beitragsfreies Bildungssystem erreicht werden. In diesem Zusammenhang müssen einheitliche Qualitätsstandards und Schulbaurichtlinien konsequent umgesetzt werden. Des Weiteren müssen Lösungen zur dauerhaften Finanzierung von Inklusion, Ganztag und Schulsozialarbeit gefunden und implementiert werden.

Wir brauchen einen New Deal. Eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund, Land und Kommunen ist hier gefragt. Zuständigkeiten sind für Familien aber auch für Schulen nicht mehr durchschaubar und Strukturen so angelegt, dass sie Prozesse eher lähmen als Lösungen auf akute Probleme bereitstellen, wie z.B. bei der Finanzierung des Ganztages, einer Schulbaurichtlinie oder bei der Finanzierung des Digitalpaktes. Insgesamt setzen wir uns für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern ein.

Regionale Bildungsnetzwerke leisten hier einen wichtigen Beitrag. Sie vernetzen Schulen mit den kommunalen Schul-, Jugend- und Sozialhilfeträgern und der Schulaufsicht. Wir müssen bei vorhandenen Vernetzungen und Partnerschaften genau prüfen, wie diese zum Wohl der Kinder verbessert und ausgeweitet werden können.

Regionale Bildungsnetzwerke spielen auch in der Weiterbildung eine wichtige Rolle, insbesondere beim Ausbau unabhängiger Beratungsstrukturen und bei der Sicherstellung eines qualitativvollen und umfassenden Weiterbildungsangebots. Die Koordinierungsfunktion sollte (wie bislang nach Gesetz) bei den Volkshochschulen liegen und muss personell und organisatorisch abgesichert werden.

Für Kinder werden wir deshalb

- die Ausgaben im Bereich der frühkindlichen Bildung deutlich erhöhen, um die realen Bedarfe abdecken und Qualitätsverbesserungen finanzieren zu können.
- eine Sockelfinanzierung der Kitas einführen, um die Planungssicherheit für die Kita-Träger zu erhöhen und gesicherte Perspektiven für die Beschäftigten zu bieten.
- die Ausbildung der ErzieherInnen wertschätzen und diese nach Tarif und sozialversichert bezahlen.
- die Kita-Beiträge landesweit abschaffen, gesundes Essen fördern und perspektivisch auch die zusätzlichen Kosten für Frühstück und

1180
1181
1182
1183
1184
1185
1186
1187
1188
1189
1190
1191
1192
1193
1194
1195
1196
1197
1198
1199
1200
1201
1202
1203
1204
1205
1206
1207
1208
1209
1210
1211
1212
1213
1214
1215
1216
1217
1218
1219
1220
1221
1222
1223
1224
1225
1226
1227
1228
1229
1230
1231
1232
1233
1234
1235
1236
1237
1238

Mittagsverpflegung ganz abschaffen.

Für Schülerinnen und Schüler werden wir deshalb

- die Schulen besser finanziell ausstatten.
- die Lehrkräfte gerecht entlohnen — A13Z als Eingangsamt durchsetzen.
- danach schrittweise die ungleiche Bezahlung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften aufheben.
- Schulen nach ihren Herausforderungen im Sozialraum fördern und einen schul-scharfen Sozialindex einführen.
- die Finanzierung des Ganztags sicherstellen.
- die Zusammenarbeit zwischen Schule und der wirtschaftlichen Jugendhilfe stärken.
- Schulsozialarbeit auskömmlich und durch eine Regelfinanzierung ausstatten.
- SchulsozialarbeiterInnen und das pädagogische Fachpersonal besser entlohnen.

Für junge Menschen in Ausbildung und Berufsschulen/-kollegs werden wir deshalb

- dafür Sorge tragen, dass die finanziellen Herausforderungen, z.B. die Umstellung auf G9, nicht zu Lasten der Berufsschulen gehen.
- finanzielle Anreize für BerufsschullehrerInnen schaffen.
- die Qualität der Ausbildung stärken und uns dafür einsetzen, dass die Ausbildung in faire Arbeit, mit guter Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen mündet.
- die Ausbildungsmindestvergütung auch in NRW konsequent vorantreiben.
- die Finanzierung von Schulsozialarbeit fördern.

Für Studierende werden wir deshalb

- ausreichend Studienplätze bei besserer Betreuungsquote finanzieren.
- Projektfinanzierungen einschränken und Regelfinanzierungen ausbauen.
- ausreichende Kapazitäten im Bachelor-/Masterstudium zur Verfügung stellen.
- die Hochschulen baulich zu modernen Orten der Wissensvermittlung weiterentwickeln.
- auch zukünftig aufwachsend mehr Geld investieren, um gute Lehre und intensive Betreuung zu realisieren.
- die Hochschulen für angewandte Wissenschaft finanziell stärken, um den gewandelten Anforderungen in Forschung und Lehre gerecht zu werden.

Für Erwachsene werden wir deshalb

- die Landesfinanzierung für die Weiterbildung auf 10 Euro je EinwohnerIn anheben.
- Stipendien und Förderprogramme auskömmlich finanzieren.
- öffentliche Weiterbildungsorte schaffen und die bestehenden modernisieren und dazu

1239
1240
1241
1242
1243
1244

Landesfinanzierungen bzw. Bürgschaften
bereitstellen:

- mit den Tarifpartnern Vereinbarungen über Freistellungen für Weiterbildung treffen:
- ausreichend Geld und Ressourcen für Teamteaching bereitstellen:

1 L-05
2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Wohnen ist ein soziales Menschenrecht und schafft**
7 **Heimat für Alle – Darum: Bezahlbarer und lebenswerter**
8 **Wohnraum für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen**
9
10 *Unser Politischer Grundsatz lautet: Wohnen ist kein*
11 *Wirtschaftsgut, es ist Heimat, es ist Zuhause. Gemein-*
12 *wohlorientierung vor Renditeorientierung!*
13
14 *Unser Ziel lautet: Die Bürgerinnen und Bürger in*
15 *Nordrhein-Westfalen sollen maximal 30 Prozent ihres*
16 *verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben müs-*
17 *sen.*
18 *Aufgrund der Verfehlungen der letzten Jahrzehnte ist*
19 *dieses Ziel nur langfristig zu erreichen, aber: Dafür muss*
20 *die öffentliche Wohnungspolitik in den Kommunen, im*
21 *Land und im Bund endlich und konsequent umsteuern!*
22
23 **I. Aktuelle Lage**
24 *In Deutschland wohnt der weit überwiegende Teil der*
25 *Menschen zur Miete, in NRW sind es knapp 57,5 Prozent.*
26 *Junge Familien haben es immer schwerer eine geeigne-*
27 *te und bezahlbare Wohnung in unseren Städten zu fin-*
28 *den. Das Versprechen, dass der, der hart arbeitet, sich ir-*
29 *gendwann eine kleine Wohnung oder gar ein Eigenheim*
30 *leisten kann, gilt nicht mehr. Mehr noch: Wohnen ist die*
31 *Soziale Frage unserer Zeit. Viele Menschen können sich*
32 *Städte wie Düsseldorf, Köln, Bonn oder Münster schlicht*
33 *weg nicht mehr leisten.*
34
35 *Es ist diskriminierend, wenn nicht alle Bürgerinnen und*
36 *Bürger in bestimmte Städte ziehen können. Damit ver-*
37 *liert die Stadt ihren offenen Charakter als Ort, an dem*
38 *alle ihre Chance suchen können.*
39 *Dies trifft nicht nur die prosperierenden Großstädte. Es*
40 *gibt viele, gerade ältere Menschen, die in ländlichen*
41 *Räumen leben, für die die alte Wohnung zu groß gewor-*
42 *den ist und die keine bezahlbare und barrierefreie Woh-*
43 *nung finden.*
44
45 *Unter der Annahme, dass Menschen nicht mehr als*
46 *30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen*
47 *ausgeben sollten, fehlen in NRW je nach Untersuchun-*
48 *gen bis zu 550.000 bezahlbare Wohnungen.*
49 *Probleme haben längst nicht nur Menschen mit gerin-*
50 *gen Einkommen, sondern ebenfalls die Mittelschicht.*
51 *Neubaumieten sind in NRW seit 2010 um 29 Prozent*
52 *gestiegen. Wiedervermietete Bestandswohnungen ver-*
53 *teuerten sich um 23 Prozent. Im gleichen Zeitraum*
54 *nahm die allgemeine Preissteigerung um 11,5 Prozent*
55 *und die Reallohnentwicklung um 11 Prozent zu.*
56
57 *Die schwarz-gelbe Landesregierung verschärft die so-*
58 *ziale Notlage im Wohnungsbau, anstatt sie zu lösen, in-*

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme in der Fassung der Antragskommission

Ersetze Zeilen 608-609 durch:
„... wollen wir eine unbegrenzte Mietpreis- und Bele-
gungsbindung erreichen.“

- 59 dem sie
- 60 • die Mittel für die Förderung des Mietwohnungs-
 - 61 baus gegenüber der Zeit der SPD-Landesregierung
 - 62 nicht bedarfsgerecht weiter erhöht hat und
 - 63 stattdessen einseitig in der Eigentumsförderung
 - 64 Schwerpunkte gesetzt hat und diese für Gutver-
 - 65 diener über die Wohnraumförderung hinaus noch
 - 66 ausgebaut hat.
 - 67 • angetrieben durch eine neoliberale „Entfesselungs-
 - 68 ideologie“ Regelungen beseitigen will, die Mieter
 - 69 vor weiteren Mieterhöhungen und Wohnraumver-
 - 70 lust schützen und die Umwandlung von Wohnraum
 - 71 in Eigentumswohnungen behindert.

72

73 Das ist keine Entfesselung, das ist ein Brandbeschleuniger für die Spaltung unserer Gesellschaft.

74 Das Mantra „Privat vor Staat“ oder der Glaube in den

75 Markt, „der das schon regelt“, wird weiter wie eine

76 Monstranz vor sich hergetragen. Die Wahrheit ist aber:

77 Der Markt allein regelt gar nichts.

78

79

80 Die SPD in NRW hat dieses Problem rechtzeitig erkannt.

81 Unter Bauminister Mike Groschek wurden seit 2015 die

82 Mittel für den öffentlich geförderten Mietwohnungs-

83 bau auf 1,1 Mrd. Euro drastisch erhöht und die Program-

84 me durch Tilgungszuschüsse attraktiver gemacht. So

85 wurden 2016 Fördermittel für den Neubau von gut 7.600

86 Mietwohnungen bewilligt. 2017 auf der Grundlage des

87 noch von der rot-grünen Landesregierung beschlosse-

88 nen Programms wurde die Förderung von insgesamt

89 7.230 Wohnungen zugesagt. Damit stieg die Förderung

90 wieder auf das historisch hohe Niveau der 1990er Jahre.

91 Aber: Wir sehen nun, dass diese Anstrengungen allein

92 nicht ausreichen.

93

94 Nach Angaben des Deutschen Städtetages haben in

95 den Großstädten 35-50 Prozent der Haushalte einen An-

96 spruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung. Bun-

97 desweit erhalten diesen aber nur 6 Prozent aller Berech-

98 tigten.

99 Und das Schlimmste steht uns noch bevor: In NRW fal-

100 len in den nächsten sechs Jahren 27 Prozent der preisge-

101 bundenen Mietwohnungen aus der Bindung – bis 2040

102 werden es 42 Prozent sein. Das bedeutet eine zusätz-

103 liche Verschärfung eines Problems, dass aktuell schon

104 brennt.

105

106

107 **I.1 Historische Entwicklung**

108 Schaut man auf die Wohnungspolitik in Deutschland

109 und Nordrhein-Westfalen, ist die Frage von Grund und

110 Boden der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Die Woh-

111 nungsfrage ist ohne Bodenpolitik nicht lösbar. Wenn in

112 manchen Städten die Bodenpreise die Baupreise über-

113 steigen, macht das die Dimension vor der wir stehen

114 deutlich.

115

116 In Art. 14: Abs. 2 GG heißt es: „Eigentum verpflichtet.

117 Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemein-

118 heit dienen“.

119 Dies ist gerade in der Frage von Grund und Boden ele-
120 mentar, denn Boden ist keine beliebig vermehrbare Wa-
121 re, er ist vielmehr als nahezu einziges Gut unvermehr-
122 bar, unverzichtbar und unzerstörbar.

123 Dementsprechend entbrennt die Debatte auch um die
124 Frage: Ist der Grund und Boden Ware oder Gemeingut?
125

126 Seit über 100 Jahren ist die Bodenfrage Gegenstand ei-
127 ner Debatte, die sich um staatliche Eingriffe in das Pri-
128 vateigentum von Grund und Boden dreht.

129 „Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist ei-
130 ne Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemein-
131 schaft. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine
132 Arbeits- und Kapitalaufwendung entsteht, ist für die
133 Gemeinschaft nutzbar zu machen“ heißt es in Art. 155
134 Abs.3 der Weimarer Reichsverfassung von 1919.

135 In einigen Länderverfassungen waren ausdrücklich star-
136 ke Interventionen des Staates vorgesehen, am schärfst-
137 en in der von Bayern: Art 161 Abs.2: „Steigerungen des
138 Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapi-
139 talaufwand entstehen, sind für die Allgemeinheit nutz-
140 bar zu machen“.

141

142 Die Zuspitzungen in der Wohnungsfrage zu jener Zeit
143 führten dazu, dass in einigen Nachbarländern, insbe-
144 sondere in Wien aber auch in der Schweiz, ein großer Teil
145 des Wohnungssektors dem Markt entzogen wurde; bis
146 heute garantiert dort ein großer Teil dauerhaft öffentli-
147 chen Wohnungsbaus bzw. genossenschaftlichen Woh-
148 nungsbaus sozial verträgliche Mieten und verhindert ei-
149 ne sozialräumliche Spaltung der Gesellschaft.

150

151 In den Nachkriegsjahrzehnten der jungen Bundesre-
152 publik Deutschland waren Bemühungen um eine ge-
153 meinwohlorientierte Bodenpolitik regelmäßig auf der
154 Agenda; ein allgemeiner Planungswertausgleich im Pla-
155 nungsrecht scheiterte – obwohl weit fortgeschritten
156 – in den 1970er Jahren im Bundesrat; hingegen wur-
157 den staatliche Eingriffe in Preisbildung und Verfügungs-
158 rechte über Grund und Boden im Interesse des Gemein-
159 wohls im Städtebauförderungsgesetz von 1971 (später
160 besonderes Städtebaurecht) eingeführt.

161

162 Lagewerte werden durch Staat und Gemeinden ge-
163 schaffen (Planungsrecht, Infrastruktur); die Entwick-
164 lung deutscher Städte, die sich durch Vielfalt, Nutzungsmischung,
165 soziale und räumliche Durchlässigkeit und
166 bis 1990 auch einen starken Gemeinnützigkeitssektor
167 im Wohnungswesen auszeichnen, wäre ohne ausglei-
168 chende staatliche Intervention, gerade auch im Pla-
169 nungsrecht, nicht möglich gewesen.

170

171 Hinzu kommt, dass der Staat, also alle Ebenen des Staa-
172 tes – Kommunen, Land und Bund – teils dem neoliberalen
173 Zeitgeist geschuldet, teils aus haushälterischen
174 Zwängen heraus – die Wohnungsbaugesellschaften in
175 staatlicher Hand privatisiert haben und damit weite-
176 rer Zugriff auf Wohnungen sowie den Grund und Bo-

177 den vom Staat auf Private übergegangen ist. Im Ergeb-
 178 nis sprechen große Teile der Wissenschaft auch von ei-
 179 ner Enteignung des Staates – mangels Handlungs- und
 180 Steuerungsmöglichkeiten.

181

182 Zudem galt das Thema Wohnen Anfang der 2000er Jah-
 183 re als gelöst, da in der Zeit das dominierende Thema des
 184 Demographischen Wandels das Problem schon allein lö-
 185 sen wird.

186

187 **1.2 Kapital und Wohnen**

188 Gab es in den ersten Jahrzehnten der bundesrepubli-
 189 kanischen Geschichte noch eine allgemein gesellschaftlich
 190 anerkannte kulturelle Leitvorstellung, dass Markt-
 191 wirtschaft neben der privaten, gerade auch der öffent-
 192 lichen Wohlstandmehrung dienen muss, so hat sich in
 193 den letzten Jahrzehnten der Fokus dieser Leitvorstel-
 194 lung verschoben. Immer weitere Bereiche der Daseins-
 195 vorsorge – so vor allem auch das Wohnen – wurden
 196 ökonomisiert, beispielsweise im Zuge des Verkaufs gro-
 197 ßer kommunaler oder landeseigener Wohnungsbestän-
 198 de an börsennotierte Unternehmen.

199

200 Dies hat zumindest in den Städten mit großer wirt-
 201 schaftlicher Dynamik zu einer besonderen Belastung
 202 gerade kleinerer und mittlerer Einkommensbezieher
 203 geführt.

204 In diesem Kontext spielt die Bodenpolitik eine bedeu-
 205 tende Rolle!

206 In den wachsenden (und auf der Gegenseite in den
 207 schrumpfenden) Städten kollidieren Anlageinteressen
 208 (oder Desinvestitionen) des Finanzkapitals einerseits
 209 und die Anforderungen an sozialstaatlichen Schutz
 210 von Stadtbewohnern (Mietern, Kleineigentümern, mit-
 211 telständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden)
 212 sowie der öffentlichen Hand als Garant von öffentlicher
 213 Infrastruktur andererseits. Die räumlichen Lagen,
 214 welche eine hohe zahlungskräftige Nachfrage erwar-
 215 ten lassen, versprechen eine hohe Anlagerendite. Ins-
 216 besondere in der aktuellen Dekade werden Immobili-
 217 en als Alternative zu Aktien zunehmend als abstrakte
 218 Finanzderivate gehandelt. Lage ist aber immer singu-
 219 lär und kann nur begrenzt staatlich oder privat belie-
 220 big hergestellt werden. Solange aber zahlungskräftige
 221 Nachfrage besteht, bestimmt ohne regulierenden Ein-
 222 griff ausschließlich der Preis die Verfügbarkeitschancen
 223 von Grundstücken in begehrten Lagen.

224 Niedrige Zinsen und Renditen auf Finanzanlagen haben
 225 zu einer Explosion der Immobilienpreise geführt.

226

227 Die Renditelogik internationaler Pensionsfonds und
 228 börsennotierter Aktiengesellschaften lässt sich so lan-
 229 ge umsetzen, wie noch zahlungskräftige Nachfrage
 230 besteht. Auf die Lebensinteressen gerade von Men-
 231 schen mit geringen oder durchschnittlichen Einkom-
 232 men nimmt diese Logik keine Rücksicht. Zunehmende
 233 soziale Spaltung und Desintegration in unseren Städ-
 234 ten sind die Kehrseite des wachsenden privaten Reich-
 235 tums. Der Luxussanierung von Quartieren für die Weni-

236 gen steht die Vernachlässigung von Wohngebieten ent-
 237 gegen, die für Investoren uninteressant geworden sind.

238
 239 Selbst das mantramäßig vorgetragene Argument, die-
 240 sem Problem sei nur mit „Bauen, Bauen, Bauen“ bei-
 241 zukommen verkennt, dass der weit überwiegende Teil
 242 des Wohnungsneubaus im frei finanzierten Wohnungs-
 243 bau errichtet wird und – mangels konsequenter staatli-
 244 cher und kommunaler Bodenpolitik – gerade in den in-
 245 tegrierten städtischen Lagen keine oder kaum kommu-
 246 nale Grundstücke zur Verfügung stehen. Börsennotierte
 247 Unternehmen legen nachweislich ihren Investitionsfo-
 248 kus bei Erneuerungsinvestitionen auf die umlagefähige
 249 Modernisierung und nicht auf die nicht umlagefähige
 250 Instandsetzung.

251
 252 Hinzu kommt, dass die Mietbindung im öffentlich ge-
 253 förderten Wohnungsbau begrenzt ist.

254 Die Schattenseite ökonomischer Aufwertung ist die
 255 Entwertung ganzer Stadtquartiere in schrumpfenden
 256 Regionen und Städten.

257 Hier wirken die gleichen Mechanismen – nur spiegel-
 258 bildlich: Der Markt verspricht keine nachhaltigen Ren-
 259 diten, Investitionen unterbleiben, soziale Selektivität
 260 nach unten ist die unvermeidbare Konsequenz, sofern
 261 Kommunen nicht mit staatlicher Unterstützung regu-
 262 lierend in das Wertgefüge und die Eigentumsverhältnis-
 263 se eingreifen.

264
 265 Zusammen betrachtet gefährden diese Entwicklungen
 266 nicht nur das Erbe der europäischen Stadt. Sie ent-
 267 wickeln insbesondere auf dem Sektor des Wohnungs-
 268 marktes eine höchst brisante Sprengkraft für den sozia-
 269 len Frieden.

270
 271 In einer Reihe deutscher Städte übersteigen inzwischen
 272 die anteiligen Bodenpreise die baulichen Herstellung-
 273 kosten für Wohnungen. Damit wird die Verfügbarkeit
 274 über Boden bzw. die Abschöpfung von Bodenwertstei-
 275 gerungen zugunsten des Baus und der dauerhaften Be-
 276 wirtschaftung sozial orientierter (nicht gewinnorien-
 277 tierter) Wohnungen zu einer Schlüsselfrage einer soli-
 278 darischen Gesellschaft.

279
 280 **I.3 Grundversprechen der Sozialdemokratie**

281 Das Grundversprechen der Sozialdemokratie ist an
 282 zwei für die Wohnungspolitik zentralen Stellen brü-
 283 chig geworden: Das Wohlstandsversprechen der sozia-
 284 len Marktwirtschaft bestand in einem in Aussicht ge-
 285 stellten Fahrstuhleffekt – wenn auch einige sehr reich
 286 wurden, so würden doch alle am wachsenden Wohl-
 287 stand teilhaben.

288
 289 Dieses Versprechen ist wirksam widerlegt. Einkommen
 290 aus Kapitalvermögen wachsen sehr viel stärker als Ver-
 291 mögen aus Erwerbsarbeit, und die Unterschiede zwi-
 292 schen Reichen und vielen Bürgern mit geringen und
 293 mittleren Einkommen wachsen insbesondere in den
 294 letzten beiden Jahrzehnten stark an. Mit gravieren-

295 den Folgen: Zum einen steigen die Mietpreise sehr viel
 296 schneller als die Lohnentwicklung geschweige denn die
 297 Rentenerhöhungen. Das heißt, dass ein immer höherer
 298 Anteil des Einkommens für die Miete aufgewendet wer-
 299 den muss. Zudem wissen die Menschen im Lande, die
 300 auf Eigentum sparen, nicht wo sie ihr Geld anlegen sol-
 301 len. Mit einem Tagesgeld-Zins von 0,25 Prozent und ei-
 302 ner Inflation von 1,8 Prozent sinkt der Geldwert jedes
 303 Jahr um 1,55 Prozent, während die Kapitalrendite nach
 304 wie vor stark ansteigt. Das heißt, ein Kapitalaufbau für
 305 die Anschaffung des Eigentums ist ebenfalls schwerer
 306 möglich.

307
 308 Zudem galt, dass man mit seiner Hände Arbeit in
 309 der Lage ist, seine Wohnung zu bezahlen. Und wenn
 310 man ordentlich spart, ist ebenfalls der Kauf des Eigen-
 311 tums möglich. Dies ist in vielen Kommunen Nordrhein-
 312 Westfalens für viele Bürgerinnen und Bürger mittler-
 313 weile ausgeschlossen. Viele Menschen können allen-
 314 falls mit dem Erbe sich den Traum der eigenen vier
 315 Wände ermöglichen. Mehr noch, viele Menschen wer-
 316 den aus ihrem Zuhause vertrieben, weil die Kluft zwi-
 317 schen der Miete und den Löhnen weiter ansteigt. Be-
 318 sonders dramatisch ist es laut Studie der Hans-Böckler-
 319 Stiftung in Nordrhein-Westfalen in Aachen, Bonn, Duis-
 320 burg, Köln, Krefeld und Neuss, wo 45 Prozent der Be-
 321 völkerung mehr als 30 Prozent ihres Haushaltseinkom-
 322 mens für die Miete aufwenden. Diesen Problemlagen
 323 ist nicht überall nur mit der Wohnungspolitik zu bege-
 324 gen, sie machen aber die Dimensionen deutlich.

325 326 **II. Sozialdemokratische Antworten auf die Herausfor-** 327 **derungen unserer Zeit**

328 Für die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen ist
 329 mehr Gemeinwohl die Antwort für die Wohnungspoli-
 330 tik in Nordrhein-Westfalen für die Zukunft.

331
 332 Denn die Vorstellung, der Markt regle die Versorgung
 333 mit geeignetem Wohnraum besser als Staat und Kom-
 334 munen ist nicht nur bizarr, sondern schlicht falsch.

335
 336 Das Recht eines jeden auf eine bezahlbare Wohnung
 337 kann der Markt offensichtlich nicht realisieren. Wir
 338 brauchen deshalb mehr staatliche Aktivitäten und Re-
 339 geln, denen sich die CDU und FDP aus ideologischen
 340 Gründen bisher widersetzen. Der Staat muss für be-
 341 zahlbaren Wohnraum sorgen, indem er die Spekulati-
 342 on mit Bauland stoppt, den Anstieg der Mieten wie-
 343 der in Einklang bringt mit der Einkommensentwicklung
 344 und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum in öffent-
 345 licher Verantwortung sorgt. Zu all dem kämpfen wir da-
 346 für, dass die europäische Stadt, die immer ein Raum ge-
 347 wesen ist, in dem alle Menschen ihr Leben nach eige-
 348 nen Vorstellungen realisieren konnten, in ihrer Vielfalt
 349 erhalten bleibt. Stadtentwicklung und Dorfentwicklung
 350 müssen auch künftig für lebenswerte Quartiere und Or-
 351 te sorgen, in denen die Menschen ihre Heimat finden
 352 können, ohne Angst, Opfer von Spekulanten zu werden.
 353 Zudem müssen wir darauf achten, dass der Verbrauch

354 an wertvollem Boden, an Energie und Material reduziert
355 wird. Neue Formen einer auch klimaangepassten Bau-
356 weise sind ebenso notwendig, wie ein Wohnungs- und
357 Städtebau, der der demographischen Entwicklung und
358 wechselnden Bedürfnissen der Menschen im Laufe ih-
359 res Lebens flexibel Rechnung trägt.

360
361 Daher ist handlungsleitend in dem Antrag für die NRW-
362 SPD: Wie entwickeln wir bezahlbaren und lebenswerten
363 Wohnraum? Bezahlbar bedeutet, dass die Menschen
364 in Nordrhein-Westfalen maximal 30 Prozent ihres ver-
365 verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben müs-
366 sen. Lebenswerte Quartiere heißt, dass die Menschen in
367 NRW sich zuhause fühlen, weil bezahlbar nicht qualita-
368 tiv minderwertig heißen darf.

369
370 Dabei haben wir Antworten entwickelt in den Berei-
371 chen:

- 372 • Bodenpolitik – Ein besserer Umgang mit dem Grund
373 und Boden
- 374 • Der Staat als Akteur – Wir stehen für die aktive Rolle
375 des Staates in der Wohnungspolitik
- 376 • Der Staat als Rahmengeber – Wir stehen für die
377 Rahmenbedingungen, die die Interessen der Miete-
378 rinnen und Mieter miteinander in Einklang bringen.
- 379 • Art des Bauens – Wir stehen für den Dreiklang von
380 Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit
- 381 • Sozialdemokratische Stadtentwicklung – Wir ent-
382 wickeln Heimat vor der Haustür

383 384 **II.1 Elemente einer sozial ausbalancierten Bodenpolitik**

385 386 **1. Wir fordern mehr Boden in kommunaler Hand**

387 Die Kommunen sollen den Boden als zentrales Element
388 einer Steuerung der Stadtentwicklung im Eigentum be-
389 halten. Dazu müssen folgende Instrumente neu ge-
390 schaffen oder ausgebaut werden:

- 391
392 • Aufbau von Boden- und Infrastrukturfonds für die
393 Kommunen mit Hilfe des Landes und des Bundes.
394 Dies bedarf umfassender Regelungen gesetzlicher,
395 finanzieller und haushaltsrechtlicher Art, um auch
396 finanzschwachen Kommunen einen Aufbau von Bo-
397 denfonds zu ermöglichen, ohne ihre Investitionsfä-
398 higkeit i. R. der kommunalen Infrastrukturaufgaben
399 (Schulen, Straßen, öffentliche Gebäude, o.a.) zu be-
400 einträchtigen.
- 401 • Erbbaurecht als Regelfall – Vergabe kommunaler
402 Nutzungsrechte anstelle eines Verkaufs von Bo-
403 den. Dies ist auch im Interesse der meisten Bau-
404 herren (Startinvestitionen!), eventuelle Hemmnisse
405 für Kreditgewährung müssen und können beseitigt
406 werden.
- 407 • Verzahnung von Verfügungsrechten (Erbbaurecht)
408 und gemeinwohlorientierter Steuerung des Woh-
409 nungsmarktes: Vorrangige Vergabe kommunaler
410 Bodennutzungsrechte an öffentliche oder private
411 Eigentümer, die eine langfristige Bereitstellung be-
412 zahlbaren Wohnungsraumes garantieren. Dies soll-

413 te durch eine Änderung der Wohnungsbaufinanzie-
 414 rung im Sinne einer stärkeren Unterstützung von
 415 gemeinnützigen Unternehmen und Einrichtungen
 416 (Genossenschaften) erfolgen. Die Vergabe von Ver-
 417 fügungsrechten ermöglicht darüber hinaus auch
 418 wirksame Vereinbarungen für einen klimaneutra-
 419 len Wohnungsbau und Formen nachhaltiger um-
 420 weltfreundlicher Mobilität.

421 • Offenheit im Diskurs um Fragen der Vergesellschaf-
 422 tung. Dieser Diskurs schärft die Wahrnehmung für
 423 die Frage, in wessen Interesse und mit welcher Lo-
 424 gik Stadtentwicklung betrieben wird. Eine Verge-
 425 sellschaffung von Grund und Boden ist in unter-
 426 schiedlichen Formen denkbar. Gemeinwohlinteres-
 427 sen zu formulieren und in Abwägung mit Kapitalan-
 428 lageinteressen zu stellen ist legitim und wird durch
 429 Art 15 GG gedeckt.

430

431 2. **Wir fordern eine Stärkung der kommunalen**
 432 **Eingriffsrechte (bodenrelevante Steuerungsinstru-**
 433 **mente) durch:**

434 • die häufigere Anwendung des Instruments der Ent-
 435 wicklungsmaßnahme gem. Baugesetzbuch (Bau-
 436 GB) und deren Weiterentwicklung in Form der
 437 Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten auf
 438 kleinteilige Fallgestaltungen durch Einführung der
 439 Innenentwicklung Maßnahme (IEM);

440 • die Verbreiterung der Anwendungsmöglichkeiten
 441 und Verfahrenserleichterungen für das gemeindli-
 442 che Vorkaufsrecht durch

443 – Erweiterung der Regelungen des besonde-
 444 ren Vorkaufsrechtes gem. §25 BauGB) i.S. der
 445 Schaffung einer Möglichkeit für die Kom-
 446 munen zum Erlass von Satzungen, dass in
 447 zu bestimmenden Teilbereichen der Kom-
 448 mune generell ein preislimitiertes Vorkaufs-
 449 recht gilt;

450 – die Klarstellung, dass auch die Durchset-
 451 zung des Vorrangs der Innenentwicklung ein
 452 ausreichender Gemeinwohlgrund zur Aus-
 453 übung des Vorkaufsrechts (sowie des Bauge-
 454 bots) ist;

455 – die Verhinderung der Umgehungen des Vor-
 456 kaufsrechts durch Übertragung von Gesell-
 457 schäftsanteilen, sog. „share deals“;

458 – die Ausdehnung des Vorkaufsrechts in
 459 bestimmten Fällen auf Teileigentum gemäß
 460 Wohnungseigentumsgesetz (WEG) sowie
 461 auf Erbbaurechte.

462 • Abkehr vom Vergleichswertverfahren und Wechsel
 463 zum Ertragswertverfahren bei der Beurteilung der
 464 Angemessenheit von Kaufpreisen

465

466 3. **Wir fordern die Stärkung der Gemeinwohlbelan-**
 467 **ge bei der Abgabe von Verfügungsrechten über Im-**
 468 **mobilien durch die Kommunen durch** die gemein-
 469 wohlorientierte Vergabe von Immobilien der öf-
 470 fentlichen Hand in Form der konzeptorientierten
 471 Ausschreibung, die zur „Regelvergabe“ erklärt wird.

472

473

474

475

476

477

478

479

480

481

482

483

484

4. **Wir fordern die Abschöpfung spekulativer Bodenpreissteigerungen z.B. durch eine reine Bodenwertsteuer oder die Differenzierung von Steuersätzen für Boden und Gebäude.** Das erreichen wir durch eine Bodenwertsteuer, die Bodenspekulationen unmöglich und zudem die Steigerungen des Bodenwertes für die Allgemeinheit nutzbar macht. Es waren SPD-Parteivorsitzende wie Hans-Jochen Vogel, die aus ihrer kommunalen Erfahrung schon in den 1960er Jahren auf diesen Missstand hingewiesen haben.

485

486

487

488

489

490

491

492

493

494

495

496

497

498

499

500

501

502

503

504

505

5. **Wir fordern die Schärfung bodenrelevanter Instrumente des Planungsrechtes durch:**

- eine Erweiterung der bauplanungsrechtlichen Festsetzungsmöglichkeiten derart, dass die Festsetzungsmöglichkeiten in einfachen Bebauungsplänen durch einen neuen § 9 Abs. 2d BauGB erweitert werden, der in definierten Bereichen für neue Bauvorhaben einen Beitrag zum Gemeinwohl als Genehmigungsvoraussetzung ermöglicht. Auch damit wird die Innenentwicklung gefördert und gleichzeitig i.S. einer Gleichbehandlung von Bauherren in Bebauungsplanbereichen und in gem. §34 BauGB zu beurteilenden Gebieten („im Zusammenhang bebaute Ortsteile“) erreicht;
- die verbesserte Anwendbarkeit städtebaulicher Gebote;
- die Einführung eines Planungswertausgleichs, mit dem durch Planung und öffentliche Infrastrukturinvestitionen ausgelöste Bodenwertsteigerungen ganz oder teilweise abgeschöpft werden.

506

507

508

509

II.2 Der Staat als Akteur

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für einen aktiven Staat auf dem Wohnungsmarkt.

510

511

512

513

514

515

516

517

518

519

520

Über die öffentliche Förderung bietet der Staat Anreize für private und öffentliche Investoren, Wohnraum zu bezahlbaren Mieten zu schaffen. Der preisgebundene Bestand beträgt aber nur 10 Prozent des gesamten Bestands an Mietwohnungen. Trotz erheblicher Zuschüsse und günstiger Kreditkonditionen sind angesichts der Renditeerwartungen im frei finanzierten Wohnungsbau private Investoren nicht bereit, preisgebundene Mietwohnungen im erforderlichen Umfang zu errichten.

521

522

523

524

525

526

527

528

529

530

Dies zeigt, dass der Markt auf Grund seiner Mechanismen nicht genügend bezahlbaren Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellt. Die NRW-SPD wird sich deshalb auf Ebene der Städte und Gemeinden, des Landes und des Bundes dafür einsetzen, dass der Staat wieder mehr Verantwortung übernimmt, um eine ausreichende und bezahlbare Versorgung mit Wohnraum zu sichern. Es kommt darauf an, den gemeinwohlorientierten Anteil von Mietwohnungen im Markt, die an der Kostenmiete und nicht an der ma-

531 ximalen Rendite orientiert sind, mittel- bis langfristig
 532 deutlich zu erhöhen. Nur wenn bedeutende Anteile der
 533 Wohnungsbestände den heutigen Marktmechanismen
 534 entzogen sind, wird es gelingen, stabile und sozial ver-
 535 trägliche Mietenniveaus zu schaffen und letztlich den
 536 sozialen Frieden zu sichern.

537
 538 Dazu gehören der Aufbau und Ausbau öffentlicher
 539 und gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, eine am
 540 Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik und Regeln am
 541 Wohnungsmarkt, die sicherstellen, dass die Kosten des
 542 Wohnens nicht höher als 30 Prozent des verfügbaren
 543 Einkommens sind.

544
 545 Langfristig soll die öffentliche Förderung im Wohnungs-
 546 bau nur noch gemeinwohlorientierten Unternehmen
 547 und solchen Organisationsformen wie z.B. Genossen-
 548 schaften, die sich mit einer geringen Rendite zufrieden-
 549 geben, zugutekommen. Nur so können auch langfristig
 550 stabile Mieten gesichert werden.

551
 552 Dieses Ziel wird nur langfristig erreichbar sein. Dennoch
 553 muss jetzt umgesteuert werden. Zugleich müssen aber
 554 kurzfristige Anstrengungen unternommen werden, um
 555 mit den heutigen Instrumenten schnell mehr bezahlba-
 556 ren Wohnraum zu schaffen.

557
 558 Dafür werden wir konkret folgende Maßnahmen in An-
 559 griff nehmen:

560
 561 (1) Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, brau-
 562 chen wir in den nächsten Jahren mehr öffentlich ge-
 563 förderten Mietwohnungsbau. Dazu müssen die Mit-
 564 tel für den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau
 565 in NRW gegenüber dem heutigen Niveau deutlich er-
 566 höht und verstetigt werden. Unser Ziel ist, dass pro
 567 Jahr mindestens 10.000 neue Wohnungen im geförder-
 568 ten Wohnungsbau entstehen. Zudem muss die soziale
 569 Wohnraumförderung wieder stärker auf ihre Kernauf-
 570 gabe nach dem Gesetz zur Förderung und Nutzung von
 571 Wohnraum des Landes Nordrhein-Westfalen (WFNG)
 572 ausgerichtet werden. Die zugehörigen Förderrichtlinien
 573 müssen angepasst werden.

574
 575 (2) Um den Neubau von bezahlbaren Wohnungen an-
 576 zukurbeln, setzen wir neben verantwortungsbewuss-
 577 ten privaten Investoren vor allem auf kommunale und
 578 genossenschaftliche Wohnungsbauunternehmen, die
 579 nicht die Rendite, sondern die gemeinwohlorientierte
 580 Kostenmiete in den Mittelpunkt ihres unternehmeri-
 581 schen Handelns stellen. Wir werden im Wohnungsbau-
 582 programm Anreize schaffen, damit die Sozialbindung
 583 länger erhalten bleibt und dadurch langfristig stabi-
 584 le Mieten angeboten werden können. Der kommunale
 585 Wohnungsbau soll mit gutem Beispiel vorangehen.

586
 587 (3) Das Land muss die Kommunen dabei unterstüt-
 588 zen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die be-
 589 stehenden Angebote zur Unterstützung bei der Flä-

590 chenentwicklung wollen wir ausbauen und durch den
591 Aufbau eines gemeinwohlorientierten Bodenfonds er-
592 weitern.

593

594 (4) Wir werden uns dafür einsetzen, dass die kommu-
595 nalen Wohnungsbauunternehmen ihre Bauaktivitäten
596 steigern. NRW braucht eine eigene Landeswohnungs-
597 baugesellschaft, die im Auftrag von Kommunen, die
598 über keine eigene Wohnungsbaugesellschaft verfügen
599 oder deren Wohnungsbaugesellschaften aus eigener
600 Kraft selbst nicht mehr tätig werden können, bezahlba-
601 re Mietwohnungen errichten kann.

602

603 (5) Um dauerhaft günstige Mieten zu sichern, wer-
604 den wir eine neue Säule in der Wohnungsbauförde-
605 rung schaffen. Durch höhere Anreize (z.B. Investitions-
606 zuschüsse, günstige Konditionen bei der Vergabe von
607 Erbbaurechten) für private und öffentliche Investoren
608 wollen wir eine unbegrenzte Belegungsbindung errei-
609 chen.

610

611 (6) Neben diesem Schwerpunkt wollen wir die Eigen-
612 tumsförderung auf ein sinnvolles Maß ausrichten, um
613 Überkapazitäten im Bereich der Familien-Eigenheime
614 zu verhindern, Mitnahmeeffekte bei der Förderung zu
615 minimieren und den Flächenverbrauch verantwortbar
616 zu gestalten. Die Eigentumsförderung soll sich auf die
617 wirklichen Schwellenhaushalte konzentrieren und vor
618 allem als quartiersstabilisierende Maßnahme den Er-
619werb im Bestand ermöglichen. Das gilt sowohl für die
620 Stabilisierung vielfältiger innerstädtischer Wohnlagen
621 als auch für den Erhalt vitaler dörflicher Wohnkerne im
622 ländlichen Raum. Ansätze wie „jung kauft alt“ unter-
623 stützen wir nachdrücklich.

624

625 **II.3 Der Staat als Rahmengeber – Für einen landesweiten** 626 **zeitgemäßen und wirksamen Mieterschutz**

627 Bezahlbares Wohnen hat jenseits eines ausreichenden
628 Angebots an bezahlbarem Wohnraum zwei wesentli-
629 che Standbeine: ein wirksames Rechtsinstrumentarium
630 zur Beschränkung des ungerechtfertigten Mietpreis-
631 anstiegs und ein ebensolches Instrumentarium zum
632 Erhalt vorhandenen, bezahlbaren und qualitativ ak-
633zeptablen Wohnraums. Kurzum, bezahlbares Wohnen
634 braucht auch einen starken Mieterschutz und eine wirk-
635 same Wohnungsaufsicht in den Kommunen.

636

637 Wir brauchen für das ganze Land NRW einen flächende-
638 ckenden wirksamen Rechtsrahmen,

- 639 • um den Mietpreisanstieg zu beschränken, sowohl
640 für Bestands- als auch für Neuvermietungen: Mie-
641 tendeckel maximal bis zur Inflationsrate in über-
642 hitzten Wohnungsmärkten, bis wieder mehr be-
643 zahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht oder der
644 Nachfrageüberhang beim Wohnraum deutlich zu-
645 rückgegangen ist. Dies wollen wir über die konse-
646 quente Anwendung und Fortentwicklung der Miet-
647 preisbremse und der Kappungsgrenzen für Miet-
648 preissteigerungen erreichen, mit einer landesge-

- 649 setzlichen Regelung.
- 650 • um den vorhandenen bezahlbaren Wohnungsbe-
- 651 stand zu erhalten muss auch das dafür bereits
- 652 vorhandene Rechtsinstrumentarium zeitge-
- 653 mäßig fortentwickelt werden. Insbesondere in
- 654 überhitzten Wohnungsmärkten wollen wir die
- 655 Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentums-
- 656 wohnungen, Luxussanierungen zur Verdrängung
- 657 der angestammten Wohnbevölkerung und Zweck-
- 658 entfremdung durch spekulativen Leerstand sowie
- 659 durch gewerbsmäßige Vermietung zu touristischen
- 660 Zwecken, durch klare landesgesetzliche Vorgaben
- 661 stoppen.
- 662 • Wir wollen auch im Bund darauf hinwirken das BGB
- 663 zu ändern und Mietpreissteigerungen auf 5 Prozent
- 664 in drei Jahren zu deckeln.
- 665 • Wir wollen die öffentlich-rechtliche Wohnungsauf-
- 666 sicht auch beim Schutz von Mieterrechten stärken.
- 667 Viele MieterInnen strengen aus unterschiedlichen
- 668 Gründen keine zivilrechtlichen Klagen an, um ihre
- 669 Rechte zu wahren. Hier müssen Kommunen recht-
- 670 lich und materiell in die Lage versetzt und gleichzei-
- 671 tig verpflichtet werden, bei krassen Verstößen ge-
- 672 gen Mieterrechte auch hoheitlich tätig zu werden.
- 673

674 **II.4 Nachhaltiges Bauen**

675 Bauen aus sozialdemokratischer Perspektive bedeutet

676 ein Dreieck aus sozialer, ökologischer und wirtschaft-

677 licher Verantwortung. Dies gilt gleichermaßen für die

678 Errichtung wie auch den Betrieb und Unterhalt von

679 Gebäuden. In diesem Sinne muss dieses nachhaltige

680 Bauen darauf ausgerichtet sein, den Wohnraumbedarf

681 der Bevölkerung zu sichern, dabei die Erfordernisse der

682 Energie- und Ressourcenverantwortung zu beachten,

683 sowohl InvestorInnen, wie auch BewohnerInnen ein

684 wirtschaftlich tragbares Angebot zu machen. Das heißt:

685 einerseits die Rentabilität der Investitionen und ande-

686 rererseits die Bezahlbarkeit der Wohnkosten zu gewähr-

687 leisten.

688

689 Nachhaltiges Bauen als Leitbild einer gemeinwohlori-

690 entierten Baupolitik nimmt sowohl den Neubau als

691 auch den Wohnungsbestand in den Blick. Es liefert

692 einen unverzichtbaren Beitrag zur Wohnraumversor-

693 gung, zum Erhalt des sozialen Friedens und zur Errei-

694 chung der Klimaschutzziele.

695

696 Sozial nachhaltiges Bauen bedeutet aus sozialdemokra-

697 tischer Sicht immer auch Bauen unter fairen Arbeitsbe-

698 dingungen. Die Einhaltung gesetzlicher und tariflicher

699 Standards, sowie die weitere Verbesserung der Bedin-

700 gungen sind wesentliche Merkmale nachhaltigen Bau-

701 ens.

702

703 **Wir stehen für eine ganzheitliche gemeinwohlorien-**

704 **tierte Baupolitik.**

705

706 Dafür verfolgen wir konkrete Ziele und Maßnahmen:

707

- 708 1. Der moderne öffentlich geförderte Wohnungsbau
 709 dient im Kern der Versorgung weiter Kreise der Be-
 710 völkerung mit bezahlbarem Wohnraum, insbeson-
 711 dere aber der Bevölkerungsgruppen, die sich aus
 712 eigener Kraft nicht selbst mit adäquatem Wohn-
 713 raum versorgen können. Seine qualitative Ausrich-
 714 tung entspricht dem allgemeinen Stand der Bau-
 715 technik und den aktuellen Standards hinsichtlich
 716 Größe, Ausstattung und energetischer Qualität.
- 717 2. Der moderne öffentlich geförderte Wohnungsbau
 718 ist ganzheitlich zu betrachten. Seine Einbindung
 719 in den Bestand muss soziokulturellen wie funktio-
 720 nalen Faktoren folgen. Seine Ausgestaltung sichert
 721 Wohn- und Lebensqualität in einem lebenswerten
 722 Wohnumfeld, das Sicherheit und Mobilität bietet
 723 und integrativen Charakter mit Angeboten sozialer
 724 und gesundheitlicher Infrastruktur vorhält.
- 725 3. Nachhaltiger Wohnungsbau dient zugleich der Er-
 726 reichung der Klimaschutzziele. Er zielt notwendi-
 727 gerweise auf die Massenwirkung in der Fläche ab
 728 und nimmt deshalb nicht nur den Neubau (nur ca. 3
 729 Prozent Neubaurate) in den Blick, sondern vor allem
 730 auch den Bestand.
- 731 4. Oberstes Gebot der Förderpolitik ist die Wirtschaft-
 732 lichkeit für alle Beteiligten, damit die erforderliche
 733 Massenwirkung durch entsprechende Nachfrage
 734 und Investitionstätigkeit auch erzielt und die Be-
 735 zahlbarkeit der Wohnraumangebote für weite Teile
 736 der Bevölkerung auch gewährleistet werden kann.
 737 Die energetischen Standards sind daher am Gebot
 738 der Wirtschaftlichkeit auszurichten, nicht am maxi-
 739 mal erreichbaren energetischen Standard. Oberstes
 740 Ziel ist die Senkung der CO₂-Emissionen im Wohn-
 741 quartier und nicht die einseitige Betrachtung eines
 742 einzelnen Hauses.
- 743 5. Wir wollen, dass der Vermieter in Zukunft den Anteil
 744 der Instandhaltung an der Miete gesondert auswei-
 745 sen muss.
- 746 6. Nachhaltiges Bauen bedeutet hinsichtlich der Res-
 747ourcenverantwortung auch effiziente Flächenaus-
 748nutzung. Insofern müssen auch Gebäude bis zu 22
 749 Meter Höhe, im Einzelfall in Stadtzentren auch hö-
 750 her, förderfähig sein. Die sozioökonomische Durch-
 751mischung der Bewohnerschaft ist konzeptionell
 752 vorzusehen und festzuschreiben. Hausservice und
 753 soziale Kontrolle sind durch hauptamtliches quali-
 754 fiziertes Personal vorzusehen.
- 755 7. Verantwortung gegenüber der nicht vermehrbaren
 756 Ressource Boden bedeutet zugleich, auch mit Blick
 757 auf den zu überwindenden Wohnraumangel in
 758 den verdichteten Ballungsräumen, eine besonde-
 759 re öffentliche Förderung der Aufstockung von Be-
 760 standsgebäuden zu schaffen. Hierbei ist der Bau-
 761 stoff Holz aus ökologischen, ökonomischen und
 762 baustatischen Gründen besonders in den Blick zu
 763 nehmen.
- 764 8. Nachhaltiges Bauen nimmt die Multifunktionalität
 765 von Wohnraum in den Blick. Eine Zersplitterung der
 766 Angebote in diverse Zielgruppen ist ineffektiv und

767 preistreibend. So umfasst beispielsweise der Begriff
 768 mobilitätsbeeinträchtigt sowohl Kleinkinder und
 769 Kinder, wie auch Eltern mit Kinderwagen, behinder-
 770 te und kranke sowie ältere Menschen. Insofern ist
 771 das Kriterium „barrierearm“ zum allgemeinen Bau-
 772 standard zu erheben und Rollstuhlgerechtigkeit in
 773 der Wohnung im Neubau als Grundsatz verbind-
 774 lich festzuschreiben. Gleiches gilt für die Bedarfsla-
 775 gen mit Blick auf Kleinwohnungen (z.B. Geringver-
 776 diener, Studenten und ältere Menschen), wie auch
 777 mit Blick auf größere Wohnungen (z.B. Familien mit
 778 mehreren Kindern, Wohngruppen usw.).

779 9. Hinsichtlich der Barrierefreiheit von Gebäuden und
 780 deren Erreichbarkeit, wollen wir die Unklarheiten
 781 und Umgehungsmöglichkeiten in der Landesbau-
 782 ordnung 2019 beseitigen und darüber hinaus prak-
 783 tische wie bezahlbare Qualitätsstandards definie-
 784 ren. Dies soll durch technische Baubestimmungen
 785 erfolgen, an deren Erstellung sowohl Fachleute des
 786 bautechnischen Bereichs als auch Fachverbände zur
 787 Vertretung der Interessen von Menschen mit Behin-
 788 derungen gleichberechtigt zu beteiligen sind.

789 10. Nachhaltiges Bauen ist durch konsequente Umset-
 790 zung und Kontrolle geltender Gesetze und Tarifver-
 791 träge sicherzustellen. Die Finanzkontrolle Schwarz-
 792 arbeit zur Kontrolle von Schwarzarbeit und Min-
 793 destlohnvergehen ist durch zusätzliches Personal
 794 zu stärken.

795 11. Der Staat trägt in besonderem Maße Verantwor-
 796 tung. Öffentlich geförderter Wohnungsbau ist da-
 797 her zwingend zu koppeln an Vergabekriterien. Da-
 798 zu gehört die Tarifgebundenheit der beauftragten
 799 Firmen, damit verbunden die Einhaltung gelten-
 800 der Tarifverträge. Weitere Vergabekriterien müssen
 801 die Ausbildung junger Menschen sowie eine Be-
 802 grenzung der Untervergabe an maximal drei Sub-
 803 Unternehmen in Kette sein. Die auf europäischer
 804 Ebene novellierte Entsenderichtlinie muss zügig in
 805 nationales Recht umgesetzt werden.

806

807 **II.5 Sozialdemokratische Stadtentwicklung – Heimat be-** 808 **ginnt vor der Haustür**

809 Heimat ist der Ort, an dem wir geboren und aufge-
 810 wachsen sind. Wir können aber auch an anderen Or-
 811 ten heimisch werden, dort wo wir leben können, wie
 812 wir leben wollen, wo wir Familie und Freunde haben,
 813 wo man uns kennt und schätzt, wo wir Teil einer Ge-
 814 meinschaft sind. Heimat ist der Ort, mit dem wir uns
 815 verbunden fühlen, und den wir unser Zuhause nennen.
 816 Ob und wo sich Menschen zu Hause fühlen, hat viel
 817 mit ihren individuellen Bedürfnissen, Lebensentwürfen
 818 und Lebensumständen zu tun. Und doch ist die Frage
 819 nach dem Ob und Wo auch von großer politischer Be-
 820 deutung. Denn nur dort, wo sich Menschen zu Hause
 821 fühlen, übernehmen sie Verantwortung für ihre Stadt,
 822 ihr Wohnviertel, ihr Dorf. Nur dort gibt es intakte Nach-
 823 barschaften, nur dort hält man zusammen und nur dort
 824 hat man eine gemeinsame Zukunft. Die Heimat ist wie
 825 der Verein im Sinne von Habermas die Schule der De-

826 mokratie, dort erlebt man Gemeinwohl und Solidarität.
 827 Sozialdemokratische Stadtentwicklung ist die Grundla-
 828 ge für soziale Wohnungspolitik. Sie hat große Bedeu-
 829 tung für den Erhalt des sozialen Friedens und für die Si-
 830 cherung des Wohlergehens der Menschen. Dabei kennt
 831 jeder Gemeinden oder Stadtteile, die der wirtschaftliche
 832 Strukturwandel oder der demographische Wandel
 833 gezeichnet hat, also Orte mit unansehnlichen Häuser-
 834 fassaden, Leerständen im Wohnungsbestand oder er-
 835 höhten Kriminalitätsraten. Wer kann, zieht weg, neue
 836 Einwohner kommen nur, wenn sie müssen. Gerade in
 837 solchen Stadtteilen gilt „Hilf dir selbst“. Ähnlich be-
 838 drückend ist der Wandel in manchen ländlich gepräg-
 839 ten Städten oder Dörfern, in denen die Jugend weg-
 840 zieht, die Unternehmen abwandern, der Dorfkern sich
 841 entkernt bis die alteingesessene Bevölkerung ihre al-
 842 te Heimat nicht mehr erkennt. Manche politischen La-
 843 ger sehen solche Entwicklungen als unausweichlich, der
 844 Markt regelt das schon. Wir Sozialdemokratinnen und
 845 Sozialdemokraten halten das für falsch. Fast nichts im
 846 Leben ist Schicksal. Wandel kann man gestalten und
 847 Märkte muss man gelegentlich lenken, korrigieren oder
 848 neu in Gang setzen. Ganz im Gegensatz dazu stärkt ei-
 849 ne lebenswerte „Heimat vor der Haustür“ die Integra-
 850 tion und Identifikation der Menschen in und mit un-
 851 serem freiheitlich demokratischen Gemeinwesen. Sozi-
 852 aldemokratische Stadtentwicklung muss auch bei der
 853 Vielfalt möglicher Interessen letztlich immer dem Ge-
 854 meinwohl dienen.

855
 856 Ihre grundlegenden Konzepte folgen drei Prinzipien:
 857 • einer Konzentration auf integrierte Handlungs-
 858 konzepte mit einer Zusammenarbeit über einzel-
 859 ne Fachdisziplinen und vertikale Handlungsebenen
 860 hinaus,
 861 • einer besonderen Berücksichtigung benachteiligter
 862 Stadtteile,
 863 • der Gewissheit, dass der ständige Wandel der ge-
 864 sellschaftlichen Realität und der zugehörigen viel-
 865 fältigen Herausforderungen eine flexible Fördersys-
 866 tematik braucht, die für die Kommunen überschau-
 867 bar, nutzbar und finanzierbar ist.

868
 869 Sozialdemokratische Stadtentwicklung dient der Stär-
 870 kung des Zusammenlebens und der Integration. Die
 871 in Deutschland zunehmende soziale Ungleichheit und
 872 Entmischung von verschiedenen Lebenslagen findet
 873 sich bis in die Stadtteile und Wohnquartiere hinein
 874 als sozialräumliche Polarisierung. Deshalb stehen die
 875 Wohnquartiere im Zentrum unserer sozialen Stadt-
 876 entwicklungspolitik. Die erforderlichen Förderkonzepte
 877 müssen daher immer auch sozial-integrative Elemente
 878 enthalten und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort die
 879 Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit in Projekten bieten.

880
 881 Die kombinierenden Förderprogramme von Bund, Land
 882 und Kommunen „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“,
 883 „Zukunft Stadtgrün“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzen-
 884 tren“, „Kleinere Städte und Gemeinden“ und „Städ-

885 tebaulicher Denkmalschutz“ haben sich als operati-
 886 ve Grundlage bewährt. Ihre ständige bedarfsgerechte
 887 Fortentwicklung und Kombination mit originären För-
 888 derprogrammen des Landes und der Kommunen muss
 889 gestärkt werden. Dabei kommt es auch darauf an, dass
 890 das Land in Lotsenfunktion den Kommunen eine Bera-
 891 tung anbietet, um die vorhandene Förderinfrastruktur
 892 für die Städte und Gemeinden bedarfsgerecht nutzbar
 893 zu machen. Wir sind so gesehen für eine weitere Flexibi-
 894 lisierung, aber gegen eine weitere Zersplitterung in im-
 895 mer mehr Förderprogramme.

896
 897 Darüber hinaus muss sozialdemokratische Stadtent-
 898 wicklung folgendes schaffen:

- 899 • eine stärkere Verzahnung insbesondere mit der
- 900 Wohnraumförderpolitik,
- 901 • eine weitere Stärkung nicht-investiver Mittel für so-
 902 zial integrative Projekte,
- 903 • eine bedarfsgerechte zeitliche Ausweitung sol-
 904 cher Förderbestandteile, um langwierige Lösungs-
 905 prozesse in den benachteiligten Wohnquartieren
 906 durchgehend und in personeller Kontinuität durch-
 907 führen zu können,
- 908 • eine anteilige Mitfinanzierung von Fachpersonal
 909 bei den hilfebedürftigen Kommunen zur Planung
 910 und Durchführung der Stadtentwicklungsmaßnah-
 911 men als Teil der Förderung.

912
 913 Die Nachhaltigkeit quartiersbezogener Förderpolitik
 914 steht und fällt mit ihrem ganzheitlichen Ansatz. Eine le-
 915 benswerte Heimat beginnt vor der Haustür, wenn sozia-
 916 le, ökologische und baukulturelle Bestandsentwicklung
 917 aus der Fachlichkeit vieler Disziplinen bezahlbares Woh-
 918 nen in einem angenehmen Wohnumfeld schafft.

919
 920 Mit einer sozial orientierten, alters- und behindertenge-
 921 rechten, klimaangepassten, integrierten und integrati-
 922 ven Stadtentwicklungspolitik und Wohnungsbauförde-
 923 rung wollen wir die Standortqualitäten der Städte und
 924 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen erhalten und stär-
 925 ken sowie die gleichberechtigte gesellschaftliche Teil-
 926 habe aller sichern. Hierzu dienen beispielsweise die Ver-
 927 besserung von Aufenthaltsqualitäten in öffentlichen
 928 Räumen, der Wohnfunktionen, der Nahversorgung, der
 929 vernetzten und städtebaulich integrierten Mobilitäts-
 930 angebote, sichere und barrierefreie Fuß- und Radwege,
 931 sowie mehr wohnortnahes Grün. Um die Städte und
 932 Gemeinden wieder zu Werkstätten des lokalen Fort-
 933 schritts zu machen, fordern wir ein Programm für 100
 934 Bürgerhäuser in Nordrhein-Westfalen, die allen Verei-
 935 nen, Initiativen oder Gruppen für ihre Aktivitäten of-
 936 fenstehen. Eine vorsorgende, stadtteilorientierte, sozia-
 937 le Stadtentwicklungspolitik stärkt den sozialen Zusam-
 938 menhalt, wirkt der sozialen Ausgrenzung entgegen und
 939 schafft Sicherheit. Dies gelingt, wenn die städtebauli-
 940 che Qualität stimmt, gutes Wohnen sicher und bezahl-
 941 bar ist und die sozialstrukturelle Vielfalt vorhanden ist.

942
 943 Die Natur in den Städten ist den Menschen als Er-

944 holungsquelle wichtig. Öffentliche Grünräume können
945 Umweltbelastungen wie Lärm oder Staub reduzieren
946 und Orte der Begegnung für Jung und Alt sowie des
947 kulturellen und sportlichen Austausches sein. Sie schaf-
948 fen mehr Lebensqualität für alle. Vor dem Hintergrund
949 des Klimawandels streben wir im Sinne eines Leitbildes
950 „Grüne Stadt“ als Teil einer nachhaltigen Stadtentwick-
951 lung mehr wohnortnahes Grün, Grüngürtel, Stadtbäu-
952 me, Parkanlagen sowie Dach- und Fassadenbegrünung
953 an.

954
955 Diese vorsorgende Politik für die Menschen in unseren
956 Städten erspart auf Dauer erhebliche soziale und öko-
957 logische Folgekosten. Eine wohn- oder stadtquartierbe-
958 zogene Abwärtsspirale zu bremsen oder umzukehren,
959 erfordert im Vergleich dazu ein Vielfaches der Kosten.
960 Denn es bekämpft die Wirkungen, aber nicht die Ursa-
961 chen der Fehlentwicklung.

962
963 Das Markenzeichen unserer nachhaltigen Politik ist das
964 offene Gespräch mit allen Beteiligten. Unsere Stadtent-
965 wicklungspolitik bindet die Bürgerinnen und Bürger ak-
966 tiv in die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfel-
967 des ein. Damit wollen wir zugleich größere Akzeptanz
968 sowie mehr Planungs- und Investitionssicherheit errei-
969 chen. Hierbei bieten die Möglichkeiten der Digitalisie-
970 rung neue Möglichkeiten der Beteiligung, die wir ge-
971 meinsam fördern wollen.

972

973 **III. Fazit**

974 Die NRWSPD steht für einen Kurswechsel in der Woh-
975 nungspolitik. Hin zu einer Gemeinwohlorientierung vor
976 Renditeinteressen. Wir stehen für einen Bruch mit fal-
977 schen Glaubenssätzen, um wieder eine Sozialdemokra-
978 tische Politik für die vielen der solidarischen, ehrlichen
979 und fleißigen Mitte in unserem Land umsetzen zu kön-
980 nen. Darum begreifen wir den Staat als Akteur und zen-
981 trale Ebene zur Umsetzung unserer Ziele.

982 In den Mittelpunkt unserer Politik stellen wir daher die
983 wirklichen Probleme der Menschen und stellen uns da-
984 her den Ursachen des Problems, nicht nur den Folgen.
985 Das soziale Grundrecht auf bezahlbares Wohnen ist die
986 soziale Frage des Jahrzehnts, die wir lösen werden.

987

1 **L-06**
2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Kommunen in Nordrhein-Westfalen stärken – So wol-**
7 **len wir in Zukunft leben!**
8
9 **I. Von Thesen zu Positionen – Unser Weg**
10
11 Die NRWSPD fasste im Juni 2018 den Beschluss Kern-
12 thesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik und be-
13 auftragte zugleich den Landesvorstand, mit relevanten
14 gesellschaftlichen Gruppen sowie interessierten Bürge-
15 rinnen und Bürgern eine Debatte über die Thesen und
16 die Herausforderungen zukunftsfähiger Kommunalpo-
17 litik zu führen. Die vom Landesvorstand eingesetzte Ar-
18beitsgruppe „Kommunalkampa“ führte in der Zeit von
19 Februar 2019 bis April 2019 vier Veranstaltungen in den
20 vier Regionen NRWs zu den Schwerpunktthemen Wirt-
21 schaft, Mobilität, Soziales und Wohnen durch. 22 exter-
22 ne Expertinnen und Experten bewerteten die Thesen
23 und diskutierten mit insgesamt ca. 120 Genossinnen
24 und Genossen, setzten zusätzliche Akzente und gaben
25 Anregungen, die aus ihrer fachlichen Sicht zum Gelin-
26 gen zukunftsfähiger Kommunalpolitik notwendig sind.
27 Die NRWSPD dankt an dieser Stelle allen an diesen Dis-
28 kussionen Beteiligten herzlich.
29
30 Ein Jahr vor der Kommunalwahl 2020 bekräftigen wir
31 die in den Kernthesen sozialdemokratischer Kommu-
32 nalpolitik dargelegten Positionen.
33
34 **II. Handlungsspielräume für Kommunen schaffen**
35
36 Unsere Kommunen sind Orte mit Zukunft. Sie sind Hei-
37 mat, Zuhause, Wohnorte, Orte der Teilhabe und Teilnah-
38 me, Orte zum Lernen, Arbeiten und Erholen. Sie sind Or-
39 te für Junge und Alte, für Nachbarinnen und Nachbarn,
40 für Alteingesessene und Neubürgerinnen und Neubür-
41 ger.
42
43 Unsere Kommunen erfüllen als unmittelbare Ebene un-
44 serer Demokratie viele Funktionen und Aufgaben, um
45 Lebensqualität, Bildung, Sicherheit und Mobilität für al-
46 le Generationen angemessen und einfach zugänglich zu
47 gewährleisten.
48
49 Und dennoch müssen wir feststellen: Auch in vielen
50 unserer Kommunen spiegelt sich die soziale Spaltung
51 unserer Gesellschaft wider: Gegensätze werden sicht-
52 bar, das Gemeinsame schrumpft. Wir wollen dieser Ent-
53 wicklung entgegenwirken. Wir streben gleichwertige
54 Lebensverhältnisse an. Wir wissen, dass die Kommu-
55 nen dies nur im Verbund mit Bund und Land schaffen
56 können. Diese Aufgabe nehmen wir auf jeder staatli-
57 chen Ebene wahr. Auch in der gegenwärtigen Bundes-
58 regierung hat die SPD viel zur Unterstützung der Städ-

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme in der Fassung der Antragskommission

59 te, Gemeinden und Kreise erreicht. Mit der Übernah-
60 me der Kosten der Grundsicherung im Alter, der Ent-
61 lastung beim Gemeindeanteil an den Kosten der Unter-
62 kunft, der Erhöhung des Gemeindeanteils bei der Um-
63 satzsteuer und mehreren milliardenschweren Investiti-
64 onsprogrammen des Bundes ist die Freiheit der kommun-
65 alen Selbstverwaltung gestärkt worden. „Wer bestellt,
66 bezahlt“, dieser Grundsatz muss auch für den Bund gel-
67 ten.

68
69 Zugleich sind mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen der
70 SPD-geführten Landesregierung bis 2017 auch seitens
71 des Landes erhebliche finanzielle Unterstützungsleis-
72 tungen für unsere Kommunen erbracht worden. Das
73 Förderprogramm „Gute Schule 2020“ wirkt, ebenso die
74 Wohnungsbauförderprogramme des Landes. Leider ver-
75 lässt die schwarz-gelbe Landesregierung diesen Pfad
76 zur Schaffung von mehr sozialem Wohnraum wieder.

77
78 Die finanzielle Lage mancher Kommunen bleibt schwie-
79 rig.

80
81 In unseren Städten und Gemeinden haben die Men-
82 schen die meisten Berührungspunkte mit Staat und Po-
83 litik. Auf kommunaler Ebene hat jeder und jede Ein-
84 zelne die größten Gestaltung- und Einflussmöglichkei-
85 ten. Deshalb müssen die 396 Städte und Gemeinden
86 in unserem Land an 365 Tagen im Jahr für ein lebens-
87 wertiges Nordrhein-Westfalen sorgen. Das sicherzustel-
88 len, wird für viele Kommunen von Tag zu Tag schwerer.
89 In zu vielen Städten erleben Menschen, dass die Kultur-
90 und Sportangebote zurückgefahren und Förderungen
91 der Jugendarbeit gestrichen werden, öffentliche Infra-
92 struktur verfällt und die Lebensqualität der Bürgerin-
93 nen und Bürger sinkt. Verlust von Vertrauen und stei-
94 gende Unzufriedenheit finden sich vor allem dort, wo
95 sich Menschen – unabhängig vom eigenen sozialen Sta-
96 tus – von Politik und Staat verlassen fühlen. Gerade in
97 einer Gesellschaft, in der traditionelle Orte der Gemein-
98 schaft an Bedeutung verlieren, müssen wir deshalb den
99 Städten und Gemeinden und damit in erster Linie den
100 Bürgerinnen und Bürgern wieder Handlungsfelder er-
101 öffnen und Gestaltungsraum geben.

102
103 Wir haben die Kommune, das Basiccamp der Demokra-
104 tie, in den vergangenen Jahrzehnten überfordert. Die
105 Hälfte der sozialen Leistungen wird heute auf kommun-
106 aler Ebene getragen. Das Konnexitätsprinzip hieß am
107 Ende zu oft: „Den Letzten beißen die Hunde!“ Heu-
108 te befinden sich finanzschwache Kommunen deshalb
109 in einem Teufelskreis. Sie sind nicht mehr in der Lage,
110 aus eigener Kraft für ihre Bevölkerung vergleichbar gu-
111 te Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven zu er-
112 möglichen. Weil Steuern gesenkt wurden und der Bund
113 die Lasten der Sozialgesetzgebung stärker den Kommu-
114 nen aufgebürdet hat, ohne für eine ausreichende Fi-
115 nanzierung zu sorgen, haben wir zugelassen, dass sich
116 unter den Städten Globalisierungsverlierer ausgebildet
117 haben. Durch strukturelle Krisen sanken Wirtschafts-

118 leistungen und damit auch die Steuerkraft. Die soziale
119 Folge: Auch die Soziallasten stiegen, weshalb Geld für
120 Investitionen und den Erhalt fehlten.

121
122 Der Stärkungspakt Stadtfinanzen war eine richtige und
123 erfolgreiche Maßnahme, um hier gegenzusteuern. Nun
124 müssen aber kurzfristig weitere Schritte folgen: Um
125 Kommunen wieder handlungsfähig zu machen und so
126 den Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, das
127 Leben auch in ärmeren Städten zu gestalten, sind drei
128 Schritte notwendig:

- 129
- 130 1. Zuerst müssen alte Kassenkredite, die Kommunen
131 in der Regel nicht selbst verschuldet haben, in einen
132 Altschuldenfonds unter Beteiligung von Bund und
133 Land überführt werden.
 - 134 2. Zweitens muss verhindert werden, dass neue Kas-
135 senkredite auflaufen. Dafür müssen die Haushalte
136 der Kommunen ausgeglichen werden. Sie müssen
137 aber vor allem substanziell von Soziallasten befreit
138 werden.
 - 139 3. Drittens benötigen wir zielgerichtete Hilfe für je-
140 ne Kommunen, die über Jahre negativ von einem
141 Strukturwandel geprägt wurden.

142
143 Folgende Punkte müssen dabei unabhängig von der
144 Umsetzung im Detail berücksichtigt werden:

- 145
- 146 – Es muss eine Entschuldung der Liquiditätskredite
147 innerhalb eines vermittelbaren Zeitraums erfolgen.
148 Ein Prozess, der länger als 30 Jahre dauert, wird weder
149 der Politik noch den Bürgerinnen und Bürgern vermit-
150 telbar sein.
 - 151
152 – Egal in welcher Form die Kommunen an der
153 Finanzierung der Lösung beteiligt werden, es müssen
154 Spielräume entstehen, die verhindern, dass die Hebe-
155 sätze bei Gewerbe- und Grundsteuern weiter steigen.
156 Besser wäre sogar, dass sie in absehbarer Zeit auch wie-
157 der sinken könnten, um im Wettbewerb mit anderen
158 Kommunen nicht noch weiter zurückzufallen.
 - 159
160 – Es müssen Möglichkeiten zu kommunalen Inves-
161 titionen eröffnet werden, um die Funktionsfähigkeit der
162 Kommunen und der öffentlichen Infrastruktur sicher-
163 stellen zu können.
 - 164
165 – Der gesamte Prozess muss mit einer Entlastung
166 bei den Soziallasten durch eine Übernahme der Kos-
167 ten der Unterkunft im SGB II durch den Bund beglei-
168 tet werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die-
169 ser Prozess nachhaltig gesichert werden kann und nicht
170 neue Schulden bei sich verschlechternder wirtschaftli-
171 cher und sozialer Lage wieder aufgebaut werden.
 - 172
173 – Die Kommunen müssen gemeinsam mit der
174 Kommunalaufsicht bereit sein zu einem umfassenden
175 Ergebniscontrolling. Dabei wird es darum gehen, flexi-
176 bel und lösungsorientiert Handlungsperspektiven zum

177 Erhalt des Haushaltsausgleichs zu entwickeln.
 178
 179 Die Strukturkrisen der Vergangenheit und die Überwin-
 180 dung der strukturellen Probleme heute dürfen nicht die
 181 Zukunftsperspektiven der Menschen in den betroffe-
 182 nen Städten zerstören. Die Menschen müssen wieder
 183 Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der demo-
 184 kratischen Institutionen gewinnen. Deshalb müssen die
 185 aktuelle wirtschaftliche Lage und die Niedrigzinsphase
 186 zur Entschuldung der Kommunen genutzt werden.
 187
 188 Auch die von der Bundesregierung eingesetzte Kommis-
 189 sion „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird Maßnah-
 190 men entwickeln, die den Kommunen mit Altschulden
 191 und hohen Kassenkrediten helfen, dauerhaft auf eige-
 192 nen Füßen zu stehen. Klar ist, dass der Bund hier seiner
 193 finanziellen Verantwortung nachkommen muss, um die
 194 zu großen Teilen durch den Bund verursachte Anhäu-
 195 fung von Kosten bei den Kommunen zu beseitigen.
 196 Bund, Länder und Gemeinden haben gemeinsam die
 197 Aufgabe, für gute Lebensbedingungen der Bürgerinnen
 198 und Bürger in ihrer Stadt, ihrer Gemeinde und ihrer Re-
 199 gion zu sorgen.
 200
 201 **III. Einladung zum Mitmachen – Die Städte sind für Dich**
 202 **gebaut...**
 203
 204 Wie wollen wir, wie wollen Sie, willst Du in Zukunft le-
 205 ben? Ist die Stadt, die Gemeinde, Deine Heimat nur noch
 206 ein globales Dorf, weil Informationen überall vorhan-
 207 den und jeder mit jedem verbunden sein kann? Sind
 208 Städte und Gemeinden nicht mehr als das? Wie soll sie
 209 aussehen, die Stadt der Zukunft? Wollen Sie, willst Du
 210 dabei sein, wenn es um die Zukunft Ihrer und Deiner
 211 Heimat geht? Was ist denn Heimat, was macht sie aus,
 212 ist sie überhaupt wichtig?
 213
 214 Für uns ist sie ein Ort der Freiheit, an dem Menschen
 215 gerne leben wollen. Wir beteiligen unsere Bürgerinnen
 216 und Bürger an der Gestaltung ihrer Heimat. Demokratie
 217 und Bürgerbeteiligung gehören zur Heimat, in der wir
 218 gerne leben.
 219
 220 Anstatt die Entwicklungen in unseren Quartieren und
 221 Nachbarschaften wirtschaftlichen Interessen privater
 222 Unternehmen unterzuordnen, wollen wir sie aktiv
 223 selbst gestalten. Wer bei uns lebt, soll bezahlbare Woh-
 224 nungen finden, gebührenfreie Kindertagesbetreuung,
 225 gute Schulen, einen guten Arbeitsplatz und vielfältige
 226 Einkaufsmöglichkeiten.
 227
 228 Für uns ist die Gesundheit ein hohes Gut. Deshalb wol-
 229 len wir in unseren Kommunen im Einklang mit der Na-
 230 tur leben. Wir nutzen erneuerbare Energien und wollen
 231 sie ausbauen, wir brauchen weder Glyphosat noch grü-
 232 ne Gentechnik – wir suchen eine gute Zukunft, für uns
 233 und unsere Kinder.
 234
 235 In vielen Regionen stellt das Auto für die Menschen

236 das Transportmittel der Wahl dar, aber nachhaltige
237 und zukunftsfähige Mobilitätskonzepte erfordern ei-
238 niges mehr: gute Radwege, Elektrobusse, vernetztes
239 Carsharing oder Mitfahrangebote und ein attraktives
240 ÖPNV-Angebot. Für uns ist die Heimat nicht rückwärts-
241 gewandt, sondern zeigt nach vorn: Wir setzen überall
242 auf Glasfaser: mit „smart cities“ und „smart regions“
243 werden wir überall gleiche Chancen zur Information,
244 Kommunikation und guter Arbeit schaffen.

245
246 Unsere Kinder sind unsere Gegenwart und unsere Zu-
247 kunft. Wir wollen, dass sie in beste Schulen gehen. Bil-
248 dungswege in die Zukunft dürfen nicht allein vom Geld-
249 beutel abhängen und sollen allen Generationen offen-
250 stehen.

251
252 Unsere Heimat ist weltoffen, tolerant und friedensstif-
253 tend. Wir helfen Menschen in materieller Not, die Opfer
254 von Flucht und Vertreibung sind und wir zeigen Grenzen
255 auf, damit Sicherheit und Freiheit nicht gefährdet wer-
256 den. Wir sind Partner von Kirchen, Gewerkschaften und
257 sozialen Organisationen und fördern zivilgesellschaftli-
258 ches Engagement.

259
260 In unserer Kommune gibt es eine hohe Lebensqualität:
261 Sport, Freizeit, Kultur sind Ausdruck von Lebensfreude,
262 Vielfalt und Zusammenhalt. Unsere Sportstätten müs-
263 sen deshalb in gutem Zustand sein und allen zur Verfü-
264 gung stehen. Unsere kommunale Kultur trägt zu unse-
265 rer Identität bei. Unsere Einrichtungen und unsere Ak-
266 tivitäten sind unverzichtbar und deshalb keine stille Fi-
267 nanzreserve im städtischen Haushalt.

268
269 Wir wollen durch unsere vorbeugende Sozialpolitik nie-
270 manden zurücklassen und Fehlentwicklungen vorbeu-
271 gen. Quartiere und Nachbarschaften müssen gute Be-
272 dingungen für eine hohe Lebensqualität bieten. Was für
273 die junge und aktive Generation gilt, soll auch für älte-
274 re Menschen gelten. Denn bei aller Unterschiedlichkeit
275 und trotz Meinungsverschiedenheiten: Wir gehören zu-
276 sammen.

277
278 Unsere Kommunen sind Orte mit Zukunft. Wir wissen,
279 dass globale Herausforderungen lokale Antworten ver-
280 langen. An dieser Politik wollen wir Sie und Dich betei-
281 ligen.

282
283 Wir laden alle herzlich dazu ein.

284
285 **IV. Zwanzig zentrale kommunalpolitische Positionen**
286 **der NRWSPD**

287
288 1. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für uns die
289 Freiheit, vor Ort selbst über die Lebensbedingungen und
290 Lebensqualität der Menschen in ihrem Heimatort ent-
291 scheiden zu können. Als Teil des demokratischen und so-
292 zialen Rechtsstaates der Bundesrepublik Deutschland
293 erwarten wir die notwendige finanzielle und rechtliche
294 Unterstützung durch Bund und Land bei der Wahrneh-

295 mung dieser Aufgabe. Kommunale Selbstverwaltung ist
 296 für uns die Basis, nicht das Kellergeschoss der Demokra-
 297 tie. Diesem Grundverständnis folgend, setzen sich Sozi-
 298 aldemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen Ebe-
 299 nen für handlungsfähige Kommunen ein. Wir wollen le-
 300 bendige, lebens- und liebenswerte Kommunen in NRW,
 301 in denen sich die Menschen wohl fühlen, die sie als ihre
 302 Heimat wahrnehmen und in denen sie sich selbst ein-
 303 bringen.

304
 305 2. Wir stehen zur öffentlichen Verantwortung bei zen-
 306 tralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.
 307 Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger müs-
 308 sen wirtschaftlich erbracht werden und sind unser
 309 Ziel, nicht das privatwirtschaftliche Gewinnstreben. Wir
 310 wollen starke Kommunen mit handlungsfähigen, de-
 311 mokratisch legitimierten Stadt- und Gemeinderäten so-
 312 wie Kreistagen. Die wirtschaftsliberale Devise „Privat
 313 vor Staat“ lehnen wir ab. Wir bekennen uns zu in-
 314 terkommunaler und regionaler Zusammenarbeit. Das
 315 Wohl ergehen der eigenen Kommunen darf nicht durch
 316 ruinösen Wettbewerb auf dem Rücken der Nachbarn
 317 aufbauen.

318
 319 3. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Für ihn brauchen
 320 wir eine effiziente, moderne und bürgernahe Verwal-
 321 tung. Für ihn brauchen wir eine funktionierende kom-
 322 munale Demokratie. Sie ersetzt nicht die Verantwor-
 323 tung der Bürgerinnen und Bürger, sondern bringt sie zur
 324 Geltung. Unsere Kommunalpolitik will die Menschen
 325 zum Engagement motivieren. Deshalb benötigen wir eine
 326 stabile kommunale Demokratie. Unsere Kommunal-
 327 politik will die Menschen gewinnen, ihre Kommune zu
 328 gestalten, mitzuwirken und erlebbar zu machen. Des
 329 halb schätzen und fördern wir das Ehrenamt. Es ist für
 330 uns Unterstützung, kein Ersatz notwendiger Arbeit am
 331 Gemeinwesen.

332
 333 4. Kommunale Selbstverwaltung, verstanden als Frei-
 334 heit, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft
 335 zu behandeln, braucht eine auskömmliche Finanzie-
 336 rung. Wir erwarten, dass Bund und Land diese Grund-
 337 lage sichern, bevor lokale Steuern und Abgaben für
 338 Aufgaben, die Bund und Land finanzieren müssen, er-
 339 hoben werden. Wir fordern, dem Grundsatz „wer be-
 340 stellt, bezahlt“ Geltung zu verschaffen. Wir stehen aber
 341 auch zur eigenen finanziellen Verantwortung und wol-
 342 len keine Verschuldung zu Lasten nachfolgender Ge-
 343 nerationen. Kommunale Steuern, Gebühren und Abga-
 344 ben müssen sich daran orientieren, dass die kommu-
 345 nale Infrastruktur insgesamt langfristig erhalten bleibt
 346 und die Kommune eine hohe Lebensqualität sichert. Es
 347 gilt der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlich-
 348 keit, und zwar ohne Beteiligung an zweifelhaften Steu-
 349 ersparmodellen, Finanzierungskonzepten oder Sozial-
 350 und Lohndumping.

351
 352 5. Zu den Grundbedürfnissen, die eine Kommune erfül-
 353 len muss, gehört das Wohnen. Wohnraum muss aus-

354 reichend vorhanden und für breite Bevölkerungsschich-
355 ten bezahlbar sein. Wir wollen eine aktive Rolle der
356 Kommunen in der Wohnungspolitik. Angefangen von
357 der Bodenbevorratung, Mobilisierung und Reaktivie-
358 rung kommunaler Flächen wollen wir Raum für neue
359 Wohnungen schaffen. Wir folgen dem Grundsatz der
360 „Innen- vor Außenentwicklung“. Unsere Wohnungs-
361 politik folgt ebenso gemeinwohlorientierten, sozialen Zie-
362 len wie den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Wohnungs-
363 politik und Quartiersentwicklung gehören für uns eng
364 zusammen. Mehr und mehr Stadtteile sind von Genti-
365 fizierung betroffen. Der Verdrängung finanziell schlech-
366 ter gestellter Menschen an die Stadtränder stellen wir
367 uns entgegen. Wir wollen Quartiere in der ganzen Stadt,
368 die für alle bezahlbar und daher sozial durchmischt
369 sind. Nur so werden auch unterschiedliche Stadtteil-
370 kulturen gepflegt. Dafür wollen wir auch weiterhin
371 das Instrument der Milieuschutzsatzung nutzen. Des-
372 halb ist der Wohnungsbau integrierter Bestandteil der
373 Stadtentwicklung, die eine gute Lebensqualität schaf-
374 fen muss.

375
376 Die wichtige Errungenschaft des sozialen Wohnungs-
377 baus ist unverzichtbar und muss wieder mehr in den
378 Vordergrund kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten
379 rücken. Für breite Bevölkerungsschichten ist der sozia-
380 le Wohnungsbau der einzige Weg, wieder erschwingli-
381 chen Wohnraum zu erhalten. Kommunen fehlen häu-
382 fig Grundstücke, um Neubauten zu errichten oder aber
383 es fehlen die finanziellen Möglichkeiten, um vorhande-
384 ne Grundstücke wirksam zu entwickeln. Deshalb wol-
385 len wir einen kostenfreien und unbürokratischen Lan-
386 desfonds für die Kommunen zur Entwicklung, Wieder-
387 herstellung und Neubebauung von Brachflächen, unge-
388 nutzten Grundstücken und Immobilien schaffen.

389
390 6. Mobilität bedeutet Freiheit. Anders als in der Ver-
391 gangenheit ist sie aber nicht mehr vorwiegend an den
392 PKW gebunden. Wir stellen aber fest, dass statt Mobi-
393 lität in NRW allzu oft Stillstand angesagt ist. Ob Stau
394 oder mangelhaftes ÖPNV-Angebot, beides bringt nicht
395 voran. Wenn wir die Kommunen stärken, können sie ei-
396 ne entscheidende Rolle bei der Mobilitätswende spie-
397 len. Viele haben bereits erfolgreich mit Veränderungen
398 im Verkehrsmix begonnen und realisieren umwelt-
399 verträglichere Lösungen. Wir wollen Mobilität fördern,
400 indem wir den Umweltverbund aus öffentlichem Ver-
401 kehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr fördern. Fahrgast-
402 zahlen, Komfort, Pünktlichkeit und Umweltverträglich-
403 keit wollen wir verbessern und dennoch die Preise für
404 Verbraucherinnen und Verbraucher senken. Wir wer-
405 den neue technische Antriebe (Elektromotoren, Gas-
406 und Wasserstoffantriebe) im öffentlichen Verkehrssek-
407 tor unterstützen und Busse und Bahnen sowie kom-
408 munale Fahrzeuge zeitnah umrüsten bzw. ersetzen. Ein
409 kostenloser öffentlicher Nahverkehr ist für uns eine vi-
410 sionäre Perspektive, die wir weiterverfolgen. Zur Stär-
411 kung von regionalen Verkehren brauchen wir Mobili-
412 tätskonzepte, die von Mitfahrgelegenheiten bis zum

413 Bürgerbus die Angebotsstruktur verbessern. Um die Be-
 414 dingungen von Pendler*innen zu verbessern, fordern
 415 wir eine flächendeckende Park-and-Ride-Struktur.

416
 417 Auch hier gilt: Vieles ist aus eigener Kraft möglich, vie-
 418 les müssen aber Bund und Land beisteuern. Die Verdrei-
 419 fachung der Bundesmittel aus dem GVFG bis 2021 für
 420 z.B. U- und Straßenbahnen und die deutlich verbesser-
 421 te Bundesförderung für den Radverkehr sind wichtige
 422 Schritte, um vor Ort Bewegung zu schaffen. Unser Ziel
 423 ist, vor allem die umweltverträglichen Verkehrsträger so
 424 zu ertüchtigen, dass ein Umstieg vom Auto auf z.B. Rad
 425 und ÖPNV möglich und attraktiv ist.

426
 427 Den öffentlichen Nahverkehr wollen wir als zentrales
 428 Element der Daseinsvorsorge und der Mobilitätswende
 429 stärken. Die Nutzung muss unkompliziert und kosten-
 430 günstig sein. Tarifwirrwarr und Preise, die keine Alter-
 431 native zum PKW sind, müssen der Vergangenheit ange-
 432 hören.

433 Unser Ziel ist deshalb: Ein Ticket für ganz NRW für 1 €
 434 pro Tag. Wir wollen ein 365-Euro-Ticket.

435
 436 7. Eine gute Allgemeinbildung ist die beste Voraus-
 437 setzung für ein selbstbestimmtes Leben. Bildung ist
 438 aber auch notwendige Bedingung einer sozialen Gesell-
 439 schaft und einer erfolgreichen Volkswirtschaft. Bildung
 440 ist der Schlüssel für die Teilhabe in allen Lebensberei-
 441 chen. Deshalb wollen wir alle Kraft darauf verwenden,
 442 unsere Bildungseinrichtungen auf höchstem Niveau zu
 443 erhalten. Dazu gehören selbstverständlich die Versor-
 444 gung mit Glasfaser und eine moderne digitale Ausstat-
 445 tung aller Bildungseinrichtungen. Bildung ist nicht auf
 446 die erste Lebensphase beschränkt. Lebenslanges Lernen
 447 verlangt Angebote entlang der gesamten Bildungskette
 448 bis zum Lernen im Alter. Wir unterstützen das Ziel, allen
 449 Menschen unabhängig vom Geldbeutel gleich gute Bil-
 450 dungsvoraussetzungen zu schaffen, denn noch immer
 451 entscheiden in Deutschland Herkunft und Wohnort in
 452 einem großen Maß über Teilhabe- und Bildungschan-
 453 cen von Kindern. Unser Ziel bleibt die Chancengleich-
 454 heit beim Zugang zu Bildung, unabhängig von Herkunft
 455 und Elternhaus. Unser Ziel ist, Kita und OGS kostenfrei
 456 für alle Kinder anzubieten. Zugleich fordern wir verbind-
 457 liche Standards für die OGS, um überall gleichermaßen
 458 die Qualität des Angebotes sowie die Fachlichkeit des
 459 Personals und seine angemessene Bezahlung sicherzu-
 460 stellen. Gebührenfreiheit kann allerdings nur dann er-
 461 reicht werden, wenn Bund und Land den Kommunen die
 462 Einnahmeausfälle erstatten.

463
 464 8. Verantwortliche Kommunalpolitik leistet ihren Bei-
 465 trag zum Klimaschutz und zur Energiewende. Starkre-
 466 gen, Sturm, Unwetter und Hochwasserereignisse zei-
 467 gen, dass Schutzmaßnahmen erforderlich sind, um auf
 468 größere Gefahrenlagen vorbereitet zu sein. Kommunen
 469 müssen Konzepte entwickeln, um den Schutz der Be-
 470 völkerung zu sichern. Unterlassener Klimaschutz kos-
 471 tet, vorbeugender spart Geld und sichert unsere Lebens-

472 bedingungen. Wir unterstützen aktiv das Ziel des Bundes,
473 den Anteil der regenerativen Energien bis 2035 auf
474 60% zu erhöhen. Wir stehen zur öffentlichen Verantwortung
475 in der Umwelt- und Klimapolitik. Wir brauchen
476 eine neue Mobilität in der Stadt. Wir wollen weder grüne
477 Gentechnik noch Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat
478 im öffentlichen Bereich einsetzen.

479
480 9. Gute Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, gesellschaftliche
481 Fehlentwicklungen vorbeugend zu vermeiden. Sie stärkt den
482 gesellschaftlichen Zusammenhalt durch gute Rahmenbedingungen
483 für die verschiedenen Gruppen in einer Kommune. Kinder- und
484 Jugendpolitik fördert Chancen und sichert Zukunft. Zum
485 eigenen Quartier gehören generationenübergreifende
486 Sportstätten, Jugendräume und Spielplätze. Vorsorgende
487 Sozialpolitik beginnt mit Besuchen bei jungen Eltern,
488 verlangt gute Familienberatung, eine emanzipatorische
489 Kinder- und Jugendpolitik mit hohen Freizeitwerten und
490 endet bei einer Seniorenarbeit, die die älteren Menschen
491 nicht nur als Pflege- oder Betreuungsfälle versteht.
492 Dennoch muss qualifizierte Hilfe vorhanden sein, wo sie
493 nötig ist und gebraucht wird. Dafür muss auch die
494 Ausbildung für den Pflegeberuf attraktiver gestaltet
495 werden.

496
497
498 10. Die moderne Stadt und Gemeinde ist weltoffen, tolerant
499 und friedensstiftend. Sie hilft Menschen in materieller
500 Not, die Opfer von Flucht und Vertreibung geworden sind.
501 Wir stärken dazu auch das zivilgesellschaftliche
502 Engagement, sind Partner von Kirchen, Gewerkschaften
503 und sozialen Organisationen. Wir hetzen Menschen nicht
504 gegeneinander auf, um der Stammtischhoheit willen oder
505 um kurzfristige Prozentgewinne bei Wahlen zu erzielen.
506 Wir wollen den Menschen gute Perspektiven bieten. Wir
507 wenden uns allerdings auch dagegen, Verantwortlichkeiten
508 auszuweichen oder Zuständigkeiten zu verwischen. Die
509 Asyl- und Flüchtlingspolitik ist eine Aufgabe des Bundes
510 und ebenso der Länder.
511 Die Kommunen dürfen weder für die finanziellen Folgen
512 noch für administrative Vollzugsdefizite in die Verantwortung
513 genommen werden.

514
515 11. Kommunen produzieren Standorte. Moderne Wirtschaft
516 schafft gute Arbeit. Kommunale Wirtschaftspolitik
517 stärkt kleine und mittlere Betriebe und ist Partner
518 großer Unternehmen. Kommunale Wirtschaftspolitik
519 schafft gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von
520 Familie und Beruf und hilft mit den Berufskollegen bei
521 der Sicherung der dualen Ausbildung im Handwerksbereich.
522 Gleiches gilt für den Zugang zum Dienstleistungssektor
523 und die akademische Ausbildung. Kommunen sind als
524 Arbeitgeber selbst gefordert und müssen ihrer Vorbildfunktion
525 gerecht werden, wenn es um familiengerechte Arbeitszeiten,
526 Ausbildungsplätze und Begrenzung befristeter
527 Beschäftigungsverhältnisse geht. Die Arbeit der Zukunft
528 wird maßgeblich durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche
529 geprägt. Kommunale Wirtschaftsdialoge mit den Unternehmen
530 vor Ort, Gewerk-

531 schaften und Kammern sollen eine konzertierte kom-
 532 munale Wirtschaftsförderung sichern, die den Heraus-
 533 forderungen des digitalen Zeitalters gewachsen ist.

534

535 Kommunen können, wenn es ihre finanzielle Lage er-
 536 laubt, als Investoren in öffentliches Eigentum – z. B.
 537 Kitas, Schulen, Straßen, Brücken, Verwaltungsgebäu-
 538 de – agieren und so einen vielerorts bedeutenden Bei-
 539 trag zur Auftragslage des regionalen Handwerks und
 540 zugleich zum Werterhalt kommunalen Besitzes leis-
 541 ten. Häufig hindern praxisferne Vergaberichtlinien zü-
 542 giges und unkompliziertes Handeln. Wir wollen Ver-
 543 gabevorschriften, die einen fairen Wettbewerb fördern
 544 und zugleich für die Infrastruktur der Kommunen not-
 545 wendige Sanierungs- und Baumaßnahmen beschleuni-
 546 gen, statt sie zu verzögern. Selbstverständlich müssen
 547 Antikorruptions-Vorschriften und ihre Handhabung da-
 548 von unberührt bleiben.

549

550 12. Kommunalpolitik ist Verbraucherpolitik. Wir wollen
 551 einen florierenden Einzelhandel in lebendigen Innen-
 552 städten. Dazu gehören neben dem Einzelhandel auch
 553 ausreichend Grünflächen und Zonen zur Erholung für
 554 die Bürger*innen. Wir brauchen keine Aufhebung der
 555 Sonntagsruhe durch immer mehr verkaufsoffene Sonn-
 556 tage. Wir wollen eine gesunde Ernährung mit regio-
 557 nalen Produkten und einer umweltverträglichen Land-
 558 wirtschaft. In Zeiten von Lebensmittelskandalen, Um-
 559 weltgiften und immer wachsender Verletzlichkeit unse-
 560 rer Gesellschaft durch die Digitalisierung brauchen Ver-
 561 braucherinnen und Verbraucher Beratung und Aufklä-
 562 rung durch die Verbraucherzentralen.

563

564 13. Der demografische Wandel ist kein Zukunftsszena-
 565 rio. Eine älter werdende Gesellschaft bringt neue Auf-
 566 gaben mit sich. Eine ausreichende Betreuung, eine qua-
 567 litativ hochwertige Pflege und die Ermöglichung von
 568 Mobilität durch einen erreichbaren ÖPNV spielen ei-
 569 ne wichtige Rolle. Auch der Vereinsamung älterer Men-
 570 schen muss vor Ort durch Angebote und Projekte be-
 571 gegnet werden. Wir begreifen die alternde Gesellschaft
 572 als ein generationenüber greifendes Gesamtkonzept, in
 573 der jeder von jedem profitieren kann.

574

575 14. Dorf- und Stadtentwicklungspolitik hat die Kommu-
 576 nen insgesamt im Blick. Wie in einem Brennglas sind ge-
 577 sellschaftliche Herausforderungen in unseren Gemein-
 578 wesen konzentriert. Konzepte, die die Aufgaben der Ge-
 579 genwart erfassen, die Zukunft der eigenen Heimat be-
 580 schreiben und Ziele einer zukunftsfähigen und lebens-
 581 werten Kommune entwickeln, sind für uns unverzicht-
 582 bar. In den Prozess der Erarbeitung dieser Konzepte be-
 583 ziehen wir die Bürgerinnen und Bürger aktiv ein. Wir
 584 wollen die teilhabenden und mitbestimmenden Bürge-
 585 rinnen und Bürger.

586

587 15. Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet weiter
 588 voran und wird auch das öffentliche Leben in den Städ-
 589 ten und Gemeinden durchdringen. Kaum ein Lebensbe-

590 reich dürfte in den kommenden Jahren unberührt blei-
 591 ben. Um die Chancen in allen Teilen des Landes nutzen
 592 zu können, werden wir dem Recht auf Glasfaser Geltung
 593 verschaffen und schnellst möglich die notwendige In-
 594 frastruktur schaffen. Wir brauchen eine digitale Agen-
 595 da in jeder Kommune. Deshalb werden wir auch die de-
 596 mokratisch legitimierten Gremien mit dieser Aufgabe
 597 befassen und einen Bürgerdialog initiieren, um Stärken
 598 und Schwächen sowie Chancen und Risiken in Erfah-
 599 rung zu bringen und zu gestalten.

600
 601 16. Unsere Kommunen sollen generationengerecht und
 602 integrativ sein. Demografischer Wan del ist selbstver-
 603 ständlicher Teil des gesellschaftlichen Wandels. Er be-
 604 gleitet uns von der Kita bis zum Pflegeheim und in
 605 den jeweils unterschiedlichen sozialen Lebenslagen. Die
 606 Teilhabe am kommunalen Geschehen darf nicht durch
 607 physische Barrieren oder Diskriminierung gleich wel-
 608 cher Art eingeschränkt oder verhindert werden. Die
 609 Stadt der Zukunft ist inklusiv, barriere- und diskriminie-
 610 rungsfrei und ermöglicht die Teilhabe am gesellschaft-
 611 lichen Leben für jeden Einwohner und jede Einwohne-
 612 rin. Eine gute Beobachtung des demografischen Wan-
 613 dels ist unverzichtbar. Deshalb wollen wir Betroffene zu
 614 Beteiligten machen und ihnen in jeder Lebensphase die
 615 Mitwirkung am kommunalen Leben sichern und Hin-
 616 dernisse, wie zum Beispiel an Bahn- und Busstationen,
 617 abbauen.

618
 619 17. Sport ist nicht nur Ausdruck von Lebensfreude, son-
 620 dern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Gesund-
 621 heit der Bevölkerung. Sport ist ein Schlüssel zu gesell-
 622 schaftlicher Teilhabe und Integration. Sport ist auch Teil
 623 einer vorsorgenden Sozialpolitik und Aus druck guter
 624 Lebensqualität. Unsere Sportstätten müssen deshalb in
 625 gutem Zustand sein und der Bevölkerung insgesamt zur
 626 Verfügung stehen. Spitzen- und Breitensport sind ge-
 627 meinsam Elemente guter, lokaler Sportpolitik. Deshalb
 628 muss insbesondere die finanzielle Unterstützung des
 629 Breitensports von den Kommunen angegangen wer-
 630 den. Ebenso leisten wir Unterstützung bei Inklusion und
 631 Integration von Menschen mit Einschränkungen in die
 632 Vereine und erleichtern den finanziellen Zugang von
 633 Kindern und Jugendlichen zu Sportangeboten.

634
 635 18. Unsere Städte sind Teil der Natur und Produkt der
 636 Kultur. Die Kultur einer Stadt hat viele Ausdrucksfor-
 637 men, darunter sind unsere Theater, Konzerthäuser und
 638 viele verschiedene Bühnen, die uns die Welt näherbrin-
 639 gen, im Guten wie im Schlechten. Mit ihren viel seitigen
 640 Aktivitäten tragen die Kulturschaffenden in den ver-
 641 schiedenen Spielorten zur Weltoffenheit unserer Kom-
 642 munen bei. Sie sind nicht nur Teil der Daseinsvorsor-
 643 gen, sie tragen zur Identität einer Stadt bei, prägen ih-
 644 ren Charakter und sind deshalb unverzichtbar Bestand-
 645 teil unserer politischen Kultur. Kulturelle Bildung ist ein
 646 wichtiger Baustein der Erziehung von Kindern und Ju-
 647 gendlichen. Vom Zugang zum Musikunterricht bis zu
 648 kulturellen Großveranstaltungen müssen kulturelle Or-

649 te und Veranstaltungen auf finanziell stabilen Säulen
650 stehen, ohne die kommunalen Haushalte zu überfor-
651 dern. Für uns ist die lokale Kulturpolitik weder eine dis-
652 ponible freiwillige Leistung noch eine stille Reserve im
653 städtischen Haushalt. Wir wollen Kultur für alle und Kul-
654 tur von allen.

655

656 19. Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört auch die
657 Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Wir wis-
658 sen, gute Familien- und Sozialpolitik ist die beste Krimi-
659 nalprävention. Darum heißt es bei uns „Prävention vor
660 Repression“. Wir nutzen unsere kommunalen Einrich-
661 tungen, um dies zu gewährleisten, ohne dabei die Auf-
662 gaben und Befugnisse der Polizei zu übernehmen. Deut-
663 liche Grundrechtseingriffe, wie etwa durch Videoüber-
664 wachung des öffentlichen Raums, bleiben in Verant-
665 wortung und Finanzierung eine polizeiliche Aufgabe,
666 die wir im Rahmen unserer Kapazität unterstützen. Je-
667 de Grundrechtseinschränkung zur Kriminalitätspräven-
668 tion und Strafverfolgung muss mit einem überwiegen-
669 den Nutzen zu rechtfertigen sein. Für uns gilt: Im Zwei-
670 fel für die Freiheit!

671

672 20. Europa hat eine wichtige Bedeutung für die
673 Kommunen, nicht nur im Hinblick auf Förder- und
674 Entwicklungsprogramme. Viele europäische Entschei-
675 dungen haben direkten positiven Einfluss auf die
676 Menschen vor Ort und sichern insgesamt den Frieden
677 in Europa. Die grenzüberschreitende Freiheit innerhalb
678 der EU bietet den Menschen Chancen. Diese positiven
679 Chancen gilt es zu sichern und die Stellung der kom-
680 munalen Selbstverwaltung in Europa zu stärken.

681

Antragsbereich 03: Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K)

1 K-01
 2 **Antragsteller: STV Dinslaken; UB Oberhausen**
 3
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Hochverschuldete Kommunen dürfen nicht im Stich ge-**
 7 **lassen werden – Kommunaler Entschuldungsfonds jetzt**
 8
 9 Bund, Land und Kommunen werden aufgefordert
 10 schnellst möglich alle Kassenkredite der Kommunen in
 11 einen Altschuldenfonds beim Bund zu überführen. Die
 12 Schulden in diesem Fonds müssen gemeinschaftlich
 13 von Bund, Land und Kommunen innerhalb von 30
 14 Jahren getilgt werden. Hierbei muss die Handlungs-
 15 und Investitionsfähigkeit verschuldeter Kommunen
 16 gesichert werden.
 17
 18 Gleichzeitig muss durch eine strenge Anwendung des
 19 Konnexitätsprinzips – insbesondere im Verhältnis Bund
 20 zu Kommunen – und die Übernahme der Kosten für So-
 21 zialleistung durch den Bund sichergestellt werden, dass
 22 die Kommunen sich nicht erneut verschulden müssen.
 23
 24 Sollte der Bund sich nicht schnell an einer solchen
 25 Lösung beteiligen, muss das Land umgehend eine
 26 entsprechende Lösung für NRW auf den Weg bringen.
 27 Diese muss spätestens zum Auslaufen des Stärkungs-
 28 paktes greifen.
 29
 30 **Begründung**
 31 Viele Kommunen gerade in NRW müssen hohe Kassen-
 32 kredite aufnehmen. Hauptgrund dafür sind die hohen
 33 Soziallasten auf Grund von Bundesgesetzgebungen.
 34 Die zurzeit besonders günstige Zinslage muss genutzt
 35 werden, um durch einen Altschuldenfonds die betrof-
 36 fenen Kommunen aus der Schuldenfalle zu befreien. In
 37 NRW hat der Stärkungspakt erheblich zur Verbesserung
 38 der Situation der Kommunen beigetragen und so das
 39 Wachstum der Kassenkredite stark gebremst. Da der
 40 Stärkungspakt ausläuft, muss das Land sich nun massiv
 41 an der Entschuldung der Kommunen beteiligen. Den
 42 Stärkungspakt hat das Land in finanziell schwierigen
 43 Zeiten mit bis zu 645 Millionen Euro gefördert.
 44 Angesichts der guten Haushaltslage besteht nun die
 45 Möglichkeit, einen noch höheren Beitrag bei der Ent-
 46 schuldung der Kommunen zu leisten. Das Land muss
 47 für den Fall, dass der Bund sich nicht oder nicht sofort
 48 beteiligt, umgehend eine entsprechende Lösung für
 49 NRW auf den Weg bringen. Dies könnte über die NRW
 50 Bank organisiert werden.
 51
 52 Der Fonds sollte aber beim Bund angesiedelt werden, da
 53 dieser die besten Zinskonditionen erhält und so die ge-
 54 ringste finanzielle Belastung aller Beteiligten sicherge-
 55 stellt würde.
 56
 57 Auch der Bund steht, wie im Koalitionsvertrag angelegt,

**Empfehlung der Antragskommission:
 Annahme in der Fassung der Antragskommission**

Zeilen 9-14 ersetzen durch:
 Bund, Land und Kommunen werden aufgefordert
 schnellst möglich die Problematik hoher Kassenkredite
 der Kommunen durch einen Altschuldenfonds zu lösen.
 Die Schulden in diesem Fonds müssen gemeinschaftlich
 von Bund, Land und Kommunen getilgt werden.

58 in der Pflicht, sich an der Finanzierung des Fonds zu be-
 59 teiligen. Durch die Verlagerung der Kosten für von ihm
 60 beschlossenen Maßnahmen auf die Kommunen, insbe-
 61 sondere in der Sozialgesetzgebung, trägt er eine erheb-
 62 liche Verantwortung für die hohen Kassenkredite der
 63 Kommunen.

64
 65 Auch die Kommunen müssen sich an der Finanzierung
 66 des Fonds angemessen beteiligen, wobei sichergestellt
 67 werden muss, dass ihre Handlungs- und Investitionsfä-
 68 higkeit verbessert wird. Dies sollte durch die Festlegung
 69 eines Höchstbetrages pro Einwohner für die Einzahlung
 70 in den Fonds geschehen.

71
 72 Um eine dauerhafte Entschuldung der Kommunen zu
 73 erreichen, bedarf es nicht nur einer Lösung der Altschul-
 74 denproblematik. Es muss auch sichergestellt werden,
 75 dass die Kommunen nicht gezwungen sind, neue Kas-
 76 senkredite aufzunehmen. Entscheidend dafür ist, dass
 77 der Bund die Rechnungen für seine Leistungen bezahlt.
 78 Es muss die von ihm beschlossenen Kosten gerade für die
 79 Sozialgesetzgebung vollständig übernehmen. Als ers-
 80 ten Schritt sollte der Bund einen erheblich höheren An-
 81 teil der Kosten der Unterkunft übernehmen.

1 **K-02**

2 **Antragsteller: UB Coesfeld**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Abschaffung der Straßen(ausbau)beiträge**

7

8 1. Die NRWSPD fordert die regierungstragenden Frak-
 9 tionen im nordrhein-westfälischen Landtag sowie
 10 die Landesregierung auf, im Rahmen eines gebote-
 11 nen Gesetzgebungsverfahrens die aktuellen Rege-
 12 lungen in § 8 KAG NRW betreffend die Straßenaus-
 13 baubeiträge dahin neu zu regeln, dass diese abge-
 14 schafft werden.

15

16 2. Es ist für die Gemeinden und Städte des Landes
 17 NRW für die finanziellen Ausfälle eine entsprechen-
 18 de Kompensationsregelung zu schaffen, diese mit
 19 ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaus-
 20 halt zu unterlegen und zeitgleich mit der Abschaf-
 21 fung der Ausbaubeiträge in Kraft treten zu lassen.

22

23

24 **Begründung**

25 Der Straßenausbaubeitrag (StrAB) ist als Kommunal-
 26 abgabe in § 8 KAG NRW in Verbindung mit Satzungen
 27 der Städte und Gemeinden aktuell verbindlich als
 28 Einmalbetrag von den Grundstückseigentümern und
 29 Erbbauberechtigten zu erheben, die Anlieger einer
 30 Verkehrsanlage (Straßen, Wege, Plätze) sind, die durch
 31 nachträgliche Verbesserung, Erweiterung oder Erneue-
 32 rung umgebaut werden. Nicht berührt von diesen

**Empfehlung der Antragskommission:
 Annahme**

33 Regelungen und unserem Antrag sind Erschließungs-
34 beiträge nach dem Baugesetzbuch (BauGB), die bei der
35 erstmaligen Errichtung der Verkehrsanlage anfallen.

36
37 Die konkrete Berechnung der StrABs unterliegt regel-
38 mäßig einem komplexen Rechenwerk nach den kom-
39 munalen Satzungen, das häufig von den betroffenen
40 Anliegern als konkret ungerecht empfunden wird. Auch
41 wird den Anliegern ein Ausgleich für einen „Vorteil“
42 abverlangt, der so von diesen nicht erkannt wird: das
43 Grundstück ist tatsächlich auch nach der Maßnahme
44 nicht besser betriebswirtschaftlich zu nutzen oder zu
45 verwerten; die Straße wird ausgebaut und nun quält
46 den Anlieger mehr Verkehrslärm als zuvor.

47 Die Beiträge kann der private Grundstückseigentü-
48 mer nicht als Werbungskosten gegenüber der Fi-
49 nanzverwaltung geltend machen. Auch die in den Bei-
50 trägen enthaltenen Lohnkosten der Handwerker kön-
51 nen nicht (mehr) als haushaltsnahe Handwerkerleis-
52 tungen geltend gemacht werden.

53
54 Die aktuell geltende Rechtslage muss dringend verbes-
55 sert werden. Dabei scheiden aber sog. alternative Finan-
56 zierungen z.B. über die Grundsteuer aus. Denn die Be-
57 lastung der Grundstückseigentümer durch die Grund-
58 steuer B ist in vielen Kommunen heute bereits sehr
59 hoch.

60
61 Nur halbherzig an das Problem heranzugehen mit sog.
62 „wiederkehrenden Beiträgen“ – wie es in einigen an-
63 deren Bundesländern versucht wird – ist für NRW aber
64 kein zukunftsfähiges Modell. Bei wiederkehrenden Bei-
65 trägen werden alle jährlichen Investitionsaufwendun-
66 gen für Verkehrsanlagen umgelegt auf ein bestimmtes
67 Anrechnungsgebiet oder auf alle Grundstücke der Ge-
68 meinde. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein Grundstück
69 an der tatsächlich ausgebauten Straße liegt. Es zahlen
70 also alle Eigentümer. Die Erfahrungen mit diesem Mo-
71 dell in den anderen Ländern zeigt aber einen schwer-
72 wiegenden Mangel: durch hohen Verwaltungsaufwand
73 steigen die Kosten (Beauftragung eines externen Bü-
74 ros, Versendung von tausenden Bescheiden, etc.) derart,
75 dass dies zu höheren Beiträgen führt.

76
77 Schließlich wäre es auch nicht zielführend, den Kommu-
78 nen in NRW „nur“ eine Wahlfreiheit dazu einzuräumen,
79 ob sie die StrABs bei ihren Bürgern geltend machen oder
80 nicht. Denn eine echte Wahlfreiheit setzt einen finan-
81 ziellen Ausgleich aus Mitteln des Landes voraus! Oh-
82 ne die StrABs und Kompensation wäre eine weitere An-
83 hebung der Steuerlast für alle Einwohner unvermeid-
84 lich. Das wäre wirtschafts-, regional- und sozialpolitisch
85 nicht vertretbar. Ohne Kompensation würden Kommu-
86 nen in wirtschaftlich stärkeren Regionen gestärkt; Städ-
87 te und Gemeinden in strukturschwächeren Gebieten
88 würden im Wettbewerb um Gewerbe und Arbeitsplätze
89 benachteiligt.

90
91 Wenn schon Kompensationsleistungen aus Mitteln des

92 Landes unverzichtbar sind, können die StrABs auch ins-
 93 gesamt abgeschafft werden und die Finanzierung der
 94 Verkehrsanlagen aus Mitteln des Landeshaushaltes be-
 95 stritten werden.

96

97 Es bleibt festzustellen:

- 98 • Im ländlichen Bereich können Anlieger unverhält-
 99 nismäßig hoch belastet werden.
- 100 • Für Rentner und Familien, die zwar ein Eigenheim
 101 besitzen, aber mit geringen Renten oder Familien-
 102 einkommen auskommen müssen, sind 4-5 stellige
 103 Beträge nur schwer verkraftbar.
- 104 • Nach aktueller Rechtslage müssen Anlieger von
 105 Ortsstraßen zahlen, Anlieger von Kreis- oder Bun-
 106 desstraßen aber nicht. Die zufällige Lage des Grund-
 107 stücks entscheidet.
- 108 • StrAB verstärken das Gefälle zwischen ärmeren und
 109 reicheren Kommunen, zwischen den Bürgern der
 110 Stadt/Gemeinde.
- 111 • Die Nutzung der allermeisten Straßen ist nicht auf
 112 Anlieger beschränkt, sie werden im Regelfall von der
 113 Allgemeinheit benutzt. Ein erheblicher wirtschaft-
 114 licher Sondervorteil durch die Maßnahmen für den
 115 Anlieger ist nicht ersichtlich.
- 116 • StrAB bringen Unfrieden und Streit: Bürger klagen
 117 und streiten mit der Stadt/Gemeinde. Regelmäßig
 118 wird von den Eigentümern eingewandt: hätte die
 119 Kommune die ihr allein obliegenden Instandhal-
 120 tungsmaßnahmen in der Vergangenheit ordnungs-
 121 gemäß und regelmäßig erbracht, wäre heute nicht
 122 ein (so) teurer KAG-beitragspflichtiger Aufwand für
 123 die Erneuerung zu betreiben.
- 124 • Sinnvolle Entwicklung von Ortsteilen wird von An-
 125 liegern aus Sorge wegen späterer StrAB „im Keim“
 126 verhindert.

127 Aus vorstehenden und weiteren Gründen haben
 128 zwischenzeitlich mehrere Bundesländer die Stra-
 129 ßenausbaubeiträge abgeschafft und durch kompensie-
 130 rende Zuwendung aus Haushaltsmitteln des Landes
 131 ersetzt. Zuletzt tat dies Bayern im Juni dieses Jahres
 132 rückwirkend auf den Jahresbeginn 2018. In Hessen
 133 hat die SPD die Abschaffung der StrAB aktuell als
 134 Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht.

1 K-03

2 **Antragsteller: KV Lippe**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)**

7

8 Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion
 9 auf, beim Thema KAG/Straßenausbaubeiträge nicht
 10 nachzulassen. Das Kommunalabgabengesetz ist so
 11 zu ändern, dass die Bürgerinnen und Bürger von den
 12 Beiträgen für den Umbau und Ausbau von dem öf-
 13 fentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und

**Empfehlung der Antragskommission:
 Annahme**

14 Plätzen, soweit nicht das Baugesetzbuch anzuwenden
15 ist, befreit werden und die hierdurch den Städten und
16 Gemeinden entstehenden Mindereinnahmen durch
17 das Land zu kompensieren.

18

19 **Begründung**

20 Wenn eine kommunale Straße erneuert oder verbes-
21 sert wird, beteiligt die jeweilige Gemeinde nach § 8
22 Abs. 1 und 2 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) die
23 Grundstückseigentümer an den dabei entstehenden
24 Kosten. Grundlage für die Berechnung des Beitrags sind
25 die Grundstücksgröße, die Nutzung des Grundstücks
26 und die Art der Straße.

27

28 Für Anliegerstraßen ist in diesem Zusammenhang der
29 Anteil für die Beitragspflichtigen grundsätzlich höher
30 als für Hauptverkehrsstraßen. Im letzteren Fall ist näm-
31 lich eine höhere Nutzung durch die Allgemeinheit gege-
32 ben als bei reinen Anliegerstraßen. Insgesamt gehen die
33 Kommunen in Nordrhein-Westfalen sehr unterschied-
34 lich mit den Straßenausbaukosten um und legen diese
35 per Satzung fest. Einige legen 50% der Kosten auf die
36 Anlieger um, andere sogar 80 Prozent.

37 Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik ge-
38 raten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen
39 Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind
40 und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich rei-
41 chen können. Diese Beitragsforderungen sind insbeson-
42 dere für junge Familien, Geringverdiener, Alleinstehen-
43 de oder Rentner kaum oder nicht zu finanzieren und
44 bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle
45 Schwierigkeiten. Für sie ist die derzeitige Beitragserhe-
46 bungspraxis zum Teil existenzgefährdend, da sich eini-
47 ge selbst eine Kreditfinanzierung nicht leisten können,
48 oder keinen Kredit erhalten.

49

50 Auch die Möglichkeiten von Stundung und Ratenzah-
51 lungen können die dargestellte Problematik der star-
52 ken finanziellen Belastung von Grundstückseigentüme-
53 rinnen und Grundstückseigentümern nicht beseitigen.
54 Die derzeitige Rechtsanwendung des KAG berücksich-
55 tigt nicht die persönliche oder wirtschaftliche Situati-
56 on der Bürger. Allein die Werthaltigkeit eines Grundstü-
57 ckes führt nicht zur Liquidität des Grundstückseigentü-
58 mers.

59

60 Die Kosten für den Wegfall der Anliegerbeiträge nach
61 KAG für ganz NRW wurden im Rahmen eines Be-
62 richts der Landesregierung an den Ausschuss für Hei-
63 mat, Kommunales, Bauen und Wohnen des Landtags
64 Nordrhein-Westfalen vom 01.10.2018 mit einem jährli-
65 chen Betrag zwischen 112 Millionen und 127 Millionen
66 Euro angegeben.

67

68 Entsprechende Initiativen die die Abschaffung der KAG
69 Beiträge für den Umbau und Ausbau von dem öffentli-
70 chen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen
71 gibt es von verschiedenen Organisationen und Parteien.

- 1 **K-04**
 2 **Antragsteller: UB Steinfurt**
 3
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Kommunen**
 7
 8 Die Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktion der
 9 SPD werden beauftragt,
 10
 11 1. auf ihren jeweiligen Ebenen darauf hinzuwirken,
 12 dass in Bezug auf die Zuweisung neuer Flücht-
 13 linge die Zusammenarbeit zwischen den Ländern
 14 und dem Bund sowie den Kommunen verbessert,
 15 Informationsflüsse verschlankt und Neuzuweisun-
 16 gen vor allem zeitlich früher angekündigt werden.
 17 Die Detailumsetzung obliegt der jeweiligen Frakti-
 18 on.
 19 2. Regelungen zu treffen, dass die Kosten abgelehnter
 20 Asylbewerber ohne Duldungsstatus, die vor einer
 21 Rückkehr in ihr Herkunftsland in einer Kommune
 22 wohnhaft sind, ganz oder zumindest deutlich über-
 23 wiegend durch den Bund zu tragen sind.
 24
 25
 26 **Begründung**
 27 Die Kommunen als unterste Ebene staatlicher Ver-
 28 waltung tragen die Allzuständigkeit für sämtliche
 29 tatsächlichen Regelungen im Hinblick auf die Unter-
 30 bringung und Versorgung geflüchteter Menschen, die
 31 in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Hierbei
 32 sollte eine gute Verzahnung und Zusammenarbeit
 33 zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen (Bund,
 34 Land, Kreis, Kommune) gegeben sein.
 35
 36 Stattdessen kommt es vielfach zu Situationen, dass ei-
 37 ne Zusammenarbeit nicht erfolgt. Geflüchtete Men-
 38 schen, die in einer Kommune unterzubringen sind, wer-
 39 den in ihrer Ankunft nicht angekündigt, sondern ste-
 40 hen – überspitzt formuliert – „plötzlich vor dem Rat-
 41 haus“. Eine solche vollkommen unzureichende Zusam-
 42 menarbeit schwächt das Vertrauen in höhere staatliche
 43 Ebenen und verkompliziert darüber hinaus die Arbeit in
 44 den Kommunen, die vielfach ohnehin im Hinblick auf
 45 die MitarbeiterInnen am Rande ihrer Leistungsfähigkeit
 46 arbeiten. In Zeiten zunehmender Digitalisierung stellt
 47 eine zeitgerechte Information kein Hindernis mehr da
 48 – dies muss auch in der Zusammenarbeit von Verwal-
 49 tungseinheiten umgesetzt werden.
 50
 51 Die Unterbringung und Versorgung von nach Deutsch-
 52 land geflüchteten Menschen ist eine gesamtgesell-
 53 schaftliche Aufgabe. Diese Aufgabe endet nicht mit
 54 dem rechtlichen Akt der Ablehnung eines Asylantrags
 55 sondern dauert fort, so lange sich die Menschen in
 56 der Bundesrepublik befinden. Vor diesem Hintergrund
 57 ist nicht einzusehen, dass im Falle der Ablehnung ei-
 58 nes Asylantrags und eines nicht mehr gegebenen Dul-

**Empfehlung der Antragskommission:
 Annahme**

59 dungsstatus sowie der Tatsache, dass die Kommunen
60 keinen Einfluss auf die weitere Dauer des Aufenthalts
61 dieser Menschen in der Bundesrepublik Deutschland
62 haben, dann ausschließlich die Kommunen für die Kos-
63 ten von Unterkunft, Verpflegung etc. aufkommen – hier
64 ist eine Regelung zu schaffen, dass auch in diesem Fall
65 Kosten ausschließlich oder zumindest deutlich über-
66 wiegend durch den Bund zu tragen sind.

1 K-05

2 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv NRWSPD**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Kommunale Interessenvertretung u.a. für Menschen
7 mit Behinderungen – Änderung des § 27a der Gemein-
8 deordnung**

9

10 Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand und
11 die Landtagsfraktion auf, die Initiative zu einer verbind-
12 lichen Ausgestaltung des § 27a der Gemeindeordnung
13 zu ergreifen:

14

15 Anstelle der bisherigen Fassung

16

17 „Die Gemeinde kann zur Wahrnehmung der spezifi-
18 schen Interessen von Senioren, von Jugendlichen, von
19 Menschen mit Behinderung oder anderen gesellschaft-
20 lichen Gruppen besondere Vertretungen bilden oder
21 Beauftragte bestellen. Das Nähere kann durch Satzung
22 geregelt werden.“

23

24 erhält § 27a demnach folgenden Wortlaut:

25

26 „Die Gemeinde bildet zur Wahrnehmung der spezifi-
27 schen Interessen von Senioren, von Jugendlichen, von
28 Menschen mit Behinderung oder anderen gesellschaft-
29 lichen Gruppen besondere Vertretungen und bestellt
30 Beauftragte. Das Nähere wird durch Satzung geregelt.“

31

32 **Begründung**

33 Die Kommunen sind ein zentraler Ort für die Daseins-
34 vorsorge ihrer Bürgerinnen und Bürger und damit auch
35 für die Gestaltung inklusiver Lebensverhältnisse. Es
36 entspricht dem schon traditionellen Selbstverständnis
37 der SPD, Menschen an Entscheidungen, von denen
38 sie betroffen sind, zu beteiligen. Für Menschen mit
39 Behinderungen in NRW schlägt sich dies nicht zuletzt
40 im Inklusionsstärkungsgesetz sowie seinem Artikel
41 1, dem Inklusionsgrundsatzgesetz, nieder. Unter
42 sozialdemokratischer Führung wurde NRW damit zum
43 Vorreiter einer inklusiven Politik für Menschen mit
44 Behinderungen, während hier durch die neue Landes-
45 regierung erhebliche Rückschritte in der praktischen
46 Politik und im „Inklusionsklima“ drohen.

47

48 Die ebenfalls von der früheren Landesregierung initi-

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an: SPD-Landtagsfraktion NRW

49 ierten Projekte „Politische Partizipation von Menschen
 50 mit Behinderungen in den Kommunen stärken“ und
 51 „Mehr Partizipation wagen“ haben allerdings auch ge-
 52 zeigt, wie mühsam sich die Verankerung politischer Par-
 53 tizipation auf kommunaler Ebene gestaltet. Nach wie
 54 vor gibt es in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens
 55 eine ungenügende oder sogar gar keine Interessenver-
 56 tretung für Menschen mit Behinderungen. Daher gilt es,
 57 § 27a der Gemeindeordnung verbindlicher zu gestalten.
 58 Eine solche Änderung kommt zudem nicht nur Men-
 59 schen mit Behinderungen, sondern auch anderen ge-
 60 gesellschaftlichen Gruppen zugute. Trotz aller Wahl- und
 61 Akzeptanzverluste der letzten Jahre ist die SPD in NRW
 62 kommunal noch am stärksten vertreten. Insofern bietet
 63 sich auf einem solchen Wege auch die Chance, verlore-
 64 ne Glaubwürdigkeit und verlorenes Vertrauen im Dia-
 65 log mit gesellschaftlichen Gruppen vor Ort zurück zu ge-
 66 winnen.

1 **K-06**
 2 **Antragsteller: UB Borken**
 3
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5
 6 **ÖPNV in allen Kommunen**

7
 8 Die NRWSPD setzt sich dafür ein, dass die Bereitstel-
 9 lung eines leistungsfähigen ÖPNV Angebots in die
 10 „verpflichtende Daseinsvorsorge“, der von Kommunen
 11 zu erfüllenden Leistungen aufgenommen wird.

12
 13 **Begründung**

14 Wenn eine Kommune in den „Nothaushalt“ gerät, ist
 15 der Stadtrat bzw. die Verwaltung dazu angehalten bei
 16 allen Leistungen, die nicht zur „verpflichtenden Da-
 17 seinsvorsorge“ gehören, zu prüfen, wo dort eingespart
 18 werden kann.

19
 20 Wir sehen einen funktionierenden ÖPNV jedoch als
 21 wichtige kommunale Aufgabe und wollen mit dieser
 22 Maßnahme dafür sorgen, dass dieses Angebot bei fi-
 23 nanzschwachen Kommunen nicht zur Diskussion steht.

Empfehlung der Antragskommission:
Überweisung an: SPD-Landtagsfraktion NRW

1 **K-07**
 2 **Antragsteller: UB Mönchengladbach**
 3
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5
 6 **Wohnen und Bauen im Sinne der Menschen**

7
 8 **1. Wohngemeinnützigkeit**

9
 10 Die NRWSPD setzt sich für die Einführung einer neuen
 11 Wohngemeinnützigkeit ein.

Empfehlung der Antragskommission:
Erledigt

Erledigt durch Annahme von L-05 in Fassung An-
 tragskommission und L-03

12 Ziel ist die gesetzliche Verankerung bzw. Einführung
13 eins Modells „gemeinnütziger Wohnungsunterneh-
14 men“.

15 Dabei sind die dauerhafte und lückenlose soziale Bin-
16 dung der Wohnbestände, die Mietpreisbindung ba-
17 sierend auf dem Kostendeckungsprinzips (Kostenmiet-
18 prinzip), Bau- und/oder Modernisierungspflichten, die
19 Begrenzung der Eigenkapitalrendite sowie eine Inves-
20 titionspflicht des überschüssigen Gewinns für den ge-
21 meinnützigen Zweck sicherzustellen.

22 Mit mehr Transparenz und stärkerer Mitbestimmung
23 wollen wir Kontrolle wahren und negative Beispiele ver-
24 hindern. Dazu forcieren wir die entsprechende notwen-
25 dige Gesetzgebungskompetenz durch den Bund. Im Ge-
26 genzug sollen, ähnlich dem ehemaligen Wohngemein-
27 nützigkeitsgesetzes, steuerliche Subventionen (Befrei-
28 ung von der Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, redu-
29 zierte Umsatzsteuer bei Sanierungen etc.) ermöglicht
30 werden.

31

32 2. **Planungskapazitäten**

33

34 Die NRWSPD unterstützt die Forderung nach einer Lan-
35 desgesellschaft unter Beteiligung der Kommunen, die
36 Planungsleistungen für Kommunen übernehmen kann.
37 Ziel ist es Sanierungen und weiteren planerischen Auf-
38 wand durch bestehende Landesstrukturen effizienter
39 zu gestalten, um Kommunen zu entlasten.

40 Weiterhin fordern wir eine Hochschuloffensive für
41 den Studiengang „Raumplanung“ (mindestens) in
42 Nordrhein-Westfalen, wenn möglich bundesweit.
43 Der Bedarf an Raumplanern und die angebotenen
44 Studienkapazitäten decken sich seit Jahren nicht mehr.
45 Wir fordern eine gezielte Ausweitung des Angebotes
46 (momentan nur ein Standort in ganz NRW) sowie
47 eine erweiterte Erprobung von Modellstudiengängen,
48 die Stadt- und Raumplanung in einem Studiengang
49 verbinden.

50

51 3. **Zweckentfremdungssatzung**

52

53 Die NRWSPD fordert den Schutz von Wohnraum durch
54 eine Zweckentfremdungssatzung. Diese muss insbe-
55 sondere die Umwandlung von Wohnraum zu anderen
56 Zwecken mit einem empfindlichen Bußgeld bzw. die ge-
57 nehmigte Umwandlung mit einer entsprechend effek-
58 tiven Ausgleichsleistungen belegen. Ziel muss es sein,
59 insbesondere geförderten Wohnraum, dauerhaft und
60 lückenlos als Wohnraum, zu erhalten. Die Umwandlun-
61 gen von Wohnraum zu Räumen mit gewerblicher Nut-
62 zung (u.a. AIRbnb, Wimdu) muss verhindert werden,
63 um das Wohnangebot dauerhaft zu erhalten. Einschnit-
64 te in das Wohnraumangebot sollen durch die Zweck-
65 entfremdungssatzung mit zielführendem, den wohn-
66 raumbestandfördernden, Ausgleichsmechanismen auf-
67 gefangen werden.

68

69 4. **Grunderwerbssteuer**

70

71 Die NRWSPD setzt sich für die konsequente Zahlung
 72 der Grunderwerbssteuer und gegen die Vermeidungs-
 73 taktiken institutioneller Investoren ein. Im Rahmen sol-
 74 cher Vermeidungsstrategien werden Immobilien vom
 75 Verkäufer in eine Objektgesellschaft überführt und die
 76 Anteile an der Objektgesellschaft dem Erwerber über-
 77 schrieben (sog. Share-Deals). Die Objektgesellschaft
 78 bleibt weiterhin im Besitz der Immobilie, sodass kei-
 79 ne Grunderwerbsteuer anfällt sofern nicht mehr als
 80 95% übernommen wurde (sog. Real Estate Transfer Tax-
 81 /RETT-Blocker). Regelmäßig werden deshalb jeweils ein
 82 Investor mit 94,9% sowie ein Co-Investor mit 5,1% der
 83 Anteile benannt. Dies wollen wir konsequent bekämp-
 84 fen und fordern die Festschreibung, dass bei einer
 85 Anteilsübernahme von 50,1% die Grunderwerbsteuer
 86 ausgelöst wird. Das Entgehen von Steuereinnahmen,
 87 wie dem Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen der
 88 Übernahme des Wohnungskonzerns Gagfah durch die
 89 Deutsche Annington (entgangene Steuereinnahmen:
 90 ca. 200 Mio Euro) wollen wir verhindern. Die Verein-
 91 barkeit und (ggf.) eine Ausnahmeregelung im Zusam-
 92 menhang mit kommunalen Beteiligungsformen ist da-
 93 bei herzustellen bzw. zu schaffen.

94

95 **5. Barrierefreiheit und Inklusionskataster**

96

97 Die NRWSPD setzt sich für die Ermittlung der Kosten für
 98 die Barrierefreiheit (in den einzelnen Posten) im Rah-
 99 men von Kernsanierungen öffentlicher Gebäude. Ziel ist
 100 es, im Rahmen von substantiellen Sanierungsprojekten
 101 auch eine Kostenaufstellung für barrierefreie Maßnah-
 102 men sowie Barrierefreiheit insgesamt zu erreichen, um
 103 eine mögliche Realisierung anhand konkreter Daten zu
 104 diskutieren.

105 Darüber hinaus fordert die NRWSPD ein daraus folgen-
 106 des „Inklusionskataster“. Angesiedelt bei der Inklusions-
 107 beauftragten der Städte und Kommunen soll so der
 108 Bedarf an Herstellung der Barrierefreiheit öffentlicher
 109 Gebäude gesammelt und organisiert werden. Ziel ist
 110 es, die finanzielle Notwendigkeit für die Barrierefreiheit
 111 konkret zu erfassen.

112

113 **6. Verpflichtung zum Bau von 40% gefördertem und 114 mietpreisgedämpftem Wohnraum**

115

116 Wir fordern die Verpflichtung zum Bau von 40% ge-
 117 fördertem und mietpreisgedämpftem Wohnraum auf
 118 bebaubaren städtischen Grundstücken oder Grundstü-
 119 cken städtischen Töchter und auf Grundstücken für die
 120 ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss.

121

1 **K-08**
2 **Antragsteller: KV Viersen**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Aktionsplan gegen Wohnungsnot**
7
8 Die NRWSPD fordert nachhaltige Projekte gegen die
9 Wohnungsnot.
10 Es verlangt eine gemeinsame Anstrengung aller Be-
11 teiligten, die dringend auf den Weg gebracht werden
12 muss. Dabei sind konsequent alle Aspekte intensiv zu
13 beleuchten und zu diskutieren:
14 • Bereitstellung und Reaktivierung von Flächen
15 • Instrument der „Konzeptvergabe“ bei Bauflächen
16 • Experimentelle Wohnformen fördern
17 • Bauen im Kollektiv
18 • Diskussion über Artikel 14 und 15 GG (Enteignung,
19 Vergesellschaftung und Schutz des Eigentums)
20 • Öffentliche Hand baut selbst preiswerten Wohn-
21 raum
22 • Zusammenarbeit aller Beteiligten in gemeinsamer
23 Verantwortung
24 • Intensivierung der Förderkulisse
25 • Pakt für bezahlbares Wohnen
26 • Wohnungsbau und Stadtentwicklung gehören zu-
27 sammen

Empfehlung der Antragskommission:
Erledigt

Erledigt durch Annahme von L-05 in Fassung An-
tragskommission

Einfügen in Zeile 981 in L-05:
Dazu werden wir einen Pakt für bezahlbares Wohnen
auf Landesebene in NRW etablieren, der alle gesell-
schaftlichen Akteure umfasst und die Umsetzung der
Vorhaben begleitet und bewertet.

1 **K-09**
2 **Antragsteller: AG 60plus NRW**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Mehr Wohnungspolitischer Einfluss des Staates**
7
8 Die SPD spricht sich für eine erhebliche Ausweitung des
9 öffentlichen und genossenschaftlichen Sektors in der
10 Wohnungsbaupolitik aus.
11
12 Hier ist sowohl das Instrument einer landeseigenen
13 Wohnungsbaugesellschaft für ein Engagement in der
14 Fläche als auch die Gründung und Unterstützung kom-
15 munaler gemeinwirtschaftlicher und nicht profitorien-
16 tierter Träger nötig.
17
18 Eine weitgehende Weitergabe öffentlichen Grund
19 und Bodens im Erbpachtverfahren und im Wege der
20 Konzeptvergabe sowie ein entschlossener Einsatz –
21 und ggf. eine Schärfung – baurechtlicher Instrumente
22 wie Baugebote sowie die Schaffung konsequenter
23 Mieterschutzregelungen wie Moratorium oder Mieten-
24 deckel können zu einer Zügelung des kapitalistischen
25 Wildwuchses auf dem Wohnungsmarkt beitragen.
26

Empfehlung der Antragskommission:
Erledigt

Erledigt durch Annahme L-05 in Fassung Antrags-
kommission

1 K-10

2 **Antragsteller: UB Düsseldorf**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Wie wir wohnen wollen: 15 Vorschläge, damit unsere**
7 **Städte für alle bezahlbar bleiben.**

8

9 Mit unseren sozialdemokratischen
10 (Ober)bürgermeister*innen und SPD-Fraktionen in
11 den Räten stellen wir in vielen deutschen Großstädten
12 die Weichen für eine soziale Wohnungs- und Boden-
13 politik. Auf Landes- und Bundesebene haben unsere
14 Minister*innen die finanziellen Mittel für den geför-
15 derten Wohnungsbau und die Städtebauförderung
16 – hier ist u.a. zur Stärkung der Wohnquartiere das
17 Programm „Soziale Stadt“ zu nennen – deutlich erhöht.
18 Doch alleine mit Fördergeldern können die Heraus-
19 forderungen des stetigen Bevölkerungswachstums in
20 den Großstädten, dem damit verbundenen Anstieg der
21 Mieten und Verdrängung von Bewohner*innen nicht
22 gelöst werden. Hierzu bedarf es intensiver Anstrengun-
23 gen auf kommunaler Ebene mit Unterstützung durch
24 Bund und Länder, die passgenau für die jeweilige Stadt
25 umgesetzt werden müssen.

26

27 **Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die sich Sorgen**
28 **machen, ob sie auch in Zukunft in ihrer Stadt wohnen**
29 **können.** Unser Ziel ist, dass unsere Städte für alle be-
30 zahlbar bleiben – egal ob Groß- oder Kleinfamilie, Paar
31 oder alleinstehend, ob in Ausbildung oder im Studium,
32 im Beruf oder im Ruhestand. Wer in einer Stadt arbei-
33 tet, muss es sich auch leisten können, dort zu wohnen.
34 Niemand soll sein Geld vor allem in die Miete stecken
35 müssen. Niemand darf aus dem eigenen Stadtteil ins
36 Umland verdrängt werden, um dann Freizeit, Geld und
37 Nerven beim Pendeln zu lassen. Und niemand soll ob-
38 dachlos werden oder bleiben müssen. Wir wollen keine
39 Viertel nur für Reiche oder nur für Arme sondern leben-
40 dige und vielfältige Nachbarschaften. **Die Städte gehö-**
41 **ren nicht einzelnen Investor*innen, sondern uns allen!**

42

43 Wir können uns daher mit dem Erreichten nicht zufriede-
44 ngeben. Auch in den nächsten Jahren wird es mehr
45 Menschen und mehr Kapital in unsere Städte ziehen.
46 Die Städte ziehen die Menschen an, weil sie Arbeits-
47 plätze und hohe Lebensqualität bieten. Ohne dieses
48 Wachstum zu gestalten, ohne eine vorausschauende
49 und entschlossene Wohnungs- und Stadtentwicklungs-
50 politik, wird der Zuzug die Wohnkosten explodieren las-
51 sen. **Die SPD ist überzeugt: Wir müssen uns jetzt die**
52 **nächsten ehrgeizigen Ziele stecken, damit sich alle Be-**
53 **wohner*innen das Wohnen in ihrer Stadt weiterhin leis-**
54 **ten können.** Dies ist keine Aufgabe ländlicher Räume,
55 die wir selbstverständlich fördern wollen, die aber aus
56 sich heraus ihre eigenen Stärken und Rollen entwickeln
57 müssen, nicht als Annex der größeren Städte.

58

Empfehlung der Antragskommission:

**Überweisung an: SPD-Landtagsfraktion NRW und SGK
NRW**

59 Das beste Rezept gegen steigende Mieten ist das An-
60 gebot an bezahlbaren Wohnungen zu vergrößern. Da-
61 bei darf kein Stadtteil eine Sonderrolle für sich bean-
62 spruchen und außen vor bleiben. Der Wohnungsneubau
63 ist eine gesamtstädtische Aufgabe. Für uns gilt dabei
64 der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“. Dort ist
65 die Infrastruktur vorhanden, die wir ebenfalls ausbauen
66 wollen. Die in vielen Städten knappen Grundstücke wol-
67 len wir bestmöglich nutzen. Baufelder, die für Wohnun-
68 gen geeignet sind, sollen auch für Wohnungen genutzt
69 werden. Dabei kommt es uns nicht nur darauf an, jedes
70 Jahr viele neue Wohnungen zu bauen. **Es müssen vor**
71 **allem die richtigen Wohnungen sein:** keine Luxuslofts
72 und überbewerteten Mikroapartments, sondern norma-
73 le Wohnungen für alle mit Qualität in Architektur und
74 Städtebau. Die Neubauten müssen zum Umfeld passen,
75 die Stadtteile stärken und zu guter Nachbarschaft ein-
76 laden.

77
78 Dort, wo Städte gezwungen sind im Außenbereich neue
79 Quartiere zu entwickeln, gelten für uns die gleichen
80 Prinzipien. Die kompakte, dichte,utzungsgemischte
81 und bezahlbare Stadt der kurzen Wege bleibt auch
82 dabei unser Leitbild. Große Einfamilienhaussiedlungen
83 produzieren zu viel Verkehr und sind hinsichtlich ihres
84 Flächenverbrauches nicht mehr zu verantworten.

85
86 **Der Wohnungsmarkt darf nicht profitorientierten Kon-**
87 **zernen überlassen werden.** Wir wollen den Anteil von
88 Wohnungen im Besitz öffentlicher, genossenschaftlicher
89 und gemeinwohlorientierter Gesellschaften deut-
90 lich erhöhen und mit diesen ein Bollwerk gegen steigen-
91 de Mieten errichten. Das Beispiel Wien zeigt, dass dies
92 auch in einer prosperierenden Großstadt möglich ist.

93
94 Das sind aus sozialdemokratischer Sicht **Schlüsselfra-**
95 **gen für die Zukunft unserer Städte und ihrer Menschen:**
96 Wie gestalten wir das Wachstum unserer Städte? Wie
97 erhalten und schaffen wir passende, bezahlbare Woh-
98 nungen für alle?

99
100 Für uns heißt das vor allem:
101 a. Wir brauchen viel mehr **Wohnungen mit dauerhaft**
102 **günstigen Mieten.**
103 b. Wir müssen Mieter*innen **vor Preistreiberei und Raus-**
104 **modernisieren schützen** und dafür sorgen, dass Woh-
105 nungen nur zum Wohnen genutzt werden.
106 c. Wir müssen verhindern, dass bestehende Wohnun-
107 gen ebenso wie Grund und Boden durch **Spekulation**
108 **und Profitmaximierung** verteuert werden.

109
110 Die folgenden Maßnahmen und Instrumente beschrei-
111 ben dabei Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der
112 jeweiligen Städte und auch Forderungen an die Län-
113 der und den Bund. Natürlich stehen diese nicht allei-
114 ne auf dem Weg zu einer lebenswerten und bezahlba-
115 ren Stadt für alle. Genau so muss der Fokus auf den
116 Nachbarschaften und deren Aufwertung liegen. Hierfür
117 braucht es eine gute Ausstattung mit sozialen Einrich-

118 tungen, fußläufiger Nahversorgung und Grünflächen.
 119 Ebenso braucht es in unseren Städten endlich eine Ver-
 120 kehrswende, die mit der autogerechten Stadt Schluss
 121 macht und wieder den Menschen in den Mittelpunkt
 122 stellt. Die Anpassungen unserer Städte an den Klima-
 123 wandel müssen dringend vorangetrieben werden. Für
 124 all dies braucht es sowohl Maßnahmen bei Neubau-
 125 ten als auch im Bestand. **Für die Sozialdemokratie steht**
 126 **dabei aber immer im Mittelpunkt, dass wir bezahlba-**
 127 **re Wohnungen für alle Stadtbewohner*innen erhalten**
 128 **und neue ermöglichen.**

129
 130

131 1. Mehr städtische Wohnungen schaffen.
 132 Für ausreichend Wohnraum zu sorgen ist eine öffentli-
 133 che Aufgabe. Diese kann am besten durch eine **städti-**
 134 **schen Wohnungsgesellschaft** umgesetzt werden. Deren
 135 Ziel muss es sein, ihre Wohnungen dauerhaft zu bezahl-
 136 baren Mieten anzubieten – auch wenn Sozialbindungen
 137 längst ausgelaufen sind. Über eine Vereinbarung wollen
 138 wir die **jedes Jahr zu bauenden Wohnungen festlegen.**
 139 Dies können die Städte unterstützen, indem sie ihr den
 140 ersten Zugriff auf – für den Wohnungsbau geeignete –
 141 städtische Grundstücke geben. **Außerdem sollen auch**
 142 **bestehende Wohnungen angekauft werden**, um mehr
 143 Mieter*innen das bezahlbare Wohnen zu ermöglichen.
 144 Dies kann u.a. über städtische Vorkaufsrechte in Erhal-
 145 tungsgebieten erreicht werden.

146

147 2. Wer auf städtischem Boden baut, baut nur bezahl-
 148 bar.
 149 Früher wurden städtische Grundstücke für den Woh-
 150 nungsbau meist zum Höchstgebot verkauft. Damit
 151 muss Schluss sein. Stattdessen können die Städte das
 152 Instrument der Konzeptvergabe nutzen. Den Zuschlag
 153 für ein Grundstück bekommt damit, wer wohnungspo-
 154 litische Ziele der Stadt umsetzt. Zudem sollte gelten:
 155 Auf städtischen Grundstücken dürfen nur noch Woh-
 156 nungen gebaut werden, die gefördert, preisreguliert
 157 oder für bestimmte Zielgruppen vorgesehen sind. **Auf**
 158 **städtischen Grundstücken sollten in erster Linie städ-**
 159 **tische Wohnungen entstehen.** Nur wo das nicht mög-
 160 lich oder sinnvoll ist, können über eine Vergabe – be-
 161 vorzugt kleinteilig und in Erbpacht – an Genossenschaf-
 162 ten, gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen,
 163 Selbstnutzer*Innen, Bau- und Wohngruppen oder so-
 164 ziale Träger Wohnungen bauen. Voraussetzung dafür
 165 ist, auf dem Grundstück zu 100% bezahlbare Wohnun-
 166 gen zu bauen. **Mindestens 50% der neuen Wohnungen**
 167 **müssen gefördert und bis zu 50% mietreguliert sein.**
 168 Das gilt auch für städtische Gebäude, zum Beispiel ehe-
 169 malige Schulen, die zu Wohnungen umgenutzt wer-
 170 den sollen. Weitere Kriterien für eine Vergabe sind für
 171 uns: das Angebot mit den niedrigsten Mieten – auch
 172 unterhalb der Sozialmiete, die Integration sozialer Ein-
 173 richtungen sowie die Berücksichtigung besonderer Ziel-
 174 gruppen wie Azubis, Studierende, Senior*innen, Behin-
 175 derte und chronisch Kranke, Wohngruppen oder ehe-
 176 malige Obdachlose – beispielsweise im Rahmen von

177 „housing first“.

178

179 3. Wer neu baut, muss vor allem bezahlbare Wohnun-
180 gen bauen.

181 Im Rahmen von Wohnungsbauvorhaben, die einer Bau-
182 leitplanung bedürfen, hat die Gemeinde die Möglich-
183 keit über städtebauliche Verträge verbindliche Quoten
184 für geförderten und preisregulierten Wohnraum mit
185 Investoren zu vereinbaren. In vielen Städten gibt es
186 bereits eine verbindliche Quote für sozialgeförderten
187 Wohnungsbau, in der Regel liegt diese bei maximal
188 30%. Weil aber über lange Zeit fast gar keine geförder-
189 ten Wohnungen gebaut wurden, laufen vielerorts noch
190 immer mehr Sozialbindungen aus als neue hinzukom-
191 men. Unser Ziel ist, diesen Rückgang nicht nur aufzu-
192 halten, sondern jedes Jahr deutlich mehr Wohnungen in
193 die Bindung zu bringen als daraus entfallen. Dafür wol-
194 len wir **wo immer möglich dafür sorgen, dass bei Neu-**
195 **bauprojekten mindestens 80 Prozent bezahlbare Woh-**
196 **nungen entstehen.** Wer in unseren Städten mit neu-
197 en Wohnungen Geld verdienen möchte, soll in Zukunft
198 mindestens 50% davon öffentlich gefördert bauen. Wei-
199 tere 30% der Wohnungen sollen mit einer von der Stadt
200 regulierten Miete („Fair-Miete“) angeboten werden und
201 höchstens 20% zu Marktpreisen.

202

203 4. Bezahlbare Wohnungen auch ohne Wohnberecht-
204 igungsschein.

205 Beim Neubau ist unser erstes Ziel, dass möglichst viele
206 Wohnungen öffentlich gefördert entstehen. Aber auch
207 Bürger*innen, die für eine geförderte Wohnung zu viel
208 verdienen, können sich Kaltmieten von bspw. über 14
209 €/qm oft nicht leisten. Daher wollen wir auch für
210 Menschen mit mittlerem Einkommen ein verlässliches
211 Angebot an bezahlbaren Neubauwohnungen schaffen.
212 **Wir werden für sie die „Fair-Miete“ als neue Katego-**
213 **rie des mietregulierten Wohnens einführen.** Die „Fair-
214 Miete“ darf die vom Land festgelegte Mietobergren-
215 ze für geförderte Wohnungen höchstens um ein Drit-
216 tel übersteigen. Bei der aktuellen Sozialmiete von 6,80
217 €/qm (NRW 2019) bedeutet das eine regulierte Neu-
218 baumiete von rund 9 €/qm. Wir sehen einen Anteil von
219 30% dieser mietregulierten Wohnungen als notwendig
220 an. Von neuen Wohnungen mit „Fair-Miete“ profitieren
221 alle Mieter*innen, weil sie nicht zu einem Anstieg des
222 Mietspiegels führen. Die Wohnungsgenossenschaften
223 beweisen regelmäßig, dass Neubauten zu diesen Kon-
224 ditionen rentabel gebaut werden können. Daher wol-
225 len wir Investoren motivieren, den **Anteil von 30 Prozent**
226 **mietregulierter Wohnungen durch örtliche Wohnungs-**
227 **genossenschaften errichten zu lassen** und damit leben-
228 dige Nachbarschaften zu fördern.

229

230 5. Mehr Genossenschaftswohnungen schaffen.

231 Solidarität, Selbstverwaltung und Mitbestimmung sind
232 seit mehr als 100 Jahren das Erfolgsrezept, mit dem
233 Wohnungsgenossenschaften Wohnkosten weit unter
234 dem Marktniveau ermöglichen. Mit einem lokalen
235 Bündnis für genossenschaftliches Wohnen (zwischen

236 der Stadt und den örtlich ansässigen Wohnungsbaugesellschaften) kann eine Grundlage für deren Weiterentwicklung geschaffen werden. **Die Genossenschaften müssen sich auf den Weg machen, wieder deutlich mehr neue Wohnungen zu bauen.** Dabei wollen wir sie unterstützen, vor allem über den Zugang zu städtischen Grundstücken, Unterstützung bei Aufstockungen im Bestand und der Berücksichtigung in Neubauprojekten privater Investoren.

245
246 6. Wohnungen für jedes Alter schaffen.
247 Möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben – das wünschen sich die meisten Menschen für ihr Leben im Alter. Die wenigsten Wohnungen aber sind dafür überhaupt geeignet, weil der Aufzug oder die bodengleiche Dusche fehlen oder weil sie schlicht zu groß sind. Ein Umzug in eine barrierefreie Wohnung scheitert nicht selten am Geld: Die neue, kleine Wohnung wäre teurer als die alte, große. Vor allem im geförderten und mietregulierten Bereich wollen wir daher mehr bezahlbare, kleine und barrierefreie Wohnungen schaffen. Wir fördern besondere Wohnformen für das Alter wie Gruppenwohnungen in sozialer Trägerschaft, die ergänzend Service und Pflege bieten. Wir brauchen Angebote zum Wohnungstausch und zum Umzugsmanagement, wo diese bereits vorhanden sind, wollen wir sie ausbauen.
262 **Unsere besondere Unterstützung haben Menschen jeden Alters, die sich zu Wohngruppen zusammenfinden,** um miteinander zu leben und sich generationenübergreifend zu helfen. Sie haben meist nicht das Geld, um selbst zu bauen. Über städtebauliche Verträge und Regelungen in Erbpachtverträgen wollen wir daher sicherstellen, dass von der Stadt unterstützte Wohngruppen bei großen Wohnungsbauprojekten berücksichtigt werden und jeweils alle ihre Mitglieder ein Mietangebot erhalten.

272
273 7. Neue Werkwohnungen schaffen.
274 Bezahlbare Wohnungen sind inzwischen ein Standortfaktor. Viele Auszubildende und immer mehr Berufstätige können sich in den großen Städten keine Wohnung leisten und stecken im Pendelverkehr fest oder suchen sich Arbeit in anderen Regionen. Es entstehen in der Regel in unseren Städten noch immer neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die nicht nur von bisherigen Stadtbewohner*innen besetzt werden. Deshalb sind insbesondere die großen Unternehmen und auch öffentliche Arbeitgeber (bspw. Bundes- und Landesregierungen dazu aufgerufen, für ihre Beschäftigten die **bewährte Idee des Werkwohnungsbaus wiederzubeleben** und eigene Wohnungen zu bauen. Wir wollen, dass zusammen mit neuen Arbeitsplätzen auch zusätzlicher Wohnraum für die künftigen Mitarbeiter*innen geschaffen wird. Weil auch die Stadt als Arbeitgeberin bei ihrer Suche nach Fachkräften von den hohen Wohnkosten beeinträchtigt ist, soll sie mit gutem Beispiel vorgehen. Für Beschäftigte der Stadt – vor allem für ihre Auszubildenden – soll durch die städtische Wohnungsgesellschaft Wohnraum entstehen.

295

296 8. Bodenspekulation verhindern.

297 Der Kostentreiber Nummer Eins beim Wohnen ist die
 298 Verteuerung von Bauland. Hohe Preise für knappe Flä-
 299 chen werden zusätzlich angeheizt durch Investitions-
 300 gesellschaften, die oft gar nicht bauen, sondern nur
 301 schnelle Kasse machen wollen. Die rasanten Preisstei-
 302 gerungen bei Verkäufen von Grundstücken während der
 303 Entwicklung zeigen, wie Spekulation das Wohnen ver-
 304 teuert. Bund und Land müssen dem harte rechtliche
 305 Grenzen setzen. Bis dahin sollten die Städte **mit einer**
 306 **stadteigenen Projektentwicklungsgesellschaft größere**
 307 **Flächen auch selbst entwickeln und entwicklungsfähige**
 308 **Grundstücke im Rahmen einer langfristigen Boden-**
 309 **vorratspolitik ankaufen.** Dafür sollen auch städtische
 310 Vorkaufsrechte in Anspruch genommen werden. Die
 311 einzelnen Baufelder können dann kleinteilig durch die
 312 städtische Wohnungsgesellschaft, Selbstnutzer*Innen,
 313 Bau- und Wohngruppen, soziale Träger, Genossenschaf-
 314 ten und gemeinwohlorientierte Wohnungsunterneh-
 315 men bebaut werden. So entstehen lebendige Nach-
 316 barschaften für alle Stadtbewohner*innen. Von der
 317 Möglichkeit geltendes Baurecht auf einzelnen brach-
 318 liegenden Grundstücken gegenüber den Besitzer*innen
 319 durchzusetzen, wollen wir mit dem Instrument des
 320 Baugebotes im Notfall auch Gebrauch machen.

321

322 9. Die Infrastruktur im Stadtteil wächst mit.

323 Wir brauchen mehr soziale Infrastruktur, insbesondere
 324 Kita-Plätze, Schulen mit Ganztagsangeboten, Angebo-
 325 te für Wohnen und Pflege im Alter. Wir erwarten da-
 326 her, dass bei größeren Wohnungsbauprojekten nicht
 327 nur der selbst ausgelöste Mehrbedarf gedeckt wird. Die
 328 neuen Einrichtungen müssen auch **die Versorgung im**
 329 **Umfeld verbessern.** Die neuen Kitas müssen also so
 330 groß werden, dass nicht nur die Kinder im Neubauge-
 331 biet, sondern auch Kinder aus der vorhandenen Nach-
 332 barschaft aufgenommen werden können. Flächen für
 333 Einzelhandel können die Nahversorgung in der Nach-
 334 barschaft verbessern. Bei der Verkehrsanbindung neuer
 335 Wohngebiete setzen wir klar auf den **Anschluss mit Bus**
 336 **und Bahn.** Dabei sehen wir die Investoren in der Pflicht,
 337 sich an all diesen Kosten zu beteiligen.

338

339 10. Neue Wohnungen – neue Grünflächen.

340 Das Leben in der Großstadt braucht Freiräume. **Städ-**
 341 **tische Parks, Gärten, Grünanlagen und die Naturflä-**
 342 **chen, wie Wälder und Seen sind unverzichtbar** für Ge-
 343 sundheit, Freizeit und Erholung, als Lebensraum für Tie-
 344 re und Pflanzen, für Frischluft, Wasser und Stadtklima.
 345 Um sie zu schützen, wollen wir die zusätzlichen Woh-
 346 nungen vor allem auf solchen Flächen schaffen, die be-
 347 reits intensiv genutzt werden. Dazu gehören unter an-
 348 derem Industriebrachen, die nicht mehr benötigt wer-
 349 den, Baulücken und Wohngrundstücke, die durch Nach-
 350 verdichtung oder Aufstockung besser genutzt werden
 351 können. Auch Parkplatzwüsten und eingeschossige Dis-
 352 counter wollen wir mit Wohnungen überbauen. Der
 353 Bau von Mehrfamilienhäusern hat für uns oberste Prio-

354 rität, denn auf der Grundfläche eines Einfamilienhau-
 355 ses können besser mehrere Wohnungen entstehen. Da-
 356 bei sind wir offen für ungewöhnliche städtebauliche Lö-
 357 sungen und Nutzungsmischungen. **Hohe bauliche Dich-**
 358 **te und mehr Grün in der Stadt sind kein Widerspruch.**
 359 Wir werden Bauprojekte nutzen, um Hofflächen zu ent-
 360 siegeln, Fassaden zu begrünen, attraktive Spielplätze
 361 zu schaffen und das Wohnumfeld als grünen Naherho-
 362 lungsbereich zu entwickeln. Wir wollen verpflichtende
 363 Dachbegrünungen bei allen Neubauten und qualitativ
 364 hochwertige Freiflächen im Wohnumfeld, die kleine Oa-
 365 sen in der Großstadt sind. Damit kann jedes Wohnungs-
 366 bauprojekt einen Teil zur Verbesserung des Stadtklimas
 367 und der Lebensqualität beitragen. In Kombination mit
 368 innovativen Lösungen auch bei der Energieversorgung
 369 bzw. -einsparung setzen wir uns auch ausdrücklich das
 370 Ziel nachhaltiges Bauen anzustreben.

371
 372 11. Mehr Modernisieren, aber nicht in der Luxusvarian-
 373 te.

374 Viele ältere Wohnungen in unseren Städten entspre-
 375 chen nicht mehr den aktuellen Wohnbedürfnissen und
 376 technischen Standards. Es fehlt an Komfort, Barriere-
 377 freiheit und Energieeffizienz, wodurch auch die Neben-
 378 kosten als „zweite Miete“ steigen. Wir wollen Einzelei-
 379 gentümer*innen dabei unterstützen, ihre Mietwohnun-
 380 gen auf Vordermann zu bringen, ohne dass ihre Mie-
 381 ter*innen übermäßig belastet werden. **Dafür werden**
 382 **wir eine breite Modernisierungsinitiative für selbst-**
 383 **nutzende Eigentümer*innen und Vermieter*innen mit**
 384 **wenigen Wohnungen auf den Weg bringen.** Wir wol-
 385 len Haus- und Wohnungsbesitzer*innen nicht nur den
 386 Weg zu Fördermitteln weisen, sondern sie auch in
 387 der schwierigen Planungs- und Bauphase durch prak-
 388 tischen Sachverstand unterstützen lassen. **Verhindern**
 389 **aber wollen wir, dass Menschen durch Modernisie-**
 390 **rungen aus ihren Wohnungen vertrieben werden,** weil
 391 sie in einer Luxusvariante saniert oder zu Eigentums-
 392 wohnungen umgewandelt werden. **In Stadtteilen, die**
 393 **davon besonders bedroht sind, können soziale Erhal-**
 394 **tungssatzungen helfen.** In den schon bestehenden Sat-
 395 zungsgebieten werden wir Vorkaufsrechte nutzen, um
 396 die Mieter*innen beim Verkauf von Wohnungen besser
 397 zu schützen.

398
 399 12. Wohnungen sind zum Wohnen da.
 400 Während viele Familien verzweifelt eine Bleibe suchen,
 401 werden in unseren Städten normale Wohnungen tage-
 402 oder wochenweise gewerbsmäßig wie „Hotelzimmer“
 403 vermarktet, weil damit deutlich höhere Einnahmen
 404 zu erzielen sind als über eine reguläre Monatsmiete.
 405 Gleichzeitig ist zu beobachten, dass Wohnungen über
 406 Monate gezielt leerstehen, um eine hohe Miete durch-
 407 zusetzen. Beides verschärft die Wohnungsnot. Beides
 408 kann und muss die Stadt bekämpfen. Dafür brauchen
 409 wir Zweckentfremdungssatzungen. **Die Stadt kann und**
 410 **muss dafür sorgen, dass Wohnungen nur zum regulären**
 411 **Wohnen genutzt werden.**

412

413 13. Verstärkung für Planen und Bauen.
414 Die Mitarbeiter*innen in den städtischen Ämtern brin-
415 gen schon heute Spitzenleistungen. In Zukunft werden
416 aber noch mehr und komplexere Aufgaben auf sie zu-
417 kommen: noch mehr Bebauungspläne, eigene Projekt-
418 entwicklungen, neue Schutzsatzungen, die erarbeitet
419 und kontrolliert werden müssen. **Dafür brauchen die**
420 **zuständigen Ämter personelle Verstärkung und eine**
421 **bessere Bezahlung**, die wir ermöglichen werden.

422
423 14. Regional zusammenarbeiten.
424 In vielen unserer großen Städte gibt es nur noch we-
425 nige Flächen für den Wohnungsbau. Gleichzeitig gibt
426 es in direkter Nachbarschaft meist kleinere Kommu-
427 nen mit Flächenpotentialen. Daher gilt es, die Zusam-
428 menarbeit auf Augenhöhe zu beginnen oder zu vertie-
429 fen, um eine kooperative Siedlungsentwicklung in der
430 jeweiligen Region voranzubringen. Unser Ziel ist, **ge-**
431 **meinsame Standorte für neuen Wohnungsbau mit ur-**
432 **baner Lebensqualität zu entwickeln, die über den ÖPNV**
433 **oder Radschnellwege mit den großen Städten verbun-**
434 **den** sind oder verbunden werden können. Zusätzlichen
435 Pendelverkehr mit dem Pkw wollen wir vermeiden.

436
437 15. Land und Bund müssen mehr tun.
438 Wir begrüßen die Ergebnisse des Wohngipfels der Bun-
439 desregierung, vor allem die die Begrenzung der Miet-
440 erhöhung nach Modernisierung, die zusätzlichen Mittel
441 für den geförderten Wohnungsbau und das Nachschär-
442 fen der Mietpreisbremse. Wir halten diese Schritte aber
443 nicht für ausreichend.

444
445 **Wir brauchen auf Landes- und Bundesebene einen ra-**
446 **dikalen Kurswechsel für eine soziale Wohnungs- und**
447 **Bodenpolitik.** Dazu gehören unter anderem der sofor-
448 tige Mieterhöhungsstopp für die nächsten fünf Jahre,
449 eine rigide Besteuerung von Immobilienspekulation, ei-
450 ne Baupflicht für baureife Grundstücke, die Wiederein-
451 führung der Wohnungsgemeinnützigkeit, neue Landes-
452 wohnungsbaugesellschaften, die Dynamisierung des
453 Wohngelds, die umgehende Bereitstellung von Bundes-
454 und Landesliegenschaften für den Wohnungsbau, deut-
455 lich längere Sozialbindungen in der Wohnraumförde-
456 rung, eine Investitionsoffensive für neue Schienenver-
457 bindungen in die Region und eine Beteiligung der Kom-
458 munen am Steueraufkommen, die ihnen erlaubt, auf
459 Einnahmen durch Immobilienverkäufe zu verzichten.

460
461 **Wir verwahren uns beispielsweise gegen die Pläne der**
462 **nordrhein-westfälischen Landesregierung von CDU und**
463 **FDP, die Landesverordnungen abzuschaffen, die Mie-**
464 **ter*innen schützen**, vor

- 465 • überzogenen Mieten bei der Wiedervermietung
- 466 (Mietpreisbremse),
- 467 • überzogenen Mieterhöhungen im laufenden Miet-
- 468 verhältnis,
- 469 • Verlust von Mietwohnungen durch Umwandlung in
- 470 Eigentumswohnungen,
- 471 • Eigenbedarfskündigung nach Umwandlung in Ei-

472 gentumswohnungen,
 473 • Zweckentfremdung von Wohnraum durch geziel-
 474 ten Leerstand, Umwandlung in Gewerberaum oder
 475 gewerbliche AirBnB-Vermietung.
 476
 477 Wie wollt Ihr wohnen?
 478 Um die notwendigen Schritte für mehr bezahlbares
 479 Wohnen in unseren Städten gehen zu können, brau-
 480 chen wir den Austausch und die Zusammenarbeit
 481 mit Bürger*innen und Organisationen, die dieses Ziel
 482 teilen. Alle Sozialdemokrat*innen sind aufgerufen in
 483 ihren Städten in diesen Dialog zu treten um einerseits
 484 zu sagen „**So wollen wir wohnen**“ aber um auch zu
 485 fragen „**Was sind Ihre und Eure Vorschläge?**“.
 486

1 **K-11**
 2 **Antragsteller: UB Borken**
 3
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Sozialen Wohnungsbau fördern**
 7
 8 Die NRWSPD fordert, dass sozialer Wohnungsbau eine
 9 vordringliche Aufgabe des Landes ist und stärker als bis-
 10 her gefördert werden muss. Dazu wird
 11
 12 • die Mietpreisbindung auf 20 Jahre festgeschrieben.
 13 • bei Neubau von Gebäuden mit mehr als 10 Wohn-
 14 einheiten mindestens 20 % der Fläche für sozialen
 15 Wohnungsbau genutzt.
 16 • der Lückenschluss von unbebauten oder unbe-
 17 wohnten Immobilien zur kommunalen Pflichtauf-
 18 gabe gemacht.
 19 • die Verwaltung von Mietwohnungen durch Aktien-
 20 gesellschaften verhindert.
 21
 22
 23 **Begründung**
 24 Wir müssen dafür sorgen, dass sich auch finanzschwa-
 25 che Bürger*innen einen angemessenen Wohnraum
 26 leisten können. Dazu ist es erforderlich, dass es kon-
 27 krete Bindungen für den Wohnungsmarkt gibt, die
 28 ein ausreichendes Angebot an sozialem Wohnraum
 29 sicherstellen. Nur so können wir allen Teilen der Ge-
 30 sellschaft die Wahrnehmung ihres Grundrechtes auf
 31 Wohnraum ermöglichen. Die Mindesthöhe von 20%
 32 sozialem Wohnraum in größeren Wohnhäusern wird
 33 aktuell beispielsweise im Bocholter Kubaii Gebiet als
 34 Maßgabe der Stadt an Investoren gesetzt.

**Empfehlung der Antragskommission:
 Erledigt**

Erledigt durch Annahme von L-05 in Fassung An-
 tragskommission

1 K-12
 2 **Antragsteller: OV Bonn-Nord**
 3
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Wohnungspolitik gestalten**
 7
 8 **I – Vorwort: Den Wohnungsmarkt gestalten**
 9 Städte wie Wien oder Zürich (!) mit ihrem hohen An-
 10 teil an städtischen oder gemeinnützigen Wohnungen
 11 machen es vor: Wo die Kommunen selbst im Besitz von
 12 Immobilien sind, können sie aktiv Politik für Mieter be-
 13 treiben und die Entwicklung von Stadtteilen selbst steu-
 14 ern. Sie können die Höhe der Mieten beeinflussen und
 15 die Wohn- und Lebensqualität ganzer Stadtteile verbes-
 16 sern.
 17
 18 Dazu können auch Enteignungen großer Wohneigen-
 19 tumsgesellschaften ein probates Mittel sein. Sie gäben
 20 den Städten neue Gestaltungsmöglichkeiten. Die Städ-
 21 te können Einfluss nehmen auf die Miethöhe – und
 22 damit auch auf die ortsübliche Vergleichsmiete, was
 23 auch den Mietern privaten Wohnraums zu Gute kom-
 24 men könnte, sowie die Qualität der Wohnraumversor-
 25 gung und die Entwicklung von Sozialräumen.
 26
 27 Enteignungen sind jedoch nur in begrenztem Umfang
 28 (durch die Entwicklung und Nachverdichtung der verge-
 29 sellschafeten Immobilien) geeignet, neuen Wohnraum
 30 zu schaffen.
 31 Da zudem nur wenige Städte über eine so hohe Anzahl
 32 von Wohnungen im Besitz einzelner großer Gesellschaf-
 33 ten verfügen wie Berlin und aufwändige Enteignungs-
 34 verfahren selten ein positives Verhältnis von Aufwand
 35 und Nutzen ergeben, gilt es, das gesamte Instrumenta-
 36 rium zu nutzen, das geeignet ist, den Anteil von Woh-
 37 nungen und Immobilien in öffentlichem oder gemein-
 38 nützigem Besitz deutlich zu steigern und bezahlbaren
 39 Wohnraum zu schaffen.
 40
 41 **II – Bund und Land: Ein Recht auf Wohnen schaffen**
 42 Wir fordern den SPD-Bundes- und den SPD-
 43 Landesparteitag deshalb auf, folgende Ziele zu
 44 verabschieden, sowie die Fraktionen im nordrhein-
 45 westfälischen Landtag und dem Bundestag, sie
 46 umzusetzen:
 47 • Wir wollen ein „Recht auf Wohnen“ im Grund-
 48 gesetz und der NRW-Landesverfassung verankern.
 49 Auch wenn ein allgemeines politisches Staatsziel
 50 keinen individuellen Rechtsanspruch begründet, le-
 51 gitimiert es doch eine Gesetzgebung im Sinne von
 52 Mieterinnen und Mietern, etwa einen Mietende-
 53 ckel.
 54 • Der Kauf von Boden soll in den Etats von Bund, Län-
 55 dern und Kommunen auch als Wertsteigerung des
 56 öffentlichen Vermögens gelten und damit als Aktiv-
 57 posten gegen Neuverschuldung verrechnet werden
 58 können. Das werden wir im Haushaltsrecht veran-

**Empfehlung der Antragskommission:
 Erledigt**

Erledigt durch Annahme von L-05 in Fassung An-
 tragskommission

In Zeile 639, neuer Spiegelstrich: ...deshalb prüfen wir
 die Aufnahme eines Rechts auf Wohnen in die Landes-
 verfassung NRW.

In Zeile 661: Wir setzen uns für eine vereinfachte Mög-
 lichkeit ein, Sanierungs- und Entwicklungssatzungen
 für Stadtteile zu erlassen, die den Kommunen in diesen
 Gebieten ein Vorkaufsrecht bei der Veräußerung priva-
 ter Liegenschaften schafft.

In Zeile 672, neuer Spiegelstrich: Wir setzen uns dafür
 ein, dass alle Kommunen in NRW mit mehr als 100.000
 Einwohnern verpflichtet werden, einen qualifizierten
 Mietspiegel einzuführen. Dabei werden wir dafür Sorge
 tragen, dass alle Mieten in den Mietspiegel einfließen –
 und nicht (wie derzeit) nur diejenigen, die in den letzten
 vier Jahren erhöht oder erstmals eingeführt wurden.

In Zeile 806, neuer Punkt 12: Wir prüfen beschleunig-
 te Bauplan-Verfahren zur Entwicklung von Baugebie-
 ten in Städten mit erhöhtem Wohnraumbedarf sowie
 beschleunigte Baugenehmigungsverfahren für Nach-
 verdichtungen, etwa Dachausbauten oder Anbauten,
 sofern der Mietpreis für diesen Wohnraum sich an
 den Kriterien für die soziale Mietpreisbindung orien-
 tiert. Dazu werden wir auch prüfen, ob wir Typen-
 Baugenehmigungen zulassen, das heißt: Die Bauge-
 nehmigung für Gebäude (oder Bauten) gleicher Bauart
 muss nur einmal erteilt werden (serielles Bauen).

- 59 kern.
- 60 • Wohnungsbau- und Immobiliengesellschaften die
61 gemeinwohlorientiert arbeiten, werden wir auf
62 Bundesebene wieder die Gemeinnützigkeit zuer-
63 kennen.
- 64 • Im sozialen Wohnungsbau fordern wir, die dauer-
65 hafte Preisbindung im Gesetz zu verankern. Eine
66 vorzeitige Rückzahlung der Darlehen (mit denen der
67 Ausstieg aus der sozialen Mietpreisbindung mög-
68 lich ist) wird ausgeschlossen.
- 69 • Wir setzen uns in NRW für einen „Mietendeckel“
70 (nach Berliner Vorbild) sowie eine Höchstmietenta-
71 belle für diejenigen Städte und Regionen ein, in de-
72 nen (analog der Kriterien für die Mietpreisbremse)
73 ein erhöhter Wohnraumbedarf besteht. Die NRW-
74 Landtagsfraktion wird die rechtlichen Möglichkei-
75 ten dafür prüfen lassen und ggf. umsetzen. Die
76 kommunalen Behörden in diesen Städten und Re-
77 gionen können so direkten Einfluss auf Mietpreise
78 nehmen, indem sie Mietanhebungen nur nach Ge-
79 nehmigung zulassen oder Mietsenkungen anord-
80 nen.
- 81 • Die Landtagsfraktion wird rechtlich prüfen lassen,
82 ob ein „Bodenpreis-Deckel“ für NRW möglich ist
83 und ihn einführen, damit Land und Kommunen
84 überhaupt die Chance haben, Grund und Boden zu
85 erwerben. Dabei ist sowohl eine Preisfixierung als
86 auch ein Verbot für Preisanstieg zu untersuchen.
- 87 • Wir setzen uns für die Schaffung eines Bundes- und
88 eines Landes-Immobilienfonds ein, der Kommunen
89 finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, mit denen
90 sie eine aktive, auf Erwerb ausgerichtete Liegen-
91 schaftspolitik betreiben können.
- 92 • Wir wollen in NRW eine Landeswohnungsbauges-
93 ellschaft gründen, die in Kooperation mit den Kom-
94 munen, Flächen kauft und Wohnungen baut.
- 95 • Wir setzen uns für ein bundesweites Immobilienre-
96 gister ein, in dem jederzeit Eigentumsverhältnisse
97 überprüft werden können.
- 98 • Für Landes- oder Bundesimmobilien ist Kommunen
99 künftig ein grundsätzliches Vorkaufsrecht zu ge-
100 währen. Bei der Finanzierung kann der Landes- oder
101 Bundesimmobilienfonds behilflich sein.
- 102 • Bund und Land werden die Förderung des sozialen
103 Wohnungsbaus weiter massiv erhöhen.
- 104 • In der Gesetzgebung werden beschleunigte
105 Bauplan-Verfahren zur Entwicklung von Baugebie-
106 ten in Städten mit erhöhtem Wohnraumbedarf
107 sowie beschleunigte Baugenehmigungsverfahren
108 für Nachverdichtungen, etwa Dachausbauten oder
109 Anbauten ermöglicht, sofern der Mietpreis für
110 diesen Wohnraum sich an den Kriterien für die
111 soziale Mietpreisbindung orientiert. Dazu werden
112 wir auch Typen-Baugenehmigungen zulassen, das
113 heißt: Die Baugenehmigung für Gebäude (oder
114 Bauten) gleicher Bauart muss nur einmal erteilt
115 werden (serielles Bauen).
- 116 • Wir wollen rechtliche Rahmenbedingungen schaf-
117 fen, die es Kommunen ermöglichen, Planungsge-

- 118 winne in Folge von Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen abzuschöpfen, die in privatem Besitz
 119 sind, mit der Verpflichtung, daraus notwendige In-
 120 frastrukturmaßnahmen zu finanzieren.
 121
- 122 • Wir setzen uns für eine vereinfachte Möglichkeit
 123 ein, Sanierungs- und Entwicklungssatzungen für
 124 Stadtteile zu erlassen, die den Kommunen in die-
 125 sen Gebieten ein Vorkaufsrecht bei der Veräuße-
 126 rung privater Liegenschaften schafft.
 - 127 • Wir werden ein Gesetz einbringen, das alle Kommu-
 128 nen in NRW mit mehr als 100.000 Einwohnern ver-
 129 pflichtet, einen qualifizierten Mietspiegel einzufüh-
 130 ren. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass alle
 131 Mieten in den Mietspiegel einfließen – und nicht
 132 (wie derzeit) nur diejenigen, die in den letzten vier
 133 Jahren erhöht oder erstmals eingeführt wurden.
 - 134 • Damit Kommunen künftig leichter nachweisen
 135 können, dass ein erhöhter Wohnraumbedarf be-
 136 steht, werden wir Kriterien definieren, die von den
 137 Kommunen schnell und mit geringen Kosten über-
 138 prüft werden können; auch durch Zugriff auf Daten
 139 von Wohnungs- oder Immobilienplattformen im In-
 140 ternet.
 - 141 • Die Grunderwerbssteuer muss auch bei Share-
 142 Deals gelten, mit denen große Wohnungsbau- und
 143 Immobilienunternehmen die Steuer umgehen.

144
 145
 146 **Begründung**

147 Um den Wohnraumangel in vielen deutschen Kom-
 148 munen zu beseitigen, müssen Wohnungen gebaut
 149 werden. Es müssen jedoch die richtigen (preiswerten)
 150 Wohnungen am richtigen Ort sein. Die Kommunen
 151 sind dabei auf Rahmengesetzgebung des Landes und
 152 partiell auch des Bundes angewiesen – sowie natürlich
 153 auf finanzielle Mittel. Sie brauchen darüber hinaus aber
 154 vor allem bezahlbaren Boden – auch in höherpreisigen
 155 Lagen, damit sozialer Wohnungsbau nicht nur in den
 156 ohnehin schon segregierten Stadtteilen stattfinden
 157 kann, wo die Grundstückspreise in aller Regel niedriger
 158 sind.

159
 160 Weil Boden (im Gegensatz zu Gütern) nicht reproduzier-
 161 bar ist, kann er nicht den freien Kräften eines entfessel-
 162 ten finanzkapitalistischen Marktes überlassen werden,
 163 bei dem aus dem Nichts geschaffene Kredite den Preis
 164 für Immobilien nahezu endlos in die Höhe zu treiben
 165 vermögen – und eine neue Blase am Finanzmarkt mit
 166 unabsehbaren Folgen erzeugen können. Mit einer De-
 167 ckelung von Miet- und Bodenpreisen, lässt sich dieser
 168 Mechanismus ausbremsen. Wo Mieten nicht mehr stei-
 169 gen können, sind Spekulanten die lukrativen Rendite-
 170 Aussichten versperrt.

171 Die Verankerung des „Rechts auf Wohnen“ im
 172 Grundgesetz und in der Landesverfassung legt
 173 dafür die Basis (siehe dazu das Rechtsgutach-
 174 ten von Prof. Dr. Markus Artz, Bielefeld zum
 175 Berliner Mietendeckel: https://www.spdfraktion-berlin.de/system/files/mayer_artz_gutachten_
 176

177 mietendeckel_fuer_spd-fraktion.pdf, S. 9ff. abgerufen
178 am 18.6.2019).

179

180 Die Gestaltung der Boden- und Wohnungsbaupolitik
181 obliegt dabei nahezu ausschließlich den Ländern und
182 ist nicht näher zu begründen (ders. S. 4ff). Sie haben ei-
183 nen weitreichenden Gestaltungsspielraum, den es aus-
184 zunutzen gilt.

185

186 Um dauerhaft niedrige Mieten gewährleisten zu kön-
187 nen, brauchen wir auch wieder einen gemeinnüt-
188 zigen, das heißt vor allem: steuerlich privilegierten
189 Wohnungsmarkt; mit Genossenschaften, städtischen
190 Wohnungsbaugesellschaften, aber auch anderer Ge-
191 sellschaftsformen, wie etwa dem Miethäusersyndikat
192 (Freiburg). Derzeit können eher die großen Wohnungs-
193 baukonzerne Steuern vermeiden. Durch Shared-Deals
194 umgehen sie z. B. die Zahlung der Grunderwerbssteu-
195 er – und entziehen den Ländern Abermillionen, die für
196 den Wohnungsmarkt dringend gebraucht werden.

197

198 Wir brauchen ein umfassendes Bündel an Maßnah-
199 men, dass es den Kommunen erlaubt, aktive Boden-,
200 Wohnraum- und Mietenpolitik zu betreiben. Neben ei-
201 nem Eingriff auf die Preisgestaltung haben Land und
202 Bund dabei auch die Pflicht, die Kommunen finanziell
203 zu unterstützen: „Boden“, „Wohnraum“ und „Miethö-
204 he“, das ist der Dreiklang, mit dem der Wohnungsnot in
205 den Kommunen begegnet werden muss.

1 **K-13**

2 **Antragsteller: UB Borken**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Bezahlbarer Wohnraum für Alle**

7

8 Die NRWSPD fordert, dass jeder Haushalt sich die Miete
9 einer Wohnung, in der für ihn angemessenen Größe
10 leisten können muss. Dazu darf die Miete maximal 25
11 % des Haushaltseinkommens betragen.

12

13 **Begründung**

14 Wohnraum ist sowohl in den Städten als auch im
15 ländlichen Raum nicht mehr bezahlbar. Das Land muss
16 hier regulatorisch eingreifen, um den Bürger vor dem
17 Kapital zu schützen.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt

Erledigt durch Annahme von L-05 in Fassung An-
tragskommission

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Telefon: (0211) 1 36 22 – 0
E-Mail: info@nrwspd.de
Internet: <http://www.nrwspd.de>

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragsteller verantwortlich.

Druck: Eigendruck